G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Saigons „Operation Phoenix" gegen den Frieden

Hans Rondi
Scheitert in Vietnam die Strategie des „lokalen Krieges"?

Dieter Boris und Aline Frambes-Alzérreca
Der Andenpakt

Nikolai W. Nowikow
Leitung und Organisation in der bürgerlichen Soziologie

Wolfgang Abendroth und Gerhard Stuby
Gutachtliche Stellungnahme zum Konflikt SPD—SHB

11'72

November 1972 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

November 1972

CHRONIK DES MONATS OKTOBER 1972 1133

KOMMENTARE UND BERICHTE

Saigons „Operation Phoenix" gegen den Frieden . . *Karl D. Bredthauer* 1136

Rechtliche Aspekte der Ausweisung von Ausländern aus der BRD . . . . . *Martin Schuster* 1140

Zu den CDU-Plänen für ein Dienstpflichtgesetz . . *Winfried Schwamborn* 1144

HAUPTAUFSÄTZE

Scheitert in Vietnam die Strategie des „lokalen Krieges"? *Hans Rondi* 1147

Die Hilfstruppen des F. J. Strauß. Von der „Deutschen Union" bis zur „Aktion Widerstand" . . . . . *Wolfgang Krutz* 1157

Der Andenpakt. Ein Bündnis gegen Unterentwicklung und Vorherrschaft ausländischen Kapitals *Dieter Boris und Aline Frambes-Alzérreca* 1172

Zehn Jahre unabhängiges Algerien. Der Versuch eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges . . . . . *Winfried Veit* 1185

Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Zum Begriff der Qualifikation (II) *Wulf D. Hund, Ulrich Matull, Konrad Ruff und Peter Volkmar* 1195

Pfarrer und Kommunisten . . . . . *Heinrich Werner* 1203

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Probleme der Leitung und Organisation in der bürgerlichen Soziologie *Nikolai W. Nowikow* 1215

BÜCHER

Walter Möller / Fritz Vilmar, Sozialistische Friedenspolitik für Europa . . . . . *Wilfried v. Bredow* 1223

Bessau/Dähne/Heinemann/Jung, Inflation heute . . *Wilhelm M. Breuer* 1225

Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, Fußnoten . . . . . *Fred Wilm* 1227

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1229

FERNSEH-SPALTE

Marginalien zur ZDF-Ideologie . . . . . *E. H. Wahl* 1231

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam vom 26. Oktober 1972 über das mit den Vereinigten Staaten ausgehandelte Neunpunkteabkommen und über die Vereinbarungen bezüglich seiner Inkraftsetzung (Wortlaut) 1232

Gutachtliche Stellungnahme der Professoren Dr. jur. Wolfgang Abendroth und Dr. jur. Gerhard Stuby zum Rechtsstreit zwischen SPD und SHB über die Führung des Namens „sozialdemokratisch" (Wortlaut) 1237

Stellungnahme des Bundes demokratischer Wissenschaftler zur Entlassung von Prof. Joseph Beuys durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Wortlaut) 1243

Dokumente zum Zeitgeschehen

Saigons „Operation Phönix" gegen den Frieden

Gibt es endlich Frieden für Vietnam? Zweifellos war, seit Beginn der Pariser Verhandlungen im Jahre 1968, eine Friedensregelung zu keinem Zeitpunkt so greifbar nahe wie heute. Gleichzeitig wäre es jedoch verantwortungslose Leichtfertigkeit, einen Augenblick lang aus den Augen zu verlieren, daß der Krieg keineswegs tot ist. Während sich die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit bereits möglichen künftigen Stufen der Friedensregelung und des Aufbaus in Südvietnam zuwendet, läßt das Saigoner Thieu-Regime, von den USA gedeckt, in aller Stille und in aller Hast oppositionelle Kräfte liquidieren. Das Leben vieler der Hunderttausende von politischen Häftlingen schwebt in höchster Gefahr. „Operation Phönix" ist das Kennwort der Mordaktion, die von der CIA eingeleitet wurde und jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten ist [1]), ohne daß etwa die Massenmedien der BRD darauf aufmerksam würden.

Seit dem 17., spätestens dem 22. Oktober liegt der Text eines zwischen Washington und Hanoi ausgehandelten „Vertrages über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" vor. Henry Kissinger, der Unterhändler des amerikanischen Präsidenten, hat am 26. Oktober in einer Pressekonferenz die Authentizität der am gleichen Tag von Hanoi der Öffentlichkeit übergebenen Darstellung dieses Neunpunkteabkommens [2]) bestätigt. Die Tatsache, daß Washington nach vier Jahren ergebnisloser Friedensverhandlungen, die zugleich vier Jahre verschärfter Kriegführung waren, nun, unmittelbar vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, endlich zu einer Einigung bereit schien, hat große Hoffnungen wachgerufen. Aber während diese Zeilen geschrieben werden, haben die USA den Vertrag immer noch nicht unterzeichnet. Außenminister Rogers kündigt an, „in einigen Wochen" wolle Kissinger erneut mit Hanoi verhandeln. Washingtons Verhalten macht es erforderlich, sich früherer Etappen amerikanischer Strategie und Taktik gegenüber Vietnam zu erinnern, damit die Hoffnung auf Frieden sich mit der notwendigen Entschlossenheit verbindet, diesmal keinen Rückweg in den Krieg zuzulassen.

Seit 1954 existieren die Genfer Verträge, die den zuletzt mit enormer US-Unterstützung geführten Krieg Frankreichs gegen die vietnamesische Unabhängigkeitsbewegung unter Ho Tschi Minh beendeten. Diese Friedensregelung sah bekanntlich als ihren Abschluß freie Wahlen binnen zwei Jahren vor. Die Vereinigten Staaten weigerten sich 1954, den Genfer Verträgen beizutreten, versicherten aber, sie respektieren zu wollen. Ungeachtet dessen stützten sie fortan in offenem Widerspruch zu Genf die Errichtung und Festigung der proamerikanischen Diem-Diktatur in Saigon, die Verfolgung und Vernichtung der Unabhängigkeitskräfte mit allen Mitteln des Polizeistaats, schließlich die Verhinderung der freien Wahlen, weil sie das Ende des Diem-Regimes bedeutet hätten.

Die Entwicklung, die zur offenen US-Intervention in den sechziger Jahren und zur Ausweitung des Krieges auf ganz Indochina geführt hat, ist heute bekannt. Was hier festgehalten werden soll, ist die Tatsache, daß die USA im Vorliegen rechtskräftiger internationa-

[1]) „Das Unternehmen ‚Phoenix', eine von der Regierung (Thieu, d. Verf.) und der CIA gemeinsam angelegte Aktion, den Terror der Kommunisten mit Gegenterror zu bekämpfen, ist unter dem vietnamesischen Namen ‚Phuong Hoang' neu eingeleitet worden", vermerkte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" beiläufig am 21. 10. 1972.

[2]) Vgl. den Wortlaut im Dokumentarteil dieses Heftes.

ler Verträge solange kein Hindernis gegen eine Politik der Einmischung, der Unterdrückung und des Krieges in Vietnam sahen, als das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten auszuschlagen schien. Ein wichtiger Faktor dabei war offenkundig, daß diese Politik der USA lange Zeit von der westlichen Öffentlichkeit unbeachtet blieb und auch in den Vereinigten Staaten selbst kaum auf nennenswerten Widerstand stieß. Heute hat sich das Kräfteverhältnis so weit verändert, daß Washington im ersten Punkt des mit Hanoi ausgehandelten Vertragstextes ausdrücklich auf die Prinzipien der Genfer Verträge von 1954 verpflichtet wird. Spekuliert man in Washington dennoch darauf, das doppelbödige Spiel, das die USA in Genf spielten, wiederum beginnen zu können?

1963 sah es, erstmals nach 1954, für kurze Zeit so aus, als sei die Wende in der Vietnam-Politik Washingtons erreicht. Auf dem Höhepunkt des Volkswiderstands gegen die Diem-Diktatur ließen die USA ihren Statthalter fallen. Würden sie ihre Einmischung beenden, ihre damals rund 20 000 in Südvietnam eingesetzten „Militärberater" zurückziehen und die Genfer Verträge endlich respektieren? Bekanntlich geschah das Gegenteil. Als sich zeigte, daß es nicht möglich war, durch das Fallenlassen des Diktators die Fortsetzung Saigoner Politik à la Diem zu retten, begann 1964/65 die offene militärische Intervention amerikanischer Bodentruppen, deren Zahl rasch auf über eine halbe Million anwuchs. Parallel dazu führte die USAF den Bombenkrieg gegen die Demokratische Republik Vietnam. Bekanntlich schlug auch diese Strategie fehl. Der Versuch, die DRV und die Befreiungskräfte im Süden zu isolieren, scheiterte an der Unterstützung der Vietnamesen durch die sozialistischen Länder. Und je bekannter das Ausmaß der amerikanischen Kriegsverbrechen wurde, desto stärker wurden Kritik, Protest und Druck der internationalen, auch der westeuropäischen und der inneramerikanischen Öffentlichkeit.

1968, vor vier Jahren, damals wie heute im Zeichen der Präsidentschaftswahlen, schien der Frieden wiederum greifbar nahe. Präsident Johnson sah sich gezwungen, die Bombenflüge gegen Nordvietnam einzustellen. In Paris wurden Friedensverhandlungen eröffnet, an denen alle vier kriegführenden Seiten teilnahmen. Wiederum erwies sich bald, daß Washington mit der Hoffnung auf Frieden ein taktisches Spiel getrieben hatte. Richard Nixon, der neue US-Präsident, hatte seinen Wahlkampf mit dem Versprechen geführt, er werde den Krieg beenden. Aber seine Politik führte unter der Parole „Vietnamisierung" zur Ausweitung der Kampfhandlungen auf ganz Indochina. Der zynische Ausspruch, es gelte „die Farbe der Leichen zu ändern", trifft das Wesen der „Vietnamisierungs"-Strategie. Von der gewaltsamen Unterdrükkung der vietnamesischen Befreiungskräfte rückte Nixon keinen Schritt ab. Nur suchte er den inneren Widerstand in den USA zu entkräften, indem er amerikanische Bodentruppen nach und nach durch amerikanisch ausgerüstete und geführte Thieu-Truppen ersetzte, die unter einem omnipräsenten Luftschirm der USAF ins Gefecht geschickt wurden. Die Reduzierung der US-Verluste ging einher mit einer nie dagewesenen Verschärfung des Bombenkrieges, mit einer Technisierung und Automatisierung der amerikanischen Kriegführung, die die Grausamkeit des Krieges unvorstellbar steigerte [3]). Ökozid und Genozid sind gegenüber dieser Realität blasse Begriffe.

Dennoch vermochte Nixon ebensowenig wie vor ihm Johnson, mit dem Versuch, Vietnam „in die Steinzeit zurückzubomben" (so offen General Le May), den Unabhängigkeitswillen der Vietnamesen zu brechen. Am Ende der vierjährigen Amtsperiode steht Nixons

[3]) Vgl. z. B. W. v. Bredow (Hrsg.), US-Kriegführung in Vietnam. Neue Dokumente und Materialien, Köln 1972 (Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 5).

Vietnampolitik etwa da, wo Johnson 1968 am Ende seiner Präsidentschaft stand. Den unerträglichen Preis für die langwierigen Lernprozesse amerikanischer Politik zahlten die Vietnamesen — und sie zahlen immer noch, solange Washingtons „Friedenspolitik" darin besteht, Thieus Positionen in letzter Minute so auszubauen, daß die gescheiterte „Vietnamisierung" in neuen blutigen Bürgerkrieg münden muß.

Die augenblickliche Praxis der USA steht in diametralem Gegensatz zu den Prinzipien des bereits ausgehandelten Neunpunkteabkommens. Was beinhaltet dieser Vertrag für Südvietnam? In Konsequenz der Genfer Verträge von 1954 bestimmt er, daß die USA jegliche militärische Aktivität und künftighin jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams zu beenden haben. Von der augenblicklichen realen Lage im Lande ausgehend, konstatiert der Neunpunktevertrag die gegenwärtige Existenz zweier Regierungen in Südvietnam, mit ihren jeweiligen Gebieten, Verwaltungen und Armeen. Die Überwindung der durch den Krieg verursachten Situation, die — durch die faktische Unmöglichkeit territorialer Abgrenzung geschlossener Hoheitsgebiete verschärft — alle Keime eines langandauernden Bürgerkrieges in sich trägt, ist unzweifelhaft nur denkbar, wenn die südvietnamesischen Seiten ihre Militärapparate schleunigst auf Friedensstärke herabsetzen und die Auseinandersetzungen der verschiedenen politischen Kräfte des Landes künftig auf die politische Ebene verlagert werden. Beide Aspekte sind im Neunpunkteabkommen berücksichtigt. Unter gleicher Beteiligung der drei politischen Komponenten im Lande, der FNL, der heute in Saigon regierenden Kräfte und der Neutralisten, soll eine „administrative Struktur" mit der Bezeichnung „Nationaler Rat der Versöhnung und der nationalen Eintracht" gebildet werden. Die Aufgabe dieses Rates ist es, die Realisierung der unterzeichneten Verträge zu sichern und allgemeine Wahlen zu organisieren. In Konsultationen der beiden südvietnamesischen Seiten, der Saigoner Administration und der Provisorischen Revolutionären Regierung, sollen auch auf unterer Ebene Räte gebildet werden.

Zu den von beiden südvietnamesischen Seiten zu diskutierenden Fragen gehören, dem Neunpunkteabkommen zufolge, insbesondere „Maßnahmen zur Einschränkung des Personalbestandes der bewaffneten Kräfte der beiden Seiten" und zur Demobilisierung der betreffenden Truppen (Punkt 4). In Punkt 2 des Abkommens heißt es unmißverständlich: „Die beiden südvietnamesischen Seiten lassen nicht zu, daß Truppen, Militärberater, Militärpersonal, Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Südvietnam gebracht werden." Lediglich gleichwertiger Ersatz für beschädigtes oder verschlissenes Kriegsmaterial soll künftig zulässig sein. Gemischte Militärkommissionen der vier bzw. in Südvietnam der zwei Seiten, eine internationale Kontrollkommission und eine „internationale Konferenz über Garantien in bezug auf Vietnam" vervollständigen das komplizierte und sensible Gefüge der Regelungen, die den Weg aus einer ungewöhnlich verfahrenen und komplizierten Situation zum Frieden hin öffnen sollen. Ausgesprochen oder unausgesprochen ist in jeder Bestimmung des Abkommens völlig klar, daß dieser Mechanismus auf allen Ebenen nur dann funktionieren kann, wenn die Vereinigten Staaten in der Tat die überfällige grundlegende Abkehr von ihrer bisherigen Indochinapolitik vollziehen und die Einmischung in die politische Entwicklung Vietnams, gleich in welcher strategischen oder taktischen Variante, endgültig aufgeben.

Was gegenwärtig geschieht, steht in krassem Widerspruch zu diesem Grunderfordernis des Friedens. In fieberhafter Hast wird Kriegsmaterial nach Sai-

gon geschafft, werden Flugzeuge — u. a. aus dem Iran, aus Südkorea und Taiwan — zusammengezogen und Thieus heute schon überdimensional aufgeblähter Luftwaffe überstellt, 400 Maschinen allein in der ersten Novemberhälfte. In zusätzlich eingerichteten Eilkursen werden Piloten ausgebildet. Offen wird davon geredet, daß auch nach einem Waffenstillstand die Saigoner Armee weiterhin amerikanisch gelenkt werden soll; die „Berater", so denkt man sich das in Washington, werden lediglich die Uniform ausziehen. Die politischen Kräfte um Thieu, mit deren Hilfe die USA den Krieg bis heute hinziehen konnten, denen nichtsdestoweniger im Neunpunkteabkommen ausdrücklich eine gleichberechtigte Rolle als rechte Komponente der südvietnamesischen Nachkriegspolitik garantiert ist, diese Kräfte werden von Washington gegenwärtig mit der Militärmaschinerie einer mittleren Großmacht ausgestattet. Statt die Kräfte, deren es sich bisher als Werkzeug der Kriegspolitik bedient hat, dem ausgehandelten Abkommen gemäß heute auf ihre Rolle im Gefüge einer politischen Friedenslösung vorzubereiten, ermutigt Washington die Intransigenz der Thieu-Partei.

Noch verhängnisvoller sind die Auswirkungen der gegenwärtigen Forcierung der „Operation Phoenix", mit deren Hilfe das Thieu-Regime, psychologisch abgeschirmt durch Washingtons Spiel mit der Unterzeichnung des Neunpunkteabkommens, gegenwärtig alle Chancen für eine Verwirklichung der geplanten Friedensregelung in Südvietnam zunichtezumachen sucht. Die physische Liquidierung der politischen Häftlinge des Saigoner Regimes soll einem politischen Neubeginn in Südvietnam die Basis entziehen. Die Freilassung der Hunderttausende, die in den Gefängnissen und KZs Thieus gefangengehalten werden, gehört, wie die der US-Kriegsgefangenen, zu den Bestandteilen des Waffenstillstandsübereinkommens. Thieu versucht, während das Abkommen bereits vorliegt, noch vollendete Tatsachen gegen Frieden und nationale Versöhnung zu schaffen. Die Liquidierungskampagne betrifft nicht zuletzt jene unter Thieu verfolgte politische Kraft des Landes, deren Eintritt in die künftige südvietnamesische Politik im Neunpunkteabkommen als essentielle Voraussetzung dafür vorgesehen ist, daß die Bildung eines „Nationalen Rates der Versöhnung und der nationalen Eintracht", verantwortlich für die Zukunft des Landes, überhaupt möglich wird. Gemeint ist jene dritte Komponente, die Neutralisten, die heute, sofern ihnen nicht die Emigration gelang, zu großen Teilen in Thieus Kerkern und Lagern sitzen.

In dieser Situation kommt es darauf an, ein weiteres Verschweigen der Mordkampagne des Thieu-Regimes, der „Operation Phönix", durch konzentrierte Informationsarbeit unmöglich zu machen. Der Druck der Öffentlichkeit auf die Regierung der USA muß so stark werden, daß Washington sich gezwungen sieht, dem Thieu-Regime in den Arm zu fallen. Die Rolle, die das Rechnenmüssen mit der internationalen Öffentlichkeit beim Zustandekommen der Friedensverhandlungen und des Neunpunkteabkommens gespielt hat, ist schwerlich zu übersehen. Eine entscheidende Bedeutung kommt deshalb heute der Frage zu, ob Washington es sich weiterhin erlauben kann, darauf zu spekulieren, daß die westliche Öffentlichkeit durch taktische Winkelzüge von den Kernfragen des Friedens abgelenkt werden könne. Wenn die Fortsetzung des Krieges als Bürgerkrieg mit unabsehbarem Ende und die Fortdauer der politischen und wirtschaftlichen Beherrschung Südvietnams durch die USA [4]) verhindert werden sollen —

[4]) Schon ist davon die Rede, daß die Thieu-Partei in Saigon sich nach einem Abzug der US-Truppen nicht nur auf die von den USA gelieferten Bajonette, sondern auch auf eine Flut amerikanischen Geldes, auf das Interesse vor allem amerikanischen und japanischen Kapitals werde stützen können. Zur Rolle der US-Erdölkonzerne vgl. Hans Rondis Beitrag in diesem Heft.

und das Neunpunkteabkommen zeigt den möglichen Weg —, dann muß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, gerade auch in der Bundesrepublik, sich voll auf die Durchsetzung der zentralen Friedensforderungen konzentrieren: Vollständige Beendigung der militärischen und der politischen Einmischung der USA in Indochina, d. h. sofortige Einstellung der Bombenflüge, der Seeblockade und aller Kriegshandlungen, vollständiger Abzug der Truppen der USA und ihrer Alliierten, Verhinderung des Massakers in den Gefängnissen des Thieu-Regimes, Bildung einer aus den drei politischen Kräftegruppen des Landes zusammengesetzten politischen Struktur, die ohne äußere Einmischung und bei voller Wiederherstellung der politischen Freiheiten die nationale Versöhnung einleitet und freie Wahlen vorbereitet. Das ist der Weg aus dem dreißigjährigen Krieg in Vietnam. Der Frieden darf nicht erneut verzögert werden.

Karl D. Bredthauer

Rechtliche Aspekte der Ausweisung von Ausländern aus der BRD

An den Grenzen der BRD ist in der Zeit vom 8. bis 24. September d. J. nach Angaben des Bundesinnenministeriums 1541 arabischen Staatsangehörigen die Einreise verweigert worden [1]). Die Zahl der Ausweisungen von Arabern wird allein bis zu diesem Zeitpunkt auf weit über 1000 geschätzt.

Durch Verfügung des Bundesministers des Inneren vom 3. Oktober 1972 [2])erfolgte „wegen Gefährdung der inneren Sicherheit und sonstiger erheblicher Belange der BRD" das Verbot der Generalunion palästinensischer Studenten (GUPS) und der Generalunion palästinensischer Arbeiter (GUPA). Daran schloß sich noch am 4. Oktober 1972 ein groß angelegter Polizeieinsatz im ganzen Bundesgebiet an: bewaffnete Polizisten umstellten Studentenwohnheime, drangen zusammen mit Sicherheitsbeamten in Zivil in Wohnungen ein, beschlagnahmten persönliche Gegenstände und Literatur und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor [2a]).

Der Bonner Arzt Ahmed el-Rass, Medizinalassistent in Monheim, wird am 4. Oktober 1972 nachmittags während der Dienstzeit durch mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizei verhaftet und in Polizeigewahrsam nach Köln verbracht. Dem inzwischen benachrichtigten Bonner Rechtsanwalt Schick verweigert man zunächst die Sprecherlaubnis. Auf seine Frage, ob die Abschiebung und deren sofortige Vollziehung angeordnet sei, wird er an die zuständige Ausländerbehörde verwiesen, obwohl es inzwischen schon um Mitternacht ist. Rechtsanwalt Schick läßt sich daraufhin von den anwesenden Polizeibeamten versichern, daß eine Abschiebung in der Nacht nicht mehr geplant sei, fährt zurück nach Bonn, ruft von dort noch mehrmals an, um sich zu vergewissern, daß el-Rass noch in Köln sei; entsprechende Fragen werden bejaht. Am Morgen erreicht er eine gerichtliche Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Abschiebung. Zu spät: el-Rass war noch in der Nacht ausgeflogen worden.

Ein anderer Fall nach Angaben von Amnesty International: sieben Palästinenser werden in Handschellen nach München-Riem geführt; ein Rechtsanwalt, der sich um ein Mandat be-

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 29. 9. 72; inzwischen ist die Zahl auf mindestens 1900 angestiegen, „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 16. 10. 72.

2) Am 4. 10. 72 im Bundesanzeiger gem. § 3 IV VereinsG bekanntgemacht.

2a) vds-Information Nr. 33 v. 5. 10. 72.

müht, wird mit der Bemerkung „hier ist kein Platz für Werbung für Ihren Beruf" weggeschleift. Endlich gelingt es ihm doch, zwei Unterschriften zu erhalten. Der Anwalt rast zum Gericht und stellt die Anträge nach § 80 V VwGO (aufschiebende Wirkung), fährt zurück zum Flugplatz; aber die beiden Araber sind schon abgeschoben. Der Pilot hatte sich geweigert, alle sieben Araber auszufliegen, er wollte nur zwei. Just die beiden Palästinenser, die dem Anwalt das Mandat erteilt hatten, wurden abgeschoben.

Zwei Beispiele für eine Vielzahl ähnlich gelagerter Fälle. Juristisch stellen sich dabei folgende Fragen: Rechtfertigt das Ausländergesetz von 1965 derartige Aktionen, und zwar sowohl bezugnehmend auf die Grundgesetzmäßigkeit des Ausländergesetzes selbst wie auf dessen verfassungsmäßige Anwendung? Handelt es sich nach den Grundsätzen des völkerrechtlichen „minimum standard" um eine Verletzung völkerrechtlicher Regeln?

Rechtsgrundlage aller ausländerpolizeilichen Maßnahmen ist seit dem 1. Oktober 1965 das Ausländergesetz (AuslG); ein Gesetz, das nach Aussagen der einschlägigen Kommentatoren das Fremdenrecht „liberalisiere" [3]). Da das AuslG die Ausländerpolizeiverordnung (APVO) von 1938 ablöste, könnte man in der Tat die Liberalisierung vermuten; einer kritischen Untersuchung hält diese Vermutung aber nicht stand. Sowohl nach der APVO wie nach dem AuslG liegt die Entscheidung über Aufenthaltserlaubnis (AE) und Ausweisung im Ermessen der Ausländerbehörde. Während aber die APVO eine generelle Ermessensentscheidung zuläßt, ob der Ausländer „der Gastfreundschaft würdig" sei, *darf* nach dem AuslG (§ 2) die Ausländerbehörde die AE erst erteilen, wenn „Belange der BRD" nicht berührt werden; d. h. soweit nach Auffassung der Behörde „Belange der BRD" beeinträchtigt sind, besteht eine Verpflichtung zur Abweisung des Ausländers. Ist das nicht der Fall, dann setzt erst zusätzlich eine weite Ermessensentscheidung ein: „Hierbei sind alle einschlägigen Gesichtspunkte zu berücksichtigen (... insbesondere auch Gründe politischer und wirtschaftlicher Art ...)". (Vgl. § 2 Nr. 6 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des AuslG.) Das Gesetz definiert nicht, was „Belange der BRD" sind. Nach Weissmann (a.a.O., S. 42) umfaßt der „sehr weit gewählte Begriff alle Wirkungen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, wenn sie der Bevölkerung und dem Staatswesen zum Nachteil gereichen *können*". Die Behauptung, daß die „beiden normativen Maßstäbe, ‚Würdigkeit' und ‚Belange der BRD', hinsichtlich ihrer Unbestimmtheit übereinstimmen" [3a]), ist nicht von der Hand zu weisen. Nur besteht 1972 ein wesentlicher Unterschied: „Die Grundsätze des Rechtsstaates fordern, daß ... das ermächtigende Gesetz nach Inhalt, Gegenstand, Zweck und Ausmaß hinreichend bestimmt und begrenzt ist, so daß die Eingriffe meßbar und in gewissem Umfang für den Staatsbürger voraussehbar und berechenbar werden" (BVerfG E 8, 274, 325). Die Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des § 2 AuslG im Hinblick auf seine Unbestimmtheit geben den Gerichten keinen Anlaß zur Prüfung, obwohl doch nicht bestritten werden kann, daß Art. 20 III GG als allgemeiner Rechts- und Verwaltungsgrundsatz auch für die Abweisung von Ausländern Anwendung finden muß.

Abweisung und Ausweisung lassen sich zwar als Teile des Oberbegriffs „Verweisung" kennzeichnen [4]), dennoch ist anerkannt, daß wegen der oftmals einschneidenderen Wirkung der Ausweisung, „die den Betroffenen u. U. aus seinem langjährigen wirtschaftlichen und persönlichen Wirkungs- und Lebenskreis reißt" [5]), sie strengeren

[3]) Schiedermair, Handbuch des Ausländerrechts, 1968, S. 108; Weissmann, AuslG, 1966, S. 28 u. a.

[3a]) Heldmann, in: „Vorgänge" 2/1966, S. 53.

[4]) Isay, Das deutsche Fremdenrecht, 1923, S. 199.

[5]) Bordewin, Das Aufenthaltsrecht der Ausländer, Diss. Köln 1962, S. 77.

Voraussetzungen als die Abweisung unterliegt [6]). Dem hat der Gesetzgeber formal dadurch entsprochen, daß § 10 I Nr. 11 AuslG für die Ausweisung die „Beeinträchtigung *erheblicher* Belange der BRD" verlangt. Zweifelhaft erscheint aber, ob die Praxis der gesetzgeberischen Intention, daß Nr. 11 nicht für Bagatellfälle gedacht ist, nachkommt: nach Schiedermair (S. 163) kommt nämlich als Beeinträchtigung erheblicher Belange schon in Betracht: „Störung der Beziehungen der BRD zu dem Heimatstaat des Ausländers, Einmischung (?) in innerpolitische Verhältnisse (?) der BRD, eines Bundeslandes oder auch einer einzelnen Gemeinde"; Weissmann will darunter auch den „unsteten Lebenswandel" erfassen (§ 10, Anm. 13 l). Wo die Grenze zu den „einfachen" Belangen liegt, bleibt unklar.

Dieser Unbestimmtheit und Elastizität der ausländerrechtlichen Ermächtigungsnormen entspricht § 14 VereinsG, der das Verbot ausländischer Vereine wegen Gefährdung „erheblicher Belange der BRD" zuläßt. Es versteht sich nahezu von selbst, daß quasi als Automatismus das Verbot des Ausländervereins die ausländerrechtlichen Maßnahmen rechtfertigen soll.

Dabei ist § 10 I Nr. 11 AuslG lediglich eine zusätzliche weite Generalklausel zu zehn anderen Ausweisungsgründen: u. a. Verstoß gegen Meldevorschriften [7]), Gefährdung der Sittlichkeit [8]); „wilde Ehe" [9]) usw.

Bei Berücksichtigung dieser Rechtslage die „liberale und weltoffene Fremdenpolitik" (Amtliche Begründung zum AuslG, bei Schiedermair S. 88) zu betonen, erweist sich als rein deklamatorisch. Dieser deklamatorische Charakter der „Liberalität" ist auch in anderer Hinsicht feststellbar; gem. § 13 S. 2 der Verwaltungsvorschrift zu § 7 AuslG kann die AE für einen ausländischen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erlischt. Die Koppelung von Arbeitserlaubnis und AE führt bei Arbeitnehmer mit der auflösenden Bedingung versehen werden, daß sie mit Wechsel des Arbeitsplatzes automatisch zum Verlust der AE; der Arbeitnehmer wird dadurch vielfach dem jeweiligen Arbeitgeber ausgeliefert. § 7 III AuslG ermächtigt die Ausländerbehörde, nach ihrem Ermessen Auflagen und Bedingungen — auch nachträglich — zu erlassen. Da keine näheren Bestimmungen über Inhalt, Zweck und Ausmaß dieser Maßnahmen normiert sind, orientiert sich die Zulässigkeit wiederum an den „Belangen der BRD" als Richtschnur (Schiedermair S. 136). Das hat während des Schah-Besuchs 1967 dazu geführt, daß Ausländer verpflichtet wurden, eine bestimmte Stadt nicht zu verlassen, sich politischer Betätigung generell zu enthalten, sich täglich mehrmalig zu melden und — in München — auf eigene Kosten für drei Tage bestimmte Regierungsbezirke zu verlassen [10]). *Überlegungen bezüglich* der Vereinbarkeit des § 7 III AuslG mit dem Rechtsstaatsprinzip des Art. 20 III GG, da das Gesetz keinerlei Bestimmungen über Wesen, Inhaltsgrenzen und Anlaß der Ermessensentscheidung der Behörde trifft, werden auch hier nicht angestellt.

Gem. § 16 AuslG *muß* die Ausländerbehörde zur Vorbereitung der Ausweisung den betroffenen Ausländer in Abschiebehaft nehmen, sofern dies erforderlich ist. Dies bedeutet zunächst insofern eine Verschlechterung im Vergleich zu § 7 V 2 APVO (von 1938), als dort eine „Kann"-Regelung normiert war. Wenn daneben der Vergleich von Untersuchungshaft und Abschiebehaft im Hinblick auf ihre „Wesensgleichheit" zur Feststellung führt, daß im Falle der U-Haft *„dringende* Gründe" für die Annahme, daß die Verurteilung tatsächlich erfolgen wird, erforderlich sind (vgl. §§ 112, 126 a StPO), während

6) Verdross, Völkerrecht, 5. 4., 1964, S. 372.
7) Vgl. im einzelnen: Marxen, Deutsches Ausländerrecht, 1967, § 10 Rdnr. 29.
8) z. B. lesbische Liebe, Schiedermair, S. 162.
9) Rauball-Sträter, AuslG, 1966, zu § 10 Nr. 9.
10) Heldmann, in: „studentische politik", 1/1970, S. 37.

bei der Abschiebung dieses Erfordernis völlig fehlt [11]), so wird die mangelnde Liberalität immer deutlicher.

Schon die oben aufgeführten Beispiele erhellen, daß nicht ohne Grund die „Elastizität" des AuslG gerühmt wird [12]), ohne allerdings die damit verbundenen Einbrüche in das Rechtsstaatsprinzip (Bestimmtheitsgrundsatz) zu offenbaren. Das AuslG beweist beispielhaft, daß

— erstens die Liberalität eines Gesetzes im Hinblick auf die dehnbare Formulierung entscheidend vom politischen Standort des Gesetzesanwendenden abhängt und

— zweitens der Gesetzgeber unter Umgehung des rechtsstaatlichen Prinzips der Bestimmtheit die Voraussehbarkeit des Verwaltungshandelns einschränkt, indem die Bestimmtheit in die verwaltungsinterne Ebene (verwaltungsinterne Richtlinien, Anweisungen an Behördenleitung) verlagert wird.

Die Anwendung des AuslG in den zum Anlaß genommenen Fällen der Araberausweisungen gibt wenig Hoffnung, auf einen politisch liberaleren Standort der Verwaltungsbehörden zu vertrauen. Das wird dann deutlich, wenn man die Ausweisungs- und Abschiebungsfälle der vergangenen Zeit in verfassungsrechtlicher Hinsicht überprüft:

Art. 19 IV GG garantiert jedermann, also auch dem Ausländer, nach Maßgabe unserer Gesetze und der Verfassung gegen jeden Akt öffentlicher Gewalt den Rechtsweg zu beschreiten.

Dieses Grundrecht gewährleistet die Effektivität des Rechtsschutzes (BVerwG 16, 289 (293)). Es stellt eine Verletzung dieses Grundrechts dar, wenn (wie jetzt vielfach vorgefallen) dem betreffenden Ausländer lediglich die Möglichkeit anheimgegeben wird, seine Rechtsbehelfe und Rechtsmittel nach tatsächlich vorgenommener Abschiebung von seinem Heimatland aus zu betreiben. Dem kann nicht entgegengehalten werden, die spätere Einlegung eines Antrages nach § 80 V VwGO (Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung) auch vom Heimatstaat aus sei ausreichend (so aber Schiedermair, S. 227). Abgesehen davon, daß die generelle und pauschale Anordnung der sofortigen Vollziehung gem. § 80 II 4 VwGO einen Verstoß gegen die Verwaltungsgerichtsordnung beinhaltet — es bedarf dazu immer einer genauen Abwägung im Einzelfall [13]) —, fordert gerade die Effektivität eines wirksamen Rechtsschutzsystems, daß dem Betroffenen die Gelegenheit gegeben wird, detaillierte Einwendungen gegen die Ausweisungsverfügung vorzubringen. Daß derartige Einwendungen von einem arabischen Staat aus erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden, wird niemand ernstlich in Abrede stellen können.

Letzterer Gesichtspunkt weist auf ein anderes Grundrecht hin, das nach den bekanntgewordenen Angaben in einer Reihe von Fällen verletzt worden ist: Art. 103 I GG, der jedermann den Anspruch auf rechtliches Gehör vor Gericht gewährleistet. Das Grundrecht auf Gewährung rechtlichen Gehörs ist verletzt, wenn der Betroffene ohne die Möglichkeit, Rechtsbehelfe und Rechtsmittel beantragen zu können, abgeschoben wird.

In Fällen, in denen Palästinenser nach Jordanien oder nach Israel ausgeflogen worden sind, in einen Staat also, in dem Leben oder Freiheit des abgeschobenen Ausländers wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist, liegt eine Verletzung des § 14 I 1 AuslG vor, der eine Konkretisierung des Art. 16 II 2 (Asyl) darstellt. Soweit dabei auf § 14 I 2 AuslG rechtfertigend Bezug genommen wird, der die Abschiebung in den verfolgenden Staat aus „schwerwiegenden Gründen der Gefahr für die Sicher-

11) Im einzelnen Schröer, DVBl. 1966, S. 99 f.
12) Kanein, DVBl. 1966, S. 617.
13) Redeker/v. Oertzen, VwGO, 4. A. 1971, § 80 Rdnr. 16.

heit" der BRD zuläßt, so hält diese Begründung verfassungsrechtlicher Betrachtung nicht stand. Art. 16 II 2 GG bestimmt nämlich eindeutig, daß „politisch Verfolgte Asylrecht genießen"; damit ist die Abschiebung eines Asylberechtigten in den Verfolgerstaat, die im Ergebnis eine auch durch das Völkerrecht verbotene Auslieferung wäre, nicht vereinbar, da die „Abschiebung des betreffenden einzelnen in ein Land, in dem er politisch verfolgt wird, nicht nur sein Asylrecht beschränkt, sondern es vernichtet" [14]). Selbst wenn § 14 I 2 AuslG einen Verwirkungstatbestand des Asylrechts darstellte, so wäre die Abschiebung eines Asylberechtigten durch die Ausländerbehörde wegen Art. 18 GG, der die Entscheidung über die Verwirkung des Asylrechts beim Bundesverfassungsgericht monopolisiert (vgl. BVerfG E 13, 46, 51), verfassungswidrig.

Letztlich begegnet auch die Art der Ausweisungen im Hinblick auf die allgemeinen Regeln des Völkerrechts rechtlichen Bedenken. Diese allgemeinen Regeln genießen über Art. 25 GG die Geltung unmittelbaren Bundesrechts. Völkerrechtlich gewährleistet der Minimumstandard u. a. folgende unabdingbare Grundprinzipien:

— Ausweisungen und Abschiebungen dürfen nicht vollzogen werden ohne Berücksichtigung der Ehe und Familie des betroffenen Ausländers (vgl. auch Art. 6 GG für die Verfassung der BRD).

— Dem Betroffenen ist Gelegenheit zu gewähren, seine Rechte effektiv prozessual verteidigen und durchsetzen zu können (Verdross, a.a.O., S. 364).

— Dem von der Ausweisung bedrohten Ausländer muß die Möglichkeit rechtlichen Gehörs gegeben werden [15]).

— Die Art und Weise der Durchführung von Ausweisung und Abschiebung darf die Gebote der Menschlichkeit nicht verletzen (Verdross, S. 372).

In einer Reihe bekannt gewordener Fälle sind diese Grundsätze offenkundig nicht beachtet worden.

Terroranschläge (wie in München bei der Olympiade geschehen) müssen nach Möglichkeit verhindert werden. Die Notwendigkeit, künftig derartige Anschläge zu verhindern, darf aber nicht dazu führen, elementare rechtsstaatliche Grundsätze aufzugeben.

Martin Schuster

Zu den CDU-Plänen für ein Dienstpflichtgesetz

„Im Gegensatz zum offiziellen Entspannungsoptimismus und entgegen einer weit verbreiteten Entspannungseuphorie in unserem Volk", so Rainer Barzel auf dem „militärpolitischen Kongreß" der CDU in Hamburg am 6./7. Oktober 1972, „ist die Bedrohung, der wir uns gegenübersehen, nicht zurückgegangen, sondern gewachsen." Solche Konsequenzen zieht die Christenunion aus dem Abschluß und der Ratifizierung der Gewaltverzichtsverträge. Manfred Wörner, der designierte Bundeswehrminister in einem Kabinett Strauß/Barzel, pflichtete seinem Parteichef bei: die Sowjetunion wolle ihre politischen Ziele, so sagte er, mit Hilfe „eindeutiger militärischer Überlegenheit durchsetzen". Als ein Mittel hierzu bezeichnete Wörner die Europäische Sicherheitskonferenz.

Unter dem solchermaßen aufrechterhaltenen Banner des Kalten Krieges durfte bei Wörner der Hinweis auf den „inneren Feind" nicht fehlen: „Wir führen den Kampf um unsere Selbstbehaup-

14) Vgl. Kimminich, JZ 1965, S. 737 (745); a.A.BVerwG E 4, 235.
15) Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. I, 1960. S. 386.

tung nicht nur mit einem äußeren Gegner, einen nicht minder entscheidenden Kampf führen wir nach innen." Bestandteil jenes „Kampfes nach innen" war für die CDU und natürlich auch die CSU offenbar die Abstimmung des Bundestages über den Regierungsentwurf der Novelle zum Gesetz über den zivilen Ersatzdienst. Nach mehr als zweijährigen Auseinandersetzungen, nach heftiger Kritik am Regierungsvorschlag von links, von seiten der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden, scheiterte Ivens Ersatzdienstkonzeption schließlich am 6. Oktober 1972 im Bundestag am Nein der CDU/CSU.

Für den Beobachter war nichts überraschender als dieses Nein. Hatte sich doch Hans Iven mit seinen politischen Vorstellungen in den vergangenen beiden Jahren so weit nach rechts profiliert, daß er zu Recht neben Schmidt und Leber zu den von der Opposition meistgelobten Regierungspolitikern zählen durfte. CDU und CSU hatten bisher Ivens Plänen im Verlauf der parlamentarischen Beratungen prinzipiell zugestimmt, versuchten lediglich im Arbeits- und Sozialausschuß einige Entliberalisierungen durchzudrücken. Ansonsten schien der Burgfrieden perfekt.

Mit der Ablehnung des Zivildienstgesetzes im Oktober ist die CDU/CSU nun jedoch auch im Bereich des Ersatzdienstes — und damit der Militärpolitik — zu der ihr würdigen Haltung der Obstruktion zurückgekehrt. Für die Ersatzdienstleistenden bedeutet das konkret, daß — während „Wehrgerechtigkeit" in aller Munde ist — notwendige Gleichstellungen mit den Wehrpflichtigen in der Bundeswehr auf unbestimmte Zeit ausgesetzt sind. Bereits zu Beginn des Jahres wurde das Wehrsoldgesetz novelliert. Das neue Zivildienstgesetz sollte den Ersatzdienstleistenden endlich die materielle Gleichstellung mit den Soldaten bringen. Die Verlängerung des Ersatzdienstes um einen Monat gegenüber dem Wehrdienst hingegen hat schon Gesetzeskraft. Diese verfassungswidrige Regelung hat die CDU/CSU nicht verhindert.

Offiziell begründete die Opposition ihre Ablehnung des Gesetzes mit dem Hinweis, sie könne der vorgesehenen Priorität für den Einsatz von Kriegsdienstverweigerern im sozialen Bereich nicht zustimmen. Ein weiterer Stein des Anstoßes war für die Christenunion die recht bescheidene Mitbestimmungsmöglichkeit, die den Interessenvertretern der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden in einem neu einzurichtenden Beirat beim Arbeitsminister eingeräumt werden sollte. Allerdings können nur Gegner jeglicher Mitbestimmung hier den Obrigkeitsstaat in Gefahr gestellt sehen.

Die offiziell vorgetragenen Argumente aber beleuchten nicht den Hintergrund für die Obstruktionspolitik der CDU/CSU. Der Regierungsentwurf schien den CDU-Militärpolitikern die Kriegsdienstverweigerer nicht konsequent und nicht effizient genug in die Kalte-Kriegs-Politik einzuplanen, die die Union in Regierungsverantwortung fortzusetzen hofft. Unmittelbar vor den Wahlen wollten CDU und CSU das neue Ersatzdienstgesetz deshalb nicht mehr verabschieden.

Der Grund für diese scheinbare Abstinenz liegt in der Schreibtischschublade des Herrn Wörner; er heißt „Gesetz über die Leistung persönlicher Dienste für die staatliche Gemeinschaft". Seit zwei Jahren schon ist der Entwurf dieses Gesetzes, das das Wehrpflichtgesetz in ein allgemeines Dienstpflicht- und Dienstleistungsgesetz umwandeln soll, fertiggestellt. Bisher wurde er von der Opposition nicht veröffentlicht. Im Schattenkabinett des Dr. Barzel aber scheint man nun den Entschluß gefaßt zu haben, im Falle der Regierungsübernahme möglichst bald jenes Gesetz zur totalen Erfassung aller männlichen Bürger zu militärischen und pseudozivilen Diensten durchzubringen, um eine wirksame organisatorische Grundlage zur Fortsetzung der entspannungsfeindlichen Politik der CDU/CSU zu schaffen.

Mit ihrem Gesetzenwurf wollen CDU und CSU der Regierungswillkür Tür und Tor öffnen. So soll das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer je nach Personalbedarf in den militärischen und „zivilen" Teilstreitkräften abgeschafft und flugs wieder eingeführt werden können. Die allgemeine Dienstdauer soll je nach dem Willen der Regierung — mit anderen Worten: nach Intensität der jeweiligen militärischen Drohpolitik — um sechs Monate verändert werden können. Das alles ohne gesetzliche Änderungen und damit ohne parlamentarische Kontrolle.

Gemessen an solchen Vorstellungen war der Iven-Entwurf in der Tat zu liberal. Hans Iven allerdings wäre der letzte, der am Scheitern der Regierungsvorlage unschuldig wäre. Mit seinen anhaltenden Zahlenmanipulationen hat er der Opposition einen billigen Vorwand für die Behauptung geliefert, bei einer Priorität des Dienstes im sozialen Bereich könnten nicht genügend Ersatzdienstplätze zur Verfügung gestellt werden.

Und noch eines macht die Schlußabstimmung um das Zivildienstgesetz deutlich. Die Suche nach falschen Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU führt meist in eine Sackgasse. Hätte die Regierung frühzeitig die Vorschläge der Kriegsdienstverweigerer aufgegriffen und das Gesetz an den Erfordernissen eines echten Friedensdienstes orientiert, so wäre ihr diese Niederlage wahrscheinlich erspart geblieben. Durch die Anbiederungsversuche an die CDU/CSU sind die Ausschußberatungen verlängert worden, bis die Koalition in der letzten Sitzungswoche des 6. Deutschen Bundestages schließlich nicht mehr über eine Mehrheit verfügte.

Wenn zumindest dem letzten sozialdemokratischen Abgeordneten am 6. Oktober 1972 klar geworden ist, wohin die Suche nach Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU schließlich führt, dann allerdings wäre das Nein der Opposition doch noch ein Erfolg.

Winfried Schwamborn

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

9 *Lewan* Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse. 179 S. DM 9,80
10 *Kramer* Reform und Revolution bei Marx und Engels. 201 S. DM 9,80
11 *Ley — Müller* Kritische Vernunft und Revolution. 267 S. DM 9,80
12 *Deppe* Das Bewußtsein der Arbeiter. 358 S. DM 12,80
13 BRD—DDR Vergleich der Gesellschaftssysteme. 442 S. DM 12,80
14 *Halfmann* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß. 239 S. DM 9,80
16 *Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? 105 S. DM 9,80
18 *Schwamborn* Handbuch für Kriegsdienstverweigerer. 200 S. DM 9,80
19 *Boris u. a.* Chile auf dem Weg zum Sozialismus. 320 S. DM 9,80
20 *Werner* (Hrsg.) Christen und Revolution. 150 S. DM 9,80
21 *Schuon* Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik. 264 S. DM 12,80
25 *Priester* Der italienische Faschismus. 336 S. DM 14,80
27 *Lange* Wiss.-technische Intelligenz. 237 S. DM 12,80
28 *Rau* Verfall des Fortschrittsgedankens. 280 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Scheitert in Vietnam die Strategie des „lokalen Krieges"?

Von Hans Rondi

I

Allein die Tatsache, daß die USA mit der DRV ein Neunpunkteabkommen aushandeln mußten, das in den wesentlichen Fragen den Geist des Siebenpunkteplanes der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam atmet, zeigt, daß die Wandlung des internationalen Kräfteverhältnisses eine neue Stufe erreicht hat. Ob die USA nun zur Unterzeichnung und Einhaltung des Abkommens veranlaßt werden können, muß als Gradmesser gelten für die Reife der Bewegung für den Frieden in allen Völkern. Es wird sich in diesem Zusammenhang erweisen, ob die antiimperialistischen Kräfte bereits eine solche Stärke erreicht haben, daß sie in der Lage sind, den „lokalen" und „Stellvertreterkrieg" der stärksten Militärmaschinerie der Welt zum Abbruch zu bringen.

Der Unterhändler Nixons selbst, Henry Kissinger, deutete diesen Zusammenhang bereits Mitte Juni dieses Jahres vor einem ausgewählten Kreis von Senatoren an, als er darauf hinwies, daß „sich innenpolitischer Widerstand gegen die militärischen Programme regt und immer ungeduldiger verlangt werde, daß erhebliche Mittel, die bisher für die Verteidigung vorgesehen waren, sozialen Aufgaben zukommen sollten" [1].

Diese innere Entwicklung vollzieht sich vor dem Hintergrund der politischen, militärischen und ökonomischen Veränderungen im Weltmaßstab, die zu der Erkenntnis des Foreign Policy Research-Institute der USA führten, „daß die strategisch-technologisch-wirtschaftliche Dominanz der Vereinigten Staaten vorbei ist" [2]. Nixon selbst umschrieb diesen Sachverhalt zur Begründung des SALT-Abkommens mit der Sowjetunion derart, daß die „überwältigende militärische Vorherrschaft unserer früheren militärischen Macht gegenüber derjenigen der Sowjet-Union" sich zu einer „ausgewogeneren militärischen Gleichung" verwandelt habe [3].

Unter diesen Umständen sah sich die US-Regierung im Oktober dieses Jahres gezwungen, mit der DRV ein Abkommen auszuhandeln, das, wie Präsidentschaftskandidat McGovern sagte, für Nixon „keinen Fortschritt gegenüber dem darstelle, was Hanoi schon immer anzunehmen bereit war" [4]. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Das Ergebnis des verbrecherischen Krieges der USA, dem Millionen Vietnamesen und 45 884 amerikanische Soldaten zum Opfer fielen, ist die Anerkennung dessen, was die USA jahrelang verhindern wollten. Punkt 1 des Abkommens lautet: „Die USA respektieren die durch die Genfer Verträge von 1954 anerkannte Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams" [5].

Offensichtlich hat diese Entwicklung auch zur Verschärfung der Widersprüche zwischen den stärksten Monopolen und Wirtschaftsgruppen der USA über Mittel und Methoden der Vietnampolitik geführt. Die Rüstungskonzerne, der aggres-

1) Zit. nach „Deutsche Zeitung/Christ und Welt", 30. 6. 1972.
2) Zit. nach R. L. Pfaltzgraff: Probleme der Sicherheit Westeuropas unter der Nixon-Doktrin, in: „Europa-Archiv", 18/1971, S. 628.
3) „US-News & World Report", N.Y., 26. 6. 1972.
4) Zit. nach „Die Welt", 28. 10. 1972.
5) Vgl. den Wortlaut im Dokumentarteil dieses Heftes.

sivste Teil des militärisch-industriellen Komplexes, sehen ihre Rüstungsgewinne in Gefahr, wenn die USA — was einem Schuldbekenntnis gleichkommt — in dem Abkommen sich verpflichten, „zum Heilen der Wunden des Krieges und zum Wiederaufbau nach dem Kriege in der Demokratischen Republik von Vietnam und in ganz Indochina beizutragen", worunter sich jedoch sicherlich jetzt schon andere Monopolgruppen ein Geschäft vorstellen. In richtiger Einschätzung auch dieser Widersprüche weist die Regierung der DRV in ihrer Erklärung darauf hin, daß „die vorgeschobenen Schwierigkeiten in Saigon nichts als ein Vorwand sind, um die Realisierung der Verpflichtungen der USA hinauszuzögern [6])".

II

Es ist viel darüber geschrieben worden, daß es in Vietnam um politische Machtinteressen im Rahmen dessen geht, was allgemein die Globalstrategie der USA genannt wird. Dieses Primat der Politik wird von den Monopolen nur dann anerkannt, wenn es der Sicherung ihrer Interessen dient.

Wo Krieg geführt wird, sind handfeste ökonomische Interessen im Spiel. Die Pariser „Le Monde" bemerkte schon am 8. Januar 1971 im Zusammenhang mit der amerikanischen Aggression in Südostasien, daß sie in großem Maße von den Interessen der Erdölkonzerne diktiert werde. Es ist bereits vielfach wieder in Vergessenheit geraten, daß insbesondere Standard Oil (ESSO) sich die Schürfrechte auf dem Festlandsockel indochinesischer Gewässer sicherte.

Das Erdöl ist ein Politikum ersten Ranges. Die industrielle Entwicklung im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution hat den Erdölbedarf in den USA — wie überhaupt auf dem westlichen Weltmarkt — sprunghaft anschnellen lassen. Zwar sind die USA nach wie vor der größte Erdölproduzent. Sie förderten 1950 267 Mill. t (51 % der Weltproduktion), 1960 348 Mill. t, gleich 33 %, und 1970 534 Mill. t, welche allerdings nur noch 23 % der Weltproduktion ausmachen [7]). In zunehmendem Maße sind die USA jedoch auf Importe angewiesen. Einer Einschätzung der Standard Oil of New Jersey zufolge wird der Importanteil 1985 auf 60 % gestiegen sein.

Das wachsende Selbstbewußtsein der erdölproduzierenden arabischen Staaten veranlaßte die Monopole, sich in stärkerem Maße auf Südostasien zu konzentrieren. Agence France Press stellte dazu am 7. Februar 1971 — dem Tag der Intervention Saigoner und US-Truppen in Laos — fest: „Die vor kurzem entdeckten großen Erdölvorkommen in Thailand und Südvietnam erklären in bedeutendem Maße die Aktivierung der militärischen Aktionen in Indochina und besonders die jüngsten Ereignisse in Laos."

Es geht natürlich nicht um Erdöl allein. Die Rüstungsindustrie der USA hängt von Importen strategischer Materialien ab. 67 % des benötigten Bauxits, 100 % des Bedarfs an Naturgummi, 99 % Chrom, 72 % Wolfram, 100 % Industriediamanten, 90 % Platin, 85 % Quecksilber, 92 % Kobalt müssen importiert werden. Ein erheblicher Teil dieser Rohstoffe wird durch Importe aus Indochina und anderen Gebieten Südostasiens gedeckt. Die an Rohstoffen reichsten Gebiete unseres Planeten sind zu einem großen Teil der Verfügungsgewalt der US-Monopole entzogen, sie liegen in sozialistischen Staaten oder mit diesen eng verbundenen Entwicklungsländern.

---

6) Ebd.
7) Quelle: „Erdöl und Kohle", Hamburg, Heft 24/1971, S. 62.

Politische Sachbücher

Beyer, Wilhelm Raimund
Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács
Kleine Bibliothek 5. 232 Seiten. DM 9,80.

Deppe, Fülberth, Kühnl, Steinhaus, Tjaden u. a.
BRD – DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme
Kleine Bibliothek 13. 442 Seiten. DM 12,80.

Deppe, Frank
Das Bewußtsein der Arbeiter
Kleine Bibliothek 12. 359 Seiten. DM 12,80.

Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse
Materialien für Studenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst
97 Seiten. DM 5,–.

Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß
Herausgegeben von Dieter Halfmann
Kleine Bibliothek 14. 239 Seiten. DM 9,80.

Kon, I. S.
Soziologie der Persönlichkeit
Aus dem Russischen von Willi Hoepp.
496 Seiten. Leinen DM 19,80.

Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch
Herausgegeben von Werner Berthold, Gerhard Lozek, Helmut Meier, Walter Schmidt
566 Seiten. Leinen DM 28,–.

Lange, Hellmuth
Wissenschaftlich-technische Intelligenz
Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse?
Kleine Bibliothek 27. 237 Seiten. DM 12,80.

Autorenkollektiv des IMSF
Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen
282 Seiten. Studienausgabe DM 10,–.

Ley, Hermann, und Thomas Müller
Kritische Vernunft und Revolution. Zur Kontroverse zwischen Hans Albert und Jürgen Habermas
Kleine Bibliothek 11. 267 Seiten. DM 9,80

Pätzoldt, Bjørn
Ausländerstudium in der BRD
Ein Beitrag zur Imperialismuskritik
Sammlung Junge Wissenschaft.
190 Seiten. DM 14,80.

Peter, Lothar
Literarische Intelligenz und Klassenkampf. „Die Aktion" 1911–1932
Sammlung Junge Wissenschaft. 221 Seiten, glanzkart. DM 17,80.

Priester, Karin
Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen
Kleine Bibliothek 25. 336 Seiten. DM 14,80.

Rau, Eugen
Der Verfall des Fortschrittsgedankens in der ökonomischen Theorie. Zum Irrationalismus in der bürgerlichen Ökonomie
Kleine Bibliothek 28. Etwa 300 Seiten. Etwa DM 14,80.

Schuon, Karl Theodor
Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik
Kleine Bibliothek 21. 264 Seiten. DM 12,80.

Semjenow, W. S.
Der Kapitalismus und die Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft
Übersetzung aus dem Russischen. Etwa 370 Seiten. DM 20,–.

Streisand, Joachim
Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung
484 Seiten. Paperback. DM 7,80.

Suchodolski, Bogdan
Einführung in die marxistische Erziehungstheorie
Aus dem Polnischen übersetzt von Marian Kunze.
562 Seiten. Paperback. DM 9,80.

Treuheit, Werner
Sozialismus in Entwicklungsländern
Sammlung Junge Wissenschaft. 243 Seiten. DM 16,–.

Wahsner, Roderich
Erfassung und Integration als System. Militär- und Zivildienstpflicht in der BRD
Sammlung Junge Wissenschaft. 260 Seiten. DM 17,80.

Wygodski, S. L.
Der gegenwärtige Kapitalismus
Versuch einer theoretischen Analyse
Übersetzung aus dem Russischen. 548 Seiten. DM 14,50.

Wyniger, Willy
Demokratie und Plan in der DDR
Sammlung Junge Wissenschaft. 140 Seiten. DM 14,80.

Pahl-Rugenstein

So wird der Kampf um die Rohstoffquellen von den Monopolen und den imperialistischen Staaten immer rücksichtsloser geführt. Da jedoch gleichzeitig die „Öffentlichkeit", die Volksmassen in aller Welt, eine größere Rolle zu spielen beginnen und Politik mehr und mehr von einer Sache der Geheimdiplomatie und der Staatsbürokratie zur Angelegenheit der Völker wird, müssen Wissenschaft und Forschung herhalten, die Aggressionsziele der Monopole zu umschreiben.

III

In den USA entstand bereits nach dem Ersten Weltkrieg die Basis für eine spezielle wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der strategisch-politischen Problematik mit dem „Rat für Auswärtige Angelegenheiten", dem Kellog 1927 die Kerngedanken eines Projektes für wissenschaftliche Kriegsführung vorlegte. Diesem Rat stand die Hoover-Institution für „Fragen des Krieges, des Friedens und der Revolution" zur Seite, wobei Revolution hier für Konterrevolution steht. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand eine Vielzahl strategischer Forschungsinstitutionen, Anfang der 60er Jahre zählte man rund 350 solcher „öffentlichen" Institutionen, dazu 300 entsprechende Universitätszentren und etwa 1000 Zentren bei Privatunternehmen, die als „Denkfabriken" die Clausewitzsche Vorstellung vom Krieg als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln unter den heutigen Verhältnissen umzusetzen gedenken. Nicht nur die in Indochina eingesetzten Waffensysteme, sondern auch die Strategie und die psychologische Kriegsführung entsprechen dem letzten Stand der Wissenschaften und demonstrieren die Abhängigkeit der Forschung von der Rüstungsindustrie und der Kriegsführung. Die Forschungsergebnisse laufen zusammen bei der RAND-Corporation, dem wissenschaftlichen Zentrum des Militär-Industrie-Komplexes.

Die Kriegsmarine sammelt die diversen Forschungsergebnisse daneben noch über die „Operations Evalutions Group" beim Institute of Technology in Massachusetts. Dieses Institut erlangte Anfang 1972 traurige Berühmtheit mit der von der VW-Stiftung finanzierten „wissenschaftlichen" Voraussage, daß die Menschheit um das Jahr 2100 aussterben würde, weil hohe Rohstoffkosten wegen der zur Neige gehenden Lager in westlicher Verfügungsbereitschaft die Unternehmer veranlassen würden, nicht mehr zu investieren. Auf das Profitinteresse der Monopolwirtschaft zu verzichten statt auf die Menschheit, lag den Verfassern fern [8]). Aus solcher Prognose leitet sich dann das Interesse der Ölkonzerne der USA für die reichen Rohstoffvorkommen Indochinas als ein allgemein-menschliches Anliegen ab, als Grundlage für den Fortbestand der Menschheit. Solcher „Zweck" heiligt die Mittel der Kriegsführung.

Die strategischen Forschungsinstitute liefern nicht nur die Studien zum sinnvollsten, d. h. mörderischsten Einsatz der Waffensysteme und zur neokolonialistischen Ausbeutung, sondern auch entsprechende juristische Konstruktionen zur Rechtfertigung. Solcherart Rechte neueren Datums waren das angebliche „Recht auf Luftaufklärung", das „stillschweigende Einvernehmen" über die Verletzung des nordvietnamesischen Luftraums, das „stillschweigende Abkommen über das Nichteindringen in die entmilitarisierte Zone" und das „Recht der Vergeltung für verweigerte Luftaufklärung".

IV

Im Wettstreit der Systeme sind die ökonomischen Wachstumsraten von außerordentlicher Bedeutung. Die drei Zentren der westlichen Welt, USA, Westeuropa

[8]) „Der Spiegel", Nr. 21/1972.

und Japan, verfügten 1950 noch über 72 % der Weltindustrieproduktion, 1970 nur noch über 55 %. Industrielle Wachstumsraten, die denen sozialistischer Staaten gleichen, konnten für das spätkapitalistische System bisher jedoch nur in der Kriegsproduktion erreicht werden, wo der Staat als alleiniger Auftraggeber und Abnehmer jedes unternehmerische Risiko ausschaltet und die ständig steigende Kapazitätsausweitung stimuliert. Das zeigen die Wachstumsraten der USA wie auch aller Industrienationen der westlichen Welt.

Die industrielle Produktion in den USA wies in den Jahren 1900 bis 1914 eine durchschnittliche Wachstumsrate von 3,8 % auf. Das war die Zeit der Herausbildung der Monopole, als diese sich anschickten, die entwickelten Nationen in Europa einzuholen. Im Ersten Weltkrieg schnellte die Wachstumsrate im Durchschnitt pro Jahr auf 8 % hoch, um in den folgenden 21 Friedensjahren auf noch nicht einmal ein Zehntel dessen, auf 0,7 %, zurückzufallen. Von 1940 bis 1945, im Zweiten Weltkrieg, betrug die durchschnittliche Produktionssteigerung in den USA 12,5 % jährlich. Setzt man für den Höhepunkt der amerikanischen Kriegsproduktion, für das Jahr 1943, den Index 100, so erreichte die industrielle Produktion 1971 133 Punkte — das ergibt für die Friedensjahre bis heute einen Jahresdurchschnitt von 1,2 %, wiederum also nur ein Zehntel der im Weltkrieg erzielten Zuwachsraten.

Daß dieser Zusammenhang zwischen Krieg und Wirtschaftswachstum nicht zufällig ist, zeigt ein Vergleich mit der industriellen Produktionsentwicklung in der gesamten kapitalistischen Welt. Von 1919 bis 1939 stieg die Industrieproduktion in allen entwickelten Industriestaaten des Westens zusammengenommen um 19 %, im Durchschnitt also jährlich um 0,9 %, während sie von 1940 bis 1945 um durchschnittlich jährlich 6,4 % anstieg. Diese Steigerungsrate war, bedingt durch Kriegszerstörungen, niedriger als in den USA und begründete die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten nach 1945. Von 1945 bis 1971 gingen auch hier die jährlichen Steigerungsraten auf durchschnittlich 1,4 % zurück: Gemessen an 1944 = 100, betrug die Industrieproduktion 1971 = 138 [9]).

Die Herausbildung einer organisierten Weltbewegung zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges, gekennzeichnet durch gemeinsame oder parallele Aktionen pazifistischer, religiöser und sozialistischer Kräfte in allen Kontinenten unseres Erdballs, hat zum Scheitern aller Konzeptionen von „roll back" und „Veränderung des Status quo" geführt. Der gesetzmäßige Zusammenhang zwischen spätkapitalistischer Wirtschaftsblüte und Krieg ist von der Öffentlichkeit durchbrochen worden — allerdings bisher nur insoweit, als es den „großen" Krieg, die weltweite militärische Auseinandersetzung betraf. Immerhin sind nach 1945 mehr als 30 Kriege, sogenannte lokale Kriege, von den imperialistischen Mächten — allen voran den USA — entfesselt worden. Zählt man jene Konflikte und Kolonialkriege hinzu, wo imperialistische Mächte intervenierten oder in Bürgerkriege eingriffen, um Befreiungsbewegungen zu unterdrücken, dann steigt die Zahl auf 97. Allein die USA intervenierten davon in 26 Kriegen, die zusammengezählt 76 Jahren dauerten, Großbritannien in 19 Kriegen, Frankreich in 12. Die längsten und blutigsten Kriege wurden in Asien geführt: Vietnam — 2 Kriege — 23 Jahre; Burma — 1 Krieg — 22 Jahre; Laos — 3 Kriege — 17 Jahre; Indien — 9 Kriege — 14 Jahre; Malaya — 2 Kriege — 14 Jahre [10]).

Durch das veränderte Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die organisierte Bewegung für die Friedenssicherung und die Wachsamkeit der

9) Quellen: Vergleiche J. Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 37, Berlin 1967, S. 32 ff. — Fortschreibung nach UNO-Berichten.
10) „IPW-Berichte", Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin (DDR), Heft 4/1972.

Völker — die Öffentlichkeit — konnte ein dritter Weltkrieg bisher verhindert werden und wurde in Europa die Aussicht auf einen dauerhaften Frieden geschaffen. Gleichzeitig — und das hängt mit dem oben gezeigten Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Krieg zusammen — ist ein Ansteigen der lokalen Kriege und militärischer Interventionen im letzten Vierteljahrhundert zu verzeichnen.

Die Revolutionierung der Waffentechnik hat jedoch dazu geführt, daß die „lokalen Kriege" Auswirkungen haben, die jene der bisherigen „großen" Kriege übertreffen, ganz abgesehen von der Gefahr, daß ein „lokaler" Krieg in eine weltweite Auseinandersetzung umschlägt.

Von 1945 bis 1970 fanden in 61 Ländern Kriege mit imperialistischer Intervention statt; in diesen Ländern leben 50 % der Weltbevölkerung. (Zum Vergleich: Im Zweiten Weltkrieg waren 40 Länder Kriegsgebiet.)

Auch die Grausamkeit der Kriegsführung stellt alles in den Schatten, was die Menschheit seit der Urzeit erleiden mußte. „Innerhalb von 4 Jahren, von 1965 bis 1968, ließ die Johnson-Regierung mehr als 6480 Tonnen Bomben und Granaten über Vietnam abwerfen. Nixon ließ in drei Jahren seiner Regierungszeit mehr als 6 980 000 Tonnen Bomben und Geschosse auf Indochina abwerfen. Das entspricht dem Siebenfachen der Menge, die von der US-Air-Force in den Jahren des Aggressionskrieges gegen Korea eingesetzt wurde, und annähernd dem Dreieinhalbfachen des Materials, das die amerikanische Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg einsetzte" [11]). Die Sprengkraft entspricht 450 Hiroshima-Atombomben.

Für die Weltöffentlichkeit stellt sich damit die Aufgabe, auch den Ausbruch von „lokalen Kriegen" oder seiner Variante, den „Stellvertreterkriegen", zu verhindern. So steht mit dem Ende des Vietnamkrieges auch das Scheitern der Strategie der lokalen und Stellvertreterkriege auf der Tagesordnung.

V

Die militärischen Anstrengungen der Befreiungsstreitkräfte, die diplomatische Aktivität der nordvietnamesischen und der revolutionären südvietnamesischen Regierungen, die allseitige Hilfe der sozialistischen Staaten und das politische Engagement der Volksmassen in aller Welt haben ein Ziel: eine politische Lösung in Vietnam zu erreichen, die den Frieden sichert und der Souveränität der Völker Indochinas Rechnung trägt. Die USA haben das Ziel vertreten, entsprechend der Strategie des „lokalen Krieges" eine militärische Lösung zu erzwingen.

Die Kernpunkte des im Juli 1971 von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam (PRR) vorgelegten Siebenpunkteprogramms für eine politische Lösung sind: Die Einstellung der Politik der „Vietnamisierung", die unter den Schlägen der Befreiungsfront in den letzten Wochen militärisch bereits eine Niederlage nach der anderen erlitt; die Bekanntgabe eines verbindlichen Datums für den völligen Abzug der US-See-, Luft- und Landstreitkräfte; der sofortige Rücktritt der Thieu-Regierung; die Errichtung einer Dreier-Regierung aus Mitgliedern der PRR, Mitgliedern der Saigoner Verwaltung, die sich für Frieden, Unabhängigkeit, Neutralität und Demokratie aussprechen, und anderen politischen und religiösen Kräften in Südvietnam oder der Emigration. Eine solche Regierung soll die Durchführung freier, demokratischer Wahlen in Südvietnam für eine konstituierende Nationalversammlung einleiten, die ihrerseits eine Verfassung annehmen und eine offizielle Regierung einsetzen wird.

11) Nguyen Cong Hoa, Stellvertretender Vorsitzender des vietnamesischen Gewerkschaftsbundes, in: „Weltgewerkschaftsbewegung", Berlin, 6/1972.

Eine solche Lösung ist eine politische. Das jetzt ausgehandelte Abkommen entspricht im Prinzip diesen Forderungen. Gelingt es, diese Lösung für Vietnam durchzusetzen, gelingt es, die Militärmaschinerie der USA nicht nur — wie in Korea am 38. Breitengrad — zum Stillstand zu bringen, sondern mit dem Abzug zur Aufgabe ihres strategischen Plans, dann ist damit erstmals der Beweis erbracht, daß die organisierte Wachsamkeit der Völker einen lokalen Krieg einer imperialistischen Großmacht — und zwar der mächtigsten — beenden kann. Die Bedeutung der politischen Lösung in Vietnam geht also weit über den Bereich Südostasiens hinaus. Trotz des Bestehens noch mächtiger militaristischer und imperialistischer Kräfte kann die Menschheit von der Geißel des Krieges befreit werden.

VI

Ganz offensichtlich bedarf es aber weit größerer Anstrengungen als bisher, um dieses Ziel zu erreichen und den Erfolg zu sichern. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung — und den militärischen Erfolgen der südvietnamesischen Befreiungsfront — sah sich Nixon zur Aushandlung des genannten Abkommens bereit, doch mußte die Außenministerin der Provisorischen Regierung der Republik Südvietnam, Madame Thi Binh, am 2. November 1972 darauf hinweisen, daß „Nixon wesentliche Punkte des erzielten Abkommens in Frage stellt" [12]).

Die oben aufgezeigten Interessen der US-Monopole drängen auch weiterhin dazu, die politische Vormachtstellung der USA in der westlichen Welt, die Gendarmenrolle, mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Dazu gehört vor allem, daß die Machtmittel, die Unbotmäßige im Zaum zu halten vermögen, diesen auch überzeugend demonstriert werden. Daß davon auch der verläßlichste Juniorpartner in Europa nicht ausgenommen ist, beweisen die kürzlich bekanntgewordenen Pläne über Entlaubungsaktionen im Ernstfall auch auf bundesdeutschem Boden. Ähnlich wie im Feldzug der deutschen und italienischen Faschisten gegen die spanische Republik — wenn auch auf ungleich höherer Stufenleiter — ging es in Vietnam um Erprobung und Demonstration modernster Waffensysteme auf chemischer, biologischer, metereologischer und elektronischer Basis. Diese Demonstration richtet sich gegen jene Staaten der Dritten Welt, die sich anschicken, den sogenannten nichtkapitalistischen Weg zu gehen, gegen die eigene kritische Öffentlichkeit und gegen das erstarkende sozialistische Lager. Auch dafür gibt es ein historisches Vorbild: Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki waren für den Ausgang des Zweiten Weltkrieges nicht mehr entscheidend. 296 000 Tote und 203 000 Verwundete waren der Preis, um der Sowjetunion zu demonstrieren, daß niemand den USA die angemaßte Rolle streitig zu machen habe.

Eine teilweise spontane Protestbewegung mit manchmal spektakulären Aktionen, wie sie die Beendigung des ersten Bombenkrieges unter Johnson am 1. November 1968 erzwang, reicht nicht aus, die Strategie des „lokalen Krieges" zum Scheitern zu bringen. Die Geschichte hält viele Beispiele dafür bereit, daß jedesmal, wenn die Volksmassen ihrem Willen Geltung verschaffen konnten, die imperialistischen Kräfte zu neuen Methoden in der Durchsetzung ihrer Pläne griffen, so daß die Durchkreuzung aggressiver Vorhaben einen stets höheren Grad der Organisiertheit und Bewußtheit der demokratischen Kräfte erfordert [13]).

---

12) Zit. nach Nachrichtensendung von NDR II, 2. 11. 1972.

13) Interessante Ausführungen über diese Wechselwirkung („. . . je mehr wir siegen, zu desto entschiedeneren Angriffen gehen sie über . . .") machte Lenin auf dem IX. Parteitag der KPR, 1920, Lenin, Ausgewählte Werke in 2 Bänden, Bd. II, S. 647 ff.

Heute nimmt die Bewegung bereits einen weit organisierteren Charakter an. In zunehmendem Maße entwickeln sich die Gewerkschaften zu Trägern der Bewegung für eine politische Vietnamlösung und damit zu einer Führungskraft bei der Sicherung des Friedens in aller Welt. Waren es in den früheren Jahren nur die dem sozialistischen Weltgewerkschaftsbund (WGB) angeschlossenen Gewerkschaften, die den Völkern Indochinas politische und materielle Hilfe zuteil werden ließen, so ist seit Beginn der 70er Jahre eine neue Entwicklung eingetreten: Internationale gewerkschaftliche Dachorganisationen, wie der Allafrikanische Gewerkschaftsbund (USPA), der Internationale Bund der Arabischen Gewerkschaften (IBAG), der Ständige Kongreß der Gewerkschaftseinheit in Lateinamerika (CPUSTAL) haben sich eindeutig für eine politische Lösung im Sinne der Vorschläge der PRR ausgesprochen.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat es bisher zwar unterlassen, eine eindeutige Stellungnahme abzugeben. Nationale Zentren des IBFG jedoch, die vorher noch ganz allgemein die Einstellung der Kampfhandlungen forderten und so die Opfer der Aggression mit den Aggressoren gleichgestellt hatten, haben in den letzten Monaten die amerikanische Kriegsführung eindeutig verurteilt. Hierbei handelt es sich um die Gewerkschaftsverbände in Finnland, Irland, Jugoslawien, den indischen AITUG und den japanischen SOHYO. Neben der französischen CGT, die dem WGB angehört, hat sich auch der dem IBFG angehörende CFDT für die Solidarität mit den Völkern Indochinas ausgesprochen. Zahlreicher werden auch die Stellungnahmen von Einzelgewerkschaften in Belgien, Großbritannien, Schweden, Norwegen und Dänemark.

Erstmals wurde diese Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung sichtbar am 19. Juli 1970 in Versailles, wo Delegierte von 80 Gewerkschaften aus 60 Ländern zu einer Solidaritätskonferenz für Vietnam zusammentraten. Fast die Hälfte der vertretenen Gewerkschaften gehörten nicht dem WGB an.

Die Zentrale der britischen Trade-Union (TUC) verabschiedete eine Resolution, in der sie „an die britische Regierung appelliert, sich von den Handlungen der amerikanischen Regierung in Südvietnam und Kambodscha zu distanzieren, und erklärt, daß ohne Abzug der amerikanischen Truppen keine Friedensregelung zustandekommen kann". Der TUC entsandte eine offizielle Delegation nach Nordvietnam. Die zwei bedeutendsten britischen Berufsgewerkschaften, der Transportarbeiter- und der Metallarbeiterverband, stellten sich hinter die Vorschläge der PRR.

Hinter dieser internationalen Entwicklung bleiben die dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften zwar noch zurück, doch zeichnet sich auch hier eine Entwicklung ab. Dem 9. DGB-Kongreß am 1. Juli 1972 in Westberlin lagen mehrere Anträge vor, die — ähnlich dem Antrag des Bundesjugendausschusses — in scharfer Form „den imperialistischen Krieg der USA in Indochina" verurteilten. Mit der knappen Mehrheit von 202 gegen 174 Stimmen wurde dann jedoch die nichtssagende Erklärung verabschiedet: „Der 9. Bundeskongreß verurteilt aufs schärfste, daß die Leiden des vietnamesischen Volkes weiter vergrößert und seine Existenzgrundlagen gefährdet werden." Bereits zehn Wochen später zeigte sich auf dem 9. Gewerkschaftstag der IG Chemie, Papier, Keramik ein völlig anderes Bild. Daß die Gewerkschaften sich ihrer steigenden Verantwortung für die Sicherung des Friedens auch in fernen Erdteilen bewußt werden, wurde in der Vietnam-Entschließung dieses Gewerkschaftstages deutlich: „Was hier unter dem Vorwand der Erhaltung der Demokratie betrieben wird, ist Völkermord." Mit einer konkreten Forderung an die Bundesregierung, „sich von dem amerikanischen Krieg in Vietnam zu distanzieren", schließt die Erklärung.

Nach der Eskalation des Bombenterrors hat auch in der Gewerkschaftsbewegung der USA eine neue Etappe eingesetzt. Der Vizepräsident des Gewerkschaftsbundes der fleischverarbeitenden Industrie, Ch. Hayes, hat die zustimmenden Erklärungen Meanys zum Bombenkrieg offen angeprangert: „Meany hat nicht die Meinung der 13 Millionen Arbeiter zum Ausdruck gebracht, die in diesem Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen sind."

Am 27. Juni 1970 hatte bereits eine nationale Gewerkschaftskonferenz in Chikago, auf der 200 Gewerkschafter aus 25 amerikanischen Bundesstaaten zusammentraten, sich erstmals entschieden gegen die US-Aggression gewandt. Im Juni dieses Jahres traten Delegierte von 35 amerikanischen Gewerkschaften zu einem bedeutsamen Kongreß zusammen und beschlossen, eine Organisation zu gründen unter dem Namen „Labor for Peace", die unterstützt wird von der mächtigen Automobilarbeitergewerkschaft UAW mit 2 Millionen Mitgliedern, der Dockergewerkschaft der Pazifikküste und der Vereinigung der Lastwagenfahrer, deren Vizepräsident im Anschluß an eine Informationsreise nach Hanoi erklärte: „Wenn wir eine Bewegung gegen den Krieg organisieren können, wird es gelingen, der schändlichen Rolle der USA in Asien ein Ende zu setzen."

44 führende Gewerkschaftsfunktionäre, darunter Präsidenten und Vizepräsidenten von amerikanischen Einzelgewerkschaften, erklärten in einem Aufruf: „Wir haben jene von Regierung zu Regierung weitergegebenen Lügen satt, nach denen wir angeblich das Recht des vietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung verteidigen, während wir sein Land bis zur Unkenntlichkeit zerbomben."

Festgehalten zu werden verdient auch, daß der neue Ministerpräsident von Dänemark, Anker Jörgensen, ein aktiver Gewerkschaftsfunktionär, die im Oktober dieses Jahres im Prachtbau Christiansborg des dänischen Folketing zusammengetretene „Internationale Kommission zur Untersuchung der amerikanischen Kriegsverbrechen in Indochina" mit einer eindeutigen Verurteilung der amerikanischen Kriegsverbrechen und der Verpflichtung begrüßte, daß Dänemark „Hilfe für Vietnam bewilligen" wolle.

Die zunehmende Orientierung der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf die Sicherung des Friedens und gegen den „lokalen Krieg" in Vietnam hat ihre Ursache darin, daß dieser Krieg sich weltweit auf alle Werktätigen auswirkt. Helmut Schmidt machte auf dem SPD-Parteitag in Dortmund das Eingeständnis, daß eine Ursache der alle westlichen Industrienationen betreffenden Währungskrise der Vietnamkrieg sei. So hat der Vietnamkrieg seine Auswirkungen auf die Lage der arbeitenden Menschen in allen mit den USA verbündeten westlichen Industrieländern.

Auch die Entwicklungsländer, die 74 % ihrer Außenhandelsbeziehungen mit den westlichen Industrienationen abwickeln, sind von dieser Währungskrise und der inflationären Entwicklung betroffen. Ein sogenannter „lokaler Krieg", wie der Vietnamkrieg, berührt also direkt die Lebensbedingungen der Menschen in fast allen Ländern der Welt.

VII

Die Entfesselung eines dritten Weltkrieges wurde bisher verhindert durch das Zusammenwirken der antiimperialistischen Bewegung in den westlichen Nationen und die Politik der sozialistischen Staaten.

Der Vorschlag der Sowjetunion, wie in Europa, so auch in Südostasien ein System kollektiver Sicherheit zu entwickeln, hat bereits zur Schwächung des aggressiven SEATO-Paktes geführt: Bangladesh und Pakistan haben der SEATO den Rücken gekehrt, Indien mit der Sowjetunion einen Freundschaftsvertrag geschlossen.

Das Zusammenwirken der antiimperialistischen Kräfte kann auch die Entfesselung lokaler Kriege verhindern, wobei der Öffentlichkeit in den Interventionsländern — vornehmlich also den USA und den mit ihnen verbündeten NATO-Staaten — eine größere Bedeutung zukommt.

Kriegspolitik und Hochrüstung stärken die Wirtschaftskraft und damit die Herrschaft der Monopole, wie weiter oben aufgezeigt wurde. Mit Stagnation reagiert die von Monopolen beherrschte Wirtschaft auf Entspannungserscheinungen und Abrüstungsvereinbarungen. Der enge Zusammenhang des Kampfes um Friedenssicherung und für eine gerechte Sozialordnung wird hier sichtbar. Ein amerikanischer Delegierter der Stahlwerker auf der Versailer Solidaritätskonferenz brachte den Zusammenhang folgendermaßen zum Ausdruck: „Mit ihren Händen setzen die Arbeiter alle Räder der Welt in Bewegung, mit ihren Händen können sie auch den Krieg in Vietnam stoppen."

Dieser Satz ist auch umkehrbar. In dem Maße, wie sich die Gewerkschaften in aller Welt zu Hauptträgern des Kampfes um den Frieden entwickeln, wird die Herrschaft der Monopole auch im Innern, die auf die Umverteilung aller Lasten auf die Volksmassen gerichtet ist, eingeschränkt. Der Kampf der Gewerkschaften gegen Kriegspolitik und Hochrüstung schafft die Potenzen, die notwendig sind, um die Machtansprüche der Monopole in der Innen- und Außenpolitik zurückzudrängen. Damit wachsen die Möglichkeiten der Demokratisierung im Innern und des Aufbaus einer gegen die Vorherrschaft der Monopole gerichteten Gesellschaft. Der politische Sieg über die US-Aggression im „lokalen Krieg" ist deshalb von höchster Bedeutung für die Sicherung des Friedens in aller Welt und für die weitere Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

1 Hans-Dieter Bamberg, Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel
2 Reinhard Kühnl, Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus. Ein Gutachten
3 Winfried Schwamborn und Thomas Schmitt, Wehrkunde — Militär in den Schulen
4 Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich
5 Wilfried v. Bredow, US-Kriegführung in Vietnam. Neue Dokumente und Materialien.

Jeder Band DM 3,—

Pahl-Rugenstein

Die Hilfstruppen des F. J. Strauß

Von der „Deutschen Union" bis zur „Aktion Widerstand"

Von Wolfgang Krutz

„Eine politische Begabung" [1]), ein „Mann der Zukunft" [2]), der die nötigen „Führungsqualitäten" hat [3]) — so tönt es von der extremen Rechten über den Führer der CSU. Offensichtlich kommt Franz Josef Strauß dieser Beifall nicht ungelegen, und zweifellos applaudieren die Neofaschisten Strauß nicht zufällig: denn weite Teile Straußscher und neofaschistischer Ideologie decken sich, organisatorische Querverbindungen und personelle Verflechtungen zwischen der CSU und dem, was gemeinhin mit „extreme Rechte" abgegrenzt wird, sind allzu offenkundig [4]). Ob es Wahlabsprachen sind [5]), gemeinsame Publikationen, Übereinstimmung in den politischen Zielen, gleiche ideologische Grundlagen, organisatorische Verfilzungen — überall überschneiden sich CSU und Teile der CDU einerseits und die extreme Rechte andererseits so sehr, daß es unmöglich erscheint, Grenzen zu ziehen [6]).

Die partiellen politischen und ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen Strauß/CSU und den Neofaschisten sind bereits ausführlich nachgewiesen worden [7]). Da jedoch die personellen und organisatorischen Verflechtungen nur am Rande dargestellt wurden, soll hier dieser Teil der Kooperation im Rechtskartell ausführlicher untersucht werden. Zwar sind die Verbindungen von Strauß zum bundesdeutschen Großkapital offensichtlich und werden von ihm auch nicht geleugnet [8]), aber die Verbindungen zu den Neofaschisten sind weniger offen, bleiben im Untergrund, werden möglichst geheimgehalten. Dennoch werden diese Kontakte sorgfältig gepflegt, damit jederzeit eine neue „Harzburger Front" errichtet werden kann, um Franz Josef Strauß, den selbsternannten Retter des Vaterlandes [9]), als „starken Mann" zu inthronisieren [10]).

Knotenpunkt Publizistik

Beginnen wir zunächst den Nachweis der bewußten Kooperation auf dem Gebiet der rechten Publizistik: Autoren des „Bayernkurier", des von Strauß herausgegebenen offiziellen CSU-Organs, sind außer in der Springerschen „Welt" auch in noch weiter rechts stehenden Blättern zuhause: so finden wir Hans-Georg **v. Studnitz**, Kurt Ziesel, Caspar v. Schrenck-Notzing und Armin Mohler wieder als

1) „Nation Europa" (im folgenden NE) 1969, H. 1, S. 63.
2) „Deutsche National-Zeitung" vom 3. 10. 1969.
3) So in einem Flugblatt des CSU-Freundeskreises Köln vom 8. 6. 1970, zit. nach: „berliner extra-dienst" vom 18. 3. 1972, cf. auch: Reinhard Kühnl, Gutachten über die von Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, in: „Blätter" 5/72, S. 531—553, hier: S. 550; jetzt auch als Band 2 der „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen", Köln 1972.
4) Cf. Kühnl, a. a. O.
5) Wie zur Landtagswahl 1972 in Baden-Württemberg.
6) Cf. Kühnl, a. a. O., bes. S. 535 und 551.
7) Kühnl, a. a. O., und Schwarzbuch: Franz Josef Strauß, München 1972.
8) So z. B. auf einer Pressekonferenz des ZDF am 27. 4. 1970, abgedruckt in: Das Konzept der deutschen Rechten, Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, Köln 1971, S. 18. Vergleiche hierzu bes. Eckart Spoo, Der Führer des Rechtskartells, in: Das Rechtskartell, Reaktion in der Bundesrepublik, hrsg. v. Harald Jung und Eckart Spoo (= Reihe Hanser Bd. 70), München 1971, S. 129—139, und: Oskar Neumann, Militär-industrieller Komplex und Neonazismus, Fakten und Thesen zur Rolle des Rüstungskapitals, in: Neofaschismus in der BRD, Analysen — Argumente — Dokumentationen (= Texte zur Demokratisierung H. 1), Frankfurt 1971, S. 17 ff.; Cf. auch: Kühnl, a. a. O.
9) Strauß am 4. 7. 1970: „Wir sind . . . eine Sammlungsbewegung zur Rettung unseres Vaterlandes", zit. nach: Das Konzept der Rechten, a. a. O., S. 237.
10) Zur partiellen ideologischen Identität zwischen Faschismus, Neofaschismus und F. J. Strauß cf. Kühnl, a. a. O.

Autoren etwa des neofaschistischen Intelligenzblattes „Nation Europa" [11]), aber auch der „Deutschen National-Zeitung" des Dr. Gerhard Frey, der uns noch mehrfach begegnen wird. Der Autor der „Welt" und anderer rechter Blätter, Prof. Hans-Joachim Schoeps, der in der „Welt" vom 11. März 1972 offen zur Machtergreifung des „starken Manns" aufgefordert hat, ist Mitbegründer der vom Verfassungsschutz als „neonazistisch" eingestuften Gruppe „Außerparlamentarische Mitarbeit" und gleichzeitig mit ZDF-Löwenthal Mitglied im sogenannten „Zollernkreis" [12]). Überdies ist Schoeps Träger des „Konrad-Adenauer-Preises", der von der neofaschistischen „Deutschland-Stiftung" verliehen wird. Schoeps publiziert auch regelmäßig im „Deutschland-Magazin", dem Organ der „Deutschland-Stiftung" [13]). Kurt Ziesel, Geschäftsführer der „Deutschland-Stiftung", fungierte eine Zeitlang als offizieller Mitarbeiter von „Nation Europa" [14]). Er dürfte neben Gerhard Frey, der übrigens eine Zeitlang an „Nation Europa" finanziell beteiligt war [15]), zu den zentralen Figuren der rechten Publizistik gehören. Weitere „Bayernkurier"-Autoren, wie z. B. Winfried Martini, William S. Schlamm, Emil Franzel usw., findet man ebenfalls in vielen rechten Blättern wieder [16]). Das führende CSU-Mitglied Bolko Freiherr v. Richthofen schreibt sowohl in der „Deutschen National-Zeitung" als auch in „Nation Europa" [17]), und der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der CDU, Peter Lorenz, veröffentlichte unter Nennung seiner Funktion einen Artikel in „Nation Europa" [18]).

Natürlich schreibt man nicht nur selbst in den verschiedenen Blättern, man lobt sich auch gegenseitig hoch. So lobt z. B. „Nation Europa" den Springer-Redakteur v. Studnitz [19]), den Konrad-Adenauer-Preisträger, ehemaligen „Welt-am-Sonntag"-Kolumnisten und jetzigen Selbstverleger William S. Schlamm [20]), den Moderator im Zweiten Deutschen Fernsehen, Gerhard Löwenthal [21]), den ehemaligen „Bayernkurier"-Geschäftsführer und Strauß-Intimus Marcel Hepp [22]). Und Springer rühmt man als „einen der letzten Großen, aus dessen Presseerzeugnissen trotz aller Mängel immerhin noch nicht der krasse Nihilismus spricht" [23]). Man zitiert sich auch gern gegenseitig, was sogar so groteske Formen annehmen kann, daß ein Michael Hintermwald sich in der „Deutschen National-Zeitung" auf einen Artikel des Armin Mohler in der CSU-nahen „Demokratisch-

---

11) „Nation Europa" ist das am längsten kontinuierlich erscheinende Monatsblatt des bundesdeutschen Neofaschismus mit der höchsten Auflage (ca. 10 000). Es erschien zum ersten Male am 1. Januar 1951 unter Mitwirkung ausländischer Faschisten wie Sir Oswald Mosley, Maurice Bardèche und Rütger Essén. Lag der Akzent des Blattes zunächst auf der Faschistischen Internationale, so wandelte es sich doch Mitte der 60er Jahre zum offiziösen Intelligenzblatt der NPD. Mit dem Zerfall der NPD wandte es sich der „Aktion Widerstand" zu: Herausgeber Ehrhardt gehört zu den Unterzeichnern des Aufrufs für die Würzburger Gründungsversammlung der „Aktion Widerstand", und ein Teil der Artikel wird durch das „W"-Zeichen dieser Organisation eingeleitet.

12) In diesem „Zollernkreis", dem viele Mitglieder der neofaschistischen „Nationalrevolutionären Jugend" angehören, arbeiten neben den CDU-Funktionären Heinrich Lummer und Jürgen Wohlrabe auch mit: der Berliner Ex-NPD-Chef Kendzia, der Vorsitzende des neofaschistischen „Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes (ODS)", Victor Zander (CDU), Prof. v. Simson von der „Notgemeinschaft für eine Freie Universität" und viele andere. Cf. „berliner extra-dienst" vom 21. 8. 1971.

13) Hierzu: „berliner extra-dienst" vom 8. 7. 1972 und 12. 7. 1972.

14) NE 1962, H. 12.

15) Von 1964 bis 1966, cf. NE 1964, H. 10, S. 4, und 1966, H. 8, S. 4.

16) Diese z. B. im „Deutschland-Magazin", im „Bayernkurier" und in der „Deutschen National-Zeitung". Schlamm auch in NE 1971, H. 1.

17) NE 1964, H. 5.

18) Beilage „Suchlicht" zu NE 1972, H. 2.

19) NE 1970, H. 4, S. 25.

20) NE 1971, H. 1, S. 17—21. Über Schlamm cf. Dietrich Strothmann, Viel Feind', doch wenig Ehr, in: „Tribüne" 10 (1971) H. 38, S. 4137—4144.

21) NE 1970, H. 11, S. 13.

22) NE 1969, H. 3, S. 46.

23) NE 1963, H. 11, S. 6. Dieser Artikel wurde unter dem Pseudonym „erst" geschrieben. Dahinter verbirgt sich Peter Dehoust, ehemaliger Funktionär des verbotenen „Bundes Nationaler Studenten", Gründer und Mitherausgeber des „Deutschen Studenten-Anzeigers", Gesellschafter der „Nation Europa Verlag GmbH", leitender Redakteur von „Nation Europa" seit dem Tode Arthur Ehrhardts im Jahre 1971, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Coburg, Aktionist der „Aktion Widerstand" etc.

Konservativen Korrespondenz" beruft — und verschweigt, daß Michael Hintermwald nur ein Pseudonym für Armin Mohler ist [24]).

Nachdrucke sind eine weitere Form guter Zusammenarbeit. So druckt z. B. die sich gern als theoretisches Organ gerierende Zeitschrift „Nation Europa" so häufig Artikel aus dem „Bayernkurier", der „Welt am Sonntag" und der „Welt" nach [25]), daß es naheliegt, an ein vertraglich abgesichertes Verwertungsrecht zu denken. Geschäftliche Beziehungen also zu einer gerichtlich als neonazistisch eingestuften Zeitschrift [26]).

Bezeichnend ist auch, daß die den neofaschistischen Zeitschriften angeschlossenen Buchdienste neben eindeutig neofaschistischen Büchern auch Publikationen ihrer Bündnispartner vertreiben: so vertreibt der Buchdienst der „Deutschen National-Zeitung" das Werk von Axel Cäsar Springer „Von Berlin aus gesehen" [27]), das übrigens der „Bayernkurier" als Werbeprämie kostenlos vergibt [28]). Die gleiche Zusammenarbeit vollzieht sich auch bei dem Buch des kürzlich verstorbenen Freiherrn von und zu Guttenberg (CSU), „Fußnoten" [29]). Auch im Buchdienst der Zeitschrift „Nation Europa" findet sich das Guttenbergbuch. Dort werden aber auch Werke von William S. Schlamm, Caspar v. Schrenck-Notzing, Armin Mohler, Marcel Hepp, Hans-Georg v. Studnitz, Klaus Mehnert usw. angeboten [30]) — Autoren, die alle aus dem Umkreis von Strauß und Springer bekannt sind.

Die gemeinsame Interessenlage des Rechtskartells trägt für neofaschistische Publikationen auch materielle Früchte. Nehmen wir wieder das Intelligenzblatt „Nation Europa": der Seewald-Verlag, in dem die Bücher fast der gesamten CDU/CSU-Prominenz erscheinen [31]), gehört zu den stärksten Inserenten dieser Zeitschrift [32]); der Verlag A. Fromm wirbt für ein Buch des Freiherrn von und zu Guttenberg [33]); der Zeitbuch-Verlag wirbt für den Konrad-Adenauer-Preisträger William S. Schlamm [34]). Und der Springersche Ullstein-Verlag finanziert dieses neofaschistische Blatt etwa durch eine Anzeige für ein Buch des Welt-Redakteurs Paul K. Schmidt mit, besser bekannt unter seinem Pseudonym Paul Carell. Schmidt ist übrigens 1972 von Springer zu den Unionsparteien abkommandiert worden, um ihnen beim Bundestagswahlkampf zu assistieren [35]). Der J. F. Lehmanns-Verlag wirbt regelmäßig in den unter dem Thema „Bundeswehr" stehenden März-Heften von „Nation Europa" für Militärliteratur. Deutlich zeigte sich die entstehende „Harzburger Front" des Rechtskartells bereits in den Anzeigen zur Bundestagswahl 1965: in dem neofaschistischen Blatt warben in stiller Eintracht NPD, CDU und die damalige Mende-FDP [36]).

24) Cf. Giselher Schmidt, Der politische Standort des Bayernkurier, Frankfurt 1970, S. 17 f.
25) Allein seit dem Jahre 1970 waren in fast jedem Heft von „Nation Europa" oder der „Nation-Europa"-Beilage „Suchlicht" Abdrucke aus den genannten Publikationen. In NE 1971, H. 6, findet sich auf der letzten Umschlagseite sogar ein Faksimileabdruck aus der „Welt".
26) Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts, Bd. 9, Berlin 1961, Urteil 1 AZR 200/58 vom 29. 1. 1960.
27) Cf. „berliner extra-dienst" vom 9. 10. 1971 und vom 27. 11. 1971.
28) „Bayernkurier" vom 23. 9. 1972.
29) Ebenda und „berliner extra-dienst", a. a. O.
30) Cf. die November-Beilage „Suchlicht" zu den letzten beiden „Nation-Europa"-Jahrgängen. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Interessant übrigens, daß auch Bücher des Faschismus-Experten Prof. Ernst Nolte, Marburg, im Buchdienst „Nation Europa" vertrieben werden. In einem persönlichen Gespräch des Verfassers mit Nolte-Assistenten gaben diese zu, daß Nolte darüber empört sei, daß er dagegen aber keine rechtlichen Schritte unternehme. Jedenfalls scheint die phänomenologische Faschismusbetrachtung Noltes den Neofaschisten sehr entgegenzukommen, sonst würden sie wohl kaum seine Bücher vertreiben.
31) Neben Strauß auch: Walther Leisler Kiep, Ernst Benda, Hans Filbinger, Alfred Dregger, Wilhelm Hahn, Karl-Heinz Narjes, Axel C. Springer, Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, Johann Baptist Gradl, Olaf v. Wrangel und — nach deren Übertritten zur CDU/CSU: Erich Mende, Klaus-Peter Schulz und Günther Müller.
32) So z. B. NE 1966, H. 9, 1969, H. 4 etc.
33) NE 1972, H. 7.
34) NE 1972, H. 1.
35) NE 1972, H. 3, S. 47; cf. „berliner extra-dienst" vom 11. 12. 1971 und: „konkret" vom 21. 9. 1972.
36) Beilage „Suchlicht" zu NE 1965, H. 9. Diese Anzeigen kosteten laut damals gültiger Anzeigenpreisliste zusammen DM 930,—.

Alles in allem dürfte sich das jährliche Anzeigenaufkommen in „Nation Europa" auf ungefähr DM 10 000,— belaufen, woran „bürgerliche" Verlage einen nicht unerheblichen Anteil haben [37]).

Knotenpunkt Wahlabsprachen

Konnten wir bisher die brüderliche Zusammenarbeit zwischen Kreisen der CSU und der Neofaschisten auf dem publizistischen Sektor nachweisen, so sollen im folgenden auch die Verflechtungen im organisatorischen Bereich dargestellt werden. Naturgemäß muß hier der Nachweis schwieriger sein als bei den leichter überprüfbaren Veröffentlichungen.

In einer Fülle von Organisationen und Aktionen, oft abgeschirmt von der demokratischen Öffentlichkeit, wirken Mitglieder der Unionsparteien, insbesondere der CSU, zusammen mit NPD-Mitgliedern und anderen Neofaschisten. Dabei existieren solche Kontakte nicht erst, seit es eine sozialliberale Regierung zu stürzen galt, sondern es gibt sie schon seit den frühen fünfziger Jahren. So hörte man schon 1952 von einem „antimarxistischen Wahlblock" in Wilhelmshaven, bestehend aus CDU, der Deutschen Partei, der Deutschen Reichspartei, der kurze Zeit später als verfassungswidrig erklärten Sozialistischen Reichspartei, der sich damals noch streng national gebenden FDP und einigen anderen Organisationen [38]). 1966 sorgte eine Listenverbindung zwischen CSU, FDP und NPD in Kulmbach für Schlagzeilen. Damals erklärte der dortige CSU-Kreisvorsitzende Weiskopf: „Das ist eine rein wahltaktische Angelegenheit. Es geht darum, die Reststimmen vor der SPD zu retten. Und außerdem ist an Dr. Wagner (NPD) nichts auszusetzen. Er ist ein sehr ordentlicher Mann . . ." [39]). Diese Liste der Wahlabsprachen ließe sich insbesondere bei Kommunalwahlen noch beliebig erweitern. In deutlicher Erinnerung ist die offene Wahlgemeinschaft der CDU/CSU und der NPD in der Bundesversammlung — gegen Heinemann, für Schröder. Hier soll nur noch an die letzte große Wahlabsprache zwischen CDU und NPD erinnert werden, die bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1972 stattfand. Dort hatte die NPD ihre Kandidaten zurückgezogen, damit die CDU die absolute Mehrheit im Landtag und damit auch die Unionsparteien ihre Mehrheit im Bundesrat behalten konnten.

Wahlempfehlungen der ganz Rechten zugunsten der Unionsparteien gibt es auch zur Bundestagswahl 1972: so verzichtet die „Deutsche Union" des FDP-Dissidenten Siegfried Zoglmann auf eine Kandidatur und empfiehlt ihren Wählern, „angesichts der Not der Nation" die CDU oder CSU zu wählen [40]). Das NPD-Absprengsel „Aktion Neue Rechte" des Siegfried Pöhlmann empfiehlt ebenfalls die Wahl der Unionsparteien [41]). Die „Deutsche National-Zeitung" des Gründers der „Deutschen Volks-Union", Gerhard Frey, fordert ihre Leser auf: „Augen zu — CDU" [42]). Die NPD wirbt natürlich offiziell in ihrem Parteiorgan „Deutsche Nachrichten" für eine Stimmabgabe zugunsten der NPD, legt jedoch auch ein Stimmensplitting zugunsten der Unionsparteien nahe. In anderen halboffiziellen Periodika der NPD, wie der „Deutschen Wochenzeitung" oder der „Nation Europa", empfiehlt man offen ein Stimmensplitting: Erststimme für die CDU/CSU, Zweitstimme für die NPD, damit man sowohl der CDU/CSU zu den — für die NPD ohnehin unerreichbaren — Direktmandaten verhilft, als auch auf die Unionsparteien mit einem relativ hohen Zweitstimmenanteil politischen Druck

37) Lt. Anzeigenpreisliste nach eigener Berechnung.
38) „Welt der Arbeit", Köln, vom 5. 9. 1952, zit. nach: Kurt Hirsch, Von Harzburg 1931 bis Kulmbach 1966 (= gestern und heute, Sonderreihe H. 18), München o. J. (= 1966), S. 25 f.
39) „Die Zeit", Hamburg, vom 11. 3. 1966, zit. nach Hirsch, a. a. O., S. 27.
40) „Frankfurter Rundschau" vom 27. 9. 1972.
41) Nach „berliner extra-dienst" vom 29. 7. 1972.
42) „Deutsche National-Zeitung" vom 22. 9. 1972, cf. „berliner extra-dienst" vom 23. 9. 1972.

ausüben kann [43]), um damit „den Rechten in der Union größere Handlungsfreiheit" zu schaffen [44]). Noch größere Handlungsfreiheit für Strauß? Er selbst hatte schließlich zu jenem Wahlbündnis aufgefordert: „Ich bin dafür und arbeite dafür, daß alle Stimmen, die eine Ablösung der jetzigen Bundesregierung wünschen, auch zugunsten eines Sieges der Unionsparteien bei den kommenden Wahlen in die Waagschale gelegt werden" [45]). Diese den Rechten in der Union kaum unwillkommene Gelegenheit zur Stärkung ihrer Position und zur Ausdehnung ihrer Handlungsfreiheit war schon vorher erprobt worden, dann aber — entgegen den Vorstellungen der Neofaschisten — fehlgeschlagen: in der „Aktion Volksvertretung". Die beabsichtigte Aktionseinheit gegen die Verabschiedung der Ostverträge — die schließlich an der Stimmenthaltung der CDU/CSU auseinandergebrochen war — brachte die neofaschistische „Nation Europa" dazu, zur „Aktion Volksvertretung" aufzurufen, um den Bundestagsabgeordneten gegen die Ostverträge „das Gewissen zu schärfen" [46]). Um ihren Lesern zu verdeutlichen, welche Bundestagsabgeordneten im Sinne des Rechtskartells noch ansprechbar sind, wurden mit voller Adresse aufgeführt:

— sämtliche CDU/CSU-Abgeordnete („sie dürfen nicht umfallen");

— 12 FDP-Abgeordnete (sie „bedürfen eindringlicher Aussprache"): Dr. Ernst Achenbach, Lieselotte Funcke, Georg Gallus, Carlo Graaff, Martin Grüner, Wilhelm Helms, Kurt Jung, Lothar Krall, Knut Freiherr v. Kühlmann-Stumm, Fritz Logemann, Walter Peters und Richard Wurbs;

— sowie von der SPD Dr. Herbert Hupka („Stärkt Dr. Hupka . . . und seine Freunde bei ihrem Nein") [47]).

Eingegangen sind auf diese „Aktion Volksvertretung" — die interessanterweise durch das „W"-Zeichen der „Aktion Widerstand" eingeleitet wurde — insgesamt 151 Abgeordnete der CDU/CSU, 17 der SPD und 4 der FDP [48]). 90 % der CSU- und 45 % der CDU-Abgeordneten antworteten mit einem strikten Nein zu den Ostverträgen, die übrigen ausweichend. Von der FDP sprach sich Walter Peters für eine Ratifizierung aus. „Freiherr v. Kühlmann-Stumm und ein weiterer (FDP-) Abgeordneter, der darum bittet, von seiner Stellungnahme in der Öffentlichkeit vorerst keinen Gebrauch zu machen, zeigen sich unseren Argumenten gegen eine Ratifizierung zugänglich, ohne freilich ihre endgültige Haltung zu präzisieren" [49]). Die SPD-Vertreter sind für eine Ratifizierung, nur Dr. Hupka sprach ein klares Nein aus. „Eine weitere Stellungnahme (sc. der SPD) ist zweideutig" [50]). Interessant ist jedenfalls, wie gut „Nation Europa" ihr Abgeordnetenpotential einschätzen konnte: Wilhelm Helms und Herbert Hupka traten zur CDU/CSU-Fraktion über, Knut Freiherr v. Kühlmann-Stumm legte sein Mandat nieder und kandidiert zur Bundestagswahl für die CDU.

Die Stimmenthaltung der CDU/CSU wurde in allen neofaschistischen Blättern, in der „Deutschen National-Zeitung", in den „Deutschen Nachrichten", in „Nation Europa" und anderen mit Wut und Zorn verzeichnet. Schrieb „Nation Europa" noch direkt vor der Verabschiedung der Ostverträge: „Die NPD (hat) im richtigen Augenblick verantwortungsvoll gehandelt. Die Zurückziehung ihrer 70 Kandidaten (sc. von der Landtagswahl in Baden-Württemberg) mag ihr nicht

43) So z. B. NE 1972, H. 8, S. 4, und H. 9, S. 49 f., und die mit „Nation Europa" kooperierende MUT des Bernhard Wintzek, cf. „berliner extra-dienst" vom 23. 9. 1972.
44) NE 1972, H. 1, S. 23.
45) CSU-Pressemitteilung vom 6. 6. 1972, zit. nach: „bonner korrespondenz" 17 (1972), Nr. 45. Cf. auch „bonner korrespondenz" 17 (1972), Nr. 56.
46) Beilage „Suchlicht" zu NE 1971, H. 1.
47) Ebenda.
48) Beilage „Suchlicht" zu NE 1971, H. 3.
49) Ebenda.
50) Ebenda.

leicht gefallen sein ... Die CDU kann jetzt nicht mehr kneifen: Entweder sie nützt ihre durch die Unterstützung der Rechten ermöglichte Mehrheit — dann fallen die Verträge. Oder aber die CDU verhilft mit ihren unsicheren Kantonisten dem Russenpapier (sic!) doch zu einer Mehrheit — dann hat diese Partei sich selbst erledigt" [51]). Nach der Abstimmung aber ist vom „Barzel-Strauß-Umfall", vom „Anpassungskurs" der CDU/CSU und von den „knieweichen Barzels" die Rede [52]). Trotz dieser negativen Erfahrung jedoch ist den Neofaschisten ihr wenn auch unzuverlässiger Bündnispartner immer noch lieber als eine SPD-geführte Regierung. Von daher und aufgrund der offenen Arme des F. J. Strauß [53]) wird ein Stimmensplitting „zur Rettung des Vaterlandes" nahegelegt. Auch wollen Gerüchte nicht verstummen, daß es sogar über den CSU-Abgeordneten Dr. Walter Becher und den Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung", Dr. Gerhard Frey, zu offiziellen und von höchster Stelle gebilligten Kontakten zwischen CSU und NPD gekommen sei, damit die NPD zugunsten der CDU/CSU auf die Wahl Einfluß nimmt [54]).

Knotenpunkt „Witikobund"

Der Witikobund, gegründet am 1. Oktober 1950, war ursprünglich ein Zusammenschluß von Altnazis aus dem Sudetenland. Dieser Bund wandelte jedoch seinen Charakter zu einem zwar mitgliederschwachen, dafür aber um so exklusiveren und einflußreicheren Orden von bundesdeutschen Politikern, die zum Teil ihre Gesinnung noch bruchlos aus ihrer braunen Vergangenheit herübergerettet haben [55]). Als Beispiele hierfür mögen genügen CSU-MdB und Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Walter Becher, zu Nazizeiten Redakteur des NSDAP-Gauorgans „Die Zeit" [56]), und Siegfried Zoglmann, Gründer der „Deutschen Union", CSU-Hospitant im aufgelösten 6. Deutschen Bundestag, zu Nazizeiten Gebietsführer der HJ im „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren".

Der Einfluß des Witikobundes reicht weit, seine Mitglieder sitzen in der CDU, CSU, FDP, DU, in Vertriebenenverbänden und in anderen mehr oder weniger neofaschistischen Organisationen. Als Prinzip gilt bei einer Doppelmitgliedschaft eines Witikonen: „Das oberste Lebensgesetz unseres Bundes lautet: Freiwillige Bindung an unsere Gemeinschaft hat über jeder anderen Bindung zu stehen" [57]). Neben dem FDP-Dissidenten, NLA- und dann DU-Begründer Zoglmann finden wir im Witikobund noch ein weiteres DU-Gründungsmitglied, den ehemaligen FDP-Landtagsabgeordneten Dr. Heinz Lange, Vorsitzender des Witikobundes. CSU-Mitglieder sind u. a. neben Dr. Walter Becher auch das ehemalige CSU-MdB Dr. Herbert Prochazka und Dr. Walter Brand, Mitglied des Sudetendeutschen Rates. Als CDU-Mitglied finden wir im Witikobund auch den ehemaligen persönlichen Berater von Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Sepp Schwarz. Witikonen sind aber auch das NPD-Gründungsmitglied Prof. Ernst Anrich, Chefideologe seiner Partei, sowie der Vorsitzende des „Deutschen Kulturwerks Euro-

51) Beilage „Suchlicht" zu NE 1972, H. 4. Man beachte, daß hierbei nur von der CDU, nicht von der CSU geredet wird!
52) NE 1972, H. 9, S. 47 ff. Cf. auch die Schlagzeilen der anderen neofaschistischen Blätter nach der Abstimmung über die Ostverträge.
53) Siehe Anm. 45.
54) Cf. „berliner extra-dienst" vom 29. 7. 1972 und vom 12. 8. 1972. Cf. auch: Pressemitteilung der Demokratischen Aktion vom 11. 8. 1971, nach: „bonner korrespondenz" 17 (1972), Nr. 56.
55) Zum Witiko-Bund cf. bes. Klaus Antes und Ulrich Wickert, Ein Kartell-Modell: der „Witiko-Bund", in: Jung/Spoo, a. a. O., S. 113—128; Manfred Jenke, Die nationale Rechte, Parteien, Politiker, Publizisten, Berlin 1967, bes. S. 89 ff.; und: Landsmannschaftlicher Revanchismus in Westdeutschland, Dokumentation, Berlin (DDR) 1969, S. 61 ff.
56) Zu Walter Becher cf. Heynowski und Scheumann, Der Präsident im Exil, Berlin (DDR) 1969.
57) In: Witiko-Rundbrief Nr. 23 von 1956, zit. nach: Antes/Wickert, a. a. O., S. 114.

päischen Geistes" und Mitbegründer der „Aktion Widerstand", Dr. Herbert Böhme, mit dem wir uns noch auseinandersetzen werden. 1965 kandidierten für den Bundestag 12 Witikonen: drei für die CDU/CSU, vier für die FDP, vier für die NPD und einer für die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)" [58]).

Die führenden Mitglieder des Witikobundes, verstreut über alle rechten Parteien und Organisationen, versuchen, gemäß ihrem obersten Lebensgesetz, die Ziele des Witikobundes in die anderen Parteien hineinzutragen. Eines dieser Ziele formulierte der „Witikobrief" 1972: „Wir Deutschen ... brauchen mehr Raum, um ein gesundes Volk zu bleiben. Rußland hat ungeheure Gebiete unbewohnt ... Wir sind ein Volk ohne Raum und müssen darum ringen, den uns gemäßen Lebensraum wiederzugewinnen, sonst gehen wir unter ..." [59]). Wenn der Witikobund, in dessen Vorstand ein CSU-Mitglied sitzt, wieder ungestraft die „Volk-ohne-Raum"-These vertreten kann und dazu noch mit jährlich 8000,— DM aus dem Staatssäckel unterstützt wird [60]), dann muß man sich fragen, ob die Verbindungen dieses Bundes nicht viel weiter reichen, als hier aufgezeigt werden konnte. Und man wird sich auch fragen müssen, ob Franz Josef Strauß CSU-MdB Walter Becher, der neben seiner Funktion als Witiko-Vorstandsmitglied noch „Sprecher" der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist, nur aus wahltaktischen Gesichtspunkten in seiner Partei behält, um sich die Stimmen der Vertriebenen sichern zu können, oder ob nicht die Straußpartei solchen Revanchisten — wie auch Herbert Hupka — durch ihre Politik und ihren Führer Hoffnungen auf eine Realisierung ihrer politischen Wahnideen macht. Solange sich Strauß nicht glaubwürdig von diesen Leuten distanziert, muß man davon ausgehen, daß bei seiner Machtergreifung gerade auch diese Leute mit in Schaltstellen der Bundesrepublik aufsteigen würden.

Knotenpunkt „Deutschland-Stiftung"

Wenn wir noch einmal auf den Witikobund zurückblicken, so finden wir einen Witikonen, Erich Maier, als Gründungsmitglied der „Deutschland-Stiftung e. V." wieder. Maier fungiert noch dazu als Herausgeber der der CSU nahestehenden „Demokratisch-Konservativen Korrespondenz", die als das inoffizielle Sprachrohr (neben dem offiziellen „Bayernkurier") des Franz Josef Strauß gilt [61]). Genannt haben wir bereits den Geschäftsführer der „Deutschland-Stiftung", Kurt Ziesel, dessen Aufsätze in fast der gesamten bundesdeutschen Rechtspresse zu finden sind, übrigens auch in der ebengenannten „Demokratisch-Konservativen Korrespondenz", in der „Passauer Neuen Presse" des Strauß-Intimus Kapfinger, seinerzeit im Organ der Deutschen Reichspartei, „Reichsruf", usw. [62]). Ziesel, zusammen mit CDU-Oberländer, NPD-Kleist und anderen Begründer der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" [63]), ist auch Verfasser mehrerer Bücher über die westdeutsche Publizistik: „Das verlorene Gewissen", „Die Geister scheiden sich", „Die verratene Demokratie", „Der rote Rufmord", „Der deutsche Selbstmord", in denen er die These vertritt: „Galgen und Kerker werden nurmehr in dringendsten Fällen angewandt, heute genügen die Presse, der

58) Antes/Wickert, a. a. O., S. 119.
59) Witiko-Brief Nr. 2/1971, zit. nach „berliner extra-dienst" vom 27. 5. 1972.
60) Antes/Wickert, a. a. O., S. 113 f.
61) Cf. Die „Deutschland-Stiftung e. V." und ihre politischen Hintergründe (= Information 18 der Humanistischen Union), München 1967, S. 13.
62) Die „Deutschland-Stiftung e. V." ..., a. a. O., passim.
63) Kurt Hirsch, Kommen die Nazis wieder? Gefahren für die Bundesrepublik, München 1967, S. 189.

Rundfunk, die öffentliche Meinung von Cliquen und Kreisen, die Macht der Kollektive und ihrer Bonzen von rechts bis links, um jeden unliebsamen Warner zeitgerecht mundtot zu machen" [64]).

Schaut man sich die Reihe der Träger des Konrad-Adenauer-Preises an, den die Deutschland-Stiftung alljährlich verleiht, so trifft man auf eine stattliche Sammlung rechter Publizisten und Politiker: Ludwig Freund, Bernt v. Heiseler, Armin Mohler, William S. Schlamm, Hans-Joachim Schoeps, Matthias Walden usw. Emil Franzel, Preisträger des Jahres 1968, hatte Springer im Hinblick auf die Anti-Springer-Demonstrationen empfohlen, er „könnte sich die Wanzen bald vom Leibe schaffen, wenn er nicht so merkwürdige Hemmungen gegen die Anwendung der einzig dafür tauglichen Mittel hätte. Man kann Ungeziefer eben nur mit den geeigneten mechanischen und chemischen Mitteln vertilgen, nicht mit gutem Zureden [65]). Ähnlich klang es bei Strauß: „Diese Personen (gemeint sind protestierende Jugendliche — d. Verf.) ... benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist ..." [66]). William S. Schlamm, Preisträger des Jahres 1971, bekam den mit 10 000,— DM dotierten Preis als Scheck überreicht, der die Unterschrift des ehemaligen bayrischen CSU-Ministers Alois Hundhammer trug. Glückwünsche und Erfahrungen trugen namhafte CDU/CSU-Politiker vor, dies alles für einen Schlamm, der sogar den Springer-Zeitungen nicht mehr tragbar erschien, der 1959 der „Deutschen Soldaten-Zeitung" ein Interview gab, der 1966 vor der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" sprach, der in der „Welt am Sonntag" der NPD den Einzug in den Bundestag wünschte und der noch unmittelbar vor der Preisverleihung in Hamburg vor Vertriebenen die NPD-Parole „Widerstand" ausrief [67]). Auch von anderen Preisträgern der Deutschlandstiftung lassen sich ähnliche Äußerungen und Aktivitäten wie von Franzel und Schlamm aufzählen. So nimmt es denn auch nicht wunder, daß die „Deutschland-Stiftung" laut Gerichtsurteil als „neofaschistisch" klassifiziert werden darf [68]). Und der Schatzmeister der „Deutschland-Stiftung", Dr. Günther Ossmann, der gleichzeitig Anwalt und Intimus von Franz Josef Strauß ist, mußte erleben, wie das Münchner Landgericht es zuließ, daß dem „Deutschland-Magazin", dem offiziellen Organ der „Deutschland-Stiftung", vorgeworfen werden darf, es bediene sich „des übelsten Journalismus und der niedrigsten Herabsetzung der demokratisch gewählten Organe unseres Staates — abgrundtiefer Hinterhältigkeiten, der Infamie, der politischen Brunnenvergiftung" [69]). In einer solchen neofaschistischen Organisation finden wir dann auch nicht nur Publizisten und Politiker: dem Vorstand und dem Förderkreis der Stiftung gehören auch einflußreiche, mit Strauß sympathisierende Unternehmer an: Dr. Hans Burneleit, Direktor der Daimler-Benz-AG; Martin Schleyer, Manager bei Daimler-Benz; Dr. Curt Duisburg und Dr. H. C. Paulsen von der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände; Heinz Kaufmann, Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst; Emanuel W. Merck von der Merck-AG; Walter Wenck von der Diehl-Unternehmensgruppe (diese war bekanntlich in die „Onkel-Aloys-Affäre" verwickelt, in der Strauß offensichtlich Begünstigung im Amt begangen hat. Neben Dr. Aloys Brandenstein war das auch dem Diehl-Konzern zugute gekommen). Carl Diehl, Inhaber dieses Konzerns, ist ein Förderer der CSU und Duzfreund von Franz Josef Strauß [70]). Dem

64) Kurt Ziesel, Das verlorene Gewissen, München 1958, S. 14. Der J. F. Lehmanns-Verlag, in dem ein Teil der Bücher Ziesels erschien, gehört zu den stärksten Inserenten von „Nation Europa".
65) „Der Spiegel" vom 13. 5. 1968, S. 58.
66) „Der Spiegel" vom 28. 7. 1969.
67) Cf. Strothmann, a. a. O.
68) „berliner extra-dienst" vom 12. 7. 1972.
69) „berliner extra-dienst" vom 30. 8. 1972, cf. „berliner extra-dienst" vom 12. 7. 1972.
70) Schwarzbuch, a. a. O., S. 56.

Förderkreis der Deutschland-Stiftung gehören ferner die Millionäre Grabowski von Buderus, Kley von Siemens und der Verleger Dr. Franz Burda an — wobei die beiden letzteren auch Mitglieder des Wirtschaftsrates der CDU sind [71]).

Knotenpunkt „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes", „Gesellschaft für freie Publizistik" und „Aktion Widerstand"

Die genannten Organisationen sind personell sehr stark miteinander verflochten. In ihnen finden wir Mitglieder der Unionsparteien und neofaschistischer Gruppen, wobei zwar die letzteren überwiegen (anders als in der Deutschland-Stiftung), aber durch die permanenten Kontakte auch ständig Absprachen getroffen werden.

1950 konnte der NS-Barde Herbert Böhme mit einem 100 000-DM-Zuschuß des „Stifterverbandes der Deutschen Industrie" sein „Kulturwerk" gründen [72]). Auch weiterhin scheint diese Organisation zur „Neubildung volkhaften Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins" [73]) erhebliche Zuwendungen erhalten zu haben, konnte Böhme doch mittlerweile mehr als 50 „Pflegestätten" errichten, „Kultur"-häuser, in denen die Veranstaltungen des Vereins stattfinden [74]). Die alljährlichen „Tage Deutscher Kultur" werden regelmäßig von mehr als tausend Personen besucht, darunter auch CSU-Mitgliedern [75]). Kein Wunder, wenn z. B. auf der Tagung 1969 das CSU-Mitglied Bolko Freiherr v. Richthofen das erste Referat hielt und der bayerische CSU-Landtagspräsident Rudolf Hanauer ein Grußtelegramm schickte. Kein Wunder auch, wo doch das ehemalige Mitglied des CDU-Parteivorstandes Dr. Hans Krüger einen „Ehrenkrug" des Kulturwerks annahm und wenn Witikone Herbert Böhme mit seinem Kulturwerk gemeinsam Veranstaltungen mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft des Witikonen und CSU-MdB Walter Becher durchführt [76]).

Jüngeren Datums ist die „Gesellschaft für freie Publizistik". Sie wurde 1960 anläßlich der Buchmesse in Frankfurt gegründet vom Mitglied des Kulturwerks, der NPD und seinerzeit der DRP Peter Kleist, vom ehemaligen CDU-Minister unter Konrad Adenauer Theodor Oberländer, vom jetzigen Geschäftsführer der „Deutschland-Stiftung", Kurt Ziesel, und anderen [77]). Ziel der GfP ist es, sich für „Freiheit und Wahrhaftigkeit des Wortes" einzusetzen [78]), was sie damit tut, daß sie ihre 1963 gestiftete Ulrich-von-Hutten-Medaille an den Geschichtsfälscher David L. Hoggan („Der erzwungene Krieg") verlieh, aber auch postum an den „Nation Europa"-Herausgeber Arthur Ehrhardt. Weitere Mitglieder der GfP sind: die Träger des von der „Deutschland-Stiftung" verliehenen „Konrad-Adenauer-Preises" Bernt v. Heiseler und Emil Franzel; die Mitglieder des Kulturwerks Erich Kern, Peter Kleist, Hans Grimm u. a.; Mitglieder der GfP sind weiterhin der Träger des vom Kulturwerk gestifteten „Schillerpreises" Richard W. Eichler, der Chefredakteur der NPD-offiziösen „Deutschen Wochen-Zeitung", Heinrich Härtle, sowie der Mitbegründer der CSU-Freundeskreise Prof. Berthold Rubin und viele andere [79]).

71) „berliner extra-dienst" vom 12. 7. 1972 und vom 19. 4. 1972.
72) Bernt Engelmann, Das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes", „Pflegestätte" der „Aktion W", Fakten, Daten und . . . Summen (= Schriftenreihe der Demokratischen Aktion, H 4), München 1971, S. 20.
73) Engelmann, a. a. O., S. 6.
74) Jenke, a. a. O., S. 158.
75) Studien von Zeitfragen — Rechts — vom 29. 10. 1962, nach: Engelmann, a. a. O., S. 9.
76) Engelmann, a. a. O., S. 13. Über welchen Einfluß das Kulturwerk dank dieser personellen Verflechtungen besonders im CSU-Bayern verfügt, zeigt deutlich die Tatsache, daß es durch eine Entscheidung des Finanzamtes München auch heute noch als „besonders förderungswürdig" gilt, mithin Spenden für das Kulturwerk steuerlich voll absetzbar sind. Und seinerzeit mußte CDU-Bundesschatzminister Dollinger sogar zugeben, daß dem Kulturwerk Spenden aus einem Unternehmen zugeflossen sind, an dem der Bund zu 25 % beteiligt ist. Cf. Engelmann, a. a. O., S. 21 f.
77) Hirsch, a. a. O., S. 188.
78) Hans Frederik (Hrsg.), NPD — Gefahr von rechts?, München-Inning o. J. (= 1967), S. 149.
79) NE 1970, H. 11, S. 48 f.

GfP und „Kulturwerk" zeigen sich auch als initiierende Organisationen der „Aktion Widerstand e. V.", wurde doch der Aufruf zur berüchtigten Würzburger Gründungsveranstaltung vom 31. Oktober 1970 von Peter Kleist, Herbert Böhme und Arthur Ehrhardt an führender Stelle unterschrieben [80]). So nimmt es denn auch nicht wunder, daß aufgrund der Verflechtung zwischen Kulturwerk, GfP, Deutschland-Stiftung und CSU zur Würzburger Versammlung auch Franz Josef Strauß als die große politische Hoffnung der „nationalen Rechten" geladen war. Strauß entschuldigte sich wegen dringender Verpflichtungen im bayerischen Wahlkampf [81]). Zum Trost jedoch schickte der CSU-Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Friedrich Freiherr von der Heydte ein begeistertes Gruß- und Glückwunschtelegramm nach Würzburg und ließ sich wegen nicht mehr absagbarer Verpflichtungen gegenüber „unseren Landsleuten in Südtirol" entschuldigen [82]). Strauß und seine CSU mußten den Neofaschisten in Würzburg als „Retter des Vaterlandes" erscheinen, hatte doch der CSU-Vorsitzende nur einige Tage zuvor die — bisher von ihm gerichtlich nicht bestrittenen — Aussprüche getan: „Wer mich hindern will, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen", und „Ich will Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlgefühl für das deutsche Volk, wenn es sein muß, mit der Maschinenpistole erreichen" [83]). Diese Aussagen korrelieren auch mit der Gründung der „Europäischen Befreiungsfront", die bereits ein umfangreiches Waffenlager anlegen konnte, bevor sie durch Zufall ausgehoben wurde. Straußens Drohungen entsprechen aber auch exakt dem kurz zuvor erschienenen Märzheft 1970 von „Nation Europa", das Faksimile-Abdrucke aus der Nazibroschüre „Werwolf, Winke für Jagdeinheiten" und aus „Der totale Widerstand, Kleinkriegsanleitung für jedermann" bringt. Dort wird das „Wesen des Kleinkriegs" erläutert, Hinweise zur Ausschaltung von Spitzeln („töte erkannte Spitzel!"), zur Beschaffung und Verteilung von Giftkapseln, zur möglichst effektiven Errichtung von Straßensperren, zur optimalen Einrichtung von Maschinengewehrnestern, zur Herstellung von Molotowcocktails und anderer für das Rechtskartell nützlicher Dinge mehr gegeben — und das in einer Zeitschrift, die über konkrete Kontakte zur CSU des Franz Josef Strauß verfügt. Der Erfolg einer solchen Kooperation zeigt sich bereits in den Schüssen und Überfällen auf Demokraten, Sozialisten, Gewerkschaftler und Parteibüros [84]).

Knotenpunkt CSU-Freundeskreise

Vor zwei Jahren haben die CSU-Freundeskreise Schlagzeilen gemacht, die in der ganzen Bundesrepublik gegründet wurden. Von ihrer Gründung wollen weder Strauß noch die übrige CSU-Spitze etwas gewußt haben, auch werden allgemein von der CSU Kontakte zu den Freundeskreisen bestritten [85]). Dennoch ist bekannt, daß Strauß, persönlich assistiert von seinem Vertrauten Marcel Hepp, mit CSU-Freunden Gespräche über eine mögliche Ausweitung der Freundeskreise zu einer Bundes-CSU geführt hatte [86]). In diesen Freundeskreisen

80) Cf. hierzu Engelmann, a. a. O., S. 18.
81) Engelmann, a. a. O., S. 17.
82) Zit. nach Engelmann, a. a. O., S. 18.
83) Nach: „Der Spiegel" vom 2. 11. 1970. Zwar hat Strauß diese Aussagen im „Spiegel" vom 9. 11. 1970 dementiert, aber dennoch auf eine gerichtliche Klärung verzichtet, nachdem die Zeugen des „Spiegel" bereit waren, ihre Aussagen zu bestätigen; cf. Das Konzept der deutschen Rechten, a. a. O., S. 234, und Schwarzbuch, a. a. O., S. 76.
84) Cf. „berliner extra-dienst" vom 17. 3. 1971 und „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 13. 4. 1972. In einem von einer „Aktion Widerstand, 870 Würzburg" verschickten Flugblatt heißt es lt. „berliner extra-dienst" vom 20. 3. 1971: „Nur die CDU/CSU-NPD kann uns retten. . . . Sabotageakte, Sprengstoffanschläge immer dort herbeiführen, wo wir Landesverräter treffen können. . . . Direkte vernichtende Angriffe gegen die Verräter Brandt, Wehner, Scheel mit Schußwaffen, Gift und anderen Vernichtungsmitteln . . ."
85) „Der Spiegel" vom 16. 3. 1970, S. 106 f.; cf. „Süddeutsche Zeitung" vom 18. 3. 1970.
86) So der Vorsitzende der Bundesdelegiertenversammlung der CSU-Freundeskreise, K. W. Holzapfel, am 7. 10. 1970 in einem vom Fernsehmagazin „Monitor" ausgestrahlten Interview, nach: Schwarzbuch, a. a. O., S. 90.

arbeiten einträchtig rechte CDU-Mitglieder mit Neofaschisten zusammen, um eine „überregionale Unterstützung der von der CSU und ihrem Vorsitzenden Franz Josef Strauß namentlich in der Deutschlandpolitik propagierten Politik" zu gewährleisten [87]). Die Freunde der CSU, die sich in diesen Kreisen zusammengefunden haben und über die sich Strauß so sehr freut [88]), zeigen deutlich die Richtung an, in der sich Strauß seine Hilfstruppen, mit denen er keineswegs zimperlich sein will [89]), zusammensucht. Wir finden unter den Gründungsmitgliedern Dr. Branimir Jelić, den inzwischen verstorbenen Vorsitzenden des „Kroatischen Nationalkomitees". Dieses CDU-Mitglied rühmte sich, der eigentliche Gründer der kroatischen faschistischen Ustascha-Bewegung des Ante Pavelić gewesen zu sein, und wurde selbst von der CDU, von der er gleichwohl ein goldenes Ehrenzeichen erhalten hatte, als „Belastung" empfunden [90]). Gründungsmitglied ist ferner Prof. Dr. Berthold Rubin, „der 1964 die Taufrede für die NPD-Gründung hielt" [91]). Er ist Mitarbeiter der „Deutschen National-Zeitung", in der wir schon andere CSU-Freunde und Mitglieder zusammen mit Neofaschisten wiedergefunden haben. Rubin gehörte der „Aktion Oder Neiße (AKON)" an [92]), aus der er jedoch mit 64 Getreuen ausgeschieden ist, um eine noch radikalere „Aktion Deutscher Osten (ADO)" zu gründen [93]). Er ist ferner Vorsitzender der neofaschistischen „Vereinigung 17. Juni 1953", in der wir als Vizepräsidenten den Funktionär der NLA in Westberlin Manfred Plöckinger wiederfinden [94]). Ein weiteres Gründungsmitglied ist Jürgen Rieger, Leiter des CSU-Freundeskreises in Hamburg und davor Vorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes der NPD [95]). Dieser Jürgen Rieger arbeitet eng mit den neofaschistischen Organisationen „Aktion Oder Neiße", „Wiking-Jugend", „Bund Heimattreuer Jugend", „Nationalrevolutionäre Jugend" und „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes" zusammen [97]). Seine antisemitische Agitationsschrift „Rasse, ein Problem für uns" wurde im NPD-offiziösen „Deutschen Studenten-Anzeiger" begeistert empfohlen, und ihr wurde von der Zeitschrift „Nation Europa" weiteste Verbreitung gewünscht [98]). Ein anderes führendes Mitglied, der Vorsitzende der Bundesdelegiertenversammlung der CSU-Freundeskreise, Karl Wolfgang Holzapfel, schrieb in der neofaschistischen Zeitschrift „MUT" des „Aktion Widerstand"-Mitbegründers Bernhard Wintzek anläßlich der Würzburger Terror-Veranstaltung: „Ich weiß Ihren Mut und MUT zu schätzen. Nicht zuletzt deshalb erkläre ich hiermit meinen unbeugsamen Willen, mich an einem aktiven, sinnvollen Widerstand im Rahmen meiner Möglichkeiten zu beteiligen. Auch mein Gewissen ist nicht tot" [99]). Schrieb der „Bayernkurier" des Franz Josef Strauß über solche Freunde: „Freundeskreise der CSU. Wer wollte leugnen, daß hier sich ein altes Bedürfnis artikuliert und in höchst bescheidenem Umfang organisiert hat? Strauß genießt als Bundespolitiker hohes Ansehen, die CSU bietet vielen vielleicht eine engere Heimat. Eines steht jedoch fest: es ist unser Wunsch, daß die Freunde der CSU außerhalb Bayerns engen Anschluß zur CDU halten" [100]). Heute kann man sagen, daß es Strauß geglückt ist, seine neofaschi-

87) Zit. nach „Der Spiegel" vom 16. 3. 1970, S. 106 f.
88) „Der Spiegel" vom 23. 3. 1970, S. 113.
89) „Der Spiegel" vom 16. 3. 1970, S. 106.
90) „Der Spiegel" vom 16. 2. 1970, S. 67.
91) „Deutsche Nachrichten" vom 13. 3. 1970, zit. nach: CSU-Freundeskreis — Partisanen der Demokratie? Eine Dokumentation von Kurt Hirsch (= Schriftenreihe der Demokratischen Aktion, H 2), München 1970, S. 7.
92) „Der Spiegel" vom 23. 3. 1970, S. 113.
93) „Der Spiegel" vom 10. 6. 1968, S. 60.
94) „berliner extra-dienst" vom 9. 12. 1970.
95) „Der Spiegel" vom 23. 3. 1970, S. 113.
97) Cf. CSU-Freundeskreis, a. a. O., S. 9, „berliner extra-dienst" vom 12. 5. 1972 und vom 26. 5. 1971 und Engelmann, a. a. O., S. 11 und S. 13.
98) CSU-Freundeskreis, a. a. O., S. 9.
99) Zit. nach „berliner extra-dienst" vom 9. 12. 1970.
100) „Bayernkurier" vom 14. 3. 1970, zit. nach: CSU-Freundeskreis, a. a. O., S. 6. In einem Flugblatt des CSU-Freundeskreises Köln vom 8. 6. 1970 heißt es: „Franz Josef Strauß ist der kommende Mann. Er löst

stischen Hilfstruppen ungehindert innerhalb der CDU agieren zu lassen. Den rechten Druck innerhalb, nicht außerhalb der nichtbayerischen Schwesterpartei wirken und politische Früchte tragen zu lassen — diese Absicht verhinderte die Gründung einer Bundes-CSU.

Knotenpunkt „Deutsche Union" und „Deutsche Volks-Union"

Haben wir oben die gegenseitige Wahlunterstützung der Rechtsparteien aufgezeigt, so sollen im folgenden auch die organisatorischen Querverbindungen zwischen CSU, NPD, DU, DVU und einigen kleineren Gruppen dargestellt werden. Die „Deutsche Volks-Union" wurde am 16. Januar 1971 vom Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung", Dr. Gerhard Frey, zusammen mit seinem Verlagsleiter, dem CSU-Mitglied Emmerich Giel, gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählten noch der Autor mehrerer neofaschistischer Zeitschriften — darunter DNZ und „Nation Europa" — Wilhelm Pleyer sowie Erwin Arlt, Gründer und Vorsitzender der „Aktion Oder Neiße" und Mitbegründer der „Aktion Widerstand". Organ der DVU ist der „Deutsche Anzeiger", der im Alleinbesitz von Frau Regine Frey, der Ehefrau Gerhard Freys, ist [101]). Der „Deutsche Anzeiger" fungiert auch unter dem Kopf „Recht und Ordnung" als das Kampfblatt der „Aktion Neue Rechte" des NPD-Dissidenten Siegfried Pöhlmann, der wohl als Fraktionsvorsitzender der NPD im bayerischen Landtag Kontakte zur CSU gefunden haben dürfte [102]). DVU-Frey, CSU/DVU-Giel und ANR-Pöhlmann haben vor kurzem einen „Freiheitlichen Rat" ins Leben gerufen, dem außer DVU und ANR u. a. auch der „Deutsche Block", der „Jugendbund Adler", die „Wiking-Jugend", die „Aktion Oder Neiße", der „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände" des „Aktion Widerstand"-Mitbegründers Alfred Manke und die „Vereinigung 17. Juni 1953" des CSU-Freundes Prof. Berthold Rubin angehören [103]). Die DVU hat auf der Rechten teilweise einen größeren Einfluß als die NPD, sind doch allein im Landesverband Berlin fast alle NPD-Mitglieder zur DVU übergelaufen [104]). Aber auch aus anderen Gruppen bekommt diese Partei Zulauf: so hat Frey lange Zeit das Mitglied des Bundesvorstandes der Terrororganisation „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung" des Roland Tabbert, Johannes Kösling, als Geschäftsführer des Landesverbandes Berlin der DVU geduldet [105]). Frey bemühte sich vor den Bundestagswahlen mehrfach um ein gemeinsames Vorgehen mit der NPD, was sich sogar in einem gemeinsamen Kommuniqué niederschlug. Sein eigentliches Ziel, die NPD zu einem Verzicht auf die Bundestagskandidatur zugunsten der Unionsparteien zu bewegen, ist ihm jedoch nicht gelungen. Gleichwohl hat er aber das oben berichtete Stimmensplitting erreicht. Da die DVU über CSU-Giel, CSU-Freund Rubin sowie mehr als hundert weitere CSU-Mitglieder über gute Kontakte zu Strauß verfügen dürfte, scheint es nicht ausgeschlossen, daß Frey mit Billigung von höchster CSU-Stelle mit der NPD verhandelt hat [106]).

Ähnliche Kontakte lassen sich auch über die aus der „National-Liberalen Aktion" (NLA) entstandene „Deutsche Union" des Siegfried Zoglmann nachweisen. Hauptsächlich gegründet von FDP-Dissidenten wie Willi Homeier, Dietrich Bahner, Heinz Lange und Zoglmann, zog sie doch bald auch Mitglieder anderer

Adolf Hitler nicht ab, er ersetzt ihn auch nicht, er hat aber Führungsqualitäten . . . Wir gehen in den aktiven Widerstand mit allen verfügbaren Mitteln, auch in der Wirtschaft. Wir müssen die Macht erzwingen, so oder so", zit. nach: „berliner extra-dienst" vom 18. 3. 1972; cf. Kühnl, a. a. O., S. 550.

101) Betrifft, H. 10: Verfassungsschutz 1969/70, hrsg. vom Bundesminister des Inneren, Bonn 1971, S. 11 f.

102) „berliner extra-dienst" vom 10. 5. 1972.

103) „berliner extra-dienst" vom 11. 3. und vom 12. 8. 1972.

104) „berliner extra-dienst" vom 27. 11. 1971.

105) Cf. „Pardon" 11 (1972), Nr. 1.

106) „Frankfurter Rundschau" vom 5. 4. 1971, nach: Kühnl, a. a. O., S. 550; „berliner extra-dienst" vom 29. 7. 1972 und vom 12. 8. 1972.

Organisationen zu sich. Dies wurde nicht nur durch die Mitgliedschaft Zoglmanns und Langes im Witikobund begünstigt, sondern auch durch die Aktivitäten leitender NLA/DU-Politiker in anderen Gruppen: Eduard Hauser warb für die Gründung der NLA in den „Deutschen Nachrichten" und in der „Deutschen National-Zeitung" [107]), aber auch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erschienen Werbeanzeigen [108]). Willi Homeier war Geschäftsführer des Landesverbandes Niedersachsen des Bundes der Vertriebenen. Der Landesvorsitzende der NLA in Schleswig-Holstein war in der Hiag, der ehemaligen Waffen-SS, tätig. Der Rheinland-pfälzische NLA-Initiator Reinhold Bude gehörte früher der „Deutschen Reichspartei" an und warb noch zur Bundestagswahl 1969 für die NPD. Kontakte zur NPD gab es viele, denn führende NLA/DU-Funktionäre hatten gegen eine Doppelmitgliedschaft keine Bedenken [109]). Auch mit den CSU-Freundeskreisen versteht man sich sehr gut, hoffte doch Hauser, seiner Organisation würden sich rund 60 % der CSU-Freunde anschließen [110]). Nicht nur die Scheel-F.D.P. steht vielen DU-Mitgliedern zu weit links, auch die CDU scheint ihnen nicht rechts genug. Erst die CSU ist der richtige Bündnispartner. Und so kann denn auch der CSU-Landtagsabgeordnete von der Heydte befriedigt feststellen, daß es in den außenpolitischen Vorstellungen zwischen NLA und CSU keine Gegensätze gibt [111]). Dies verwundert nicht, hat doch Franz Josef Strauß selbst sich der DU-Gründung gegenüber wohlwollend verhalten, hat er selbst doch mehrfach Kontakte zu Zoglmann gehabt, kam doch aus der CSU-Führung selbst die Überlegung, der DU im Huckepack-Verfahren in den Bundestag zu verhelfen. Von den Früchten dieser Zusammenarbeit profitieren jetzt sowohl die CSU durch die potentiellen DU-Stimmen, nachdem diese Partei auf eine Kandidatur verzichtet hat, als auch DU-Vorsitzender Zoglmann, der dank der Fürsprache von Strauß einen sicheren Platz unter den CSU-Bundestagskandidaten erhalten konnte [112]).

So zeigt sich auch wieder bei den CSU-Freundeskreisen, bei der „Deutschen Volks-Union" und bei der „Deutschen Union" — deren Namen wohl nicht zufällig in Anlehnung an die CDU/CSU gewählt worden sind —, daß die Bündnispartner des F. J. Strauß weit ins offen neofaschistische Lager hineinreichen und daß eine Wahl von Barzel und Strauß nolens volens eine Wahl dieser extremen Bündnispartner impliziert.

Knotenpunkt Emigrantenorganisationen

Vom strengen Antikommunismus der CDU/CSU und der Neofaschisten profitieren auch die Alt- und Neufaschisten in den Emigrantenorganisationen. Sie sind gleichzeitig wieder ein Knotenpunkt für die Kontakte innerhalb des Rechtskartells. In der von CSU-Ministerpräsident Alfons Goppel und anderen CDU/CSU-Mitgliedern gegründeten „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e. V." wirkt eine ganze Reihe rechter Politiker mit: so etwa der ehemalige CDU-Minister Theodor Oberländer, der uns schon in der neofaschistischen GfP begegnet ist, und der CSU-Landtagsabgeordnete Friedrich August Freiherr von der Heydte, den wir bereits in Zusammenhang mit der „Aktion

107) Hierzu und zum folgenden: „Der Spiegel" vom 28. 9. 1970, S. 116—120.
108) „berliner extra-dienst" vom 29. 4. 1971. Dort auch der erste ausführliche Bericht über das politische Programm der NLA/DU.
109) „Der Spiegel" vom 28. 9. 1970, S. 118. Sven Thomas Frank, führendes Mitglied der neofaschistischen „Nationalrevolutionären Jugend", gehörte dem Berliner Vorstand der NLA an. Hohe Ämter hatte in der NLA auch der NPD-Funktionär Manfred Plöckinger inne. Cf. „berliner extra-dienst" vom 9. 12. 1970.
110) Ebenda.
111) Ebenda.
112) „Frankfurter Rundschau" vom 9. 10. 1972.

Widerstand" nennen mußten. Die hessische Sektion der Studiengesellschaft wird von einem Karl-Friedrich Grau geleitet, Autor der „Deutschen National-Zeitung" und eines Propaganda-Buches „A propos Strauß". Mitarbeiter der Studiengesellschaft ist der Pressereferent im bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Priller, der gleichzeitig Präsident der „Deutsch-Slowakischen Gesellschaft" ist und als solcher engen Kontakt zum Geschäftsführer des Witikobundes, Franz Karmasin, pflegt [113]). Im Januar 1972 veranstaltete diese Studiengesellschaft eine Konferenz für die „unterjochten Völker Ost- und Südeuropas", der der bayerische Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkl, „die Grüße der bayerischen Staatsregierung und gleichzeitig auch als Präsidialmitglied der CSU die Grüße des Landesvorsitzenden F. J. Strauß" überbrachte [114]). Referent dieser Tagung war u. a. Prof. Ferdinand Durcansky, ehemaliger slowakischer Minister unter der NS-Besatzungsmacht. Dieser Prof. Durcansky ist gleichzeitig Präsident des Volkrates des „Antibolschewistischen Blocks der Nationen (ABN)", Präsident des „Slowakischen Befreiungskomitees" und führendes Mitglied der „Deutsch-Slowakischen Gesellschaft" des Dr. Priller, womit sich der Kreis wieder schließt [115]). Präsident des Zentralkomitees des ABN ist Jaroslaw Stetzko, der zusammen mit dem schon mehrfach genannten ehemaligen Minister Oberländer im Direktorium des 1967 gegründeten „Europäischen Freiheitsrates" sitzt, dessen Aufgabe es ist, die „antikommunistische Tätigkeit in Europa zu koordinieren" [116]). Sowohl Stetzko als auch Durcansky, daneben aber auch noch andere Funktionäre des ABN, finden wir wieder als Autoren der neofaschistischen „Nation Europa" [117]). Von daher und aufgrund der gemeinsamen politischen Interessen liegt es nur nahe, daß diese Zeitschrift auch für den ABN wirbt [118]). Auch CSU-MdB und Witikone Dr. Walter Becher arbeitet in solchen Emigrantenorganisationen mit [119]). Kontaktförderlich ist, daß der ABN und die meisten anderen faschistischen Emigrantenorganisationen ihren Sitz in München haben.

Die Kontakte zwischen der Straußpartei und den Neofaschisten sind Legion, zuviel, als daß man sie alle aufzählen könnte. Denken wir nur daran, daß z. B. das Strauß-Buch „Entwurf für Europa" unter dem Titel „Un piano per l'Europa" im italienischen neofaschistischen Verlag Volpe erscheint, in dem übrigens dieselben fachistischen Autoren verlegt werden, die auch in „Nation Europa" schreiben [120]). Denken wir daran, daß sich die CDU/CSU gemeinsam mit der NPD um die im italienischen „Movimento Sociale Italiano (MSI)" organisierten neofaschistischen Gastarbeiter bemüht [121]). Denken wir auch daran, daß der Herausgeber des CSU-nahen Dienstes „Die europäische Sicht", Jürgen Hahn-Butry, unter dem Pseudonym D. Rufer die NPD-offizielle Biographie Adolf v. Thaddens geschrieben hat und daß dieser Hahn-Butry zu der Zeit, als Franz Josef Strauß Verteidigungsminister war, die von Strauß finanzierten „Bundeswehrkorrespondenz" und „Wehrinformationen" herausgab und schon vorher von der Adenauer-Regierung 5 Mio. DM für antikommunistische Propaganda erhalten hat [122]). Die-

113) „berliner extra-dienst" vom 23. 8. 1972.
114) Ebenda, dort auch die Information, daß eine von der Sektion Süddeutschland herausgegebene „Dokumentation 72" im neofaschistischen Arndt-Verlag veröffentlicht wurde, dessen Besitzer Heinz v. Arndt NPD-Mitglied ist.
115) The Wiener Library Bulletin, London, 16 (1962), Nr. 2, S. 29.
116) „berliner extra-dienst" vom 23. 8. 1972.
117) NE 1952, H. 2, und 1963, H. 3, etc.
118) NE 1953, H. 4, 1956, H. 11 und 1958, H. 3.
119) „berliner extra-dienst" vom 23. 8. 1972.
120) Z. B. Giulio Evola, Maurice Bardèche etc. cf. hierzu bes. „berliner extra-dienst" vom 18. 3. 1972 und NE, z. B. 1952, H. 12 (Evola), 1964, H. 2 (Bardèche).
121) „berliner extra-dienst" vom 5. 6. 1971. Der „Bayernkurier" warb für eine Zusammenarbeit von CSU und MSI, cf. „berliner extra-dienst" vom 10. 6. 1972.
122) Cf. „berliner extra-dienst" vom 14. 4. 1971 und vom 12. 6. 1971. Hahn-Butry gab auch seit 1960 den mit öffentlichen Mitteln subventionierten „Afrika-Schnelldienst" und das „Afrika-Bulletin" heraus, in denen

ser Hahn-Butry schreibt z. B. auch in der Zeitschrift MUT des „Aktion Widerstand"-Mitbegründers Bernhard Wintzek, seine Artikel werden von der gesamten Rechtspresse nachgedruckt. Denken wir daran, daß auf der jüngsten Großveranstaltung des internationalen Faschismus in Planegg bei München, die von den Zeitschriften MUT und „Nation Europa" organisiert war, Grußadressen verlesen wurden vom NPD-Vorsitzenden Martin Mußgnug, vom Vorsitzenden der Deutschen Union in Bayern, Dietrich Bahner, und — persönlich vorgetragen — vom CSU-Mitglied Bolko Freiherr v. Richthofen, der ein enger Berater des CSU-Abgeordneten Becher ist [123]). Denken wir daran, daß 1958 von den CSU-Funktionären Walter Becher, Prof. von der Heydte, Richard Jaeger und Rudolf Seidl zusammen mit Konrad-Adenauer-Preisträger Winfried Martini und Deutschland-Stiftungs-Geschäftsführer Kurt Ziesel der „Deutsche Kreis" gegründet wurde und daß Walter Becher mit Ziesel und dem Strauß-Intimus Dr. Hans Kapfinger ein „Komitee zum Schutz der Bürger gegen Diffamierung" initiierte. Und denken wir nicht zuletzt daran, daß 1959 mit tatkräftiger politischer und finanzieller Hilfe des damaligen Ministers Franz Josef Strauß die neofaschistische Dachorganisation „Rettet die Freiheit" unter der Federführung des heutigen CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten der Union, Rainer Barzel, entstehen konnte [124]).

Überall lassen sich diese Kontakte nachweisen, auf allen Ebenen können wir eine enge Zusammenarbeit zwischen der CSU des Franz Josef Strauß und den Neofaschisten beobachten. Der lachende Dritte im Rechtskartell, die reaktionärsten Kreise der Großindustrie, verhalten sich diesen Kontakten gegenüber wohlwollend, arbeiten teilweise sogar in den Verbindungsorganisationen mit.
Die historische Erfahrung warnt uns: Strauß ist eine Gefahr für die Bundesrepublik.

„Wir sind nicht gegen Franz Josef Strauß; er ist gegen uns, gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, gegen unseren Staat. Er hat fortgesetzt gegen Verfassung und Gesetz sowie gegen die Normen von Sitte und Anstand, die auch und gerade in der Politik gelten müssen, vorsätzlich verstoßen. Strauß gefährdet die Erfüllung unserer Hoffnung auf eine friedliche und freiheitliche Entwicklung. Wir wollen uns und unseren Staat auf demokratische Weise vor ihm schützen" [125]).

---

die rassistischen Regime von Afrika verherrlicht werden. Auch hier soll sich Strauß für eine finanzielle Hilfe des Bundes zugunsten von Hahn-Butry eingesetzt haben.

123) „Unsere Zeit" vom 29. 9. 1972. Cf. auch Engelmann, a. a. O., S. 14.

124) Engelmann, a. a. O., S. 18, und Schwarzbuch, S. 89. Zu Barzel vgl. auch: Hans-Dieter Bamberg, Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel; Band 1 der „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen", Köln 1972, insbesondere S. 10 ff.

125) Schwarzbuch, a. a. O., S. 100. Wen wundert dann noch, daß dieser Mann dieses Buch verbieten zu lassen versucht, das die demokratische Öffentlichkeit über ihn aufklären soll, cf. „Frankfurter Rundschau" vom 14. 10. 1972.

Der Andenpakt

Ein Bündnis gegen Unterentwicklung und Vorherrschaft ausländischen Kapitals

Von Dieter Boris und Aline Frambes-Alzérreca

I

Die Entstehung und Entwicklung übernationaler ökonomischer Integrationsmodelle in den entwickelten kapitalistischen Ländern seit dem Zweiten Weltkrieg kann als Ausdruck der rasch gesteigerten und außerordentlich verbesserten Produktivkräfte, deren optimale Anwendung und Verwertung die nationalen Schranken übersteigt, begriffen werden. Nicht nur als Reaktion hierauf zählt es seit einiger Zeit zum eisernen Bestandteil jeglicher „entwicklungspolitischen" Diskussion, auf die Notwendigkeit der Handelsausweitung und der ökonomischen Integration gerade auch zwischen den Entwicklungsländern zu verweisen. Obwohl es auf der Hand liegt, daß die Vorteile der Massenproduktion, der Spezialisierung, vertieften Arbeitsteilung und der verbesserten Verhandlungsposition von ökonomisch eng zusammenarbeitenden Entwicklungsländern gegenüber Drittländern große Bedeutung für den Industrialisierungsprozeß haben, sind die Bemühungen in dieser Richtung insgesamt wenig erfolgreich gewesen. Ein Indiz dieser Tatsache ist z. B., daß der Anteil der Exporte der Entwicklungsländer untereinander am Weltexport von 8,4 % (1950) auf 3,7 % (1968) zurückgegangen ist; ebenso hat der Anteil des internen Warenaustausches zwischen Entwicklungsländern an ihrem gesamten Warenaustausch sogar noch abgenommen [1]). Die auffallende Diskrepanz zwischen den Hoffnungen, den Möglichkeiten und der Notwendigkeit einer verstärkten ökonomischen Integration der Entwicklungsländer untereinander und den tatsächlichen Ergebnissen der bereits gemachten Versuche hat viele Gründe. Der allgemeinste besteht darin — vergleicht man den Beitrag der ökonomischen Vereinbarungen und Integrationen zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern zum Wachstumstempo mit den entsprechenden Versuchen der Entwicklungsländer —, daß es hier in viel stärkerem Maße erst um eine Entfaltung industrieller Produktivkräfte und eine radikale Veränderung der Produktionsstrukturen geht als in den kapitalistischen Industrieländern. Das Ausmaß dieser notwendigen Wandlungsprozesse setzt zugleich in ungleich gebietenderer Form Veränderungen in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen und eine höhere Form von Planung voraus. Fehlt beides, so finden alte Widersprüche nur eine Bewegungsform darin, daß verschiedene Entwicklungsländergruppen sich mehr oder minder spontan dem Bedürfnis nach „erweiterten Märkten" anpassen. Zu den Bedingungen einer langfristig erfolgreichen Integration von Entwicklungsländern gehört vor allem auch die Entwicklung gemeinsamer Vorstellungen über die Behandlung des Auslandskapitals und die Einsicht, daß nur Initiativen zu kooperativer Produktionsplanung in bezug auf industrialisierungsrelevante Projekte eine eigenständige Dynamik zu entfachen in der Lage sind. Unter diesem Aspekt muß der 1969 begründete Andenpakt („Grupo Andino"), dem Chile, Bolivien, Peru, Kolumbien und Ecuador angehören, als ein Novum in der Geschichte der ökonomischen Integrationsprozesse innerhalb der Entwicklungsländer angesehen werden. Freilich haften auch ihm noch zahlreiche Widersprüche und inkonsequente Bestimmungen an;

1) Vgl. Auswertung der Dokumentation der zweiten Welthandelskonferenz (1968). Stuttgart 1970, S. 3 f.

zudem können abrupte Rechtsentwicklungen wie in Bolivien die Verwirklichung der Ziele noch empfindlich stören. Die Reaktionen aus den kapitalistischen Industrieländern wie auch die Diskussion des Vertragswerks in fortschrittlichen Kreisen Lateinamerikas zeigen an, daß viele seiner Elemente heute schon als richtungweisend für ökonomische Zusammenschlüsse in der Dritten Welt angesehen werden können.

II

Die ökonomischen Integrationsversuche in Lateinamerika, die dort im Vergleich zu anderen Regionen der Dritten Welt am entschiedensten propagiert wurden (insbesondere von der UN-Regionalbehörde CEPAL), müssen vor dem Hintergrund der Entwicklungsetappen gesehen werden. Die erste Etappe der außen- oder exportorientierten Entwicklung, die klassenmäßig auf der Koalition der exportierenden und importierenden aus- und inländischen Bourgeoisie beruhte und in fast allen Ländern Lateinamerikas sich während des 19. Jahrhunderts unter der Herrschaft des britischen, dann des US-Imperialismus konsolidiert hatte, ging etwa zur Zeit der Weltwirtschaftskrise zu Ende. Der katastrophale Fall der Weltmarktpreise für die jeweiligen Hauptexportprodukte brachte zeitweise fast die gesamte Wirtschaftstätigkeit zum Erliegen und demonstrierte in aller Deutlichkeit die extreme Verletzlichkeit der Wirtschaft, die sowohl ökonomisch wie auch sozial die bestehenden Herrschaftsstrukturen ernsthaft bedrohte. Die nun einsetzende „innenorientierte" Entwicklung, die notgedrungen einen Teil der bisherigen Importe durch die Aufnahme der Produktion im eigenen Land ersetzte („Importsubstitution"), trug sowohl in den dreißiger Jahren wie auch während des Zweiten Weltkriegs zu einem erheblichen Teil zum Industrialisierungsprozeß in Lateinamerika bei. Doch spätestens seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre waren die Wachstumspotenzen dieser Industrialisierungsstrategie erschöpft; die industrielle Entwicklung stagnierte weitgehend. Die „leichte" Phase der Importsubstitution, die den Aufbau von nicht-langlebigen Konsumgütern, Massenkonsumgütern (Textilien), Halbfabrikaten (z. B. Zement) und auch von bislang eingeführten Luxuskonsumgütern umfaßt, war beendet; der hierfür vorhandene innere Markt dehnte sich nicht mehr nennenswert aus. Der nun notwendig werdende Übergang zum Aufbau einer umfassenden Investitions- und Grundstoffgüterindustrie konnte in den meisten Fällen nicht oder nur unzureichend in Angriff genommen werden.

Durch die nach wie vor bestehende Abhängigkeit vom Export weniger Rohstoffe und den Fall ihrer Weltmarktpreise im Laufe der fünfziger Jahre reduzierte sich die Importkapazität und — hierdurch zu einem erheblichen Teil bestimmt — auch die Akkumulationsfähigkeit in bezug auf die neu zu entwickelnden Sektoren. Gleichzeitig hätten diese aber weit höhere Investitionssummen erfordert, als sie in den bisherigen Produktionsbereichen notwendig gewesen waren. Die technisch gebotene Erstellung von Großanlagen, die hierzu kontrastierende Marktenge und die verhältnismäßig längere Reifezeit dieser Projekte ließen solche „schwierige" Importsubstitution in den Augen der einheimischen Kapitalisten unattraktiv erscheinen; auch der Staat war in vielen Fällen nicht in der Lage, diese Investitionen vorzunehmen. Daher gewann der Gedanke, daß diese Schwierigkeiten nur durch die Schaffung eines „Gemeinsamen Lateinamerikanischen Marktes" überwunden werden könnten, relativ starke Verbreitung und führte schließlich zu Beginn der sechziger Jahre zur Gründung des „Gemeinsamen Mittelamerikanischen Marktes" (MCCA = Mercado Común Centroamericano) und zur „Lateinamerikanischen Freihandelszone" (ALALC = Asociación Latinoamericano de Libre Comercio).

Die Hoffnungen, die in diese Integrationsmodelle gesetzt worden waren, schwanden aber nach den ersten Jahren ihres Bestehens zusehends, zuerst hinsichtlich der ALALC, dann spätestens seit dem sogenannten Fußballkrieg zwischen El Salvador und Honduras (1969) auch für den Mittelamerikanischen Gemeinsamen Markt [2]). Die Lateinamerikanische Freihandelszone basierte im wesentlichen auf bilateralen Zollerleichterungen für bestimmte Produkte, die dann — analog zur „Meistbegünstigungsklausel" des GATT — auch für die übrigen Länder der Zone eingeräumt werden mußten; ein Teil davon war kündbar, nur der kleinere und unbedeutendere Teil gilt als irreversibel. Das Tempo und die jährlich vorgeschriebenen Zollreduktionen ermäßigten sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre außerordentlich, da man nun an Warensortimente gestoßen war, deren nationale Monopolstellung und Preisniveau eine verschärfte Konkurrenz offenbar nur schwer vertrugen. Die Zunahme des intra-regionalen Handels war äußerst gering: der Anteil an den Gesamtexporten wuchs von 1960 7,9 % auf 1969 10,8 %, womit aber lediglich der Stand von 1955 um etwa 1 % übertroffen wurde [3]).

Das Vorhandensein eines gewissen Spielraums der nationalen Importsubstitution (gerade bei den ökonomisch fortgeschritteneren Ländern), die relative Verbesserung der Exportpreise der Region, die Verschuldungspraxis der einzelnen Länder wie auch die Furcht vor der Etablierung ausländischer, konkurrenzüberlegener Firmen in den Nachbarländern (im eigenen Land waren sie stets willkommen) machten die Integrationspolitik zu einem untergeordneten Instrument in der Wirtschaftspolitik der meisten Länder. Obwohl der „Mittelamerikanische Gemeinsame Markt", als Zollunion konzipiert, eine wesentlich größere Steigerung des intra-regionalen Handels verzeichnete, tauchten bei ihm ähnliche Probleme auf wie bei der ALALC. Auch hier kann von einem ernsthaften Industrialisierungsanstoß durch ökonomische Integration nicht gesprochen werden. Der Anstieg des intra-regionalen Handels ist vorwiegend darauf zurückzuführen, daß in diesen Ländern das Stadium der Importsubstitution erst in den fünfziger und sechziger Jahren begann und gleichzeitig im wesentlichen von ausländischen Unternehmen, die in den protektionierten Markt eindrangen und sich hier behaglich niederließen, durchgeführt wurde. Die Errichtung von „final touch"-Industrien (Montagebetriebe) täuschte einen rapiden Industrialisierungsprozeß dort vor, wo früher fertige Konsumgüter importiert wurden, jetzt aber in ihren Bestandteilen importiert und in den jeweiligen Ländern lediglich gepackt oder zusammengesetzt wurden, um so unter dem Etikett „mittelamerikanische" Waren auf den Binnenmarkt zu gelangen [4]).

Der entscheidende Grund des Scheiterns bzw. der Stagnation der bisherigen ökonomischen Integrationsexperimente ist aber in der verstärkten Polarisierung zwischen den einzelnen Ländern verschiedenen ökonomischen Niveaus und absoluter Größe zu sehen. Während sich im „Mittelamerikanischen Gemeinsamen Markt" im wesentlichen Guatemala, El Salvador einerseits, Honduras, Nicaragua

---

2) Siehe hierzu M. S. Wionczek, The Rise and the Decline of Latin American Integration, in: „Journal of Common Market Studies", Vol. IX, No. 1 (September 1970), S. 49—66, und K. B. Griffin, Underdevelopment in Spanish America, London 1969, S. 220—263.

3) Vgl. S. Heldt, The Andean Group: An answer to some problems of LAFTA, Kiel 1972, S. 3.

4) „Der hohe den Fertigwaren gewährte Schutzzoll, die niedrigen Zölle für Rohmaterialien und Halbfabrikate, der Wettlauf der CACM-Mitglieder nach ‚neuen Industrien' — dies alles, im Verein mit den oligopolistischen Strukturen des Marktes, führte zu einer beträchtlichen Ausweitung des intra-regionalen Handels mit industriellen Produkten, jedoch zu einem hohen ökonomischen und sozialen Preis, den diese Länder zu zahlen hatten. Zu den ökonomischen Kosten dieses besonderen Typs regionaler Integration zählen die stark ansteigenden Importe von dritten Ländern, die Abnahme der Fiskaleinnahmen, die hohen Preise der neuen ‚regionalen Fertigwaren' und die exorbitanten Profite, die hauptsächlich den ausländischen Industrieunternehmen zuflossen und sie dazu bewogen, massiv in den Markt einzudringen, als sie bemerkten, wie profitabel diese neuen Unternehmen sind" (M. S. Wionczek, The Rise and the Decline . . ., a. a. O., S. 55).

andererseits (Costa Rica nimmt eine Zwischenstellung ein) gegenüberstehen, sind es in der ALALC vor allem Mexiko, Brasilien, Argentinien, die sich gegenüber fast allen übrigen Mitgliedsländern (in verschieden starkem Maße) abheben. Dieser ökonomische Differenzierungsprozeß drückt sich in den Handelsbilanzen untereinander, dem jeweiligen Anteil der Länder- und Ländergruppen am gesamten intra-regionalen Handel sowie in den Anteilen einfacher und industriell höherwertiger Warenarten am Gesamthandel aus [5]).

Die bisherigen Integrationsmodelle haben die entscheidenden sozialökonomischen Strukturmerkmale der lateinamerikanischen Gesellschaften keineswegs beseitigt oder abgemildert, sondern ihnen nur eine neue Bewegungsform gegeben. Die „strukturelle Heterogenität" (das Nebeneinanderbestehen von Gesellschaftssektoren, in denen verschiedene Produktionsweisen und ein äußerst unterschiedlicher Stand der Produktivkräfte vorherrschen), die „wirtschaftliche Abhängigkeit" (einseitige Unterordnung unter ökonomische Entscheidungen entwickelter kapitalistischer Gesellschaften) und „deformiertes Wachstum" (Marginalisierung, zunehmende Arbeitslosigkeit etc.) haben neue Formen und Dimensionen erreicht, welche anzeigen, „daß der Integrationsprozeß, der sich heute in Lateinamerika vollzieht, nichts als eine neue Phase des unterentwickelten Wirtschaftswachstums ist, das den gleichen Gesetzmäßigkeiten unterliegt wie in früheren Etappen" [6]). Zu Recht ist betont worden, daß die Versuche ökonomischer Integration nicht als Ersatz für interne strukturelle Reformen und entscheidende Veränderungen der Außenbeziehungen angesehen werden können. Erst in dem Maße, in dem zentrale staatliche Planung mit relativer Unabhängigkeit von den herrschenden Klassen diese Reformen in Angriff nimmt und die Einflußbereiche des Imperialismus zumindest beschränkt, können Integrationsmodelle positiv wirksam werden und möglicherweise eine Dynamik entfalten, die auf die politisch-sozialen Verhältnisse zurückwirkt [7]).

Fehlen selbst diese Minimalbedingungen, dann eröffnen sich für die ökonomischen Integrationen Perspektiven, wie sie Celso Furtado umrissen hat: „Die Schaffung privilegierter Bedingungen für internationale Konsortien, die hierdurch in der Lage sind, ihre Entwicklung auf kontinentaler Ebene zu planen, kann zu Formen der ‚Integration' führen, die die nationalen Entscheidungen ignorieren oder unterminieren und dabei alles andere als eine genuine übernationale regionale Entwicklungsplanung herbeiführen. Es ist nun mehr oder minder deutlich geworden, daß das wirkliche Problem nicht einfach in der Liberalisierung des Handels besteht, sondern in dem Vorantreiben eines erst rasch zu schaffenden regionalen ökonomischen Systems — eine Aufgabe, die alles andere als leicht ist; zumal wenn man die bisherige Entwicklungsorientierung bedenkt, die großen Diskrepanzen in den gegenwärtigen Entwicklungsniveaus, die Gefahr der Verschärfung der räumlichen Konzentration sowohl der ökonomischen Aktivitäten wie der Entwicklungsgewinne, die beträchtliche Autonomie, mit der die mächtigen internationalen Konzerne nicht nur die traditionellen Exportbereiche, sondern schon in großem Umfang die modernen industriell-gewerblichen Sektoren des Kontinents beherrschen, die Differenzen in der Wirtschaftspolitik der einzelnen Regierungen in bezug auf die Erforschung natürlicher Ressourcen, besonders des Erdöls, die Ineffektivität der einzelnen Staaten, den Wirtschaftsprozeß zu kontrollieren . . . und viele ebenso wichtige Faktoren" [8]).

5) Siehe hierzu S. Heldt, The Andean Group . . ., a. a. O., S. 6 ff.
6) A. Córdova, Wirtschaftsintegration für die Entwicklung oder integrierte Unterentwicklung in Lateinamerika?, in: Klassengesellschaft und Rassismus. Zur Marginalisierung der Afroamerikaner in Lateinamerika, hrsg. v. J. Gräbener, Düsseldorf 1971, S. 264—294; hier: S. 289 f.
7) Vgl. den knappen Hinweis bei C. Furtado, Economic Development of Latin America, Cambridge 1970, S. 204.
8) Ebd., S. 203 f.

III

Obwohl dem Problem der verschiedenen Entwicklungsstufen der lateinamerikanischen Länder in einigen Studien der CEPAL große Aufmerksamkeit geschenkt worden war, gingen diese Einsichten nicht in genügendem Maße in den die ALALC begründenden Vertrag von Montevideo (1960) ein; selbst die wenigen und unzureichenden Bestimmungen für die Sonderbehandlung von Bolivien, Ecuador, Paraguay und Uruguay wurden niemals erfüllt. Nach zahlreichen Protesten gegen die ungleiche Vorteile bringenden Bestimmungen der ALALC und verschiedenen — von den drei Großen: Argentinien, Brasilien und Mexico, stets torpedierten — Versuchen der benachteiligten Länder, Sonderverträge abzuschließen, kam es im Jahre 1966 zu der Erklärung von Bogotá, in welcher Chile, Kolumbien, Venezuela und Ecuador ihre Absicht darlegten, zeitlich begrenzte Verträge zwischen den weniger entwickelten Ländern abzuschließen, um hierdurch eine Erweiterung ihrer Märkte zu ermöglichen. Es wurde eine vorbereitende Kommission mit Vertretern aller Länder und eine andinische Förderungskörperschaft (CAF) gebildet, die Projekte gemeinsamer Interessen fördern sollte. Im April 1967 beschloß die Versammlung der amerikanischen Präsidenten, daß der „Lateinamerikanische Gemeinsame Markt" spätestens 15 Jahre nach 1970 funktionsfähig sein sollte. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Maßnahmen für die Entwicklung und Perfektionierung der ALALC getroffen. Eine dieser Maßnahmen sah die Errichtung subregionaler Verträge vor, welche die Integration beschleunigen sollten. Während also die ursprünglichen Integrationsziele der ALALC insgesamt in relativ weite Ferne gerückt wurden, forcierte man die Anstrengungen zur Integration der mittleren und kleineren Länder. Am 26. Mai 1969 unterschrieben Bolivien, Chile, Kolumbien, Ecuador und Peru den Vertrag von Cartagena, auch „Acuerdo de Integración subregional" oder „Pacto Andino" genannt. Venezuela unterschrieb nur das Abkommen zur Gründung der andinischen Förderungskörperschaft, trat aber dem Vertrag von Cartagena aufgrund heftigen Druckes der einheimischen Kapitalistenklasse nicht bei [9]).

Wesentliches Ziel des Vertragswerkes [10]) ist einerseits die Beschleunigung des ökonomischen Wachstums der Mitgliedsländer bei gleichzeitiger Verringerung der Entwicklungsunterschiede untereinander, andererseits die Integration ihrer Wirtschaften, um innerhalb der lateinamerikanischen Freihandelszone gegenüber den drei großen ALALC-Staaten ihre Interessen als gleichberechtigte Partner vertreten zu können. Diese Ziele sollen durch Handelsliberalisierung, Schaffung einer Zollunion, Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, gemeinsame Industrieplanung, Kooperation bei der Entwicklung der Infrastruktur und last not least durch gemeinsame Behandlung des Auslandskapitals erreicht werden. Die Hauptorgane der Gruppe sind die Andenpakt-Kommission und die Junta. Während die Kommission, vergleichbar etwa dem EWG-Ministerrat, aus Regierungsvertretern zusammengesetzt ist und die Hauptlinien der Politik der Vertragsstaaten formuliert, ist die Junta die ständig tagende Exekutiv-Organisation des Paktes. Die Kommission überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse durch die Junta, bestellt die Mitglieder der Junta, wählt sie ab, weist ihr das jährliche Budget zu, legt die Anteile der einzelnen Mitgliedstaaten dabei fest und entscheidet über die Vorschläge und Initiativen der Junta und anderer Beratungs-

9) Ursprünglich war Venezuela als Frist zum Beitritt Ende 1971, das Datum des Auslaufens des Handelsvertrages mit den USA, gesetzt worden. Obwohl die Frist nun verstrichen ist und ein neuer Handelsvertrag mit den USA abgeschlossen wurde, nimmt Venezuela weiterhin als Beobachter an den Versammlungen verschiedener Kommissionen des Paktes teil.

10) Siehe hierzu die offiziellen Dokumente: Grupo Andino: Acuerdo Subregional, in: Derecho de la Integración, ed. v. Banco Interamericano de Desarrollo, Nr. 5 (Oktober 1969); Acuerdo de Cartagena, Texto Oficial, Lima 1970; Junta del Acuerdo de Cartagena: Grupo Andino. La Integración en Desarrollo, Lima 1971.

komitees. Entscheidungen werden in der Regel mit Zweidrittel-Mehrheit gefällt, da aber 5 Mitglieder dem Pakt angehören, bedeutet das in der Realität eine Vierfünftel-Mehrheit. Es ist daher ziemlich ausgeschlossen, daß die Interessen der beiden am geringsten entwickelten Länder (Bolivien und Ecuador) durch Mehrheitsentscheidungen übergangen werden. Es muß hervorgehoben werden, daß durch die Einrichtung einer ständigen Exekutivbehörde mit Sitz in Lima und durch das Nichtvorhandensein einer Veto-Möglichkeit eines einzelnen Staates die Andenpaktgruppe gegenüber der ALALC schon jetzt ein höheres Maß an Verbindlichkeit und Einheitlichkeit erreicht hat. Als nach dreijährigen Verhandlungen 1969 der Andenpakt in Kraft trat — die Verhandlungen hatten sich durch Regierungswechsel in vielen Ländern verzögert —, gingen die Organe der Andengruppe mit großem Eifer und viel Elan an die Arbeit. Bis Ende des Jahres 1970 wurde eine Reihe von grundlegenden Entscheidungen gefaßt; hierzu gehören unter anderem die verschiedenen Modalitäten der Handelsliberalisierung, die Festsetzung eines gemeinsamen Mindestaußenzolles und die einheitliche Behandlung des Auslandskapitals.

Im Rahmen des Liberalisierungsprogramms wurden zunächst verschiedene Kategorien von Produkten festgelegt: solche, die sofort von jeglichen Zöllen befreit werden sollen; solche, die im Raum des Andenmarktes noch nicht hergestellt werden und erst im Rahmen des industriellen Förderungsprogramms produziert werden sollen (dann aber sofort zollfrei in der Region zirkulieren können sollen); und schließlich die übrigen Waren. Diese unterliegen einer automatischen, unwiderruflichen Liberalisierung von jährlich 10 %. Sie begann am 31. Dezember 1970, so daß alle Zölle im intra-regionalen Handel für diese Waren bis zum 31. Dezember 1980 abgeschafft sein werden. Innerhalb dieser Liberalisierungsbestimmungen genießen Bolivien und Ecuador eine Vorzugsbehandlung. Während Chile, Kolumbien und Peru ihre Zölle für Einfuhren aus diesen Ländern schon 1975 vollständig abgebaut haben werden, müssen diese ihre Zollschranken gegenüber den entwickelteren Mitgliedern des Andenpaktes erst 1980 vollständig beseitigt haben. Bis 1980 soll ein schon jetzt vorläufig festgelegter Mindestaußenzoll gegenüber Drittländern endgültig fixiert werden. Bolivien und Ecuador müssen diesen gemeinsamen Außenzoll erst fünf Jahre später einführen. Im übrigen gesteht das Liberalisierungsprogramm den einzelnen Ländern je nach Entwicklungsgrad ein Kontingent von Ausnahmeprodukten zu, die von der innerregionalen Liberalisierung, wie auch von dem Zwang zum gemeinsamen Außenzoll, ausgenommen sein sollen.

Es ist jedoch klar, daß eine bloße Handelsliberalisierung und die Schaffung einer Zollunion nur sehr geringe Entwicklungsimpulse zu geben in der Lage ist. Der geringe intra-regionale Handel in Lateinamerika — für Gesamt-Lateinamerika nur 10 %, für die Andenpaktstaaten nur 4 % des gesamten Außenhandels — wird sich durch diese Maßnahmen nicht nennenswert steigern lassen. Es kommt weniger auf die Öffnung von bestehenden Märkten als vielmehr auf die Schaffung von neuen Märkten an. Hierauf ist auch das Hauptgewicht in dem Vertrag von Cartagena gelegt worden. Entscheidend hierfür ist die gemeinsame Planung von Industrie-Investitionen, die Beschleunigung der Agrarreform in einigen Mitgliedsländern sowie eine aufeinander abgestimmte Agrarpolitik. In bezug auf die gemeinsame Industrieplanung wurde bereits eine Liste von zu erstellenden Produkten verfaßt, über die Auswahl und die Lokalisierung der einzelnen Produktionsanlagen in den verschiedenen Ländern sind die Verhandlungen noch im Gange.

Trotz ähnlicher Agrarstrukturen — bei gleichzeitig bestehenden potentiellen Komplementaritätsbeziehungen — bestehen für die landwirtschaftliche Integration vorerst noch große Hindernisse. Neben der relativ starken Abhängigkeit von den Importen einiger Grundnahrungsmittel aus dritten Ländern ist es vor allem der ungleiche Stand der Agrarreformen in den einzelnen Ländern sowie die verschieden stark ausgeprägte Möglichkeit auch nur von Ansätzen einer „nationalen agrarischen Entwicklungsplanung", welche die Mitgliedsländer zunächst einmal dazu bringen soll, Vorstellungen hierüber und entsprechende staatliche Institutionen entwickeln. Möglicherweise wird daher eine Zusammenarbeit der Andenländer beim Export bestimmter agrarischer Produkte in Drittländer vorerst eine wichtigere Rolle spielen als die Steigerung des intra-regionalen Handels mit Agrarprodukten [11]).

Als besonders schwierig erwiesen sich die Diskussionen über die gemeinsame Behandlung des Auslandskapitals [12]), eine Entscheidung, die sofort gefällt werden mußte. Angesichts der hohen Bedeutung des Bergbausektors und der Rohstoffextraktion in Chile, Peru, Bolivien, aber auch in Ecuador (Erdöl) und der starken Präsenz des Auslandskapitals in diesen Sektoren liegt die Relevanz der Frage auf der Hand. Im übrigen weisen Länder mittlerer Entwicklungsstufe wie Kolumbien, Venezuela, Peru, aber auch Chile in den letzten Jahren die höchsten Zuwachsraten des Auslandskapitals im gewerblich-industriellen Sektor auf, so daß, wie Celso Furtado anmerkt, es wahrscheinlich ist, daß die Kontrolle von außen bei diesen Ländern sogar noch größer sein würde als bei Mexiko, Brasilien und Argentinien, wenn diese Länder einen vergleichbaren Grad der Industrialisierung erreicht haben werden [13]). Auf der anderen Seite mußte bei der Beschlußfassung über diese heikle Frage die Verschiedenheit der politischen und wirtschaftspolitischen Orientierung der einzelnen Regierungen — zumal sie im Gegensatz zu den anderen Projekten unmittelbare Konsequenzen zu haben schien — am deutlichsten zum Ausdruck kommen. Von Anfang an bestand eine Frontstellung zwischen Chile und Peru einerseits und Kolumbien und Ecuador andererseits; es scheint, als ob die Entwicklung von „linksnationalistischen Tendenzen" in Bolivien im Jahre 1969 den Ausschlag für die Beschlußfassung über die gemeinsame Behandlung des Auslandskapitals Ende 1970 gegeben hat. Es war gerade dieser Teil des Andenpaktstatuts, der die größte internationale Aufmerksamkeit fand; dies ist wohl darin begründet, daß sich hier zum erstenmal eine Gruppe kapitalistischer Entwicklungsländer dazu bereit fand, das Auslandskapital gemeinsam festgelegten, partiell restriktiven Bedingungen zu unterwerfen. Außerdem war wohl der damals stattfindende Regierungswechsel in Chile Grund dafür, daß zum Teil hysterische Reaktionen, zumal aus den USA, erfolgten. Dabei kann das Statut als bürgerlich-reformistisch gekennzeichnet werden, da es in erster Linie der einheimischen Kapitalistenklasse einen größeren Entwicklungsspielraum zumißt. Ein großer Teil der Experten, die an der Ausarbeitung des Statuts mitgearbeitet hatten, waren bürgerlich-fortschrittliche Ökonomen, teilweise aus den USA, teilweise aus Lateinamerika. Das Statut, das ausdrücklich die Wichtigkeit des ausländischen Kapitals in der Präambel betont und anerkennt, sieht im wesentlichen vor, die Vorteile der größeren Märkte in erster Linie den nationalen bzw. „multinationalen" Unternehmen (in diesem Zusammenhang ist der Begriff auf die lateinamerikanischen Nationen bezogen)

11) Vgl. hierzu: Agricultural Policy in the Countries signatory to the Andean Subregional Integration Agreement, in: „Economic Bulletin for Latin America" Nr. 2/1971, S. 91—119.
12) Siehe hierzu: Origines del Regimen Común, in: „Grupo Andino" Nr. 1 (März 1971), S. 3—7; vgl. auch den vollständigen Text der „Gemeinsamen Behandlung des Auslandskapitals" in der Sondernummer 4 (Juli 1971) dieses offiziellen Informationsblattes der „Junta des Vertrags von Cartagena".
13) C. Furtado, a. a. O., S. 172. ff.

einzuräumen und die Unternehmenspolitik der großen ausländischen Konzerne soweit wie möglich unter Kontrolle zu bringen und bestimmten Spielregeln zu unterwerfen. Die wichtigsten Bestimmungen des Abkommens, das am 1. Juli 1971 in Kraft getreten ist und inzwischen einige abmildernde Modifikationen erfahren hat, können wie folgt zusammengefaßt werden:

1) Im öffentlichen Dienstleistungsbereich (Trinkwasserversorgung, Kanalisation, Stromversorgung, Gesundheitsdienst, Post- und Fernmeldewesen) sind neue Direktinvestitionen ausländischer Gesellschaften nicht zugelassen, desgleichen im Versicherungswesen, im Bankenbereich, im Binnentransport, bei der Werbung und in den Kommunikationsmedien. Ausländische Unternehmen dieser Art, die bereits existieren, müssen innerhalb von 3 Jahren 80 % ihres Kapitals an Inländer verkaufen.

2) In allen übrigen Wirtschaftsbereichen darf das ausländische Kapital nur zu höchstens 49 % beteiligt sein.

3) Der jährliche Gewinntransfer ist auf höchstens 14 % des investierten Kapitals beschränkt.

4) Jede ausländische Investition ist genehmigungspflichtig und muß registriert werden. In Bereichen, in denen bestehende Unternehmen ausreichend sind, können keine ausländischen Investitionen, etwa durch Aufkauf, vorgenommen werden (Ausnahme: wenn mit dem Aufkauf ein Konkurs abgewendet wird).

5) Eine Reihe von Paragraphen regelt die Beziehungen von noch mehrheitlich ausländischen Gesellschaften zum Ausland bzw. zu ihrem Stammhaus. So z. B. bedürfen Auslandskredite einer Genehmigung, die Zinssätze für Kreditaufnahmen einer Tochtergesellschaft gegenüber ihrem Stammhaus unterliegt der Kontrolle. Inlandskredite werden ausländischen Gesellschaften nur kurzfristig und in Ausnahmefällen gewährt; inzwischen ist diese Bestimmung aufgehoben worden [14]). Ebenso ist es den Mitgliedsländern untersagt, Verträge über Einfuhr ausländischer Technologie und Patente zu schließen, in denen sie sich zur Übernahme von Kapital, Rohstoffen und von Personal verpflichten oder zu Klauseln über Festlegung von Verkaufspreisen und Vorkaufsrechten des Know-how-Käufers.

6) Die Umwandlung ausländischer Unternehmen in inländische oder gemischte Unternehmen (das sind solche, bei denen das Kapital zu 51—80 % inländischen Eignern gehört) muß innerhalb von 15 Jahren (dies gilt für Chile, Kolumbien und Peru) oder innerhalb von 20 Jahren (Bolivien und Ecuador) erfolgen. Dies gilt auch für ausländische Unternehmen, die nach dem 1. Januar 1971 gegründet worden sind. In den Genuß des Liberalisierungsprogrammes im Andenmarkt kommen nur solche Produkte bzw. Unternehmen, die als einheimische oder gemischte qualifiziert worden sind, oder aber solche ausländische Gesellschaften, die innerhalb von 3 Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens eine stufenweise Umwandlung in inländische oder gemischte Unternehmen beginnen. Das zunächst festgelegte Vorkaufsrecht des Staates oder staatlicher Unternehmen bei der Umwandlung in gemischte oder inländische Unternehmen ist inzwischen aufgehoben worden.

7) Ausländische Unternehmen, deren Produkte zu mehr als 80 % in Drittländer exportiert werden, unterliegen nicht dem Umwandlungszwang in gemischte Unternehmen, genießen aber auch keine Zollvorteile. Ebenso gibt es Ausnahmen für ausländische Unternehmen, die im Bereich des Bergbaus und der Erdöl-

14) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung" vom 14. 1. 1972.

prospektion und Erdölgewinnung tätig werden. Hier dürfen ausländische Unternehmen in den nächsten 10 Jahren Konzessionen mit einer Höchstdauer von 20 Jahren erhalten und sind sogar berechtigt, einen höheren Satz als 14 % auf das investierte Kapital an Gewinnen zu transferieren.

Man wird nicht sagen können, daß dieses Statut sehr revolutionär oder gar antikapitalistisch ist. Es soll nur die parasitärsten und exzessivsten imperialistischen Ausbeutungsformen zurückdrängen und die ausländischen Unternehmen dazu veranlassen, zur Entwicklung eines staatlich geförderten, etwas unabhängigeren einheimischen Kapitalismus beizutragen. Dieses Ziel soll durch einen höheren Verarbeitungsgrad der Rohstoffe, durch eine bessere Kontrolle der einheimischen Industrie sowie durch die Verringerung der Konkurrenz einzelner Staaten um Auslandsinvestitionen erreicht werden. Gerade die scharfe Konkurrenz um die Gunst des Auslandskapitals hat in der Vergangenheit — dies gilt sowohl für die Länder des „Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes" wie auch für die der ALALC — den nationalen Wirtschaften sehr geschadet und zudem die Liberalisierungsmöglichkeiten zwischen ihnen außerordentlich reduziert. Das Andenpaktstatut hinsichtlich der gemeinsamen Behandlung des Auslandskapitals kann somit, wenn der Vergleich gestattet ist, als gewerkschaftsähnliche Organisierung auf zwischenstaatlicher Ebene interpretiert werden. Dabei sind beileibe noch genügend Anreize, Garantien und Ausnahmen (etwa hinsichtlich der Investitionen im tertiären Sektor) vorhanden. Das Andenpaktstatut berührt die wunden Punkte eines unterentwickelten kapitalistischen Landes: es möchte die Region für ausländische Investitionen einerseits attraktiv halten, dies aber andererseits nicht soweit treiben, daß sich ein einheimischer Kapitalismus nicht mehr entfalten kann. 14 % Gewinntransfer (und noch mehr im Extraktionsbereich) ist ein sehr hoher Satz [15]), und die Umwandlungsfrist ist lang; das Kapital kann sich noch zwei oder dreimal amortisieren, ja sogar noch schneller, wenn man in Rechnung stellt, daß bis zur Umwandlung in ein gemischtes Unternehmen die üblichen Praktiken der versteckten Gewinnüberweisung durch Überfakturierung der importierten Technologie, Investitionsgüter etc. noch eine Weile weitergehen können.

Obwohl die Repräsentanten des Andenmarktes nicht müde werden, auf die weichen Stellen, Ausnahmen des Statuts und die pragmatische Handhabung desselben, hinzuweisen, kam es schon zu einer Reihe heftiger Reaktionen aus den imperialistischen Ländern, aber auch zu kritischen Äußerungen aus Kreisen der lateinamerikanischen Kapitalistenklasse. Am schärfsten fiel der Protest des „Council of the Americas" aus, eines Verbands von über 200 in Lateinamerika „operierenden" US-Unternehmen. Da das Andenpaktstatut einen „feindlichen Akt" gegen ausländische Investitionen darstelle, sollten die weiteren Investitionen suspendiert werden [16]).

---

15) Den Korrespondenten des „Handelsblattes", das mit einem Interview des Generalsekretärs des Andenpaktes, Silva Ruete, auf die alarmierend „restriktiven" Tendenzen reagierte, hat dieser Satz offenbar erstaunt, hört man doch immer wieder, daß die westdeutschen Konzerne in den Entwicklungsländern angeblich nur 6—7 % Gewinne machen und auch hiervon noch einen erheblichen Teil reinvestieren.
„HB: Sehen Sie den freien Transfer von Gewinnen vor?
Silva Ruete: Ja. Allerdings gibt es da gewisse Grenzen. Ein ausländisches Unternehmen darf höchstens 14 % der tatsächlichen Investitionssumme nach Steuern, also 14 % netto, repatriieren. Wir sehen das — im internationalen Rahmen — als recht großzügig und adäquat an.
HB: *Ich verstehe Sie nicht ganz, wenn Sie von 14 % sprechen. Ist das pro anno gedacht?*
Silva Ruete: Selbstverständlich 14 % jährlich. Außerdem darf der ausländische Investor, der den Statuten des Andenpaktes entsprechend 51 % des Aktienkapitals dem nationalen Bereich — sei es dem Staat oder dem privaten Sektor — verkauft, den Erlös daraus frei ins Ausland transferieren" („Handelsblatt" vom 20. 9. 1971).

16) Vgl. „Le Monde" vom 11./12. 4. 1971; für weitere Reaktionen siehe: Aktuelle Fragen ausländischer Investitionen in Lateinamerika — Information und Diskussion, hrsg. v. A. v. Gleich, Hamburg 1971, S. 84—94.

Obwohl die europäischen und japanischen Investoren eine eher abwartend-distanzierte Haltung einnahmen, wurde auch schon von dem für die Außenbeziehungen der EWG verantwortlichen Kommissionsmitglied — R. Dahrendorf — Kritik an den Beschlüssen geübt [17]). Die Handelskammern der Andenpaktstaaten wie auch der Kongreß lateinamerikanischer Industrieller befürchten einen rapiden Rückgang der Auslandsinvestitionen, falls nicht bestimmte Artikel revidiert würden. Diese Stimmen zeigen, daß das ausländische Kapital, allen voran das US-amerikanische, nicht ohne weiteres bereit ist, auf die bisher geübten Freibeutermethoden in Lateinamerika zu verzichten; auch wird deutlich, daß ein Teil der lateinamerikanischen Kapitalisten, denen ja das Statut in erster Linie auf die Beine helfen will, von Aktivitäten relativ unkontrollierter Staatsorgane mehr fürchtet als von seinen ausländischen „Partnern" und Konkurrenten, zumal dann, wenn die Exekutive in einem Verband von Regierungen tätig wird, deren sozialer Charakter und politische Orientierung ihnen nicht geheuer sind.

Die Abschwächungen in der „Gemeinsamen Behandlung" („Regimen Común") des Auslandskapitals, die inzwischen vorgenommen wurden, wie auch die Differenzen zwischen den einzelnen Andenpaktstaaten werfen ein Licht auf die Zerbrechlichkeit und Gefährdung dieses neuen Bündnisses gegen die Unterentwicklung. Die wichtigsten Modifikationen sind: sofern ein ausländisches Unternehmen sich mit mindestens 30 % „Staatskapital" verbindet, genießt es die gleichen Zoll-, Kredit- und Steuervorteile wie ein „nationales Unternehmen"; das Vorkaufsrecht des Staates oder von Staatsbetrieben bei der Umwandlung der ausländischen Gesellschaften in nationale wird aufgehoben; kurzfristige Kredite aus Inlandsressourcen können ausländischen Unternehmen nicht mehr nur „ausnahmsweise" gewährt werden. Peru schließlich hat sein relativ fortschrittliches und dem Statut über die gemeinsame Behandlung des Auslandskapitals in vielem als Muster dienendes Industriegesetz den gemäßigteren Bestimmungen des Andenpaktstatuts angepaßt. Das Ausbleiben einiger angekündigter Auslandsinvestitionen in einigen Ländern hat dazu geführt, daß Ecuador, Bolivien und auch Peru Ausnahmebedingungen gewährt haben, die nicht mit dem Vertragsinhalt vereinbar sind [18]). Dies hat selbstverständlich zu heftiger Kritik von seiten Kolumbiens und Ecuadors geführt; waren es doch diese Staaten, denen die peruanische Regierung damit gedroht hatte, vom Andenpakt zurückzutreten, falls die „Gemeinsame Behandlung" des Auslandskapitals nicht durchgesetzt würde. Der oberste Gerichtshof Kolumbiens hat inzwischen entschieden, daß der Beitritt der Regierung zum Andenpaktstatut verfassungswidrig sei [19]). Auch Bolivien ignoriert bereits die Festlegungen des Andenstatuts, indem es ausländischen Investitionen gegenüber eine völlig liberale Haltung einnimmt. Von seiten Perus und Chiles fürchtet man, daß Bolivien von den USA und den westeuropäischen Ländern als Brückenkopf für den Zugang ihrer Konzerne zum Andenmarkt benutzt wird. Auf der anderen Seite nimmt die Agitation reaktionärer Kreise in einzelnen Ländern gegen die Teilnahme des „sozialistischen" Chile zu; man befürchtet, daß eine zu enge Kooperation und Integration „auch negative Effekte auf die politische und soziale Stabilität der Länder der Subregion" haben könnte [20]).

17) Vgl. K. Kannapin, Der Andenpakt, in: „Horizont", Nr. 21 (1972), S. 13.
18) So z. B. gewährte Peru der Occidental Petroleum Co. Explorations- und Abbaurechte für das Amazonasgebiet, deren Laufzeit 35 Jahre beträgt.
19) Vgl. „Latin America" (London) vom 24. 12. 1971. Präsident Pastrana muß nun ein entsprechendes Gesetz einbringen und versuchen, den Beitritt vom Parlament ratifizieren zu lassen, ein Schritt, der bei der starken Opposition der einheimischen Bourgeoisie gegen den Andenpakt und besonders die Bestimmungen über das Auslandskapital keineswegs erfolgreich zu enden braucht.
20) Dies ist u. a. die Sorge des „Council of the Americas". Vgl. Aktuelle Fragen ausländischer Investitionen in Lateinamerika, hrsg. v. A. v. Gleich, a. a. O., S. 86.

IV

Die anderen angestrebten Ziele des Andenpaktes: Durchführung gemeinsamer landwirtschaftlicher Entwicklungsprogramme, sektorale, integrierte Industrialisierungsprojekte, gemeinsame technologische Forschung, Koordinierung der Infrastrukturverbesserung (u. a. Bau einer eigenen Transportflotte, interandine Luftfahrtgesellschaft etc.) sowie die Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik bzw. -gesetzgebung der einzelnen Länder — befinden sich mehr oder minder noch im Diskussions- und Vorbereitungsstadium. Auch hier wird es die entscheidende Frage sein, wie sich ökonomischer Zwang zur Integration, der nicht zuletzt durch die Verschärfung sozialer Konflikte akzentuiert wird, und verschiedene soziale Differenzierung und politische Bewußtheit in den einzelnen Mitgliedsländern miteinander vermitteln werden. Selbst eine vorläufige Beurteilung des Andenpaktes fällt außerordentlich schwer. Die schon auf nationaler Ebene auftauchenden Schwierigkeiten der exakten sozialökonomischen und klassenmäßigen Einschätzung von „staatskapitalistischen" Tendenzen, antiimperialistischen Strömungen, nationalstaatlichen Planungswünschen etc. werden noch zahlreicher, wenn man einen übernationalen Komplex betrachtet, bei dem diese Momente verschieden stark ausgeprägt sind. Doch reale Entwicklungen bedürfen der Interpretation, und seien sie noch so tentativ. Weitere Hinweise für die Perspektiven und progressiven Potenzen des Andenpaktes können vielleicht gewonnen werden, wenn noch einmal — etwas präziser — versucht wird, seine Entstehungsursachen zu umreißen.

Einer der Hauptgründe für das Entstehen des „Subregionalen Integrationsvertrags" war — wie bereits ausgeführt — das Scheitern der ALALC und die zu großen Diskrepanzen zwischen den drei führenden Ländern (Mexiko, Brasilien, Argentinien) und den übrigen. Dieser Unterschied springt schon ins Auge, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Andenpaktstaaten gemeinsam über ein Bruttosozialprodukt verfügen, das dem Argentiniens (23 Mrd. US-Dollar) gleichkommt; das Brasiliens beträgt 34 Mrd. und das Mexikos 33 Mrd. Dollar. Auch zwischen den Andenpaktstaaten gibt es erhebliche Unterschiede: so ist der Anteil Boliviens am BPS der Region nur 4 %, der Ecuadors 8 %; ähnlich verweisen die übrigen Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Kolumbien, Peru, Chile einerseits, Bolivien und Ecuador andererseits auf starke Diskrepanzen. Auf der anderen Seite gibt es trotz dieser unterschiedlichen Momente gemeinsame Strukturmerkmale, welche zudem durch die Tatsache der Freihandelszone als gemeinsame Probleme empfunden werden konnten. Erstens: die relativ starke und wachsende [21]) Exportabhängigkeit von ein oder zwei Bergbau- oder agrarischen Produkten und der geringe Verarbeitungsgrad dieser Produkte im eigenen Land, ebenso die recht starke Beteiligung des Auslandskapitals im Bereich des Bergbaus und der Erdölgewinnung. Zweitens: Ein Agrarsektor der — nach Beitrag zum BSP und nach Absorption von Beschäftigten von Land zu Land verschieden — gekennzeichnet ist durch das ungebrochene Vorherrschen einer traditionellen Oligarchie (mit Ausnahme Boliviens), die bislang [22]) als hauptverantwortlich für die relative Stagnation dieses Sektors, insbesondere der Nahrungsmittelproduktion [23]), angesehen werden muß. Drittens: Ein industrieller Sektor, dessen Beitrag zum BSP ca. 21 % (bei großen Unterschieden innerhalb

[21]) Ausdruck der gesamten Struktur und Tendenz der Volkswirtschaften der Länder der Andengruppe ist auch die steigende Abhängigkeit von Importen. Während Argentinien, Brasilien und Mexiko ihre Importquote senken konnten, stieg sie bei den Andenländern (1950: 11,5 %, 1968: 13,1 %). Siehe S. Heldt, a. a. O., S. 20 f.

[22]) In Chile und Peru sind diese Strukturen ja bekanntlich in den letzten 3—4 Jahren recht stark verändert worden.

[23]) Fast alle Andenstaaten müssen in mehr oder minder großen Mengen Weizen, Fleisch und Milchprodukte einführen.

der Subregion: Chile 25 %, Bolivien: 10 %) ausmacht, dessen weitere Ausdehnung jedoch aufgrund der Enge der nationalen Märkte, der gewaltigen Einkommensdisparitäten und des wachsenden Anteils des Auslandskapitals in diesem Bereich stark eingeschränkt ist [24]). Die Produktion von nicht dauerhaften und z. T. von dauerhaften Konsumgütern kann daher nicht ergänzt und vorangetrieben werden durch eine Produktionsaufnahme von Halbfabrikaten, industriellen Rohstoffen und Investitionsgütern. Aus diesem Grund ist spätestens seit den sechziger Jahren (in Chile schon in den fünfziger Jahren) eine merkliche Abschwächung der industriellen Zuwachsraten zu konstatieren. Alle fünf Andenpaktländer weisen in den letzten fünf Jahren der 60er Dekade industrielle Zuwachsraten auf, die unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt liegen, wobei anzumerken ist, daß Mexiko, Brasilien und Argentinien allein etwa drei Viertel der Industrieproduktion der Region bestreiten und daher die beiden erstgenannten Länder im Verein mit einigen mittelamerikanischen Ländern die hohe durchschnittliche Zuwachsrate verursachen [25]).

Diese Situation der relativen Stagnation in den wichtigsten Wirtschaftssektoren hat im letzten Jahrzehnt zu einer erheblichen Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen zwischen den traditionellen Regierungen und den Volksmassen geführt; gleichzeitig aber hat sie eine scharfe Differenzierung und Polarisierung innerhalb der Bourgeoisie dieser Länder hervorgebracht. Das hat dazu geführt, daß in einigen Ländern — wie z. B. Chile, Peru — die Bourgeoisie zeitweise nicht in der Lage war, einheitlich zu handeln. Die Spaltung besteht nicht nur zwischen der traditionellen Oligarchie und der industriell-städtischen, sondern auch innerhalb der letzteren — je nach Angewiesenheit auf bzw. Bedrohung durch das Auslandskapital. Es scheint so, daß sich ein Teil der einheimischen Unternehmer (auch aus der sehr stark vertretenen „handwerksähnlichen Industrie") gegen Aufkaufsversuche durch das Auslandskapital bzw. gegen zunehmende Konkurrenz zu wehren beginnt. Die Forderungen an die staatliche Exekutive, die Einflußmöglichkeiten des Auslandskapitals einzuschränken, schließt keineswegs aus, daß partielle, auf größerer „Gleichberechtigung der Partner" beruhende Kooperation mit dem Auslandskapital gewünscht wird.

Wie stark solche Abwehrhaltungen im Einzelfall und in jedem Land auch sein mögen — feststehen dürfte, daß sich in den letzten Jahren auch bei keineswegs antikapitalistischen Regierungen die Einsicht durchgesetzt hat, daß längerfristig der starke Einfluß des US-Imperialismus nicht nur die ökonomische Expansionsfähigkeit behindert, sondern auch die politische Basis der Bourgeoisie gefährdet. Probleme wie etwa das des permanenten Handelsdefizits Lateinamerikas gegenüber den USA (ständig verstärkt und aktualisiert durch die Importrestriktionen der letzteren), des Transfers von gewaltigen Devisenbeträgen bei geringfügigen Neuinvestitionen und auch der durch ausländische Unternehmen bevorzugten Wahl einer kapitalintensiven Technik sind in das Bewußtsein einer breiteren, auch der bürgerlichen Öffentlichkeit getreten [26]).

Die Momente, die zur Bildung des Andenpaktes führten, sind also keineswegs nur temporärer Natur: Produktivkraft und Produktionsstruktur, Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen, Polarisierungstendenzen innerhalb der Bour-

[24]) Vgl. speziell zum letzten Gesichtspunkt: M. S. Wionczek, Hacia el establecimiento de un trato común para la inversión extranjera en el mercado común andino, in: „El Trimestre Economico", No. 150 (Vol. XXXVIII, 1971), S. 659—702; hier bes. S. 663—683.
[25]) Vgl. Inter-American Development Bank: Socio-Economic Progress in Latin America, Washington 1971, S. 12 f.
[26]) Vgl. hierzu: K. Eßer, Neue Elemente in den Außenbeziehungen der Staaten Lateinamerikas, in: „Europa-Archiv", Nr. 18 (1970), S. 691—702, und: Lateinamerika: Eine neue Seite in den internationalen Beziehungen, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", Nr. 1 (1972), S. 84—93.

geoisie, Verbreiterung und Vertiefung anti-imperialistischer Strömungen bei gleichzeitiger Verschlechterung der ökonomischen und politischen Position der führenden Hegemonialmacht, der USA.

Aber wenn auch die objektiven und auf langfristige Entwicklungstendenzen hindeutenden Momente anerkannt werden, bleibt doch die Frage, welcher Art die Regierungen sein müßten, um ernsthaft und konsequent die Ziele des Vertrags von Cartagena anzustreben. Die Regierungen müßten entweder eine relativ weitgehende Unabhängigkeit von den einzelnen Fraktionen der einheimischen Bourgeoisie besitzen oder aber sich direkt auf die Unterstützung der Massen verlassen. Denn nur in diesen Fällen könnte eine Liquidierung der überkommenen ländlichen Herrschafts- und Produktionsstrukturen erfolgen und eine tatsächliche Kontrolle der pro-imperialistischen Bourgeoisie und ihrer ausländischen Partner wie auch eine nationale bzw. übernationale Planung, die in jedem Fall eine erhebliche Ausweitung des staatlichen Sektors erfordert, realisiert werden. Ansätze für eine solche Politik gab es in Lateinamerika nur in bestimmten, relativ kurzen Perioden, die mit der Veränderung der internationalen Situation und der Reorganisation der traditionell herrschenden Klasse immer wieder „aufgefangen" wurde [27]). Bezogen auf die Lage in den einzelnen Andenpaktländern könnten lediglich Chile und Peru gegenwärtig (u. U. auch Ecuador neuerdings) diese Bedingungen erfüllen; keineswegs aber Bolivien und Kolumbien. Immerhin könnten auf diese Länder von den fortschrittlichen gewisse Impulse und Zwänge ausgehen, etwa dadurch, daß die Massen in diesen Ländern einen entsprechenden Druck auf ihre jeweiligen Regierungen ausüben [28]). Wie widersprüchlich und unklar der Andenpakt konstruiert sein und wie skeptisch man auch hinsichtlich seines Bestands und seiner Zielverwirklichung sein mag, er ist jedenfalls Ausdruck einer tiefen Krise der einheimischen Bourgeoisie und ihrer Beziehungen zum US-Imperialismus. Als solcher könnte er eine neue Dynamik entfachen helfen. Die Entscheidung darüber, ob es sich um eine bloße „Modernisierung" im Rahmen des imperialistischen Systems handelt oder um einen Versuch, der über die Kräfte der einheimischen „progressiven" Bourgeoisie und ihrer Repräsentanten hinausgeht, ist noch nicht gefallen. Daher ist die Einschätzung, der Andenpakt gebe lediglich der „modernisierenden" Bourgeoisie dieser Länder neuen Spielraum, sei also nur Ausdruck einer Neudefinition der Beziehungen innerhalb des Imperialismus [29]), ebenso voreilig wie die Meinung, es handele sich bei ihm schon um eine konsolidierte antiimperialistische übernationale Kampforganisation, die „den Kern für eine echte ökonomische Integration Lateinamerikas bilden kann" [30]). Entscheidend wird die weitere Entwicklung im Inneren der jeweiligen Länder sein, aber auch die Reaktion der verschiedenen imperialistischen Länder. In der Beurteilung der peruanischen Situation, die z. T. auch auf andere Länder der Andengruppe übertragen werden kann, bezeichnet Theotonio dos Santos die entscheidende Alternative. „Es gibt fast eine vollkommene Übereinstimmung in bezug auf die zu destruierenden Momente der alten Kolonialgesellschaft und im Hinblick auf die Notwendigkeit, die staatliche Aktivität zu erweitern. Die Differenzen tauchen auf, wenn es um das Ausmaß und das Tempo dieser Destruktion und den Typ der neuen Gesellschaft, die an die

27) Vgl. M. Teubal, The Failure of Latin America's Economic Integration, in: J. Pertras und M. Zeitlin (Eds.), Latin America. Reform or Revolution?, New York 1968, S. 120—144; hier bes.: S. 139 ff.
28) Der stürmische Empfang Allendes in Kolumbien und Ecuador im Jahre 1971 — bei gleichzeitigen Mißfallenskundgebungen gegenüber den eigenen Regierungen — deutet diese Perspektive an.
29) So etwa A. Quijano, Nationalism and Capitalism in Peru: A. Study in Neo-Imperialism, New York-London 1971, S. 34 f. und S. 72 f.; aber auch z. B. J. Cademártoi: Probleme der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas und die Arbeiterklasse, in: Internationaler Klassenkampf, Köln o. J. (Facit Reihe 5), S. 115 bis 148; hier S. 121 f. und S. 143.
30) K. Kannapin, Der Andenpakt, a. a. O., S. 13; ähnlich: H.-J. Schmidt, Die regionale Wirtschaftsintegration von Entwicklungsländern, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 8/1972, S. 1193—1206.

Stelle der alten treten soll, geht. Der Reformismus will lediglich die alte exportorientierte Gesellschaft abschaffen und die Macht des monopolistischen Auslandskapitals dadurch beschränken, daß er ihm die Macht des Staates entgegensetzt. Die revolutionären Kräfte zeigen, daß dieser Weg ungangbar ist, treten für die Abschaffung des monopolistischen Auslandskapitals wie des einheimischen ein und befürworten eine Stärkung des Staates unter gleichzeitiger Kontrolle durch das Volk. Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann eine bestimmte Gruppe, wenn sie sich an der Macht befindet und diesen Reformprozeß einleitet, eine erhebliche soziale und politische Unterstützung finden und sich daher mehr oder weniger lang an der Macht halten. Das heißt aber nicht, daß sie diesen historischen Alternativen auf längere Sicht ausweichen kann. Auf der anderen Seite kann die Volksbewegung, die sich wegen der Tiefe der Krise zu radikalisieren beginnt, eine neue Dynamik gewinnen, indem sie die Konzessionen der herrschenden Klasse, die im Inneren gespalten ist und Verbündete für eine Neudefinition des ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisses auf nationaler und internationaler Ebene sucht, ausnutzt. Die gegenwärtige Krise der Vereinigten Staaten schafft so Bedingungen für einen großen Fortschritt der lateinamerikanischen Volksbewegung. Es ist — beim neuen Kräfteverhältnis im Inneren — in Lateinamerika möglich, daß die gegenwärtige Krise den Weg für die Schaffung neuer sozialistisch orientierter Regierungen öffnet. Aber es ist gleichzeitig sicher, daß in der ersten Phase diese Bewegung einen ‚reformistischen' Charakter annehmen muß, da sich hierin die Gemeinsamkeit der Interessen in bezug auf die unmittelbaren Ziele beim Abbau der alten Kolonialgesellschaft ausdrückt" [31]).

Zehn Jahre unabhängiges Algerien

Der Versuch eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges

Von Winfried Veit

Am 3. Juli vor 10 Jahren errang Algerien nach fast achtjährigem blutigen Befreiungskrieg die nationale Unabhängigkeit; am 19. Juni vor sieben Jahren übernahm das Militär unter Führung von Oberst Houari Boumedienne die Macht im Staat. Beide Daten markieren entscheidende Einschnitte in der politischen Szenerie der Dritten Welt, die in der Spezifik des algerischen Entwicklungsweges, der sich als sozialistischer begreift, begründet sind.

Algerien zählt nach der sowjetischen Definition zu dem knappen Dutzend Entwicklungsländer, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben. Die vor allem in den letzten 10 Jahren in der Sowjetunion entwickelte

[31]) Th. dos Santos, La Crisis norteamericano y América Latina, Santiago de Chile, 1971, S. 153 f.

Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung fußt auf den marxistisch-leninistischen Klassikern, „... die das Überspringen der kapitalistischen Gesellschaftsformation als eine reale Möglichkeit für die kolonial unterdrückten Völker auf dem Wege des gesellschaftlichen Fortschritts ansahen" [1]). Nichtkapitalistische Entwicklung bedeutet demnach Umgehung des kapitalistischen Stadiums im Sinne der Schaffung von Grundlagen, die den Übergang zum Sozialismus ermöglichen sollen. Diese historische Funktion des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges darf aber nicht mit dem Aufbau des Sozialismus gleichgesetzt werden [2]). Strittig ist bis jetzt noch die Frage, ob nichtkapitalistische Entwicklung nur in Ländern mit überwiegend vorkapitalistischer Struktur oder auch dort möglich ist, wo relativ entwickelte kapitalistische Verhältnisse anzutreffen sind [3]).

Die Schaffung der Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus geschieht durch konsequente Veränderungen der sozio-ökonomischen Struktur in Form demokratischer Agrarreformen, der Beseitigung vorkapitalistischer Verhältnisse, der Eliminierung ausländischer Konzerne usw. In diesem Zusammenhang kommt der Schaffung eines staatlichen Wirtschaftssektors entscheidende Bedeutung zu, da dieser als „Keim des künftigen Sozialismus"[4]) die Führung im ökonomischen Aufbau übernehmen muß.

Die Spezifik der nichtkapitalistischen Entwicklung besteht darin, daß „ die Staatsmacht zum Hauptinstrument der Beschleunigung der historischen Entwicklung" wird [5]), mithin „der politische Überbau die Bedingungen für die Umgestaltung der sozial-ökonomischen Basis" schafft [6]). Aus diesem Grunde ist die entscheidende Frage die nach dem Träger der Staatsmacht; da in den meisten afro-asiatischen Staaten die nationale Bourgeoisie entweder überhaupt nicht existiert oder aber nicht in der Lage ist, die Macht zu übernehmen, die Arbeiterklasse andererseits zu schwach entwickelt ist, wird diese Rolle zumeist von kleinbürgerlich-demokratischen Kräften eingenommen.

Damit ist die erste Phase der nichtkapitalistischen Entwicklung von einem mehr oder weniger unreflektierten Anti-Imperialismus auf der einen sowie von dem Postulat der nationalen Einheit unter Ausschluß des Klassenkampfgedankens auf der anderen Seite gekennzeichnet. Gerade die Anerkennung des Klassenkampfes durch die revolutionär-demokratischen Führer stellt jedoch eines der wesentlichen Merkmale des Übergangs zu zweiten Phase der nichtkapitalistischen Entwicklung dar, einer Phase, die nach der sowjetischen Theorie durch den wachsenden Einfluß der unterprivilegierten Schichten und Klassen, insbesondere der Arbeiterschaft, gekennzeichnet ist [7]). Dieser Übergang bildet die Nahtstelle, an der sich die künftige Entwicklung entscheidet, an der sich beispielsweise erkennen läßt, ob es tatsächlich zur „Einheit der revolutionären Kräfte" kommt, oder ob privilegierte Gruppen aus Militär, Staats- oder Parteibürokratie ihre Herrschaft zu konservieren vermögen und somit den Weg zum sozialistischen Aufbau bereits im Ansatz zunichtemachen.

---

1) I. Sellnow/H. Mardek (Hrsg.), Tradition und nichtkapitalistischer Entwicklungsweg in Afrika, Berlin (DDR) 1971, S. 9.
2) Vgl. die Diskussion über Theorie und Praxis des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges, in: „Sowjetwissenschaft", Nr. 4/1971, S. 403.
3) Ebenda, S. 407.
4) Alexander Sobolew, Einige Probleme des sozialen Fortschritts in Afrika, in: Gerhard Liebig (Hrsg.), Nationale und soziale Revolution in Afrika, Berlin (DDR) 1967, S. 106.
5) Irina Friedrich, Der nichtkapitalistische Weg der Länder Asiens und Afrikas, in: „Deutsche Außenpolitik, Nr. 5, September/Oktober 1971, S. 972.
6) „Sowjetwissenschaft", a.a.O., S. 405.
7) Vgl. Friedrich, a.a.O., S. 973.

Die Frage des Übergangs zur zweiten Phase der nichtkapitalistischen Entwicklung bildet denn auch das entscheidende Kriterium für die Beurteilung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes Algeriens nach zehnjähriger Unabhängigkeit. Im folgenden wird der Versuch unternommen, die algerische Problematik in den Zusammenhang der oben dargestellten Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung einzuordnen; dies geschieht in erster Linie anhand der Überprüfung der im Vierjahresplan 1970—1973 niedergelegten Prämissen und Intentionen der algerischen Wirtschaftspolitik. Im Rahmen dieser Arbeit muß die außenpolitische Seite ausgeklammert werden; der Stellenwert politischer Organisationen wird nur insofern in die Analyse einbezogen, als dies zum Verständnis des Themas unumgänglich ist.

Die sozio-ökonomischen Grundlagen

Die ökonomische Entwicklung Algeriens nach der Unabhängigkeit 1962 mußte von der denkbar schlechtesten Ausgangsbasis aus in Angriff genommen werden: Die algerische Wirtschaft war während der Kolonialzeit fast vollständig auf die Bedürfnisse der französischen Metropole ausgerichtet worden und bot somit zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit das Musterbeispiel einer abhängigen und dualistischen Wirtschaft, deren einzig entwickelte Sektoren ein Teil der Landwirtschaft, einige extraktive Bereiche sowie der Außenhandel waren [8]). Dazu kamen nach der Unabhängigkeit der Verlust fast aller technischen und administrativen Kader durch die Flucht der „pieds noirs", die gleichzeitig — aufgrund des Fehlens einer nationalen Bourgeoisie — auch den Transfer des Großteils des produktiven Kapitals beinhaltete, sowie der Verlust der meisten Auslandsmärkte und ungeheure Kriegszerstörungen.

Die Landwirtschaft beschäftigt in Algerien noch immer etwa die Hälfte der Bevölkerung, trägt aber nur mit 30 % zum Bruttosozialprodukt bei. Dabei existierte schon in der Kolonialzeit der Dualismus moderner und traditioneller Sektoren: Der moderne Sektor bestand überwiegend aus für den Markt produzierenden Pflanzungen der fanzösischen „Colons", während im traditionellen Bereich kleinbäuerliche Wirtschaften vor allem für den Eigenbedarf produzierten. In diesem Sektor änderte sich auch nach der Unabhängigkeit kaum etwas; hingegen entwickelte sich der moderne Sektor mit der Übernahme der von den Franzosen verlassenen Pflanzungen durch Selbstverwaltungskomitees aus Kriegsveteranen und landlosen Bauern zum heutigen „sozialistischen Sektor" [9]).

Der „sozialistische Sektor" hat ein äußerst schwieriges Erbe angetreten: Das wichtigste Anbauprodukt der Kolonialzeit — Wein — kann in einem überwiegend islamischen Land wie Algerien kaum verkauft werden, der Absatz im Ausland ist durch Zollbarrieren und Einfuhrbeschränkungen schwierig geworden, die Reduzierung der Anbaufläche und und die Ersetzung durch andere Produkte erfordert hohe Investitionen und vor allem viel Zeit. Aber auch der Absatz anderer Erzeugnisse — wie Zitrusfrüchte, Tabak und Gemüse — stößt auf Schwierigkeiten, vor allem im EWG-Bereich [10]).

Der empfindliche Mangel an erfahrenen Fachkräften aber war der Hauptgrund dafür, daß der „sozialistische Sektor" die ihm zugedachten Aufgaben — die Modernisierung des traditionellen Bereichs und die weitere Industrialisierung

8) H. Temmar, L'organisation institutionelle de l'économie algérienne, in: „Algérie et Développement", Nr. 4, November/Dezember 1970, S. 21.
9) Vgl. Jürgen Eckl, Algerien — Sozialismus in einem islamischen Land, Frankfurt 1971, S. 55.
10) Ebenda.

mitzufinanzieren — nicht zu erfüllen vermochte. Im Gegenteil: Aufgrund der Produktionsrückgänge in den letzten Jahren ist selbst die Nahrungsmittel-Versorgung der Bevölkerung gefährdet; noch immer verfügt der Algerier nur über durchschnittlich 1877 Kalorien pro Tag gegenüber einem theoretischen Minimum von 2200 Kalorien, wobei die Situation bei den tierischen Eiweißen am gravierendsten ist [11]). Dennoch ist die Produktivität im „sozialistischen Sektor", gemessen am traditionellen, hoch: Obgleich er nur etwa ein Fünftel des kultivierten Landes in Nord-Algerien umfaßt und nur knapp 10 % der arbeitsfähigen männlichen Landbevölkerung beschäftigt, beträgt sein Anteil an der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion fast 75 % [12]). Die Misere der algerischen Landwirtschaft liegt demnach vor allem an den Zuständen im traditionellen Sektor, in dem fast 640 000 kleine Betriebe den größten Teil der agrarischen Nutzfläche mit teilweise noch mittelalterlichen Methoden bearbeiten; nur eine umfassende Reform in diesem Bereich kann die Lage der algerischen Landwirtschaft verbessern.

Hingegen sind im industriellen Bereich enorme Fortschritte zu verzeichnen, denn Algerien hat unter der Regierung Boumedienne „. . . den Ausbau der Grundindustrie soweit vorangetrieben wie kaum ein anderer Staat der Dritten Welt" [13]). Gab es vor der Unabhängigkeit fast nur von Franzosen geleitete Klein- und Mittelbetriebe, so wurden seit 1965 die Grundlagen der Industrialisierung geschaffen, u. a. mit einem Stahlwerk in Annaba, mit petrochemischen und Düngemittelfabriken in Algier und Arzew und einem Textilkomplex in Tizi-Ouzou — zumeist mit ausländischer Hilfe. Der Aufbau einer Schwerindustrie wurde ermöglicht durch die Steigerung der Erdöl- und Erdgasförderung, die die dringend benötigten Devisen für den Investitonsgüter-Import lieferte; 1970 stand Algerien mit über 46 Mio. Tonnen bereits an 11. Stelle der Welt-Erdölförderung. Da aber das Land aufgrund der Verträge von Evian, die die politische Unabhängigkeit besiegelten, immer noch nicht frei über seine nationalen Reichtümer verfügen konnte, erfolgte im Februar 1971 eine Teilnationalisierung der französischen Erdölkonzerne in Form einer staatlichen Beteiligung von 51 %. Daneben wurde die gesamte Erdgas-Produktion sowie das Pipelinesystem verstaatlicht (die nichtfranzösischen Ölgesellschaften waren schon früher verstaatlicht worden [14])). Welche Bedeutung diese Maßnahmen für Algerien besitzen, erhellt aus der Tatsache, daß die Finanzierung des Vierjahresplans zu 70 % aus den Öleinnahmen erfolgt.

Trotz dieser offensichtlichen Fortschritte ist Algerien von einer Lösung seiner ökonomischen und sozialen Probleme noch weit entfernt; so hat der Aufbau der kapitalintensiven Schwerindustrie das ohnehin drängende Arbeitslosen-Problem noch verschärft. Mit der fortschreitenden Industrialisierung wächst der Mangel an Facharbeitern, was dazu geführt hat, daß qualifizierte Kräfte z. T. schon mehr verdienen, als französische Arbeiter in vergleichbarer Position.

Der daraus resultierenden Gefahr der Herausbildung einer „Arbeiteraristokratie" läuft parallel die allmähliche Formierung einer bürokratischen Bourgeoisie, deren hauptsächliche Machtposition die unter Boumedienne auf Kosten des selbstverwalteten Industriesektors ständig expandierenden Staatsgesellschaften (Sociétés Nationales) darstellen [15]). Zwar bezeichnete bereits der 1. FLN-Kongreß 1964

11) Abdelhamid Ait Younès, Nourrir en 1973 15 millions d'Algériens, in: Algérie et Développement, Nr. 1, Januar/Februar 1970, S. 17.
12) Der algerische Sozialismus, Eine Dokumentation. Zusammengestellt und eingeleitet von Ursel Clausen, Opladen 1969, S. 66; nach anderen Angaben liegt dieser Anteil etwas niedriger, vgl. David und Marina Ottaway Algeria, The Politics of a Socialist Revolution, University of California Press 1970, S. 40.
13) Eckl, a.a.O., S. 60.
14) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 11, 8. 3. 1971, S. 142, und Eckl, a.a.O., S. 61.
15) Vgl. Weltwirtschaft am Jahreswechsel, Algerien, in: „Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation", Nr. 51, Februar 1970, S. 3.

in der „Charta von Algier" die administrative und ökonomische Bürokratie als die größte Gefahr für die Revolution [16]), doch sind die „Technokraten" mittlerweile für den ökonomischen Aufbau unentbehrlich geworden, so daß ihr Einfluß unter Boumedienne ständig zugenommen hat.

Vier gesellschaftliche Gruppen vor allem haben vom Abzug der Franzosen und der darauf folgenden Installierung einer „kleinbürgerlichen Sozialordnung" [17]) profitiert: 1) die Bürokratie in Staatsapparat und Staatsunternehmen; 2) das Militär; 3) die städtischen qualifizierten Arbeiter und die Arbeiter des sozialistischen Agrarsektors; 4) kleine Unternehmer und Händler, die sich französischen Besitz aneigneten. Aber nur gegen die Konsolidierung der letzteren Gruppe wurden effektive Maßnahmen ergriffen, so daß Armee, Bürokratie und Gewerkschaften die entscheidenden Kräfte darstellen [18]). Hingegen zählen die traditionellen Bauern und die ungelernten städtischen Arbeiter weiterhin zu den unterprivilegierten Schichten, und insbesondere für die vielen Arbeitslosen ist Sozialismus „ein bedeutungsloses Wort" [19]), wovon sich der Verfasser in zahlreichen Gesprächen während zweier Algerien-Aufenthalte persönlich überzeugen konnte.

Zur Ideologie und Politik der Regierung Boumedienne

Grundlagen und Prinzipien des „algerischen Sozialismus" sind in der vom 1. FLN-Kongreß im April 1964 verabschiedeten „Charta von Algier" enthalten, die auch heute noch — wie schon unter dem Boumedienne-Vorgänger Ben Bella — die offizielle Partei- und Staatsdoktrin repräsentiert. Zwei Schlagworte beherrschen die Charta: Revolution — worunter die Zerstörung der kolonialen Gesellschaft, des ländlichen Feudalismus und der städtischen Bourgeoisie sowie der Aufbau einer „proletarischen" Gesellschaft verstanden wird — und Sozialismus — der sich als nicht wissenschaftlicher, sondern als islamischer und den algerischen Realitäten angepaßter begreift und der weniger abstrakt als pragmatisch konzipiert ist [20]).

Das wesentlichste Merkmal des „algerischen Sozialismus" und sein spezifisches Mittel, den Sozialismus aufzubauen, ist das System der Selbstverwaltung (autogestion), das sich in dem allgemeinen Chaos nach dem Abzug der Franzosen eher naturwüchsig entwickelte und erst in den sogenannten März-Dekreten von 1963 sanktioniert wurde und seine ideologische Rechtfertigung erfuhr [21]). In der Charta heißt es dazu:

„Die Selbstverwaltung drückt den Willen der werktätigen Schichten des Landes aus, auf der politisch-ökonomischen Szene zu erscheinen und sich als führende Kraft zu konstituieren. . . Gerade in der Selbstverwaltung hat sich. . . die ununterbrochene Entwicklung von der nationalen Volksrevolution in die sozialistische Revolution manifestiert . . ." [22]).

Boumedienne hatte den Sturz Ben Bellas am 19. Juni 1965 u. a. auch damit begründet, daß die Selbstverwaltung zu bürokratisiert und zentralisiert gewesen sei; war nach Meinung der Ottaways jedoch die Selbstverwaltung schon unter

16) Vgl. Ottaway, a.a.O., S. 119.
17) Samir Amin, The Maghreb in the Modern World, London 1970, S. 195.
18) Ebenda; vgl. auch Ottaway, a.a.O., S. 83 ff., die in der Verwaltungsbürokratie den Hauptträger einer „konservativen Mittelklasse" sehen.
19) Ottaway, a.a.O., S. 36; 1966 besaßen nur 25 % der arbeitsfähigen Bevölkerung einen Arbeitsplatz, und auch heute noch kann man durchaus nicht dem Eindruck zustimmen, „. . . daß die Arbeitslosigkeit sich soweit vermindert hat, daß sie für den Besucher nicht mehr sichtbar ist." — Jeune Afrique, Nr. 489, 19. 5. 1970, S. 24.
20) Vgl. Der algerische Sozialismus, a.a.O., S. 33 f.
21) Abgedruckt in: Der algerische Sozialismus, a.a.O., S. 218 ff.
22) Ebenda, S. 139 (Übersetzung d. Verf.).

Ben Bella weitgehend ein Mythos gewesen [23]), so wurde die Charta unter Boumedienne vollends zu den Akten gelegt. Für Amin markiert der Putsch von 1965 lediglich die endgültige Etablierung eines nationalistisch-sozialistischen, autoritären bzw. bürokratischen Systems [24]). Positiv ausgedrückt: An die Stelle spektakulärer, aber weitgehend fruchtloser Entscheidungen (wie unter Ben Bella) trat der Primat technokratischer Effizienz [25]).

In der Tat lassen sich — nachdem die Verfechter des wissenschaftlichen Sozialismus schon vor 1965 ausgeschaltet wurden — hauptsächlich zwei politisch-ideologische Trägergruppen des gegenwärtigen algerischen Regimes unterscheiden: Die Vertreter eines spezifischen „algerischen Sozialismus" und die Gruppe der Technokraten. Die erste Gruppe setzt sich primär aus ehemaligen Angehörigen des Generalstabs der Befreiungsarmee zusammen — neben Boumedienne vor allem der gegenwärtige Parteichef Kaid Ahmed und Außenminister Bouteflika. Ihre ideologische Haltung differiert von der Ben Bellas in erster Linie durch die stärkere Betonung des Islam und des Arabertums als wesentlicher Elemente des „algerischen Sozialismus" sowie durch ihren offenen Pragmatismus. Andererseits postuliert auch diese Gruppe das System der Selbstverwaltung und lehnt „ausländische" Einflüsse strikt ab — mithin auch den wissenschaftlichen Sozialismus mit dem Primat des Klassenkampfes und der führenden Rolle des Proletariats. Folgerichtig nimmt sich die Definition des Sozialismus, die Boumedienne gibt, recht unkompliziert aus:

„... Sozialismus, das bedeutet Gerechtigkeit, das bedeutet Gleichheit; Sozialismus, das ist die Nichtausbeutung des Menschen durch den Menschen. Sozialismus, wie wir ihn begreifen, heißt: Unwissenheit, Krankheit und gesellschaftliche Unterentwicklung besiegen" [26]).

Mit einem solchen Sozialismus-Begriff kommt die Gruppe um Boumedienne den Vorstellungen der Technokraten ziemlich nahe, die den Sozialismus lediglich als eine den Verhältnissen adäquate Entwicklungsmethode ansehen. Die Option der unter Führung des Industrie- und Erdölministers Belaid Abdesslam stehenden Technokraten für den Sozialismus beschränkt sich allerdings weitgehend auf die Ablehnung der privat-kapitalistischen Entwicklung aus dem einfachen Grund, daß eine solche infolge des Fehlens einer nationalen Industriebourgeoisie a priori unmöglich wäre und die Technokraten als gesellschaftliche Schicht davon nicht in dem Maße profitieren würden, wie sie es jetzt tun.

Die Politik der Technokraten, insbesondere der von Abdesslam initiierte und forcierte Ausbau der Schwerindustrie, zielt faktisch auf die Errichtung eines Systems des bürokratischen Staatskapitalismus ab, womit sich die Gruppe der Technokraten als Kern der in Formierung begriffenen bürokratischen Bourgeoisie erweist. Den Konflikt mit den Verfechtern eines auf dem Prinzip der Selbstverwaltung basierenden „algerischen Sozialismus" sieht Amin schon 1966 zugunsten der Technokraten, d. h. zugunsten einer verstärkten Staatskontrolle im Produktionsprozeß, entschieden [27]).

Für diese These spricht in der Tat eine Reihe von Faktoren, auch wenn die Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des Selbstverwaltungs-Sozialismus und des Staatskapitalismus in Partei- und Staatsführung noch immer andauern und das Selbstverwaltungsprinzip auch heute noch die formale Grundlage des

23) Ottaway, a.a.O., S. 63.
24) Amin, a.a.O., S. 198; vgl. auch Ottaway, a.a.O., S. 84 ff.
25) Vgl. Eckl, a.a.O., S. 51.
26) Zit. nach: Der algerische Sozialismus, a.a.O., S. 48 (Übersetzung d. Verf.).
27) Amin, a.a.O., S. 198.

„algerischen Sozialismus" darstellt. Seit 1967 sind die „Sociétés Nationales" zur vorherrschenden Organisationsform der industriellen Produktion geworden; sie umfassen heute schon über 80 Prozent aller algerischen Industrieunternehmen. Dieses Übergewicht der staatlichen Unternehmen resultiert aus dem Aufbau neuer Industriezweige, der fast ausschließlich den „Sociétés Nationales" vorbehalten ist, und aus den Verstaatlichungsmaßnahmen der Jahre seit 1968, aber auch aus der Übernahme zumeist unrentabler selbstverwalteter Unternehmen in Staatsbesitz [28]). Die Dezentralisierung der Verwaltung im Jahre 1968 stärkte zwar einerseits die Autonomie der Gemeinden und Wilayas (Départements), führte andererseits aber über deren neue Kontrollfunktion zu einer engeren Verflechtung des Selbstverwaltungs-Sektors mit der Staatswirtschaft [29]).

Ähnliche Tendenzen lassen sich im Agrar-Bereich konstatieren. Einziges sichtbares Ergebnis der 1966 eingeleiteten „Agrarrevolution" blieb lange Zeit die Errichtung von Kooperativen für die Veteranen des Befreiungskrieges (Mujahidin) zu Lasten der selbstverwalteten Farmen. Deren Zahl verringerte sich von 2 284 im Jahre 1964 auf 1 953 im Jahre 1968, die Zahl ihrer Arbeitskräfte sank von 220 000 auf 137 000 [30]). Erst 1970 wurde damit begonnen, den Besitz der noch immer über einen gewissen politischen Einfluß verfügenden Agrarbourgeoisie (ca. 8 500 Familien) in die Maßnahmen der „Agrarrevolution" einzubeziehen.

Angesichts dieser Entwicklung, die ein zunehmendes Übergewicht der staatskapitalistischen Orientierung induziert, mußte es zu Konflikten mit einer Reihe gesellschaftlich relevanter Gruppen und Organisationen kommen, die an dem Prinzip der Selbstverwaltung festhielten. Schon die Machtübernahme durch Boumedienne war zunächst nur von religiösen Führern und konservativen Gruppen begrüßt worden; durch die Privilegierung der Mujahidin schuf sich das Regime aber schon bald eine zweite Stütze neben der Armee, während der Versuch, über die Reorganisation des FLN eine weitere Stütze zu erlangen, bislang gescheitert ist.

In offener Opposition zur Regierung Boumedienne standen von Anfang an der algerische Studentenverband (UNEA) und die Parteijugend (JFLN), was schon bald zu deren faktischer Auflösung bzw. zu totaler Inaktivität führte. Die Einheitsgewerkschaft (UGTA) verhielt sich zunächst abwartend, geriet aber mit der zunehmenden Aushöhlung des Selbstverwaltungs-Prinzips durch die jungen Technokraten im Kabinett in eine immer offenere Frontstellung zum Regime. Die Bemühungen der Opposition kulminierten in dem Putschversuch des Armee-Stabschefs Zbiri[31]) im Dezember 1967, in dessen Gefolge mehrere UGTA-Führer verhaftet wurden und die beiden letzten „dogmatischen" Verfechter des Selbstverwaltungsprinzips aus dem Kabinett ausschieden [32]).

Damit wurde die politische, vor allem aber die ökonomische Entwicklung des Landes immer stärker von der Gruppe der Technokraten gesteuert, deren Handschrift schon im Dreijahresplan 1967—1969 deutlich zu erkennen ist.

---

28) Ottaway, a.a.O., S. 228; vgl. auch Clement H. Moore, Politics in North Africa, Boston 1970, S. 240 f.
29) Vgl. Weltwirtschaft am Jahreswechsel, a.a.O., S. 1.
30) Ottaway, a.a.O., S. 266.
31) Die von Amin, a.a.O., S. 198, vertretene These, Zbiri sei das Oberhaupt einer pro-sowjetischen Gruppe in der Staatsführung gewesen, muß in Frage gestellt werden. Zbiri ist vielmehr der Gruppe ehemaliger Wilaya-Kommandeure des Befreiungskrieges zuzurechnen, die eher durch persönliche Affinitäten verbunden waren und deren gemeinsames Bestreben darin bestand, ihren Einfluß in den jeweiligen Regionen aufrechtzuerhalten, der durch die Zentralisierungsbemühungen der Technokraten bedroht war.
32) Arbeitsminister Zerdani und Landwirtschaftsminister Ali Yahia; vgl. Ottaway, a.a.O., S. 252.

Zum Stellenwert des Vierjahresplans

Der Vierjahresplan 1970—1973 baut auf den Ergebnissen des zu über 80 % erfüllten Dreijahresplans 1967—1969 auf. An globalen Planzielen seien genannt: Eine jährliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 9 %; die kontinuierliche Schaffung von Arbeitsplätzen, so daß bis 1980 — also erheblich über die Plandauer hinaus — die gesamte männliche erwerbsfähige Bevölkerung über eine dauernde Beschäftigung verfügt; die allmähliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, insbesondere auf dem Land, die die Versorgung aller Dörfer mit Wasser, Elektrizität und Gas bis 1980 einschließt [33]).

Die Tatsache, daß die meisten der globalen Planziele erheblich über die Dauer des Vierjahresplans hinaus angesetzt sind, verweist auf die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Erreichung dieser Ziele im Wege stehen, aber auch auf ein Dilemma, vor dem jedes sich — unter einer sozialistischen Perspektive — industrialisierende Land steht: Langsame Industrialisierung bei Vorrang der Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung (mit der Gefahr der ökonomischen Stagnation) oder Industrialisierung um jeden Preis bei Konsumverzicht der breiten Massen (mit der Gefahr der Pervertierung des angestrebten sozialistischen Ziels). In der Präambel zum Vierjahresplan heißt es dazu:

„... die Revolution muß alle ihre Pflichten gegenüber den Massen auf sich nehmen und alles in Bewegung setzen, um in kürzester Zeit die grundlegenden Rechte des Volkes auf eine Existenz zu verwirklichen, die ihm die Befriedigung seiner fundamentalsten ökonomischen, kulturellen und sozialen Bedürfnisse sichert" [34]).

Obgleich dieser Satz darauf hinzudeuten scheint, daß Algerien den ersten Weg eingeschlagen hat, wird an anderer Stelle der Präambel betont, daß diese Ziele nur mit und nach einer raschen Industrialisierung zu erreichen sind. In der Tat liefert eine Detailanalyse des Vierjahresplans eine Reihe von Indizien für die Annahme, daß die algerischen Wirtschaftsplaner eine Kombination der beiden oben angedeuteten Industrialisierungsmethoden versuchen, wobei allerdings der Vorrang auf der raschen Industrialisierung liegt.

Einen ersten Beweis dafür liefert die Aufschlüsselung der geplanten Gesamtinvestitionen: Insgesamt sind für die Durchführung des Vierjahresplans über 28 Mrd. Dinar (DA) veranschlagt, wovon 27.7 Mrd. öffentliche Investitionen darstellen, während der Rest aus Privatinvestitionen besteht. 49 % der Gesamtinvestitionen sind für direkt produktive Vorhaben bestimmt, um ein rasches Wirtschaftswachstum zu erzielen. Daß dieser Anteil nicht noch höher ist, liegt vor allem daran, daß erhebliche Ausgaben für Berufsausbildungsprogramme und Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen sind, die wiederum zum größten Teil der Wachstums-Prämisse unterliegen: Die Berufsausbildung dient der Behebung des Mangels an Fachkräften für die industrielle Entwicklung, die Infrastrukturmaßnahmen werden vor allem im Rahmen der Ausfuhrplanung für Erdöl- und Erdgasprodukte vorgenommen [35]).

Noch deutlicher wird diese Tendenz, wenn man die Aufteilung der geplanten Investitionen auf die einzelnen Sektoren betrachtet. Rund 45 % der Investitionen gehen in die Industrie, nur 15,5 % in die Landwirtschaft. Dabei lebt nicht nur die

33) Vgl. Ministère d'Etat chargé des Finances et du Plan, Ordonnances Portant: Plan Quadriennal 1970—1973, Loi de Finances 1970, o. O. u. J. (Algier 1970), S. 8 f. und Algeriens Vierjahresplan 1970—73, in: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Nr. 260, Dezember 1970, S. 1.
34) Ministère d'Etat . . ., a.a.O., S. 7 f (Übersetzung d. Verf.).
35) Vgl. Algeriens Vierjahresplan 1970—73, a.a.O., S. 2.

Hälfte der Bevölkerung von der Landwirtschaft, diese muß auch den größten Teil der Arbeitsplätze liefern. Zudem hat gerade die Landwirtschaft in der Zukunft gewaltige Aufgaben zu meistern: Sie muß die ausreichende Ernährung einer rapide wachsenden Bevölkerung (jährliche Wachstumsrate 1963—1968: 2,9 %) und — fast noch wichtiger — die qualitative Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung gewährleisten.

Die eindeutige Vernachlässigung der Landwirtschaft im Vierjahresplan läßt sich auch kaum mit dem Argument rechtfertigen, daß der moderne Agrarsektor schon über eine bedeutende Ausrüstung verfüge und deshalb in der Lage sei, einen Teil seiner eigenen Investitionen selbst zu finanzieren[36]). Einerseits ist nämlich die finanzielle Lage der meisten Selbstverwaltungsbetriebe ziemlich prekär, was sowohl auf den Mangel an Fachkräften als auch auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß viele Landarbeiter das Selbstverwaltungssystem als „Instrument der Sozialfürsorge" (Eckl) ansehen. Andererseits leben fast 90 % der algerischen Landbevölkerung außerhalb des „sozialistischen Sektors", vor allem im traditionellen Bereich, und es ist bei Betrachtung der Investitionsvorhaben zu befürchten, daß sich für diesen Teil der Bevölkerung, der nicht nur die Hauptlast des Befreiungskrieges zu tragen hatte, sondern auch heute noch zu den ärmsten Schichten des Landes gehört, die „Errungenschaften" der algerischen Revolution erneut nur in Almosen-Form bemerkbar machen[37]). Angesichts der kläglichen Ziffern für Infrastrukturmaßnahmen (9 % der Gesamtinvestitionen), für Wohnungsbau (6 %) und Soziales (über 3 %), die zudem größtenteils in die Städte fließen, wird deutlich, daß die Industrialisierung in erster Linie zu Lasten der im traditionellen Agrarsektor lebenden Bevölkerung geht — und das ist immerhin beinahe die Hälfte der Bevölkerung.

Eine teilweise Entlastung dieses Bevölkerungsteils könnte in Form der Schaffung arbeitsintensiver Industrien geschehen, obgleich dies angesichts der hohen Zahl städtischer Arbeitsloser eine gigantische Aufgabe wäre. Aber betrachtet man die Aufteilung der industriellen Investitionen innerhalb des Vierjahrsplans, so sind Bemühungen in dieser Richtung nicht einmal andeutungsweise zu verspüren. Das Hauptgewicht liegt auf der Erschließung und Verarbeitung der Erdöl- und Erdgasvorkommen (36 % der industriellen Investitionen), der Eisen- und Stahlindustrie (15 %) und der mechanischen und elektrotechnischen Industrie (11 %) — alles Industriezweige, die zwar enorme Kapitalinvestitionen erfordern, aber vergleichsweise wenig neue Arbeitsplätze schaffen. Dies ist lediglich der Fall bei der Baustoff- (8 %), Textil- (5 %) und Nahrungsmittelindustrie (3 %), deren Anteil an den industriellen Gesamtinvestitionen jedoch zu gering ist, um zu einer spürbaren Verbesserung des Arbeitslosenproblems beizutragen.

In algerischen Publikationen werden — im Gegensatz zur Präambel des Vierjahresplans, die vor allem auf die langfristigen Perspektiven über die Plandauer hinaus abhebt — die konkreten, kurzfristigen Ziele der Zeit bis Ende 1973 genannt: 1) Befriedigung der Bedürfnisse der Wirtschaft an Grundstoffen, wie Kohlenwasserstoffe, Energie, Stahl, Zement und Düngemittel, und 2) Schaffung einer mechanischen und elektrotechnischen Industrie, die in der Lage ist, die großen Wirtschaftssektoren mit den notwendigsten Ausrüstungsgütern, d. h. mit Maschinen, zu versorgen[38]).

[36]) Younès, a.a.O., S. 17.
[37]) Vgl. Eckl, a.a.O., S. 57.
[38]) Mourad Castel, L'industrie en 1973, in: Algérie et Développement, Nr. 1, Januar/Februar 1970, S. 13.

Damit ist offensichtlich, daß der Vierjahresplan noch stärker als der Dreijahresplan 1967—1969 dem rigorosen „ökonomischen Etatismus" (Eckl) der Technokraten um Industrieminister Abdesslam entspringt, einem Etatismus, der nicht davor zurückschreckt, Errungenschaften der sozialistischen Entwicklung, wie selbstverwaltete Betriebe, der Erfüllung globaler Planziffern unterzuordnen, sofern sie nicht dem technokratischen Rentabilitäts-Verständnis entsprechen. Der in der Konzeption des Vierjahresplans zum Ausdruck kommende Sieg der Technokraten über die Verfechter des Selbstverwaltungs-Sozialismus bedeutet für die Bevölkerung des traditionellen Agrarbereichs und für das städtische Arbeitslosen-Heer, mithin für fast drei Viertel der algerischen Bevölkerung, daß der Sozialismus im besten Fall eine langfristige Perspektive darstellt.

Selbstverwaltungs-Sozialismus oder Staatskapitalismus?

1) Algerien hat mit seiner seit 1966 betriebenen rigorosen Industrialisierungspolitik enorme Fortschritte erzielt, so daß seine ökonomische Lage im Vergleich zu den meisten anderen Staaten der Dritten Welt als positiv bezeichnet werden muß. Indikatoren dafür sind ein seit 1967 ausgeglichenes Budget, Devisen-Reserven in Höhe von 400 Mio. Dollar und eine bis 1970 positive Handelsbilanz. Die Tatsache, daß die Handelsbilanz seither negativ ist, liegt vor allem an den für die Industrialisierung benötigten hohen Importen von Investitionsgütern, während im Bereich der Konsumgüter eine strikte Austeritätspolitik betrieben wird. Bei einer gleichmäßig fortschreitenden Entwicklung dürfte Algerien in wenigen Jahren eines der Hauptziele seiner Wirtschaftspolitik — die ökonomische Unabhängigkeit — erreichen.

2) Der, gemessen an Wachstumsraten und Planerfüllung, erfolgreiche algerische Entwicklungsweg impliziert vor allem im sozialen Bereich eine Reihe negativer Folgen. Die rasche und erfolgreiche Industrialisierung wird mit dem Verzicht auf eine unmittelbar spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mehrheit des algerischen Volkes erkauft, die sich vor allem aus städtischen Arbeitslosen bzw. unqualifizierten Arbeitern und der Bevölkerung des traditionellen Agrarsektors rekrutiert. Es muß bezweifelt werden, daß der Verweis auf eine langfristige sozialistische Perspektive, begleitet von minimalen Zugeständnissen an die Konsumbedürfnisse, die Unzufriedenheit dieser Bevölkerungsmehrheit über einen längeren Zeitraum hinweg besänftigen kann.

3) Dies erscheint um so unwahrscheinlicher, als gleichzeitig eine Minderheit — bestehend aus Funktionären des Staatsapparates und der Staatsunternehmen sowie aus Facharbeitern und Landarbeitern des sozialistischen Agrarsektors — von der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklung profitiert. Mit der von dieser Minderheit — insbesondere ihrem technokratischen Kern — betriebenen Fetischisierung der industriellen Zuwachsrate wächst auch die Gefahr der Entwicklung des „algerischen Sozialismus" zum „bürokratischen Zwangssystem" (Eckl). Auf die Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung übertragen, bedeutet dies, daß der Übergang von der ersten zur zweiten Phase bisher nicht geglückt ist. Aufgrund der politischen Entwicklung seit 1966 und der Konzeption des Vierjahresplans ist sogar zu befürchten, daß dieser Übergang unter der gegenwärtigen politischen Konstellation nicht mehr zu erreichen ist, da sich die Herrschaft privilegierter Gruppen bereits verfestigt hat.

4) Es wäre aber sicherlich falsch, diese negative Entwicklung ausschließlich auf den raschen Ausbau der Schwerindustrie und die Vernachlässigung der übrigen

Sektoren — insbesondere der Landwirtschaft — zurückführen zu wollen. Der seit 1966 eingeschlagene Industrialisierungsweg hat zwar die Tendenzen zur Formierung einer bürokratischen Bourgeoisie verstärkt, indem er dieser eine stabile ökonomische Basis verschaffte; der Aufbau einer Schwer- und Grundindustrie war aber andererseits zur Erreichung der ökonomischen Unabhängigkeit unumgänglich. Die sich verstärkt abzeichnende (wenn nicht schon vollzogene) Entwicklung von den Ansätzen eines Selbstverwaltungs-Sozialismus hin zur Errichtung eines bürokratisch-staatskapitalistischen Systems kann nur dann verhindert bzw. rückgängig gemacht werden, wenn „an der Basis dieser sich ausbildenden Industriegesellschaft eine Repolitisierung der Massen stattfindet, die fähig ist, ihre Bedürfnisse gegen technokratische Zwänge zu artikulieren" [39]). Die innerhalb der Gewerkschaften noch immer schwelende Unzufriedenheit und die im Zuge der Industrialisierung verstärkt spürbar werdende Unter-Privilegierung der arbeitslosen und bäuerlichen Bevölkerungs-Mehrheit könnten Ansätze zu einer solchen Repolitisierung sein.

5) Algerien ist als Modell einer weitgehend autonomen Industrialisierung für die Dritte Welt lediglich von begrenztem Wert, da nicht alle Länder über die gleichen natürlichen Ressourcen verfügen. Aber immerhin hat die Entwicklung in Algerien deutlich gemacht, daß ein Entwicklungsland bei konsequenter Ausnutzung aller seiner Ressourcen durchaus fähig ist, eine eigenständige Industrialisierung zu erreichen und sich damit ökonomisch von der neo-kolonialen Abhängigkeit zu emanzipieren. Angesichts der Verhältnisse in den meisten Ländern der Dritten Welt scheint mir darin die eigentliche Bedeutung des algerischen Entwicklungsweges zu liegen.

Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt (II)*)

Zum Begriff der Qualifikation

Von Wulf D. Hund, Ulrich Matull, Konrad Ruff und Peter Volkmar

IV Wissenschaftlich-technische Intelligenz

Mit der zunehmenden Verwissenschaftlichung des unmittelbaren Produktionsprozesses sowie der der unmittelbaren Produktion vor- und nachgelagerten Bereiche nimmt der absolute Umfang und das relative Gewicht von Arbeiten zu, die im wesentlichen geistiger Art sind. Für sie werden zunehmend Qualifikationen benötigt, die nur im Zusammenhang mit wissenschaftlicher Betätigung er-

*) Vgl. Heft 10/72, S. 1084 ff.
39) Eckl, a. a. O., S. 63.

worben werden können. Art und Umfang dieser wissenschaftlichen Betätigung können dabei erheblich variieren. Erwerbstätige mit derartigen Qualifikationen nennen wir Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Entsprechend sind zur wissenschaftlich-technischen Intelligenz alle jene Beschäftigten zu rechnen, die auf der Grundlage einer Ausbildung in Hochschulen und Fachhochschulen Tätigkeiten mit wissenschaftlich-technischen Qualifikationsvoraussetzungen verrichten.

Indikatoren für die quantitative Entwicklung dieser Gruppe von Arbeitskräften sind Zahlen der Hochschulabschlüsse und ihre Entwicklung. Zwischen 1955 und 1967 erhöhte sich die Zahl der Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen um 69,5 % auf ca. 30 000, von pädagogischen Hochschulen um 189,1 % auf ca. 17 150 und von Ingenieurschulen (den heutigen FHS!) um 98,4 % auf 17 630. Der Anteil der Hochschulabsolventen an einem Altersjahrgang nahm in diesem Zeitraum von 4,4 auf 6,8 % zu [51]).

Bloß technisch qualifizierte Arbeitskräfte sind aus dieser Kategorie solange auszusparen, wie die von ihnen verrichteten Tätigkeiten im wesentlichen keine selbständige Problemfindung und -lösung in bezug auf die Produktionsgrundlagen — ob nun produktionstechnischer oder produktionsorganisatorischer Art —, damit nicht notwendigerweise wissenschaftliche Qualifikation verlangen. Die Zunahme von Technikern wird durch das Anwachsen der Absolventen von Technikerschulen verdeutlicht, deren Zahl sich von 15 691 (1956) auf 25 926 (1965), d. h. um ca. 65 % erhöhte [52]).

Die Aussonderung dieser Arbeiterkategorie aus der wissenschaftlich-technischen Intelligenz ist zudem notwendig, wenn die widersprüchliche Entwicklung der Elemente geistig-schöpferischer Arbeit durch das Kapital im unmittelbaren Produktionsprozeß erfaßt werden soll.

Die wissenschaftlich-technische Intelligenz gliedert sich selbst im wesentlichen in drei Kategorien, die zum einen nach dem Erkenntnisobjekt ihrer wissenschaftlichen Arbeit, zum anderen nach Grad und Umfang der wissenschaftlichen Arbeit, die sie ihren Qualifikationen entsprechend verrichten, unterschieden sind.

Die *naturwissenschaftliche* wie die *ingenieurwissenschaftliche* Intelligenz haben zunächst gemeinsam, daß ihre Arbeiten direkt auf die unmittelbaren, materiellen Grundlagen gesellschaftlicher Reproduktion bezogen sind. Während aber die naturwissenschaftliche Intelligenz vor allem damit befaßt ist, die Grundlagen der Naturerkenntnis zu erweitern, Naturgesetze zu erkennen und zu formulieren sowie die neugewonnenen Erkenntnisse bis in ein Stadium weiterzuentwickeln, von dem aus Anwendungsgebiete erschlossen werden können, steht die ingenieurwissenschaftliche Intelligenz dem Prozeß des Naturerkennens in ihrer Arbeit noch verhältnismäßig fern. Der ingenieurwissenschaftlich Qualifizierte steht in seiner Arbeit selbst außerhalb des Bereichs wissenschaftlich-forschender und damit unmittelbar zusammenhängender Beschäftigung. Seine Arbeit verleugnet häufig kaum die handwerklichen Wurzeln, aus denen sich Ingenieurarbeit mit der Entfaltung der großen Maschinerie entwickelte. Sie zeichnet sich heute allerdings zunehmend dadurch aus, daß Elemente wissenschaftlicher Tätigkeit in den Qualifizierungsprozeß künftiger Ingenieure eingehen müssen. Der aktuelle tat-

51) Wissenschaftsrat. Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. Bd. 2. Anlagen. Bonn 1970, S. 360.
52) Gronau, M., Intelligenz unter Monopolherrschaft. Wissenschaftlich-technische Revolution und Wandlungen in der sozialökonomischen Stellung der Intelligenz in den westdeutschen Konzernen. In: „DWI-Forschungshefte", 3/1969, S. 25.

sächliche „Verwissenschaftlichungsprozeß" der Ingenieurausbildung erfolgt nur äußerst schleppend gegen erhebliche Widerstände. Daß aber eine solche Tendenz besteht, ist jedoch offensichtlich [53]).

Demgegenüber steht die Gruppe der *sozialwissenschaftlichen* Intelligenz, von der hier die pädagogische ausgenommen werden soll. Nicht die Gesetze der Natur, sondern die der Gesellschaft zu erkennen und zu formulieren, ist ihre Tätigkeit. In einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft ist die Art bzw. die Beschränktheit der „Gesetze" der Gesellschaft durchaus unterschiedlich. Entsprechend kann die Gruppe der sozialwissenschaftlichen Intelligenz in sich heterogen sein. Dabei wird die Masse der von Sozialwissenschaftlern zu verrichtenden Arbeiten an Interessen gebunden sein, deren Dominanz aus der Gesellschaftsstruktur erwächst, also in der kapitalistischen Gesellschaft an Interessen, die aus dem Zwang zur Kapitalakkumulation bzw. der Bereitstellung der dafür erforderlichen Bedingungen abgeleitet sind.

Die Verbreiterung des wissenschaftlich-technischen Potentials der Gesellschaft insgesamt will ihrerseits hervorgebracht werden. Dies geschieht durch die *pädagogische* Intelligenz, die Lehrer. Ihre Arbeit trägt größtenteils (noch) keinen wissenschaftlichen Charakter, ebensowenig wie das bei der ingenieurwissenschaftlichen Intelligenz der Fall ist. Ausnahmen bilden gewisse, unmittelbar sozialwissenschaftliche Arbeiten, die bei der Vorbereitung ihrer ansonsten wesentlich vermittelnden Tätigkeit auftreten. Ihrer Qualifikation nach ist die pädagogische Intelligenz sowohl der natur- als auch der sozialwissenschaftlichen zuzurechnen. Jenseits derartiger Differenzierungsmomente ist ihre Arbeit von der Vermittlungsfunktion bereits vorhandener Erkenntnisse und Fähigkeiten an andere bestimmt. (Dies auch im Unterschied zur Ingenieurintelligenz, die vorhandene Erkenntnisse praktisch umsetzt.)

V Tätigkeitsbereiche der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und ihre Entwicklung

Naturwissenschaftlich qualifizierte Arbeitskräfte werden vor allem in den Bereichen der industriellen Forschung benötigt, in denen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten einen zunehmenden Anteil an der im jeweiligen Bereich angewandten Gesamtarbeit darstellen und die das fortgeschrittenste Stadium der Produktivkräfteentwicklung repräsentieren. Also zum einen alle Bereiche der stoffumwandelnden Prozesse (chemische Industrie, Teile der NE- und Eisen-Metallindustrie), zum anderen alle hauptsächlich auf der Entwicklung der Elektronik beruhenden Bereiche (elektrotechnische und Luftfahrtindustrie etc.), zum dritten der Bereich neuer Energiequellen (Kernenergie), die die unmittelbare Nutzbarmachung von Naturprozessen zu produktiven Zwecken betreiben. Hier erfordert der gesamte wissenschaftliche Sektor die Anwendung von bedeutend mehr Arbeit als die von Naturwissenschaftlern.

In einem westdeutschen chemischen Werk sind z. B. in den Abteilungen für Forschung und Entwicklung zusammen 8200 Personen beschäftigt, davon sind allerdings lediglich 1107 Naturwissenschaftler. Gleichzeitig beträgt die Gesamtzahl der in diesem Werk beschäftigten Naturwissenschaftler 2579, was darauf hindeutet, daß naturwissenschaftliche Arbeit auch in anderen als in „rein" wissenschaftlichen Abteilungen angewandt werden muß (Angaben von 1965) [54]). In den

[53]) Vgl. Roth, K. H., u. Kanzow, E., Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft. Berlin 1970, S. 217 ff., insb. S.233ff.
[54]) Marx, J., Arbeitskraft — Neue Technik — Monopolherrschaft (Anm. 9b), S. 39.

westdeutschen Eisenhüttenwerken stieg die Zahl der technischen Angestellten mit Hochschulabschluß von 1957 bis 1964 um 41,8 % an, derjenigen mit Ingenieurschulabschluß um 25,7 % [55]). In einer Untersuchung über hochqualifizierte Arbeitskräfte in der BRD werden folgende Entwicklungstendenzen prognostiziert, wobei zwei Bildungsniveaus unterschieden werden [56]):

Für in naturwissenschaftlichen Fachrichtungen Ausgebildete wird zwischen 1961 und 1968 eine Zunahme für Niveau 1 um 150 % und für Niveau 2 um 121 % vorausgeschätzt. Für die volkswirtschaftlichen Sektoren des produzierenden Gewerbes und der sog. Versorgungsdienstleistung, auf die sich die so Qualifizierten fast vollständig verteilen, wird eine relative Verschiebung zugunsten der Höherqualifizierten prognostiziert. Eine beständig hohe Zuwachsrate an hochqualifizierten Arbeitskräften der in Frage stehenden Kategorie wird für das produzierende Gewerbe angegeben; dies im Gegensatz zur Versorgungsdienstleistung, die in diesem Fall im wesentlichen Lehrberufe umfaßt. Der Anteil des produzierenden Gewerbes an den naturwissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften soll demnach von 81 % auf 95 % für Niveau 1 und von 40 % auf 62 % für Niveau 2 ansteigen. Der Rest fällt jeweils auf den Sektor der „Versorgungsdienstleistung" [57]).

Außer den Ingenieuren, die den Naturwissenschaftlern in diesen Bereichen noch recht nahe stehen, ist vor allem die große Zahl von wissenschaftlich-technischen Hilfskräften von Bedeutung. Ihre Funktionen und Aufgaben sind als die unmittelbare Voraussetzung der Tätigkeit der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz anzusehen [58]).

Der Bereich Forschung und Entwicklung stellt nur einen relativ geringen Teil des gesamten für eine „Innovation" benötigten Aufwandes dar, was in folgenden Angaben zum Ausdruck kommt: „Nach einer Studie des US-Department of Commerce setzen sich die Kosten einer Innovation auf folgende Weise zusammen:

Forschung und Entwicklung	*5—10 %*
Konstruktion, Produktentwicklung	*10—20 %*
Produktionsvorbereitung	*40—60 %*
Startkosten der Produktion	*5—15 %*
Markteinführungskosten	*10—25 %* [59]).

Gerade die Bereiche außer Forschung und Entwicklung stellen die Haupttätigkeitsfelder für die ingenieurwissenschaftliche Intelligenz dar.

---

55) Nach Roth/Kanzow (Anm. 53), S. 138. Zu den „technischen Angestellten mit Hochschulabschluß" gehören allerdings vermutlich sowohl Diplomingenieure als auch Naturwissenschaftler, also alle Absolventen einer TH. Derartig immer wiederkehrende Ungenauigkeiten im vorliegenden statistischen Material reduzieren dieses stets auf bloße Indikatoren einer abschätzbaren Entwicklung.

56) Hochqualifizierte Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland bis 1980. Sozio-ökonomische Analyse und Prognose. Hrsg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. (Bonn) 1971. — Niveau 1: Ausbildung in Berufsfach-, Fach- und Fachhochschulen. Niveau 2: Ausbildung in Hochschulen (Universitäten, TU, TH usw.).

57) A. a. O., S. 112—115.

58) Vgl. die Angaben zum Anwachsen der Absolventenzahl der Technikerschulen, S. 22.

59) Technologie und Wirtschaft. Ein Bericht des Bundesministers für Wirtschaft über die technologische Situation und ihre Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1970, S. 107. Diese Kostenrelation gibt natürlich nicht unmittelbar Aufschluß etwa über das Verhältnis von naturwissenschaftlicher und ingenieurwissenschaftlich qualifizierter Arbeit. Da zeichnet sich eine relative Zunahme der Naturwissenschaftler gegenüber den Ingenieuren ab sowohl hinsichtlich der Entwicklung der entsprechenden Studentenzahlen (vgl. Wissenschaftsrat [Anm. 51], S. 201) als auch nach den vorausgeplanten Absolventenzahlen (vgl. Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung an die Regierungschefs des Bundes und der Länder über den Bildungsgesamtplan und ein Bildungsbudget, in der Fass. v. 18. 10. 1971, Bd. 1, S. IV B 39 f.). Vgl. auch Angaben zur anteiligen Entwicklung der Zahl der Studienanfänger für natur- und ingenieurwissenschaftliche Fachrichtungen in „Technologie u. Wirtschaft", a. a. O., S. 78.

Die ingenieurmäßige Arbeit selbst entsteht als dauernd notwendiges Element zur Vorbereitung, produktionstechnischer Planung und Überwachung sowie zur Konstruktion der benötigten sachlichen Produktionselemente erst mit der Entwicklung der großen Maschinerie, dem vorherrschenden Arbeitsmittel der kapitalistischen Produktion. Diese Ingenieurarbeit muß mit der Technikerarbeit solange als im wesentlichen auf einer Stufe stehend betrachtet werden, wie für erstere keine oder nur marginale wissenschaftliche Voraussetzungen im Prozeß der Qualifizierung erforderlich sind. In der Arbeit selbst sind Ingenieur wie Techniker ohnehin auch künftig allenfalls in geringem Maß oder sporadisch wissenschaftlich tätig. Aber eine klare Abgrenzung von ingenieurmäßiger Arbeit und bloß technischer ergibt sich immerhin dann, wenn wissenschaftliche Betätigung zur Qualifikationsvoraussetzung der Ingenieurarbeit wird, wenn also erkennbar eine Tendenz auftritt, die diese Voraussetzung für die Qualifikation unabdingbar werden läßt. Dabei ist wohl zu beachten, daß eine solche Tendenz bisher lediglich in recht kümmerlicher Gestalt aufgetreten ist, es mit der wissenschaftlichen Betätigung in der Qualifizierung noch nicht weit her ist und man von einer Unabdingbarkeit wissenschaftlicher Arbeit im Qualifikationsprozeß nur beschränkt sprechen kann. Eine Differenzierung der Ingenieurarbeit tritt in dem Maße auf, wie sie über die Vorbereitung, produktionstechnische Planung und Überwachung hinaus zunehmend auch im unmittelbaren Fertigungsprozeß notwendig wird.

Der Schwerpunkt der Ingenieurarbeiten liegt überwiegend auf dem Sektor von Konstruktion und Projektierung. In den westdeutschen Maschinenfabriken nahm der Anteil der im Bereich Konstruktion tätigen Ingenieure von 41 % (1950) auf 48 % (1955) zu [60]). Im Bereich der Projektierung blieb der Anteil mit 10 % konstant, während er bei Versuch/Prüfung von 2,9 auf 4,6 % zunahm. Der Besonderheit des Maschinenbaus ist es vermutlich zuzuschreiben, daß die überwiegende Zahl der Ingenieure in der Konstruktion beschäftigt ist. Die Mitglieder des Verbandes deutscher Ingenieure (VDI) waren 1968 immerhin zu 14 % im Bereich der Forschung und Entwicklung sowie des Versuchs tätig, in den Bereichen Konstruktion, Projektierung, Betrieb etc. zusammen zu fast 50 % [61]). Auch andere Untersuchungsergebnisse besagen, daß in den Bereichen Betrieb, Forschung und Entwicklung sowie Konstruktion/Projektierung über 70 % aller Ingenieure beschäftigt sind [62]). Charakteristisch sind die Beispiele von technischen Umrüstungen, die schlagartig das relative Gewicht der Ingenieurtätigkeiten erhöhen. Gleichzeitig damit geht meistens eine ebensolche Zunahme des relativen Gewichts der Arbeit von Technikern einher. In einem Fall nahm in einem Werk der westdeutschen Elektroindustrie der Anteil der Diplomingenieure und der graduierten Ingenieure von 8,9 auf 14,4 % zu, während gleichzeitig der Anteil der Techniker von 18,4 auf 23 % anstieg [63]).

Daß die naturwissenschaftlich-technische Arbeit in den Bereichen am stärksten angewandt wird, in denen die Produktivkraft der Arbeit bereits stark entwickelt ist, kommt darin zum Ausdruck, daß generell die Anzahl der angestellten Ingenieure mit der Gesamtbeschäftigtenzahl der Betriebe anwächst. Während in Betrieben mit bis zu 1500 Beschäftigten auf je 100 2,7 Ingenieure entfallen, davon

---

60) Steiner, H., Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland. Berlin 1967, S. 123.
61) Dabei ist zu beachten, daß im VDI die Diplomingenieure gegenüber den Graduierten überrepräsentiert sind. Für die Bereiche „Betrieb, Fertigung, Montage, Bau" werden vermutlich mehr als die angegebenen 25 % der Ingenieure tätig sein, wenn man die hohe Konzentration der „einfachen" Ingenieure auf diesen Bereich berücksichtigt. Vgl. Kievenheim, C., u. Leisewitz, A., Naturwissenschaftlich-technische Intelligenz und Arbeiterklasse. In: „Blätter", 2/71, S. 170.
62) A. a. O., S. 169.
63) Gronau (Anm. 52), S. 24.

20 % Diplomingenieure, sind es in Betrieben mit über 10 000 Beschäftigten 5,3, darunter 35 % Diplomingenieure [64]).

In der genannten Prognose über die Zahl der hochqualifizierten Arbeitskräfte wird auch für in technischen Fachrichtungen Ausgebildete eine Zunahme der in Niveau 2 Qualifizierten zuungunsten derer in Niveau 1 vorausgeschätzt. In der sogenannten produktionsorientierten Dienstleistung soll von 1961 bis 1975 sich das Verhältnis von Niveau 1 zu 2 von 68:31 auf 63:36 entwickeln; ähnlich für die Gebietskörperschaften von 69:30 auf 61:38. Diese hieraus zu entnehmende „voraussichtliche Akademisierung" würde noch stärker in Erscheinung treten, wenn die sich relativ stärker entwickelnde Zahl der Ingenieurschulabsolventen nicht in Niveau 1, sondern sinnvoller in Niveau 2 erfaßt worden wäre.

Im genannten Differenzierungsprozeß tritt ein Anwachsen von Ingenieurarbeiten ein, die bereits relativ stark von den Bedingungen des unmittelbaren Produktionsprozesses bestimmt werden und die entsprechend weniger als bloß notwendige Bedingungen setzende Arbeiten erscheinen. Diese Arbeiten können dann eigens dafür (höher) qualifizierten Ingenieuren übertragen werden, die die produktionstechnischen Bedingungen insgesamt zu bestimmen und zu veranlassen haben. Wegen ihres „höheren" Standpunktes sind sie daher auch „Synthese"-Ingenieure genannt worden [65]). Entsprechend den allgemeinen Charakteristika der Ingenieurarbeit findet keine der naturwissenschaftlichen Arbeit synonyme Konzentration auf bestimmte „Pilot"-Bereiche der Produktion statt. Nach Ingenieuren besteht gegenwärtig noch in allen Branchen eine starke Nachfrage [66]). Aufgrund der relativen Nähe der Ingenieurarbeit zur unmittelbaren Produktion ist sie in Bereichen der Konstruktion (Maschinenbau, Apparatebau u. a.) sowie des sonstigen Bauwesens anteilsmäßig stark vertreten.

Die einen integralen Bestandteil der Entwicklung der Produktivkräfte darstellende zunehmende Vergesellschaftung der materiellen Produktion wird durch sozialwissenschaftliche bzw. organisationswissenschaftliche Arbeit unmittelbar oder mittelbar getragen. Hier tritt sowohl die Notwendigkeit in den Vordergrund, die Bewegungsgesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Verhältnisse im allgemeinen und der Verhältnisse im unmittelbaren Produktionsprozeß sowie zwischen diesem und den ihn umgebenden Bereichen am Rande der Produktion überhaupt zu erforschen. Weiter wird es notwendig, Planung, Verwaltung usw. der Produktion und der Herstellung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen mittels wissenschaftlich qualifizierter Arbeit zu bewerkstelligen.

In der Prognose [67]) über den Bestand an hochqualifizierten Arbeitskräften wird die Zunahme der in Rechts- und Sozialwissenschaften sowie Verwaltung Ausgebildeten zwischen 1961 und 1980 mit 75 % für Niveau 1 und mit 173 % für Niveau 2 angenommen. Dabei tritt der höchste Zuwachs jeweils im produzierenden Gewerbe auf.

Sowohl die „Rechts-Arbeit" wie die übrige sozial- und organisationswissenschaftliche Arbeit unterliegt — was ihren wissenschaftlichen Charakter anbelangt —

64) „Generell" bezeichnen wir dieses Anwachsen insofern, als für Betriebe zwischen 4000 und 10 000 Beschäftigten die angegebene Tendenz nicht erscheint, die Zahl dort vielmehr 2,1 beträgt. Vgl. J. Marx (Anm. 9b), S. 39. Man kann vermuten, daß hier der Zusammenhang von bestimmten Produktionstechniken und dem Konzentrationsgrad sowohl von Kapital als auch von Arbeitskräften eine Rolle spielt.
65) Serge Monégar unterscheidet zwischen Planstudien-, Fabrikations- und Ingenieuren in Fertigungsbüros auf der einen und Synthese-Ingenieuren auf der anderen Seite. Ders., Bemerkungen zur gesellschaftlichen und technischen Rolle der Ingenieure. In: „Marxismus Digest", 1/1971, S. 49 ff. — Die Gruppe umfaßt danach in Frankreich 1969 (?) ca. 26 % aller Ingenieure (S. 54).
66) Vgl. Wissenschaftsrat (Anm. 51) S. 201.
67) Vgl. Anm. 56.

erheblichen Beschränkungen, die aus der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft resultieren. Diese gibt ihnen immer wieder das Gepräge von sozialtechnischen Anpassungen „überalterter" gesellschaftlicher Verkehrsformen auf den verschiedensten Gebieten an die gewandelte materielle Basis. Dies gilt selbstverständlich nicht allein für Bereiche, die unmittelbar auf die materielle Reproduktion der Gesellschaft bezogen sind, sondern ebenso für den allgemeinen, wie Bereitstellung gewisser sozialer Fürsorge- und Hilfseinrichtungen, Gesundheitswesen usw. Deren Planung und Prognostizierung bleibt in Ermangelung wissenschaftlicher Erkenntnis notwendig reaktive Anpassung. Diese „Anpassungsarbeit" auf dem Niveau der Gesamtgesellschaft (im allgemeinen in staatlichen u. ä. Organen) muß um so mehr zunehmen, wie diese Arbeiten stückwerkhaft bleiben.

Im Zusammenhang mit der unmittelbaren Produktion nimmt die sozialwissenschaftlich qualifizierte Arbeit in organisatorischer Hinsicht im Zuge der Vergesellschaftung der Produktion wie auch allgemein notwendig zu. Für den gesamten Bereich der gesellschaftlichen Produktion, aber vornehmlich in dem direkt dem Kapital subsumierten, können auch Arbeiten von Psychologen ebenso wie von Ärzten notwendig werden, um dem absoluten Raubbau an der Arbeitskraft in psychologischer und physischer Hinsicht entgegenzuwirken bzw. Palliativmittel zur Verfügung zu stellen.

Die zunehmende Verwissenschaftlichung der Produktion bedingt eine gewisse Zunahme der allgemeinen Qualifikation. Die Notwendigkeit etwa zu beständigem Neu-Erlernen (in Form punktueller Spezialisierung) der Bedienung komplizierter Aggregate, Apparatesysteme usw. erfordert eine Erhöhung der minimalen Qualifikation der Arbeitskräfte, die selbst bereits eine Ausweitung der unteren Stufen des allgemeinbildenden Schulwesens einschließt. Weiterhin dürfte damit die „Verlagerung eines erheblichen Teils der Gesamtausbildung von der Erstausbildungsphase auf spätere Umschulungs- und Weiterbildungsphasen" [68]) impliziert sein. Resultat ist das Anwachsen der Lehrertätigkeit, des absoluten Umfangs der „Lehr-Arbeit". Relativ wie absolut weist die Zahl der Studenten pädagogischer Hochschulen sowie die Zahl ihrer Absolventen jeweils den größten Zuwachs unter allen Gruppen von Studenten aus [69]). Die Meinung, die Zunahme der Lehr-Arbeit drücke sich um so mehr in einer entsprechenden Vermehrung von Lehr-Arbeitskräften aus, wie die Tendenz bestehe, die pro Lehrer zu unterrichtende Anzahl von Schülern zu verringern [70]), wird dadurch allerdings nicht bestätigt. „Zunahme" kann sich auch in vergegenständlichter Lehr-Arbeit niederschlagen.

Da die Ausbildungskosten faux frais darstellen, besteht allein unter diesem Aspekt der Zwang, die Lehrerarbeit zu effektivieren, und wird verstärkt durch die Notwendigkeit einer stärkeren Arbeitsplatzbezogenheit des Ausbildungsprozesses [71]). Von besonderer Bedeutung ist die zunehmende Technisierung des

[68]) Mertens (Anm. 44), S. 80.
[69]) Vgl. Wissenschaftsrat (Anm. 51), S. 357 f.
[70]) Vgl. dazu die vom Wissenschaftsrat angegebenen Durchschnittszahlen (Wissenschaftsrat [Anm. 51], S. 352). Zur vorgesehenen weiteren Senkung der Schüler/Lehrerrelationen vgl. Bund-Länder-Kommission (Anm. 59), S. VI B 20 ff. — In der Prognose zu „Hochqualifizierte(n) Arbeitskräfte(n)" (Anm. 56) wird zwischen 1961 und 1980 lediglich der Anteil der in den Fachrichtungen Geisteswissenschaften/Erziehungswesen Ausgebildeten von 54 % in Niveau 1 und von 17 % in Niveau 2 angenommen. Die Autoren bezeichnen angesichts der im Gange befindlichen offiziellen Diskussion um den Ausbau des Bildungswesens diese Ergebnisse selbst als „nicht plausibel" (S. 122, 126).
[71]) Uns kommt es in diesem Zusammenhang lediglich darauf an, auf neue Tätigkeitsfelder und Arbeitsformen der Lehrer hinzuweisen, die durch stoffliche Veränderungen des Ausbildungsbereiches geformt werden. Weitergehendes vgl. bei Altvater, E., u. Huisken, F., Produktive und unproduktive Arbeit als Kampfbegriffe, als Kategorien zur Analyse der Klassenverhältnisse und der Reproduktionsbedingungen des Kapitals. In: „Sozialistische Politik", 8/1970, S. 47 ff., hier S. 82 ff, sowie bei Huisken, F., Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie. München 1972, S. 203 ff.

Unterrichts, durch die Funktion und Arbeitsplatzsituation der im Qualifizierungsprozeß Beschäftigten erheblich gewandelt werden. Dieser Prozeß begann mit der Einführung von Lehrmitteln in der Hand des Lehrers zwecks Demonstration und Lehrervorbereitung, setzte sich fort über die Verwendung von Lernmitteln und schloß endlich auch die Anwendung von Arbeitsmitteln ein. Sein Ergebnis war noch eine äußerst beschränkte Vergegenständlichung und eine gewisse Standardisierung der Lehrinhalte. Prozeßbestimmend bleibt in dieser Phase einfach noch der Lehrer, der durch sein Verhalten die Objektivierung tendenziell stets wieder aufhebt. Im Unterricht selbst sind allerdings schon neue Elemente enthalten, die auf einer anderen Stufe zu den Kennzeichen gehören, wie z. B. die partielle Selbstkorrektur der Schüler. Die Entwicklung und der Einsatz technischer Medien, programmierten Unterrichts u.a.m. dürfte zu tiefgreifenden Funktionsveränderungen der Ausbilder führen. *Man kann vermuten, daß in dem Maße, in dem Fachwissen in technischen Medien inkorporiert wird, fachspezifische Kenntnisse zugunsten medientechnischer und -didaktischer zurücktreten und Vermittlungsfunktionen insofern verobjektiviert werden, als der Lehr- und Lernprozeß nicht mehr vom Qualifikationsarbeiter „Lehrer" bestimmt wird, sondern vielmehr durch den Charakter der technischen Medien.* Daraus resultieren eine weitgehende Verschiebung der Qualifikationsinhalte und eine Differenzierung entsprechend ihren speziellen Funktionen (Planung, Einsatz und Kontrolle). Die Herausbildung vollständig neuer Typen von Ausbildern wie beispielsweise von Ingenieurpädagogen, Medientechnikern, pädagogischen Assistenten etc.[72]) — und damit eine Differenzierung der Qualifikationsstruktur analog zu jener der naturwissenschaftlichen Intelligenz und derjenigen in der unmittelbaren Produktion — wäre eine Folge.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, der sich in letzter Instanz in der materiellen Umwälzung des unmittelbaren Produktionsprozesses realisiert, ist insgesamt gekennzeichnet durch eine Umschichtung im Zusammenhang der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Damit wird die Veränderung der Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters notwendig. Ihr hervorstechendes Merkmal ist die Zunahme der Zahl der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Sie beruht auf der absoluten und relativen Zunahme der wissenschaftlich-technischen Arbeit. Mit ihr geht aber nicht unmittelbar ein entsprechendes Wachstum der wissenschaftlich-technischen Arbeitskräfte einher. Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlich erforderter wissenschaftlich-technischer Arbeit und Art und Umfang der sie verrichtenden Arbeitskräfte wird wesentlich von den Produktionsverhältnissen, d. h. konkret für die BRD von den Verwertungsbedingungen des Kapitals bestimmt.

Aus der generellen Vermehrung wissenschaftlich-technischer Arbeit, die sich unvermeidlich mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte vollzieht, folgt daher zwar auch eine generelle Vermehrung wissenschaftlich-technischer

[72]) Einerseits ist sicherlich die Möglichkeit vorhanden, einen Teil der Lehrer zu technischen Einsatzleitern von Lernprozessen zu degradieren, die sie weder vorbereitet haben noch in ihrem Ablauf beeinflussen können. Ihre Urteilsfähigkeit über Inhalt und Form von Lernprozessen wird in dem Maße überflüssig, wie ihnen der pädagogische Sachverstand der Entwicklungsabteilungen der Medienindustrie in Abstimmung mit staatlichen Organen in Lehrmaschinen und Programmen manifest entgegentritt. Werden also gewisse Fähigkeiten des Lehrers in technischen Medien inkorporiert, so ist es andererseits notwendig, diese zu erstellen. Insofern werden sich qualifizierte Didaktiker aus dem unmittelbaren Unterricht zurückziehen und an der Entwicklung von Lehrsystemen und -programmen arbeiten, Unterrichtstechnologen ihre Einführung überprüfen und erproben, Spezialisten für soziale Beziehungen Gruppenprobleme und -konflikte behandeln, Schulassistenten die Schüler bei der Arbeit an den Lernmaschinen kontrollieren und anleiten, Medientechniker die Sammlungen (Mediotheken) ordnen und für die einzelnen Unterrichtspläne die vorgesehenen gegenständlichen Unterrichtselemente bereitstellen. Resultat einer solchen Entwicklung, die u. a. auch Verobjektivierung und stärkere Aufeinanderbezogenheit aller Elemente der Arbeitsplatzstruktur im Ausbildungswesen beinhaltete, wäre eine Polarisierung der Qualifikationsstruktur. Vgl. Fuchs, W., v. Kirn, G., u. Scheffer, W., *Arbeitsplan „Bildungstechnologie und Lehrerarbeit". Marburg 1972 (vervielfältigt).*

Arbeitskräfte. Das Niveau ihrer Qualifikation aber, insbesondere was den Grad seiner Wissenschaftlichkeit angeht, unterliegt einer inneren gegensätzlichen Entwicklung. Die anfallenden Arbeiten werden spezialistisch auf verschiedene Arbeitskräfte verteilt. Das drückt sich etwa in der weiteren Vergrößerung der Relation von „einfachen" (graduierten) Ingenieuren und Diplomingenieuren oder in der Entwicklung der Lehrerarbeiten aus.

Diese Entwicklung der Qualifikationsstruktur ist oberflächlich nicht immer gleich zu erkennen. Deutlich, auch was die Gegensätzlichkeit der Entwicklung angeht, wird sie erst, wenn man den Qualifizierungsprozeß als Bestandteil der gesellschaftlichen Reproduktion betrachtet. So geht zwar von der Tendenz zur Verwissenschaftlichung des unmittelbaren Produktionsprozesses jene zur Entwicklung wissenschaftlicher Qualifikation aus. Sie verteilt sich aber auf verschiedene Arbeitskräfte. Damit kommt die Verwissenschaftlichung der Arbeit nur ganz beschränkt zum Tragen. Nach wie vor ist die Entwicklung der Produktivkräfte unter den gegebenen Bedingungen die Entwicklung der Produktivkraft des Kapitals. Sie bringt keine Bedingungen hervor, die es gestatteten, daß die gesellschaftlichen Teilarbeiter die gesellschaftlichen Produktivkräfte unmittelbar selbst repräsentierten [73]). Die bestehende Gegensätzlichkeit der Entfaltung der Individuen und der Produktivkraft der Gesellschaft wird im Kapitalismus durch keine noch so rasante wissenschaftlich-technische Entwicklung aufgehoben.

Pfarrer und Kommunisten

Von Heinrich Werner

Daß evangelische Pfarrer der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) beitreten oder mit ihr zusammenarbeiten, ist ein neuartiger Vorgang im innerpolitischen Geschehen der BRD. Wir haben Pfarrer Heinrich Werner, Internationaler Sekretär der Christlichen Friedensgesellschaft, gebeten, zu diesem Fragenbereich Stellung zu nehmen.

*Im Zusammenhang mit der Aktivität von Pfarrern in der DKP forderten rechte Kreise von evangelischen Kirchenleitungen, die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz „zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" vom 28. Januar 1972 *) auch im kirchlichen Bereich anzuwenden. Von verschiedenen evangelischen Landeskirchen wurde das zurückgewiesen, doch steht eine offizielle Stellungnahme der evangelischen Kirche noch aus. D. Red.*

73) Vgl. Marx, K., Über Friedrich Lists Buch „Das nationale System der politischen Ökonomie". In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3, 1072, S. 441.

*) Vgl. die Stellungnahmen von Juristen zu den „Januar-Beschlüssen" in den Heften 2/1972 und 3/1972 der „Blätter".

Das Thema stellt die Frage nach den Beziehungen von Partnern. Daß eine solche Frage heute zur Debatte steht und in den Kirchen problematisiert wird, ist Ausdruck einer Veränderung, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat. Bis vor kurzem hätte sich eine Antwort auf die lapidare Feststellung beschränken können, daß es keine Beziehungen zwischen den Partnern „Pfarrer" und „Kommunistische Partei" gibt. Wenn es dennoch punktuell ein positives Verhältnis einzelner Pfarrer zu Kommunisten gegeben haben mag, dann handelte es sich um Alleingänge kirchlicher Außenseiter.

Nun hat aber der Pfarrer einen Auftrag, der an sich eindeutig ist: das Evangelium mit der Realität der Welt zu konfrontieren und nicht nur ewige, sondern konkrete Wahrheit zu predigen. Wer sich in diesen Prozeß praktisch-theologischer Arbeit hineinziehen läßt, der wird unweigerlich vor Konsequenzen seiner Predigt gestellt. Angesichts des Krieges in Indochina, der neokolonialistischen Ausbeutung der Entwicklungsländer, des rassistischen Terrors in Südafrika und angesichts der faschistischen Tendenzen in der Entwicklung der USA und dem Ringen im eigenen Land um eine friedliche und menschliche Zukunft wird der Pfarrer zu persönlichem verantwortlichen Handeln gedrängt — sofern er nur für sich selbst die eine Grundentscheidung gefällt hat, die aus dem Evangelium zwingend folgt: daß sein Platz an der Seite der Unterdrückten ist und daß er denen Solidarität schuldet, die für Gerechtigkeit und Frieden kämpfen.

Wenn Pfarrer an solchen Punkten konkrete politische Konsequenzen aus ihrer politischen Verantwortung ziehen und politisch aktiv werden, werden sie unvermeidlich Kommunisten begegnen, die für das gleiche Ziel einstehen — sei es für die Beendigung der US-Aggression in Indochina, sei es für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sei es für die Solidarität mit afrikanischen Befreiungsbewegungen. Und sofern Pfarrer Realisten sind, werden sie sich dessen bewußt sein, daß sie ihr Ziel, politische Verantwortung konkret zu realisieren, nur erreichen können, wenn sie Bündnispartner finden; denn ohne dieses Bemühen würde ja ihre Aktivität zu einer rein individualistischen Gewissensberuhigung, die ohne alle Folgen bliebe.

An diesem Punkt stellt sich die Frage, ob Pfarrer das Bündnisangebot von Kommunisten bzw. der Deutschen Kommunistischen Partei akzeptieren können. Dies ist eine ganz natürliche und logische Frage. Und da es zu unseren Grunderkenntnissen gehört, daß die Kirche Jesu Christi an keine Gesellschaftsordnung gebunden ist, könnte sie auch ganz vorbehaltlos beantwortet werden. Aber hier wirkt die Tradition von mehr als hundert Jahren als Bremsklotz: Es gibt ein normales, auf sachlicher Einschätzung beruhendes Verhältnis des Durchschnittspfarrers zur DKP so gut wie nicht.

Woran das liegt, wäre jetzt zu untersuchen.

I

Das Haupthindernis auf dem Weg zu einem normalen und sachlichen Verhältnis zwischen Pfarrern und DKP ist jener Antikommunismus, der an die Stelle der Auseinandersetzung die Verteufelung des Marxismus gesetzt hat. Er herrscht in der Kirche, seitdem man von Marxismus überhaupt sprechen kann; er hat einen gewaltigen Auftrieb erfahren, seitdem in der Sozialistischen Oktoberrevolution eine sozialistische Gesellschaft real existent wurde; er wurde vom Nazismus auf eine absolute Todfeindschaft hinaufgetrieben (wogegen es übrigens im kirchlichen Bereich keinen Protest gab!); er wurde restauriert nach der Katastrophe von 1945.

Er hat also eine lückenlose Tradition. Er ist in der Kirche das Selbstverständliche. Auch die neueren theologischen Bemühungen, ein differenzierteres Verhältnis zum Marxismus zu finden, können darüber nicht hinwegtäuschen.

1969 schrieb Hans-Georg v. Studnitz: „Solange die sich nach links öffnende Kirche um Sozialdemokraten und Gewerkschaften warb, bewegte sie sich auf dem Boden des Grundgesetzes. Mit der politischen Annäherung an illegale Kommunisten und Außerparlamentarische Opposition agiert die Kirche außerhalb der Verfassung" [1]). Diese These verzichtet auf jeden Versuch einer theologischen Begründung. Für Hans-Georg v. Studnitz ist diese Kirche eine Säule der bestehenden Ordnung, und als solche möchte er sie erhalten wissen: „Eine kranke Zeit braucht eine heile Kirche, eine Kirche, die weiß, wo sie steht und wohin sie geht. Eine Kirche, die den Auftrag Jesu Christi erfüllt, die im Sinne der Göttlichen Erhaltungsordnung wirkt, die der Verwirrung der Geister steuert, statt sie zu vermehren" [2]). Mit dieser Formel geht er gegen jede mögliche Veränderung im Verhältnis der Kirche zu den gegebenen Herrschaftsverhältnissen in unserem Lande an: „Dem Theologen wie dem Politiker stellt sich die Frage, ob Kirche und Revolution überhaupt zusammengehen können oder sich nicht vielmehr gegenseitig ausschließen wie Ordnung und Anarchie. ... Eine wesentliche Aufgabe kirchlicher Verkündigung für das politische und staatliche Leben hat noch stets darin bestanden, den Menschen vor der Zerstörung durch sich selbst zu schützen. Soll diese Theologie jetzt fallengelassen werden zugunsten eines lebensvernichtenden Chaos?" [3])

Hier spricht das Selbstverständnis eines evangelischen „Laien" aus dem Bürgertum, der in seiner Kirche den letzten Halt angesichts einer bedrängenden Flut sieht, die sich auf eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse zuwälzt. Ihm entspricht die „Unbeugsamkeit" eines kirchlichen Patriarchen wie Otto Dibelius, der sich voller Stolz des Hasses der Kommunisten rühmte: „Ich danke meinem Gott dafür, daß mich sowohl die Nationalsozialisten als auch die Kommunisten vom ersten Tage an mit dem ganzen Haß bedacht haben, der nach der Heiligen Schrift das Erbteil der Jünger Jesu Christi sein soll" [4]).

Veränderung, Revolution ist diesen Kirchenmännern per se Sünde, Abfall von Gott. In ihnen spiegelt sich das preußische Kirchentum von „Thron und Altar" gänzlich ungebrochen wider. Die Tatsache eines Klassenkampfes wird geleugnet oder als Aufstand gegen die „Erhaltungsordnung Gottes" gewertet: „Die Kirche muß im Leben der Nation als eine Macht der sozialen und der nationalen Versöhnung stehen! ... Aber die Kardinalsünde menschlichen Gemeinschaftslebens ist doch die Selbstsucht, in der Bruder wider Bruder, Klasse gegen Klasse, Volk wider Volk steht. Frieden zu bringen durch Erlösung von der Selbstsucht — das ist die heiligste Mission christlichen Glaubens in der Schicksalsgemeinschaft der Menschen" [5]). Klassenkampf ist in dieser Deutung Selbstsucht, und Aufgabe der Kirche ist es, die menschliche Gesellschaft von dieser Selbstsucht zu erlösen. Wer so spricht, steht gegen die Befreiung aus der Knechtschaft, erweist sich also schlicht als Feind der Arbeiterklasse.

1) Hans-Georg v. Studnitz, „Ist Gott Mitläufer?" Die Politisierung der evangelischen Kirche. Analyse und Dokumentation. Stuttgart-Degerloch, 1969, S. 88.
2) A.a.O., S. 7.
3) A.a.O., S. 46.
4) Otto Dibelius, Drei Interviews, zit. nach: Violett-Buch zur Obrigkeitsschrift von Bischof Dibelius. Dokumente zur Frage der Obrigkeit, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1963, S. 20. — Übrigens dürfte es wohl übertrieben sein, daß ihn die Nationalsozialisten „vom ersten Tag an" gehaßt hätten; denn immerhin hatte er ja am „Tag" von Potsdam (21. März 1933) die Staffage für den Händedruck zwischen Hindenburg und Hitler hergegeben.
5) Otto Dibelius, Das Jahrhundert der Kirche, zit. nach: Karl Kupisch (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus 1871—1945, München und Hamburg 1965, S. 237.

Das ist nun freilich keine Neuentdeckung von Otto Dibelius. Schon die Französische Revolution von 1789 hatte im deutschen Protestantismus helles Entsetzen hervorgerufen und die Identifikation mit der Monarchie eher noch verstärkt. Schleiermacher schrieb 1843: „Jede, auch die leiseste Überschreitung der bürgerlichen Ordnung wäre eine Auflösung der Obrigkeit, welches verboten ist, und folglich ein Überwinden des bösen mit bösem. — Alle Handlungen dieser Art, Tyrannenmord usw., welche im Altertum gepriesen werden, kann die christliche Sitte nicht anerkennen. Die Bewährung dafür liegt in der Vorschrift, die Obrigkeit als eine göttliche Institution heilig zu halten . . ." [6]).

So sah sich der Marxismus von Anfang an einer Kirche gegenüber, die ihre innerweltliche Hauptaufgabe darin sah, das Bestehende zu verteidigen. Er konnte in ihren Vertretern nur Feinde sehen, die sich der Arbeiterbewegung entgegenstellten und mit ihrer Predigt von der Harmonie von oben und unten, von der Tugend der Demut und dem Trost eines „besseren Jenseits" den stetigen Versuch machten, die Menschen davon abzuhalten, ihre menschenunwürdige Existenz durch Klassenkampf zu verbessern.

Angesichts dieser kirchlichen Haltung, die das gesamte neunzehnte Jahrhundert bestimmt hat, konnte sich der Marxismus nur in Gegnerschaft zur Kirche entwickeln. Wen kann heute noch — nachdem wir die Entwicklung zu überschauen vermögen — die berühmte Definition von Karl Marx verwundern: „Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes" [7]).

Eine Zeitlang war es ein beliebter theologischer Sport, die Verdienste der evangelischen Kirche bei der Entwicklung von Konzepten zur Lösung der sozialen Frage im neuenzehnten Jahrhundert herauszuarbeiten. Man verwies z. B. auf die Versuche von Naumann und Stöcker. Aber zum einen sind beide gescheitert, zum anderen haben beide nichts anderes getan, als den Versuch zu unternehmen, „christliche" Alternativen zur organisierten Arbeiterbewegung zu praktizieren. Ihr Motiv war die Feindschaft gegen Marxismus und Arbeiterbewegung.

Das wird auch von Hinrich Wichern zu sagen sein: Auch sein Versuch blieb im Karitativen stecken. Auch er tat nichts anderes, als mit einem Konzept der Klassenharmonie, mit der Predigt von der Mäßigung der Forderungen und der Versöhnung von Ausbeutern und Ausgebeuteten dem Sozialismus entgegenzutreten. Freilich ist nicht zu leugnen, daß er auch den Besitzenden gründlich die Meinung sagte und sie zur Gerechtigkeit ermahnte. Aber der Kern seiner Aussagen war antisozialistisch bestimmt: „Das Christentum gestaltet sowohl die Sozialität als die Individualität in vollendeter Weise geschichtlich nach lebendigen organischen Gesetzen des Lebens aus (d. h.: nach den Gesetzen von oben und unten! — H. W.). Was im heute gewöhnlichen Sprachgebrauch sozial und Sozialismus heißt, ist deswegen nichts als eine Aftergestalt, ist der Pseudosozialismus, der jenen Namen usurpiert, damit aber nur die Wahrheit und seinen grundstürzenden Irrtum anerkennend. — Da der Sozialist keinen Gott hat und will und alle Religion konsequent negiert, ja haßt und in seiner Art von Wahnsinnsausbruch verflucht, so verhöhnt er auch ihre Diener und ihre Übung, jeden Kult; . . . Er ist die Verzerrung der Menschheit, ein Widerspruch derselben mit sich selbst, der sich nur

[6]) Zit. nach: Karl Gerhard Steck, Revolution und Gegenrevolution in der theologischen Ethik des neunzehnten Jahrhunderts, in: Trutz Rendtorff/Karl Gerhard Steck, Protestantismus und Revolution, „Theologische Existenz heute", Nr. 161, München 1969, S. 40.
[7]) In der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie.

lösen läßt, indem der eine dem anderen, der Christ dem Sozialisten, der Sozialist dem Christen weicht" [8]). Damit ist das Motiv der Todfeindschaft zwischen Kirche und Marxismus unverrückbar ins Auge gefaßt — und dieses Motiv sollte die innerkirchlichen Überlegungen angesichts der sozialistischen und Arbeiterbewegung bis in unser Jahrzehnt hinein beherrschen. Dem Willen des Marxismus, die Ausgebeuteten von ihrer Knechtschaft zu befreien, setzte die Kirche den „Willen Gottes" gegenüber, die bestehende Ordnung zu erhalten. Erst „jenseits", erst im Reich Gottes, das wir Menschen nicht schaffen könnten, sei das Reich vollkommener Gerechtigkeit zu erreichen.

Joachim Beckmann, Hermann Diem, Martin Niemöller und Ernst Wolf charakterisierten 1947 in einer Auslegung des „Darmstädter Wortes", die sie im Auftrag des Reichsbruderrates verfaßten, diese kirchliche Tradition völlig richtig: „Diese Vertröstung des Menschen auf das Jenseits hatte ja ihre sehr reale Kehrseite im politischen und sozialen Leben. Mit ihr stand die Kirche auf seiten derjenigen, welche die Forderungen der Arbeiterschaft nach besseren Lebensbedingungen im Diesseits ablehnten und bekämpften ... Sie konnte hier nichts anderes am Werk sehen als die Empörung des Menschen gegen Gott und die von ihm gesetzte Ordnung, und jede von dieser Seite verlangte Änderung der bestehenden Lebensformen war von vorneherein ein Entlaufen aus der Ordnung der Gebote Gottes ... Aber die Kirche hätte in ihrer bloßen Entrüstung über die ihr hier entgegentrende Feindseligkeit gegen alles religiöse Reden zum mindesten dadurch stutzig werden müssen, daß von der anderen Seite mit umgekehrten Vorzeichen dieselbe Parole ausgegeben wurde: ‚Dem Volk muß die Religion erhalten bleiben.' Sie merkte darum nichts, weil sie selbst der bestehenden Gesellschaft ihre Verkündigung zur Verfügung gestellt hatte als die sie bestätigende und rechtfertigende Religion."

Es ist eine historische Tatsache, daß alle Verbesserungen in der Lage der Arbeiterschaft (Verbot der Kinderarbeit, Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, Achtstundentag usw., usw.) gegen den Widerstand der herrschenden Klasse und der Kirche erkämpft werden mußten. Es muß auch festgehalten werden, daß das Jahr 1918 und die folgenden Jahre die Pfarrerschaft zu weit mehr als 90 %, mehr oder weniger aktiv, in den Reihen der Konterrevolution fand und daß die Pfarrerschaft in ihrer überwältigenden Mehrheit zu den entschiedensten Gegnern der Weimarer Republik gehörte. Je stärker die KPD nach 1918 wurde, um so pointierter wurde die Bekämpfung der marxistischen Bewegung durch die Kirche. Die Angst vor dem Atheismus, dem Freidenkertum und dem „Bolschewismus" trieb die Pfarrer immer tiefer in die Arme der reaktionären Rechten. Damit wurden sie im aktiven Sinne mitschuldig an der Vorbereitung der „Machtergreifung" Hitlers [9]). Davon sind auch führende Repräsentanten der späteren Bekennenden Kirche nicht ausgenommen [10]). Die nationalsozialistische „Erhebung" wurde vom Großteil der Pfarrerschaft aus ehrlichem Herzen — doch ohne Sinn und Verstand — begrüßt. Als Beispiel für jene Denkungsart sei hier aus der Ansprache eines Synodalpräsidenten vor einer Landessynode zu Beginn des Jahres 1934 zitiert, die dem in der Pfarrerschaft vorherrschenden Bewußtsein Ausdruck gibt: „Wir danken es dem Führer Adolf Hitler, daß durch sein Werk auch unsere Kirche vor dem Untergang durch den Bolschewismus gerettet worden ist und ihr die Möglichkeit einer aufbauenden Arbeit im Dienste des deutschen Volkes gegeben

[8]) Johann-Hinrich Wichern, Die Mitarbeit der Kirche an den sozialen Aufgaben der Gegenwart, zit. nach Karl Kupisch, a.a.O., S. 61 f.
[9]) Material dazu u. a. in: Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, 2. Aufl., München 1964, Karl Wilhelm Dahm, Pfarrer und Politik, Köln und Opladen 1965.
[10]) Als Beispiel sei nur verwiesen auf: Martin Niemöller, Vom U-Boot zur Kanzel, 70—72 Tsd., Berlin 1938.

wurde" [11]). Die Angst vor dem „Bolschewismus", den man — bewußt oder unbewußt — mit dem Bösen schlechthin gleichsetzte, verschloß die Augen vor der nazistischen Ideologie der Unmenschlichkeit.

II

Heute stehen wir vor dem Faktum, daß in den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg vielmals Pfarrer und Kommunisten Seite an Seite standen im Kampf gegen die Wiederbewaffnung, gegen die Notstandsgesetze, gegen die amerikanische Aggression in Vietnam, für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. Es wird oft gesagt, dieses Zusammengehen habe seine Wurzel in dem gemeinsamen Widerstand gegen den Nazismus.

Aber ein kritischer Rückblick macht deutlich, daß in jenen Jahren eine politische Zusammenarbeit keineswegs Tatsache war. Die Bekennende Kirche verstand ja ihren Kampf zu keinem Zeitpunkt als einen politischen Kampf gegen den Nationalsozialismus. Es ging für sie ausschließlich um die Reinerhaltung der Kirche; sie verstand ihre Abwehr der Irrlehren der „Deutschen Christen" nicht als Kampfansage an die nazistische Tyrannei. In dem „Aufruf an die Evangelischen Gemeinden und Christen in Deutschland", der von der Barmer Bekenntnissynode ausging (Mai 1934), war das deutlich genug ausgedrückt: „Lasset euch nicht durch lose Reden verführen, als wollten wir der Einheit des deutschen Volkes widerstreben!" Was der Nazismus unter dieser „Einheit des Deutschen Volkes" verstand, mit welchen Mitteln er sie zu erreichen sich vorgenommen hatte, das war allerdings im Mai 1934 bereits klar: Auflösung der demokratischen Parteien, Verhaftung von Kommunisten und Sozialdemokraten, Einrichtung von Konzentrationslagern, Folterung, Mord, Drangsalierung jüdischer Mitbürger! Aber zu alledem hat auch die Barmer Bekenntnissynode geschwiegen. Die Kirche und ihre Vertreter kämpften nicht um den Menschen, sondern um die Kirche. Es war für sie keine Gewissensfrage, ob sie in der faschistischen Armee mitmachen dürften. Wilhelm Niemöller hat den Tatbestand mit einer einfachen Zahlenangabe untermauert: Während des Zweiten Weltkrieges sind als Angehörige der Wehrmacht 1858 hauptamtliche Kirchenfunktionäre der Evangelischen Kirche gefallen — aber nur 21 evangelische Christen wurden in der Nazizeit ihres Glaubens wegen ermordet. Als Dietrich Bonhoeffer sich entschloß, politische Konsequenzen aus seiner Beurteilung des Nazismus zu ziehen und sich dem aktiven Widerstand anzuschließen, handelte er als Einzelgänger. Und auch in dieser Widerstandsarbeit ging er nicht so weit, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Die Aufrufe der KPD an die Christen — z. B. von ihrer „Brüsseler Konferenz" (1935) aus —, gemeinsam gegen den Verderber des deutschen Volkes zu kämpfen, verhallten bei der Pfarrerschaft ebenso ungehört wie die Appelle des „Komitees zur Gründung einer deutschen Volksfront", dessen Vorsitzender Heinrich Mann war. Die Liquidierung der Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung hat unter den Pfarrern keine Spur von Solidarität bewirkt. Die Kommunistische Partei allerdings verfolgte die Entwicklung des Kirchenkampfes mit wachem Interesse. So gab das ZK der KPD im Juni 1937 eine Direktive heraus, in der es hieß: „Wie der Terror gegen die religiöse Bekenntnisfreiheit ein Bestandteil des allgemeinen Kampfes der Hitlerdiktatur gegen die Freiheit des Gedankens, der Rede, der Schrift, der Versammlung und Vereinigung ist, so ist umgekehrt der Kampf der Katholiken und Protestanten um die Verteidigung der

[11]) Verhandlungen der Landessynode der Vereinigten Protestantisch-Evangelisch-Christlichen Kirche der Pfalz in den Jahren 1930—1944, Grünstadt, o. J.

Glaubensfreiheit ein Teil des großen Freiheitskampfes des deutschen Volkes. Jeder Erfolg der Massen im Kirchenkampf versetzt der faschistischen Diktatur einen ernsten Schlag, durchbricht ihre Totalität, fördert die Einigung der Volksmassen und stärkt ihr Selbstbewußtsein und die Gewißheit, daß die große Volksbewegung für Freiheit und Frieden über die faschistische Tyrannei siegen wird ... Aus dieser Situation ergeben sich folgende Aufgaben: 1) Aktivste Unterstützung des Kampfes der Katholiken und Protestanten um ihre Rechte, für die Glaubensfreiheit. Mobilisierung für die Freilassung von Niemöller, Rossaint und der vielen anderen verhafteten Pfarrer ... 4) Herstellung der Einheit des antifaschistischen Kampfes durch Zusammenarbeit für die Propaganda und für die Durchführung der Volksfrontforderungen. Gemeinsame Schaffung von Stützpunkten der Volksfront" [12]).

Zu einer von der KPD anvisierten „Einheit des antifaschistischen Kampfes" kam es nicht. Erste Ansätze kann man höchstens im „Nationalkomitee Freies Deutschland" feststellen, das im Juli 1943 in der Nähe von Moskau gegründet wurde. Unter den kriegsgefangenen Soldaten, die das Manifest des Nationalkomitees unterzeichneten, befanden sich auch ein Theologiestudent und ein Pfarrer. Im Juni 1944 bildete das Komitee auch einen „Arbeitskreis für kirchliche Fragen". Es wäre sicherlich interessant, die Aktivitäten dieses Arbeitskreises aus der Vergessenheit herauszuholen. Dazu ist hier leider keine Gelegenheit. Soweit es mein Überblick gestattet, ein Urteil zu fällen, hatte dieser Arbeitskreis des „Nationalkomitees Freies Deutschland" in den folgenden Jahren auch keine tieferen Auswirkungen.

Erst nach dem Krieg, vor allem in den Jahren 1945—47, zeigten sich Ansatzpunkte für ein offenes Verhältnis zwischen Kirche und Kommunistischer Partei. Die Katastrophe von 1945 hatte auch vielen Pfarrern, in erster Linie aktiven Mitstreitern der Bekennenden Kirche, im nachhinein die Augen für die Ursachen der Hitlerdiktatur geöffnet. So wie in der gesamten Gesellschaft ein breites Erkennen aufzubrechen begann, daß es sich beim „Dritten Reich" nicht um einen Unglücksfall gehandelt hat, sondern um die Konsequenz einer geschichtlichen Entwicklung, so mußten auch diese Theologen — die ja neu anfangen wollten — sich mit dieser Erkenntnis auseinandersetzen. Es war ja damals noch Allgemeinwissen, daß keineswegs nur einige Spitzenfunktionäre der NSDAP die Schuld an dem millionenfachen Blutvergießen trugen. Man wußte, daß dahinter die gesellschaftlich stärkste Macht, das Großkapital, gestanden hatte, für das Hitler und seine NSDAP Instrumente zur Durchsetzung des Expansionswillens waren.

Sobald kirchliche Gruppen die Frage stellten, welches denn nun die notwendigen Konsequenzen aus den jüngsten Erfahrungen seien, kamen sie zu partiell übereinstimmenden Auffassungen mit der KPD. Insbesondere in den ersten Jahren nach 1945 gab es weitgehende Übereinstimmung von den Kommunisten bis hin zu den politisch bewußt gewordenen Theologen, daß es jetzt notwendig sei, die Herrschaft des Großkapitals zu beenden. Sogar die CDU hatte in ihrem „Ahlener Programm" von 1947 diesem Willen Rechnung tragen müssen. Damals existierte die weitgestreute Einsicht, daß der neue Anfang mit der Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung einsetzen müsse.

Der konsequente Flügel der Bekennenden Kirche war aus Krieg und Verfolgung mit dem Willen zurückgekehrt, in der Kirche einen wirklichen Neuanfang zu beginnen. Bei der ersten Kirchenkonferenz in Treysa (August 1945) gab Martin

[12]) Zit. nach: Karl Kupisch (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus von 1945 bis zur Gegenwart, 1. Teil, Hamburg 1972, S. 41.

Niemöller diesem Willen deutlichen Ausdruck: „... darüber darf es in unserer Mitte allerdings keinen Zweifel geben ..., daß eine kirchliche Restauration auf der Grundlage der Zustände vor 1933 auf gar keinen Fall das Ergebnis sein darf, wenn nicht die ganzen Kämpfe, Leiden und Opfer der letzten zwölf Jahre umsonst sein sollen" [12]). Aber schon in Treysa setzten sich die Kräfte der Restauration durch, die an der inneren Struktur der Kirche nichts geändert wissen wollten und deshalb genau dort ansetzten, wo man 1933 durch den ungewollten Kirchenkampf herausgerissen worden war. Otto Dibelius formulierte diesen Willen zur Restauration so: „Es mußte etwas Neues geschaffen werden. Und — dies Neue mußte irgendwie das Alte sein" [13]).

Diese — hier nur angedeutete — Auseinandersetzung um die künftige Gestalt der Kirche lief völlig der politischen Auseinandersetzung um die künftige Ordnung der Gesellschaft parallel. Dies als Einheit erkannt zu haben, ist das Verdienst des Reichsbruderrates, die er in einer Sternstunde im August 1947 auch formuliert hat: Das „Darmstädter Wort" unterzieht die kirchliche Tradition einer schonungslosen Kritik und öffnet zugleich den Weg nach vorn, zu neuen Möglichkeiten, christliche Existenz durch die Tat zu bezeugen: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine ‚christliche Front' aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen. ... Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen" [14]).

Dieses Wort wurde in eine Zeit hineingesprochen, in der die Antihitler-Koalition bereits zerbrochen war und die Westmächte die Weichen für ihre Politik der „Eindämmung des Kommunismus" gestellt hatten. Es war konfrontiert damit, daß das US-Kapital dem deutschen Großkapital wieder auf die Beine half, um seine Potenzen im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten einzusetzen. An die Kirche wurde die Erwartung gestellt, daß sie sich wieder als eine Hauptstütze der antikommunistischen Kampagnen zur Verfügung halte. Und das tat die Mehrheit der Kirchenführer, an ihrer Spitze Otto Dibelius, ohne daß sie in Gewissenskonflikte geraten wäre. Sie nahmen es hin, daß sich eine „christliche" Partei gründete, die zum Hauptträger der gesellschaftlichen und politischen Restauration und zur Speerspitze des Antikommunismus gemacht werden sollte. Ja, obwohl sie sich so „unpolitisch" gaben, nahmen sie an der Gründung dieser „christlichen Union" aktiven Anteil, wie das „Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben" vom August 1945 zeigt, das „im Namen des Rates der EKD" von Landesbischof Wurm unterzeichnet war: „Die an vielen Orten bereits in Gang gekommenen Bestrebungen, politische Gegensätze zwischen Protestantismus und Katholizismus auszuräumen, die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den Säkularismus (das ist ein verschleiernder Begriff. Gemeint sind KPD und SPD. —

13) Mitgeteilt von Karl Kupisch, a.a.O., S. 12.
14) In: Hat die Kirche geschwiegen? Das öffentliche Wort der evangelischen Kirche aus den Jahren 1945—1964, hrsg. von Günter Heidtmann, 3. stark erweiterte Auflage, Berlin 1964, S. 34.

H. W.) zu betonen und so eine gegenseitige geistige und politische Annäherung beider Konfessionen vorzubereiten, verdienen ... unsere Unterstützung ..." [15]). Zweifellos hatte in den zurückliegenden Jahren diese Erklärung der Kirchenführer stärkeren Einfluß auf die Bewußtseinsbildung der Pfarrer als das Darmstädter Wort, das fast völlig in Vergessenheit geraten war. Der Ansatz zur Neuorientierung, den der Reichsbruderrat geboten hatte, wurde zerstört durch das Bündnis des US-amerikanischen Großkapitals mit dem deutschen, das sich um seine Restitution bemühte. Die CDU war es, die dieser Allianz politischen Boden verschaffte.

Sie schuf von neuem den Mythos von der Klassenharmonie, von der „Partnerschaft" und dem „Gemeinwohl", dem alle in gleicher Weise dienten — jeder natürlich an seinem Platz.

Aber obwohl das Darmstädter Wort in Vergessenheit kam, wirkten seine Aussagen doch weiter. Die gewaltige Woge des militanten Antikommunismus, die unter dem Stichwort „Lieber tot als rot!" lief, konnte doch Teile der Pfarrerschaft nicht daran hindern, auch weiterhin Überlegungen darüber anzustellen, welches denn die Konsequenzen dieses Rückfalls in präfaschistische Zeiten seien. Sie hatten aus dem Kampf der Bekennenden Kirche wenigstens soviel gelernt, daß ihre Verantwortung über die Kirchenmauern hinausreiche. Aus dieser Grunderkenntnis heraus, in der das „Stuttgarter Schuldbekenntnis" positiv aufgearbeitet wurde, war die Folgerung zwingend, daß sie keinen isolierten innerkirchlichen Kampf führen durften. In der praktischen Auseinandersetzung um politische Entscheidungen wurde bewußt, daß sie ihre Verantwortung nur im Kontext mit der demokratischen Bewegung verwirklichen konnten. Das ergab hier und da ein Bündnis zwischen Pfarrern und Kommunisten, das sicherlich weithin völlig unreflektiert vollzogen wurde, das aber nichtsdestoweniger eine immer stärkere Bedeutung gewinnt; denn eine Zusammenarbeit zwischen Christen und Kommunisten, zwischen Pfarrern und DKP kann nicht mit einer Verständigung über die Ontologie und Anthropologie einsetzen. Sie muß einsetzen mit der Verständigung über gemeinsame Ziele.

Wie aber ist eine Verständigung mit dem atheistischen Marxismus über gemeinsame Ziele möglich?

III

Christliche Existenz ist an keine Gesellschaftsordnung gebunden. Eine christliche Gesellschaft gibt es nicht und kann es nicht geben. Wo man eine Gesellschaftsordnung als „christlich" bezeichnet hat, dort hat sich nur die Kirche zur Maske der herrschenden Klasse machen lassen. Die Kirche hat nicht den Auftrag, die Welt zu verkirchlichen, sondern der Welt zu dienen. Das heißt aber konkret: Sie hat „der Stadt Bestes" zu suchen, sie hat mitzuhelfen, dem Nächsten Gerechtigkeit zu schaffen, sie hat an einem Frieden der Gerechtigkeit mitzubauen. Ob der Nächste, um den es geht, Christ ist oder Atheist, das ist unerheblich.

Jahrhundertelang haben Pfarrer die jeweils herrschenden Zustände als die christliche Ordnung angesehen und ausgegeben. Aber wir können heute nicht mehr das amerikanische Vorgehen in Vietnam oder die Zerstörung der Umwelt aus Profitgier als „christliche" Ordnung ausgeben, obwohl Christen dafür verantwortlich sind! Der Widerspruch zwischen dem Gebot der Nächstenliebe und imperia-

15) Karl Kupisch, a.a.O., S. 125.

listischer Machtgier, zwischen der Gleichheit aller vor Gott und monopolistischer Profitsucht ist so groß, daß er unübersehbar geworden ist.

Die Ergebnisse moderner Wissenschaft, wie Soziologie, Kybernetik und Friedensforschung, haben im übrigen gezeigt, daß die angeblich christliche These von der unausweichlichen Verflochtenheit der Welt in die Sünde — die apologetisch gegen alle Kräfte der Veränderung angewendet wird — nicht zu halten ist. Wir wissen, daß Kriege kein unausweichliches Schicksal sind, das von außen her auf die Menschheit hereinstürmen würde; der Krieg hat konkret definierbare Wurzeln. Wir wissen auch, daß soziale Ungerechtigkeit nicht naturbedingt ist, sondern daß sie Ausfluß ganz bestimmter soziologischer Gegebenheiten ist. Die angeblich „christliche" Haltung, die behauptet hat, das alles sei eine gottgegebene Ordnung, die nicht veränderbar sei, war immer die religiöse Verbrämung der jeweils herrschenden Klasseninteressen.

Wir verdanken dem Marxismus die Erkenntnis von den innerweltlichen Bedingtheiten sozialer Ungerechtigkeit und die konkrete Bedingtheit von Krieg und Frieden. Die Wirklichkeit des letzten Jahrhunderts hat erwiesen, daß diese Grunderkenntnisse des Marxismus nicht zu leugnen sind. Niemand kann in der Gegenwart noch abstreiten, daß Krieg und soziale Ungerechtigkeit ökonomische Ursachen haben. Daraus folgt, daß der Christ, wenn er seine Verantwortung wahrnehmen will, diese Grunderkenntnisse berücksichtigen muß. Er kann seine Aufgabe nicht mehr nur darin sehen, Wunden zu verbinden. Es wird ihm vielmehr darum gehen müssen, solche Wunden zu verhindern. Der Auffassung, daß diese Welt besser gemacht werden kann, als sie ist, kann er nicht widersprechen. Auch für ihn können die Ursachen von Unrecht und Gewalt ganz klar einsichtig sein: Es ist das dem Konkurrenzprinzip des Kapitalismus immanente, sich ständig steigernde Expansionsstreben, das nach immer weiter sich erstreckenden Einfluß- und Machtsphären greift. Diesem System ist der Drang nach immer stärkerer Konzentration der Macht in immer weniger Händen eigen (Monopolkapitalismus). Das führt zu immer größerer Abhängigkeit aller anderen Gesellschaftsschichten und zu dem Versuch, mit allen Mitteln der Macht, auch militärischen, andere Länder und ganze Regionen zu Ausbeutungsobjekten zu machen. Das ist diejenige zeitgenössische Erscheinung, die wir Imperialismus nennen. Damit verlagert sich der Klassenkampf auch auf die internationale Ebene.

Mit dieser Wirklichkeit ist auch die Kirche und sind auch ihre Pfarrer konfrontiert. In einer Zeit, die geprägt ist von einer umfassenden Information über Tatbestände und Vorgänge auch in den entlegensten Winkeln der Erde, ist es nicht mehr möglich, die Fakten zu leugnen. Nichtsdestoweniger ist es in der Kirche noch üblich, die Realität des Klassenkampfes überhaupt zu ignorieren. „... bis zum heutigen Tage ist man offiziell in Kirche, Ökumene und Theologie offenbar gehemmt, die Frage nach dem Klassenkampf überhaupt zu stellen; denn das würde zugleich bedeuten, das die Situation und Position der Kirche in der Klassenauseinandersetzung diskutiert werden müßte" [16]). So schwierig es ist, die Realität selbst zu leugnen, so unmöglich ist es, die Relevanz dieser Problematik für eine christliche Ethik zu verneinen. Welche Voraussetzungen hat der Christ, um in dieser weltweiten Klassenauseinandersetzung seinen Platz zu finden?

Es ist mittlerweile in der Theologie ziemlich unumstritten, daß das Neue Testament keine konkreten Anweisungen für die jeweils aktuelle Frage zur Verfügung stellt. Über eine Grundorientierung gehen die Schriften des Neuen Testamentes

16) Gerhard Bassarak, Konvergenztheorie in der Theologie?, in: Christen und Revolution, hrsg. von Heinrich Werner, Köln 1971, S. 20.

nicht hinaus — soweit wir es nicht mit Einsprengseln zeitgenössischer Moral in die neutestamentlichen Schriften zu tun haben. Diese Grundorientierung aber ist eindeutig: Es ist die Forderung nach Gerechtigkeit für den Nächsten — also die Forderung nach Solidarität mit dem unterdrückten Entrechteten, mit dem, dem der Friede genommen ist. Diese Solidarität treibt zum Handeln. Die Frage nach Glauben und Weltanschauung dieses Nächsten wird überhaupt nicht gestellt, wie es z. B. das Gleichnis vom barmherzigen Samariter so außerordentlich plastich vor Augen stellt. Vom neutestamentlichen Zeugnis her ist es auch absolut unproblematisch, mit wem der von Christus Berufene gemeinsam für Gerechtigkeit und Frieden in dieser Welt eintreten dürfe. Nicht, mit wem wir uns zusammentun, um Ungerechtigkeit und Unfrieden zu überwinden, ist entscheidend; entscheidend ist allein, daß wir diese Aufgabe in Angriff nehmen.

So hat der Christ — auch der Theologe — keinen klügeren Kopf als andere Menschen. Er kann sich auch nicht anmaßen, daß er allein die rechte menschliche Einstellung zu den Problemen der Unterdrückten und Entrechteten habe. Er ist nicht beauftragt, mit seinem Glauben andere zu beherrschen, sondern im Glauben zu dienen. Von daher sind alle Möglichkeiten der Kooperation, mit wem auch immer, vollständig offen. Entscheidend ist allein, auf welches Ziel diese Kooperation angelegt ist. Vom Evangelium Jesu Christi her gibt es keinen entscheidenden Einwand gegen eine konkrete Zusammenarbeit mit Atheisten, auch mit Kommunisten, auch mit der Deutschen Kommunistischen Partei.

Dennoch gibt es eine Fülle von Versuchen, der konkreten Zusammenarbeit dadurch auszuweichen, daß man das Problem auf eine andere Ebene verlagert. Man führt dann den „Dialog" über ontologische Fragen und gibt vor, dabei die Verständigung mit dem Marxismus zu suchen. In Wirklichkeit handelt es sich um den untauglichen Versuch, den Sozialismus zu „taufen". Schon Wichern hatte in Anspruch genommen, daß eigentlich nur das Christentum den Namen Sozialismus für sich beanspruchen dürfe. Dieses Motiv ist wieder aufgegriffen worden: Man gesteht dem Marxismus die Erkenntnis einiger Teilwahrheiten zu, um ihm dann eigene „Wahrheiten" einreden zu wollen. Die entscheidenden gesellschaftlichen Fragen spielen in diesem „Dialog" keine Rolle; man hilft sich vielmehr mit Thesen wie der von der „Entfremdung des Menschen durch die Technik", die angeblich in allen gesellschaftlichen Systemen in gleicher Weise gegeben sei. Darin will man einen Ansatz finden, der die Möglichkeit gäbe, den so in seiner Einsamkeit verlassenen Einzelmenschen mit einer Botschaft aus einem Jenseits wieder zu trösten. Diese Versuche haben den Impetus, die konkreten Gegensätze in der Gesellschaft zu verschleiern und eine Klassenharmonie dadurch herzustellen, daß man behauptet, alle Individuen hätten die gleichen existentiellen Probleme. Das mag in einem Teilbereich menschlicher Existenz stimmen — aber entscheidend für die Zukunft der Menschheit ist doch, an der Errichtung einer gerechten Gesellschaft zu wirken, auf deren Hintergrund die individuellen Probleme einen neuen Stellenwert bekommen.

In diesem Bemühen helfen aber keine Ontologien. Hier ist der Christ so wie jeder andere darauf angewiesen, daß er den denkbar nützlichsten Gebrauch von seinem Verstand macht. Er muß sich dazu der besten Mittel bedienen, die seine Zeit ihm anbietet. Von da aus ist keine Position vorstellbar, die es dem Pfarrer grundsätzlich verbieten würde, mit der DKP zusammenzuarbeiten. Was könnte ihn daran hindern, ein Bündnisangebot von jener Seite anzunehmen? Und ein solches Angebot liegt vor, wenn Kommunisten im Rahmen ihrer antiimperialistischen und antimonopolistischen Bündnispolitik zu einer Einschätzung der Zusam-

menarbeit mit Christen kommen, wie sie bei der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau im Juni 1969 formuliert wurde: „... Infolge der ernsten Verschärfung der sozialen Widersprüche haben sich in vielen kapitalistischen Ländern Möglichkeiten für ein Bündnis der revolutionären Arbeiterbewegung mit breiten Massen von Gläubigen auf antimonopolistischer und antiimperialistischer Grundlage ergeben. Die katholische Kirche und einige andere Religionen befinden sich in einer ideologischen Krise, die ihre jahrhundertealten Konzeptionen und Strukturen erschüttert. In einigen Ländern entwickeln sich Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen zwischen den Kommunisten und den breiten demokratischen Massen der Katholiken sowie den Anhängern anderer Religionen; große Aktualität erlangte ihr Dialog über solche Probleme wie Krieg und Frieden, Kapitalismus und Sozialismus, Neokolonialismus und Entwicklungsländer. Ihre gemeinsamen Aktionen gegen Imperialismus, für Demokratie und Sozialismus gewinnen an Bedeutung. Die Kommunisten sind überzeugt, daß gerade auf diesem Wege breit angelegter Kontakte und gemeinsamer Aktionen die große Masse der Gläubigen zur aktiven Kraft im antiimperialistischen Kampf und bei tiefgreifenden sozialen Umgestaltungen wird."

Eine faire Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten ist natürlich nicht auf der Basis möglich, daß die gegensätzlichen Anschauungen — dort, wo sie existieren — verkleistert würden. Diese Gegensätze müssen auch offen ausgesprochen werden: „Unstrittig steht die wissenschaftliche, marxistische Auffassung von der uns umgebenden Welt in vollem Gegensatz zu den religiösen Ansichten, die eine verkehrte Vorstellung von ihr geben. Die Religion als eine falsche Form der geistigen Aneignung der Wirklichkeit kann Millionen Menschen vom Kampfe gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter, für eine wahrhaft humane Ordnung diesseitig menschlichen Zusammenlebens auf die Erwartung einer jenseitigen oder jedenfalls außerweltlichen Dimension ablenken. — Aber die objektiven sozialen Faktoren und die realen Triebkräfte der Revolution sind stärker als die ideologischen Unterschiede zwischen Marxisten und Christen" [17]). Auch für Kommunisten ist also die weltanschauliche Übereinstimmung nicht die Voraussetzung für ein faires Bündnis. Der Vorsitzende der DKP, Kurt Bachmann, hat das in einer Rede beim evangelischen Kirchentag in Stuttgart am 18. Juli 1969 festgestellt: „Ebenso, wie viele evangelische und katholische Christen aus ihrem Glauben heraus im Widerstand gegen die NS-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg gestanden haben, ebenso waren seit Bestehen der Bundesrepublik Christen am Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt hervorragend beteiligt. Wir können heute nicht mehr von den Christen schlechthin sprechen ... Religiöse Überzeugung ist heute auch für viele Menschen in der Bundesrepublik nicht mehr Hindernis, sondern Grund, sich am Kampf für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt zu beteiligen. Deshalb unterscheiden wir Kommunisten zwischen gläubigen Christen und solchen kirchlichen Kreisen, die den christlichen Glauben für die Interessen der herrschenden reaktionären Kräfte mißbrauchen und die Kirche in den Dienst der Reaktion stellen wollen."

Die Kirche lebt nicht außerhalb der Gesellschaft. Die Pfarrer sind in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hineingespannt wie jeder andere Teil der Gesellschaft auch. Sie sind — wenn sie ihren Dienst recht tun — mit den Nöten und Problemen ihrer Mitmenschen auch oder gerade in den unterpriviligierten Schichten eng verbunden. Sie sind in die Klassenauseinandersetzung einer Gesellschaft hineinverwoben. Durch die ökumenische Solidarität nehmen sie Anteil an

17) Robert Steigerwald, Möglichkeiten und Grenzen des Dialogs zwischen Marxisten und Christen, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 14. Jhg., Heft 10/1971.

den Auseinandersetzungen ihrer Brüder in Afrika oder Lateinamerika, in Vietnam und Portugal. Sie sind in die nationalen und internationalen Klassenauseinandersetzungen hineingestellt. So widerspiegelt sich der Klassenkampf auch innerhalb der Kirche. Freilich fällt es den Kirchen schwer, sich in dieser Realität zurechtzufinden. Immer noch sind die führenden Kräfte in den Kirchen eng verbunden mit den herrschenden Kräften unserer Gesellschaft. Es bestehen noch vielfache Bindungen an den Herrschaftsapparat des monopolkapitalistischen Staates. Aber die Tatsache, daß dies heute innerhalb der Kirche zum Problem geworden ist, öffnet die Perspektive für eine künftige fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Pfarrern und Marxisten, zwischen Christen und Kommunisten.

Aus ausländischen Zeitschriften

Probleme der Leitung und Organisation in der bürgerlichen Soziologie

Von Nikolai W. Nowikow

Unter der Rubrik „Aus ausländischen Zeitschriften" veröffentlichen die „Blätter" in unregelmäßiger Folge ausgewählte Beiträge aus internationalen politisch-wissenschaftlichen Publikationen. Die nachstehend abgedruckte Arbeit entnahmen wir der Zeitschrift „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", Heft 8/1972. D. Red.

Die kapitalistische Gesellschaft unserer Tage entwickelt sich immer mehr zu einem verzweigten Netz verschiedenartiger wirtschaftlicher, politischer und kultureller Organisationen.

Dieser Prozeß, der mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus einhergeht, ruft eine Reihe von Erscheinungen hervor, die die bürgerlichen Ideologen zwingen, von gewohnten Schemata abzugehen und den Problemen der sozialen Organisation immer größere Beachtung zu schenken. Solche Erscheinungen sind die Verstärkung der Macht des Staates in der Wirtschaft sowie eine bisher noch nicht dagewesene Erweiterung der Einflußsphäre der politischen Organisationen, die Anspruch darauf erheben (und das durchaus mit Erfolg), nicht nur das Verhalten der Bürger, sondern auch ihr geistiges Leben zu kontrollieren, das isolierte, spontan handelnde bürgerliche Individuum in ein Teilchen des „großen Ganzen" — der Organisation — umzuwandeln.

Auf die Entwicklung der Organisation selbst übt die wissenschaftlich-technische Revolution einen wesentlichen Einfluß aus. Die bürgerlichen Ideologen betrachten immer häufiger die Anpassung der Organisationsprinzipien an die von Wissenschaft und Technik gebotenen Möglichkeiten als Mittel, um die sozialen Probleme und Widersprüche der gesamten kapitalistischen Gesellschaft zu lösen.

Das ist für die USA besonders charakteristisch. In den letzten zehn Jahren bemühten sich dort buchstäblich alle Sozialwissenschaften und vor allem die Soziologie, diese Erscheinungen zu erfassen. Die neue Richtung in der Theorie der Organisation, die als „strukturelle Analyse" oder „Neorationalismus" bezeichnet wird (ihre Verfasser sind H. Simon, A. Gouldner u. a.), versucht, eine Konzeption einer „idealen" Organisation und Leitung der Gesellschaft zu formulieren.

Der „Neorationalismus" ist für die amerikanische Soziologie eine wesentliche Linie der ideologischen Aneignung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse der bürgerlichen Organisation. Der „Neorationalismus" ist eng verbunden mit weitreichenden ideologischen Prozessen und vor allem mit der Formung der Weltanschauung der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz. All das läßt ihn zu einem wichtigen Phänomen des ideologischen Lebens der heutigen amerikanischen Gesellschaft werden.

Von den „Human Relations" zum „Neorationalismus"

Der „Neorationalismus" entstand in der Auseinandersetzung mit der in der amerikanischen Managementtheorie vorherrschenden Richtung — mit der Doktrin der „Human Relations" — und ist bestrebt, die heute für viele sichtbaren Mängel dieser Doktrin zu überwinden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß dieser Anspruch unbegründet ist: Sowohl der „Neorationalismus" als auch die „Human Relations" *gehen nicht* über die Grenzen der spezifisch bürgerlichen Auffassung der inneren Mechanismen der sozialen Organisation hinaus.

Worum geht es in der Polemik vor allem, und welches sind die Hauptthesen der neuen Richtung?

Die Doktrin der „Human Relations" war in den USA in den 20er und 30er Jahren entstanden. Zu dieser Zeit ging man in der Managementliteratur von der Ansicht ab, daß der Lohnarbeiter lediglich ein „biologisches Wesen" sei (eine solche Vorstellung lag der Theorie und Praxis des Taylorismus zugrunde), und begann eine „psychosoziale" Konzeption aufzustellen, in der berücksichtigt wurde, daß der Mensch nicht nur über physische und physiologische Eigenschaften, sondern auch über Willen, Emotionen und Moral verfügt.

Die Konzeption vom Arbeiter als „psychosozialem Wesen" geht davon aus, daß „andersartige Werte — der Status und das Vertrauen in die Arbeit, die ‚Gruppenzugehörigkeit' und die ‚individuelle Anerkennung' — für die Aufrechterhaltung des Interesses des Arbeitenden an seiner Tätigkeit ebenso wichtig sind wie die Bezahlung in Dollar" [1]). Der „psychosoziale" Charakter des Individuums besteht nach der Konzeption der „Human Relations" darin, daß der Lohnarbeiter nicht nur über Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügt (deren Manipulierung vom Taylorismus entwickelt wurde), sondern auch über moralisch-psychische Triebkräfte, daß er daran interessiert ist, dem Gesamtwohl des Kollektivs, der Organisation zu dienen. Das Interesse an der Erreichung dieser oder jener gemeinsamen Ziele der Gruppe oder der Organisation insgesamt stellen die „Human-Relations"-Theoretiker als „Kollektivismus", als Gegensatz zur Orientierung auf die Erzielung eigenen Vorteils hin.

Zur Konzeption der „Human Relations" gehörte auch die Auffassung von der Struktur der Organisation als einer Art „Netz zwischenmenschlicher Beziehungen". Die funktionalen Abhängigkeiten zwischen den Menschen (Abhängigkeiten zwischen Ausführenden und Leitenden, Abhängigkeiten, die sich aus der Arbeitsteilung und den damit verbundenen Pflichten ergeben, usw.) wurden als ein Produkt ihrer Beziehungen als Persönlichkeiten, als ein Produkt ihrer gegenseitigen Sympathien oder Antipathien verstanden. Eines der Hauptprobleme, dessen Lösung sich die Verfechter der „Human Relations" als Verdienst anrechnen, besteht in der Bestimmung des Charakters der Leitung in Organisationen jeglicher Art. Leitung ist nach ihrer Ansicht „Arbeit mit den Menschen". Die wichtigste Pflicht des Leiters besteht darin, die inneren Möglichkeiten der ihm unterstellten Personen auszuschöpfen, Mittel einzusetzen, die die Lohnarbeiter zu „selbstlosem Enthusiasmus" anregen. „Die Anerkennung des Arbeiters als Kamerad und der Glaube an seine Würde sind die Grundlage jeder Philosophie des Managements, sie

[1]) J. W. Hill, Corporate Public Relations. Arm of Modern Management, New York 1958, S. 89.

übertreffen in ihrer Bedeutung um ein vielfaches die Technik der Leitung und die rein funtkionalen Prinzipien. Die auf einem tiefen Glauben an den Menschen beruhende Orientierung auf die menschlichen Werte ist die Grundlage für die Effektivität des Managements", schreiben Theoretiker der „Human Relations" [2]).

Bei einer solchen Auffassung des Charakters der Leitung muß sich der Manager vor allem in den psychischen und moralischen Bedürfnissen der Unterstellten gut auskennen, so daß er die Lösung rein geschäftlicher, technischer Probleme mit der Befriedigung dieser Bedürfnisse verbinden kann. Von besonderer Bedeutung für diese so weit gefaßte Leitung ist die Intuition, die Fähigkeit, die Beziehungen zu den Unterstellten oder zum übergeordneten Leiter auf der Grundlage des gesunden Menschenverstandes und der Lebenserfahrung zu gestalten.

Eben diese Auffassung vom Wesen der Leitung wird von den „Neorationalisten" in erster Linie kritisiert. Sie bezeichnen den Standpunkt der „Human Relations" als „Voluntarismus". Simon, Gouldner und die anderen Soziologen sehen ihre Aufgabe darin, eine rationalistische Leitungskonzeption zu begründen und ein soziales Schema der Organisation zu konstruieren, das die Voraussetzungen für eine „wahrhaft wissenschaftliche" Leitung schafft. „Die administrative Tätigkeit wird gewöhnlich als Kunst des Anspornens betrachtet", schreibt Simon. Erforderlich sei jedoch etwas anderes, nämlich die „Erarbeitung von Organisationsprinzipien, die sowohl die Richtigkeit des Prozesses der Entscheidungsfindung als auch die Effektivität der Tätigkeit bedingen" [3]).

Nach der „neorationalistischen" Konzeption bedeutet Leitungstätigkeit in einer Organisation das Treffen von Entscheidungen, wozu gute Kenntnis der zu leitenden Prozesse erforderlich ist. Leiten kann folglich nur ein Spezialist und auch nur in Bereichen, für die er kompetent ist. Simon wendet sich gegen die Überbewertung des „menschlichen Elements" in der Leitungspraxis. Eine rationelle Leitung verlange Qualifikation und sei unabhängig von den moralischen, psychologischen, ideologischen und übrigen Beziehungen zu den Unterstellten. Der Leiter ist nach Simon ein Spezialist, der bei Entscheidungen nur von der funktionell-technischen Seite des zu leitenden Prozesses ausgeht. Andernfalls „tritt Chaos an die Stelle von Organisation, und jegliche Verantwortung geht verloren" [4]).

Die „Neorationalisten" betrachten die Organisationsstruktur als System funktionaler, durch die Arbeitsteilung entstandener Abhängigkeiten, als Gesamtheit von Pflichten, die nicht durch persönliche (moralisch-psychologische) Beziehungen, sondern durch formale Vorschriften und Regeln bedingt sind.

Ihrem Programm liegt die Forderung zugrunde, die Leitung den Prinzipien der Kompetenz und des organisatorisch-technischen Nutzeffekts unterzuordnen. Aber gerade diese zentrale Forderung der „Neorationalisten" erweist sich als unhaltbar angesichts der Spezifik jener sozialen Organisation, mit der es die „Neorationalisten" zu tun haben. Sie berücksichtigen nicht die wesentlichen Merkmale des gegebenen, d. h. des bürgerlichen Organisationstyps. Vor allem lassen sie dessen sozialökonomischen Charakter außer Betracht, die Tatsache, daß dieser auf dem Kauf der Arbeitskraft, auf der Ausbeutung der Arbeiter basiert. Das organisatorisch-technische System mit seinen einzelnen Gruppen, Zellen und Individuen ist in soziologischer Hinsicht nur die Voraussetzung und das Wirkungsfeld für die Erzielung von Profit.

Die „Neorationalisten" überbewerten die Möglichkeiten, die im Rahmen der bürgerlichen Organisation für rein organisatorische und technische Entscheidungen gegeben sind. Dies erklärt sich letztlich daraus, daß sie die Tätigkeit des Individuums losgelöst von den sozialen Faktoren betrachten, die dessen Verhalten beeinflussen.

Die bürgerliche Organisation ist Ausdruck der ökonomischen Gesellschaftsformation, und als eine Art Mikrokosmos verkörpert sie die typischen Merkmale des Gesamtsystems.

[2]) W. R. Brown, R. W. Henderson, L. Kaiser, The Positive View on the Human Element, „Advanced Management", August 1959, S. 9.
[3]) H. Simon, Some Further Requirements of Bureaucratic Theory, „Reader in Bureaucracy". Ed. by R. Merton, A. Gray, H. Hockey, H. Selvin, Glencoe 1960, S. 51.
[4]) H. Simon, Decision — Making and Administrative Organization, „Reader in Bureaucracy", S. 191.

Das bürgerliche Individuum betrachtet in der Regel die verschiedenen Arten seiner „eigenen" oder ihm von der Gesellschaft auferlegten Tätigkeiten als Mittel zur Erreichung des Hauptziels — des persönlichen materiellen Vorteils. Die Profitjagd reduziert sich nicht auf den Konkurrenzkampf der Unternehmer, sie spielt sich nicht nur auf dem Markt ab. Auf diesem Prinzip beruht auch die Tätigkeit der Individuen im Rahmen der bürgerlichen Institutionen.

Die Verfolgung dieses „ewigen" Ziels der bürgerlichen Gesellschaft nimmt unter den Bedingungen einer Organisation unweigerlich besondere Formen an. Die Erzielung persönlichen Gewinns durch das Individuum hängt nämlich direkt davon ab, wie effektiv die vor der Organisation insgesamt stehenden Aufgaben gelöst werden. Diese Momente beeinflussen wesentlich den Inhalt und die Richtung der Tätigkeit des Individuums, einbegriffen jene Tätigkeit, die auf den ersten Blick mit der Lösung rein technischer Fragen verbunden und der organisatorisch-technischen Rationalität unterworfen ist.

Das Programm des „Neorationalismus" geht davon aus, daß die bürgerliche Organisation als ein sozial neutrales, nur-technisches System funktioniert. In Wirklichkeit machen die Privatinteressen und der Kampf um ihre Realisierung, die Widersprüche zwischen den Individuen und den Gruppen in der gegenwärtigen bürgerlichen Organisation ein solches Funktionieren unmöglich [5]).

Sowohl die Konzeption der „Human Relations" als auch der „Neorationalismus" erfassen nur äußere Merkmale. Ohne grundlegende Umgestaltung der sozialpolitischen Struktur kann die Leitung weder „Humanismus in Aktion" noch eine „technisch qualifizierte Leitung" werden.

Die soziale Basis der Evolution der Doktrinen

Die „Human Relations" waren ein spezifischer ideologischer Reflex jener Organisationen, die unter den Bedingungen des Monopolkapitals, des Abbaus der freien Konkurrenz, der Bildung gewaltiger Unternehmen existieren und das vorhandene „Menschenmaterial" der bürgerlichen Gesellschaft immer stärker in sich einbeziehen. Gegenüber der Epoche der freien Konkurrenz kommt es im staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einer gewaltigen Ausweitung des Leitungsapparates und des Hilfspersonals der Produktion, die sich zu selbständigen Organisationen entwickeln (Absatz- und Reklameorganisationen usw.). Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, die Vervollkommnung von Produktion und Leitung weiten den Kreis ingenieurtechnischer Aufgaben zur Koordinierung und Leitung der Tätigkeit insgesamt immer mehr aus und lassen folglich innerhalb der Organisationen die Zahl der mit der Wahrung der Interessen des „Ganzen" unmittelbar Beschäftigten anwachsen.

Eben diese objektiven Umstände verstärkten bei den Mitgliedern der Organisation das Bestreben, die eigenen Interessen in Form bewußter Aktivität „zum Wohl der gesamten Organisation" zu befriedigen.

Solche Prozesse gab es bereits in der Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus. Auch in ihren frühen Entwicklungsetappen übte die Organisation Funktionen aus, die mit der allgemeinen Koordinierung der Tätigkeit verbunden waren. Doch erst im 20. Jahrhundert, mit der Vergrößerung und der Konzentration der Organisationen, wurden diese zu Massenfunktionen, zu deren Ausführung zahlreiche Lohnarbeiter notwendig sind.

Die Theorie der „Human Relations" brachte erstmals in der amerikanischen Soziologie deutlich und bestimmt die Interessen einer breiten Schicht zum Ausdruck, die ihr pri-

5) Die Leugnung des Kampfes der Privatinteressen als Grundlage der Lebenstätigkeit der modernen bürgerlichen Organisation ist der Hauptmangel der liberalen Interpretation der „nachindustriellen" Gesellschaft. Am konsequentesten kommt diese Ansicht in den Arbeiten von J. Galbraith zum Ausdruck, nach dessen Meinung angesichts der Herausbildung einer „ökonomisch nicht interessierten Technostruktur" die technisch-organisatorischen Bedürfnisse angeblich zur einzigen inneren Triebkraft der Organisation (des Unternehmens) werden.

vates Interesse mit den Erfolgen der gesamten Organisation bewußt identifizierte. In dieser Theorie wird die Ausrichtung persönlicher Ziele auf die Ziele der Organisation als wichtige Garantie der Arbeitsproduktivität und folglich einer entsprechend hohen Belohnung von seiten der Organisation angesehen.

Die Doktrin der „Human Relations" widerspiegelte die Besonderheiten jener Etappe der Konzentration und der Vergrößerung der Organisationen in den USA, die der Krise von 1929 folgte. In diesen Jahrzehnten waren nicht sosehr die wissenschaftlich-technischen Prinzipien der Organisationstätigkeit von entscheidender Bedeutung (die eigentliche technische Grundlage der Leitung wurde wesentlich später, mit der Einführung der Automatisierung und der Computer geschaffen) als vielmehr die Verbesserung der Administration, die Vervollkommnung der Beziehungen zwischen den einzelnen Bereichen und Zellen des Betriebes.

Das bewirkte eine Erweiterung der Reihen des „klassischen" Managements, d. h. jener Personen, die zu leiten verstanden, die die Arbeiter zu überzeugen und deren eigene Wertorientierungen geschickt auszunutzen vermochten.

Die sich in den 30er und 40er Jahren herausbildende Managerschicht war eine recht eigenartige Erscheinung. Die amerikanischen Soziologen äußern sich sehr geringschätzig über deren berufliche Qualifikation als Spezialisten und Leiter. Da die Manager außer ihrer Fähigkeit und Fertigkeit „zu leiten" und „sich unterzuordnen" keine weiteren Mittel haben, um ihre eigenen Ziele zu erreichen, versuchen sie, sich dem in der Organisation bestehenden Machtsystem anzupassen. Gewöhnlich streben sie daher außerhalb dieser Organisation keine besonderen Werte an. Dieses „Vertrauensverhältnis" wird als „Norm" für alle übrigen Mitglieder der Organisation hingestellt.

Diese Theorie der Leitung ist faktisch unmittelbarer Ausdruck der Interessen der genannten Managerschicht. Der Akzent, der in der Leitungstätigkeit auf die situationsbedingte „freie Orientierung" und nicht auf ein System von Vorschriften gesetzt wird, ermöglicht es dieser Schicht, solche persönlichen Beziehungen zwischen Chef und Personal herzustellen, von denen letzten Endes ihr Wohlergehen abhängt. Die Fetischisierung des „Netzes der zwischenmenschlichen Beziehungen" und die Vorstellung, es handle sich hierbei um ein konstituierendes soziales Organisationsprinzip, rühren daher, daß die Theoretiker der „Human Relations" die Organisation mit den Augen des Managers, des Vertreters der Leitungshierarchie betrachten, für den die zwischenmenschlichen Beziehungen das „Feld" sind, auf dem er „sät und erntet".

Welche Veränderungen in den amerikanischen Organisationen ließen nunmehr den „Neorationalismus" aufkommen? In den letzten zwanzig Jahren stellten der wissenschaftlich-technische Fortschritt, die Automatisierung der Produktion und der Leitung, das Eindringen der Wissenschaft in diese Gebiete neue Anforderungen an die Leitung im Rahmen der bürgerlichen Organisationen.

Unter kapitalistischen Bedingungen können diese Anforderungen nicht vollständig realisiert werden, da die Arbeit der Organisationen auf die Erzielung von Profit ausgerichtet ist und die wissenschaftlich-technischen Prinzipien diesem Ziel untergeordnet werden. Doch müssen die bürgerliche Organisation und ihre Leitungsmethoden diesen objektiven, durch die wissenschaftlich-technische Revolution hervorgebrachten Anforderungen Rechnung tragen.

Gegenwärtig verstärkt sich im Rahmen der auf antagonistischen sozialökonomischen Widersprüchen beruhenden bürgerlichen Organisation die Tendenz zur Koordinierung und Vereinigung der Produktions- und Leitungsprozesse. Ein modernes Unternehmen kann ohne Berücksichtigung der wissenschaftlich-technischen Errungenschaften nicht effektiv arbeiten. Deshalb ergibt sich für die Leitungstätigkeit immer häufiger die Aufgabe, technologische Prozesse zu leiten und deren Anteil am Gesamtumfang der Leitung zu erhöhen. Diese Prozesse lassen neue Berufsschichten und -gruppen entstehen, die Leitungsarbeit dieser Art verrichten und die Tätigkeit der Organisationen wissenschaftlich und ingenieurtechnisch absichern. Eben auf dieser Grundlage entstand die Ideologie

des „Neorationalismus". Wie bereits gesagt, reduziert sich die Konzeption des „Neorationalismus" inhaltlich auf eine Fetischisierung der Rolle der wissenschaftlich-technischen Rationalität und der technischen Leitungsprinzipien: Als „ideale" Organisation gilt ein System, das nach Prinzipien geleitet wird, die von sozialen Momenten „frei" sind. Der „Neorationalismus" ist die vom Standpunkt der unmittelbaren Interessen der neuen Schicht der Intelligenz aus erfolgende Interpretation der zunehmenden Rolle der Technik und der technischen Leitungsprinzipien. Die Konzeption des „Neorationalismus" verkörpert das Alltagsbewußtsein dieser neuen Schicht. Und in den Besonderheiten ihrer sozialen Stellung sind auch die Quellen der Polemik zwischen dem „Neorationalismus" und der „Human-Relations-Bewegung" zu suchen.

Die in den letzten Jahrzehnten im Leitungsbereich entstandene neue Gruppe qualifizierter Spezialisten (die Soziologen bezeichnen sie als Intelligenz-Techniker [„technic-intelligent"]) zeichnet sich durch einen hohen Grad der Allgemein- und Berufsbildung aus. Dieser Teil der technischen Intelligenz ist ein Fremdkörper in einer Organisation, die nach den Prinzipien der „allgemeinen Leitung" und der „Human Relations" aufgebaut ist. Die Opposition der „Intelligenz-Techniker" gegen eine Leitung, die sich nicht auf technische Qualifikation, sondern auf alle möglichen persönlichen Beziehungen gründet, erklärt sich vor allem daraus, daß dieses System ihnen den beruflichen Aufstieg erschwert. Der „Intelligenz-Techniker" braucht fest umrissene Regeln und funktionelle Vorschriften. Berufskenntnisse, Fertigkeiten und allgemeine Kultur sind für ihn die einzig vernünftige Grundlage für ein Aufsteigen in der Leitungshierarchie. „Macht muß sich auf Wissen gründen", „das Recht zu leiten haben nur Spezialisten" — so lauten die Forderungen dieser Schicht.

Auch der „Intelligenz-Techniker" betrachtet den Dienst für das „Gemeinwohl" als einziges Mittel, um zu persönlichem Erfolg zu gelangen. Doch im Gegensatz zum alten Management mißt er den Beitrag zu diesem Wohl und dementsprechend auch die Belohnung am wissenschaftlich-technischen Niveau der Leitung. Diese Forderungen der Intelligenz nach Wissenschaftlichkeit sind Ausdruck der individuellen Bemühungen um eigenen sozialen Aufstieg.

Trotz der unterschiedlichen Empfehlungen des „Neorationalismus" und der „Human-Relations"-Konzeption hinsichtlich der Effektivität der Leitung und optimaler Organisationsbeziehungen sind ihre Auffassungen vom Wesen der Organisation und von den Wegen ihrer Vervollkommnung in den Grundzügen identisch. Beide Konzeptionen sehen in der „idealen" bürgerlichen Organisation einen von inneren Widersprüchen freien Organismus. Während die Vertreter der „Human Relations" die Organisation faktisch als ein „Netz zwischenmenschlicher Beziehungen" betrachten, gehen die „Neorationalisten" davon aus, daß die von ihnen vorgeschlagenen Methoden der sozialen Leitung die Organisation zu einer Welt „idealer" wissenschaftlich-technischer Rationalität werden lassen.

Beide der genannten Theorien verstehen unter Organisation auf jeden Fall eine solche soziale Ordnung, die Interessenkollisionen direkt ausschließt. Diese Vorstellung rührt daher, daß die ökonomischen, soziologischen und ethischen Doktrinen der bürgerlichen Ideologie den bürgerlichen Typ der Tätigkeit mit einer einzigen Form dieser Tätigkeit identifizieren, nämlich mit dem Profitstreben des unabhängigen Unternehmers im ökonomischen Konkurrenzkampf. Und entsprechend wird die Tätigkeit des Individuums im Rahmen der Organisation — die Lösung von Teilaufgaben, das Mitwirken am „Gemeinwohl" — von der bürgerlichen Ideologie als Antipode der individualistisch orientierten Tätigkeit verstanden.

Ebendeshalb brachte die stürmische Entwicklung der „Organisiertheit" in den USA verschiedene apologetische Konzeptionen hervor, denen zufolge in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft angeblich die Jagd nach dem Profit aufhört. In Wirklichkeit hat sich nur der Bereich der freien Konkurrenz und der ihr entsprechenden Methoden beträchtlich verringert. Dagegen haben die organisationsabhängigen Methoden zur Realisierung der Prinzipien des bürgerlichen Individualismus Massencharakter angenommen. Letzten Endes sind die Unterschiede zwischen „Neorationalismus" und der „Human-

Relations"-Doktrin also nur insofern wesentlich, als diese verschiedene Ansichten des bürgerlichen „Profitsuchenden" hinsichtlich der Mittel und Methoden seiner Tätigkeit in den verschiedenen Etappen der bürgerlichen Organisation zum Ausdruck bringen. Der „Neorationalismus" richtet sich gegen die bestehende Ordnung in den amerikanischen Organisationen, gegen den Status quo ihrer Struktur und ihrer Arbeitsprinzipien. Er bringt die Forderung nach Veränderungen zum Ausdruck, die der hinter ihnen stehenden sozialen Schicht im Rahmen der gegebenen Organisation die Möglichkeit zur umfassenderen Befriedigung ihrer Interessen bieten sollen.

Die neue Ideologie in der sozialhistorischen Perspektive

Seinem Inhalt nach steht der „Neorationalismus" einer Reihe wichtiger ideologischer Strömungen in den USA nahe, hauptsächlich solchen, die im Rahmen der Organisationen die Interessen der wirtschaftlich-technischen Intelligenz und des wissenschaftlich-technischen Managements zum Ausdruck bringen.

Das zahlenmäßige Wachstum und die zunehmende funktionale Bedeutung dieser Schichten in der Tätigkeit der Organisationen sind für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens charakteristisch, auch für die Massenkommunikation und die Politik. Einer der amerikanischen Vertreter der „sozialen Kritik", N. Birnbaum, schreibt über die Gruppe der Spezialisten, daß sie ein Monopol in solchen Disziplinen besitzen, die eng mit der Arbeit des modernen Staates verbunden sind (Rechtswissenschaft, Leitungswissenschaft, Ökonomik, Ingenieurwissenschaften, Medizin usw.). Die Durchschnittspolitiker und -parlamentarier könnten — sofern sie nicht selbst aus den Reihen dieser Spezialisten kommen — ihre Macht nur nominell ausüben. In Wirklichkeit würden gerade die Spezialisten die Politik bestimmen [6]).

Die Beobachtungen Birnbaums enthalten viel Wahres. Unzutreffend ist jedoch die These, daß die Spezialisten das politische Leben lenken, während die Regierungskreise nur „nominell" die Macht ausüben. An den entscheidenden Punkten der Innen- wie auch der Außenpolitik der USA konzentriert sich die Macht nach wie vor in den Händen der herrschenden Elite, die bei der Entscheidungsfindung von Fall zu Fall auf die Empfehlungen und die Kenntnisse der Spezialisten zurückgreift.

Dieser Widerspruch zwischen der sich auf der Grundlage von Reichtum und „Erbrecht" rekrutierenden „machtausübenden Elite" und der breiten Schicht der technischen Intelligenz wurde in den letzten Jahrzehnten besonders deutlich. Mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und bedingt durch die wachsende soziale Rolle, die die wissenschaftlich-technische Intelligenz in diesem Prozeß spielt, reproduziert und verschärft sich dieser Widerspruch fortwährend.

Die Einstellung dieser neuen Schicht in den amerikanischen Organisationen äußert sich heute in immer klareren ideologischen Formen. So fordert man eine Umgestaltung der Machthierarchie in den Organisationen entsprechend dem Kompetenz- und Qualifikationsprinzip.

Der „Neorationalismus" ist eng verbunden mit der unter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz weit verbreiteten Ideologie des „Szientismus", demzufolge sich das gesellschaftliche Leben und alle sozialen Beziehungen auf Gesetzmäßigkeiten gründen müssen, die den in den Naturwissenschaften formulierten Gesetzmäßigkeiten analog sind. Diese Ideologie fordert, „Schluß zu machen mit den Werten" im ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Leben und an ihre Stelle Regeln des „wissenschaftlichen Umgangs mit dem Objekt" zu setzen [7]).

Der gemeinsame Nenner der verschiedenen Bewußtseinsformen der amerikanischen wissenschaftlich-technischen Intelligenz ist zweifellos ihre technokratische Weltanschauung. Die Forderung nach der Macht der „Spezialisten" fand in der technokratischen Ideologie bereits in den dreißiger Jahren ihren Niederschlag, als Scott und andere Technokraten

[6]) N. Birnbaum, The Crisis of Industrial Society, New York 1969, S. 78/79.
[7]) Ausführlicher über den Szientismus vgl. H. H. Whyte, Jr., The Organization Man, New York 1956, S. 26.

dazu aufriefen, Amerika durch den Sturz der bestehenden Gesellschaft und die Errichtung der „technischen Gesellschaft" zu retten. Die Versuche der „technokratischen" Partei und der verschiedenen ihr nahestehenden Gruppen, sich politisch zu engagieren und wenigstens einen Teil der politischen Macht im Lande zu erringen, endeten mit einem Mißerfolg. Später distanzierte sich die technokratische Ideologie insgesamt von den Plänen zur radikalen Umgestaltung der Gesellschaft. Doch ihre Grundlage — die Überzeugung, daß die technische Intelligenz zu wenig Rechte hat und daß der Fortschritt der Gesellschaft direkt von der Fähigkeit dieser Schicht abhängt, die Leitung und das gesamte soziale Leben wissenschaftlich auszurichten und zu „technisieren" — war in der amerikanischen Intelligenz tief verwurzelt.

Die Ideologie der wissenschaftlich-technischen Intelligenz (wozu auch der „Neorationalismus" gehört) gründet sich weitgehend auf den Protest gegen das Machtmonopol einer „Erbelite" von Eigentümern und höchsten Führungskräften in den Organisationen. Diese Ideologie hat von verschiedenen sozialkritischen Strömungen Ideen übernommen, z. B. vom Linksradikalismus, von der Konzeption der „Massengesellschaft" und einigen anderen, die in den letzten Jahrzehnten weite Verbreitung fanden [8]).

Die Forderungen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und der Spezialisten an das System der Organisationen und an die gesamte Gesellschaft laufen jedoch durchaus nicht auf eine grundlegende Umwandlung der sozial-ökonomischen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft hinaus. Diese Schicht ist lediglich bestrebt, die bestehende Machthierarchie zu verändern und an der Leitung der bürgerlichen Gesellschaft teilzunehmen, nicht aber die Gesellschaft revolutionär umzugestalten. „Das politische Bewußtsein der neuen Mittelklasse", schreibt N. Birnbaum (der damit die wissenschaftlich-technische Intelligenz und die gesamte Schicht der qualifizierten Spezialisten im System der Organisationen meint), „nimmt die üblichen Formen der politischen Aktivität an und befaßt sich mit der Frage, wie der Staat dazu ausgenutzt werden kann, günstige Bedingungen für die Tätigkeit der genannten Gruppe zu schaffen" [9]). Insgesamt sind die Forderungen dieser Schicht an die bestehende Gesellschaft Forderungen nach „vernünftiger", sachlicher, „wissenschaftlicher" Leitung der sozialen Prozesse und nach Verteilung der Macht im Rahmen des gegebenen sozialökonomischen Systems.

Doch objektiv haben die Interessen dieser Schicht einen bedeutsameren sozialhistorischen Inhalt als den, der in ihrer unmittelbaren Form zum Ausdruck kommt. Die moderne wissenschaftlich-technische Intelligenz, die Spezialisten, die neuen Gruppen in der Leitungshierarchie usw. halten sich nur für einen Teil des technischen, des funktionalen Systems der Organisation und der Gesellschaft insgesamt.

Die wissenschaftlich-technische Intelligenz ist aber doch als eine Berufsgruppe mit Massencharakter ein Teil der gesamten Lohnarbeit und als solcher in die sozialökonomische Struktur der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft einbezogen. Der wissenschaftlich-technische und der organisatorisch-technische Fortschritt führen dazu, daß sich der Anteil des ingenieurtechnischen, des Forschungs- und des Verwaltungspersonals an der Gesamtheit der Lohnarbeiter fortwährend erhöht. Immer deutlicher wird die Kluft zwischen jenen Intellektuellen, die Ausbeutungsfunktionen ausüben, sich den Großbesitzern nähern und die Ideologie des „Establishment" vertreten, und jenen Schichten der Intelligenz, die selbst Ausbeutungsobjekt sind und sich in ihrer sozialökonomischen Stellung der Arbeiterklasse nähern. Die Interessen dieser Schichten sind mit denen der Arbeiterklasse identisch. Letztlich können die allgemeinen Forderungen, die die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Intelligenz an die bürgerliche Organisation stellt, nur verwirklicht werden, wenn der bürgerliche Charakter der Organisationen aufgehoben und der bürgerliche Gesellschaftstyp beseitigt wird. Die Realisierung dieser Forderungen hängt davon ab, inwieweit sie mit dem in der wissenschaftlichen Ideologie der Arbeiterklasse enthaltenen Programm der sozialökonomischen Umgestaltungen übereinstimmen.

---

8) Ausführlicher vgl. N. Nowikow, in: „Mirowaja ekonomika i meshdunarodnyje otnoschenija", 1970, H. 5.
9) N. Birnbaum, a.a.O., S. 38.

In der „neorationalistischen" Konzeption der „idealen" Organisation und des „idealen" Leitungsschemas werden Forderungen dieser Art nicht einmal formuliert. In den Organisationen und ihren Leitungsmechanismen sehen die Vertreter dieser Theorie nur die Gesamtheit der Instrumente zur Erzielung von persönlichem Nutzen, zur Erringung einer angesehenen sozialen Position, zum beruflichen Aufstieg usw. im Rahmen der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft. Die Ansichten der Vertreter des „Neorationalismus" sind letztlich gerade deshalb theoretisch unhaltbar, weil sie die Organisation aus der Sicht des bürgerlichen Bewußtseins betrachten.

Bücher

Entwurf für eine Friedenspolitik

Walter Möller / Fritz Vilmar, Sozialistische Friedenspolitik für Europa. Kein Frieden ohne Gesellschaftsreform in West und Ost. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1972, 297 S. (rororo aktuell, Bd. 1551), 3,80 DM.

In der Bundesrepublik gehört Fritz Vilmar seit vielen Jahren zu den wenigen Autoren, die über gesamtgesellschaftlich relevante Themen der Sozialwissenschaften mit einem ansteckenden Engagement und in einem auch für Nicht-Akademiker verständlichen Stil schreiben, ohne doch die Probleme in unstatthafter Weise zu verkürzen und zu vereinfachen. Die jetzt vorgelegte Arbeit, zusammen mit dem kürzlich verstorbenen Frankfurter Oberbürgermeister Walter Möller und unter Mitarbeit einiger jüngerer Kollegen wie Rainer Ledeganck verfaßt und ausdrücklich als „Entwurf" gekennzeichnet, kann als eine Art Fortsetzung von „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus" bezeichnet werden. Eine Fortsetzung mit erweitertem Thema allerdings, denn das Konzept der europäischen Friedenspolitik, wie es hier in Umrissen vorgestellt wird, umfaßt natürlich weit mehr als nur Rüstungs- und „Sicherheits"-Fragen.

Die Ausgangsposition der Verfasser wird von ihnen selbst so skizziert: Der zu konstatierende Unfrieden in der Welt rührt nicht einfach vom bösen Willen oder der Unfähigkeit einzelner Politiker her, sondern beruht auf inner- und zwischengesellschaftlichen Widersprüchen. Zur Überwindung des Unfriedens bedarf es daher tiefgründiger Gesellschaftskritik (und zwar allseitiger). Das Ergebnis einer Friedenspolitik in Europa muß ein „selbstbewußtes Verhältnis entspannter Systemkonkurrenz" sein.

Diese Ausgangsposition, von den Autoren so gedeutet, daß sie das Adjektiv „sozialistisch" verdient, prägt folgerichtig den Aufbau des Buches. Im ersten, kürzeren Teil wird der bestehende Unfrieden in Europa beschrieben. Die Kategorien, die dabei benutzt werden, sind weitgehend der modernen Friedensforschung entliehen, wenngleich versucht wird, eigene Begriffe einzuführen. So werden die antagonistischen Systeme in Ost und West als „Festungen" bezeichnet, mit einem inneren „Burgfrieden" und „Vorburgen" in der sogenannten Dritten Welt. Dieser fast idyllische Vergleich trifft nun die Realität nicht ganz. Überhaupt muß man zu diesem ersten Teil eine Reihe von kritischen Anmerkungen vorbringen. In der Hauptsache beziehen sie sich auf die Gewichtung der einzelnen an-

gesprochenen Faktoren, aber auch auf die manchmal etwas krampfhafte Art, die Vielzahl der Einzelphänomene in ein stimmiges Argumentations-System (vielleicht gar eine „Theorie") zu bringen. Rüstungsforschung und -produktion in kapitalistisch organisierten Gesellschaften wie denen Westeuropas haben z. B. durchaus andere und mehr Funktionen als nur die der Krisen- und Konjunktursteuerung. Und auch die Wiederholung des niemals belegten, aber zäh und dogmatisch formulierten Vorwurfs an die sozialistischen Länder Osteuropas, sie würden von staatssozialistisch orientierten, bürokratisch-repressiven Machteliten beherrscht, in denen sich ähnliche Entscheidungsprozesse abspielen wie in Westeuropa, macht ihn nicht einsehbarer.

Auf einer anderen Ebene treten solche Schwachstellen erneut in den Vordergrund. Der zweite Teil soll aufzeigen, wie man das Festungssystem in Europa einreißen kann. Er ist in drei große Kapitel untergliedert, von denen das erste sich mit der friedlichen Koexistenz, ihren Voraussetzungen und Konsequenzen beschäftigt. Der richtigen Einsicht von der Notwendigkeit einer solchen Politik für Europa folgt ein Schlangentanz um den Begriff der Konvergenz. Wie bekannt, geht die Konvergenz-„Theorie" davon aus, daß kapitalistisch und sozialistisch organisierte Gesellschaften im Grunde nichts weiter als Spielarten eines einzigen Gesellschaftstyps seien, nämlich der modernen Industriegesellschaft, und daß in beiden Systemen deswegen die gleichen sozialen Kräfte, die gleichen prinzipiellen Leitvorstellungen und auch die gleichen Mißstände vorzufinden seien. Das, was die Systeme heute noch unterscheide, sei entweder sowieso nur marginal, oder es verschwinde in kurzer Zeit. Möller und Vilmar versuchen — ein bißchen unfair —, sich um eine substantielle Auseinandersetzung mit dieser für die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses ungemein wichtigen „Theorie" herumzudrücken, indem sie völlig zu Recht den theoretischen Anspruch dieser „Theorie" zurückweisen, um jedoch im gleichen Atemzug hinzuzufügen, daß man, ganz ohne solchen theoretischen Anspruch, eben doch eine ganze Menge Konvergenzen zwischen Ost und West feststellen könne. Und dann folgt, was man schon kennt, nämlich die übliche Kette der unbewiesenen Behauptungen über sozialistische Staaten. So richtig es ist, wenn man davon ausgeht, daß die Konfrontation der Systeme im Kalten Krieg in beiden Systemen zu bestimmten Fehlentwicklungen führen mußte und daß die partielle Kooperation in beiden Systemen Lernprozesse in Gang setzen wird, so verfehlt doch die in solchen Formulierungen oftmals — und gerade auch hier — mitschwingende Hoffnung auf ein neues, „drittes" System die Realität und zeugt nur davon, daß dialektische Betrachtungsweisen nicht jedermanns Sache sind.

Im folgenden Kapitel, das am besten gelungen ist, geht es um den Abbau der Drohungen und Rüstungen in Europa. Die kritische Bilanz der SPD-Wehrpolitik zwischen 1950 und 1970, die hier eingearbeitet ist, wünschte man sich ein wenig distanzierter und ohne das leise Selbstmitleid südhessischer Sozialdemokraten, die es schon immer besser gewußt haben als die offiziellen Promoter sozialdemokratischer Wehrpolitik von Erler bis Schmidt. Hervorragend sind die erläuterten Thesen zum Umbau der Bundeswehr. Warum die NATO-Strategie der „flexible response" eine höchst gefährliche Doktrin ist, wird hier im Anschluß an die Arbeiten von Afheldt, Weizsäcker u. a. ebenso erklärt wie die Notwendigkeit des Abzugs aller „taktischen" Atomwaffen aus Westeuropa und speziell aus der BRD. Für die Umgliederung der Bundeswehr unter dem Aspekt ihrer Einbeziehung in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem werden einige Anregungen beigebracht. Diese Passagen gehören in die Hand all der Lehrer, die im Fach Sozialkunde über den Sinn der Landesverteidigung unterrichten sollen! Die Verlängerung solcher Vorschläge in Richtung auf den Aufbau einer „sozialen Verteidigung" bringt wieder stärker die problematischen Aspekte der Studie zum Vorschein.

Wie Westeuropa eine Friedensmacht in der Welt werden könnte, führt das abschließende Kapitel aus. Auch hier bleibt zuletzt ein eher zwiespältiger Eindruck: es ist den Autoren nicht gelungen, die vielfältigen Verknüpfungen des internationalen Systems adäquat zu benennen. Die Entwicklungsländer z. B. erscheinen zwar richtig als Kampffeld des Ost-West-Konflikts. Eine nicht-interessierte „Entwicklungshilfe" kapitalistisch organisierter Gesellschaften ist jedoch schlechthin unvorstellbar. Man kann das in Konformität mit allen Theoretikern (und Kritikern) dieser Gesellschaftsordnung, sofern sie nicht moralischen Quark reden,

konstatieren. Möller und Vilmar wollen hier, scheint es, die Quadratur des Kreises erreichen, z. B. dadurch, daß sie sozialdemokratische Politik als sozialistisch, den Kreis also schlicht als Quadrat bezeichnen. Das kann natürlich nicht funktionieren, auch dann nicht, wenn eine erdrückende Masse von Einzelmaßnahmen zur Reform des heutigen Kapitalismus in Westeuropa aufgezählt werden, deren Verwirklichung Vorbedingung für die Durchsetzung des vorgeschlagenen Konzepts ist. Es ist zu befürchten, daß jedoch gerade dieser Versuch einer Systematisierung und perspektivischen Fortschreibung ihrer Vorstellung von „sozialistischer Friedenspolitik" auf der Basis von hüben wie drüben zu erfolgenden Gesellschaftsreformen den Autoren am Herzen liegt. Demgegenüber gelangt eine kritische Rezeption der Arbeit zu dem Schluß, daß trotz der Brüchigkeit und inneren Unstimmigkeit dieses Entwurfs viele seiner Einzelinformationen und -argumente sinnvoll in die zu führende Diskussion über die Grundlinien und Inhalte einer zukünftigen Friedenspolitik für Europa eingebracht werden können. Das mag, gemessen am trotz aller formulierten Bescheidenheit zu Tage getretenen Selbstbewußtsein der Autoren, nicht viel sein. Mißt man es an den anderen vorliegenden Beiträgen zu dieser Diskussion aus der BRD, so ist es eine ganze Menge. Wilfried v. Bredow

Hintergründe der Geldentwertung in der BRD

Gerhard Bessau / Eberhard Dähne / Karl Heinz Heinemann / Heinz Jung, Inflation heute. Hintergründe der Preissteigerungen und der Geldentwertung in der BRD, Gewinner und Verlierer. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1972, 112 S., 4,— DM.

In der bekannten Taschenbuchreihe „Marxismus aktuell", in der schon zu zahlreichen politischen Themen der Zeit aus akzentuiert marxistischer Sicht Stellung genommen wurde, ist nun ein kleiner Band erschienen, der sich mit einem die breite Öffentlichkeit besonders bewegenden Thema, das auch im Wahlkampf eine bestimmende Rolle spielt, auseinandersetzt: der Geldentwertung in der BRD und ihren Hintergründen. Die Autoren des Buches sind Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M., das sich vor allem mit seiner großen Untersuchung der Septemberstreiks 1969 [1]) und seiner Analyse der Mitbestimmung [2]) einen Namen als Zentrum marxistischer Wissenschaft in der BRD gemacht hat. In klarer Sprache wendet sie sich, wie es in der Vorbemerkung des Verlages heißt, „an alle Inflationsverlierer, Arbeiter, Angestellte, Rentner, Hausfrauen, die nach den Ursachen der Inflation und nach den Wegen zu ihrer Verhinderung fragen" (S. 5).

Im Teil I des vorliegenden Bandes, „Inflation in der BRD: Verlierer und Gewinner" (S. 11—40), zeigen die Autoren auf, in welchem Ausmaß die Preise in der BRD in den letzten Jahren gestiegen sind und welche sozialen Konsequenzen diese Geldentwertung hatte. Anhand einer kurzen statistischen Übersicht der Entwicklung der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte, der Preise der Grundstoffe, der Erzeugerpreise industrieller Produkte, des Preisindex für Bauten, der Groß- und Einzelhandelspreise und schließlich der Lebenshaltungskosten wird klar herausgearbeitet, daß die Inflation einen sozialökonomischen Umverteilungsprozeß darstellt. Die Folgen für die arbeitende Bevölkerung werden deutlich aufgezeigt: „Tendenzielle Reallohnsenkungen, die Auszehrung der Sparguthaben, die ständig wirksame Tendenz zur Verschlechterung der Bedingungen und Mittel der gesellschaftlichen Konsumtion, die Ruinierung kleiner und mittlerer selbständiger Existenzen" (S. 35). Die Autoren lassen jedoch keinen Zweifel daran, daß es nicht nur Verlierer, sondern auch Gewinner der Inflation gibt — nämlich jene, für die höhere Preise vor allem höhere Einnahmen und damit höhere Gewinne bedeuten.

Auf die Ursachen der Inflation wird in Teil II, „Die Inflation — ein Krisentyp des

[1]) Die Septemberstreiks 1969. Darstellung, Analyse, Datenwerte. Köln 1972.
[2]) Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen — Möglichkeiten — Zielrichtungen, Köln 1972 (Neuausgabe).

Spätkapitalismus" (S. 41—65), eingegangen. In einem einleitenden kurzen Abschnitt gelingt es den Autoren, den Zusammenhang zwischen dem heutigen Funktionssystem des Kapitalismus, den Ursachen und der Funktion von Krisen und der Inflation klar aufzuzeigen. Dabei wird deutlich, daß in der Tatsache, daß die Existenz von Monopolen die heutigen kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmt, die Ursache der Inflation gesehen werden muß: „Auf der Suche nach dem eigentlichen Inflationsmotor stoßen wir ... immer wieder auf die Profitmacherei und Preispolitik der Konzerne. Indem sie in der Lage sind, Monopolpreise zu realisieren, verzerren sie kontinuierlich den Preismaßstab für alle Waren nach oben" (S. 46). Die Inflation wird damit als eine für den heutigen Kapitalismus charakteristische Form der Krise analysiert: „Die Widersprüche der kapitalistischen Produktion und Kapitalverwertung sind auf den Geld-, Preis-, Kredit- und Finanzsektor verlagert und kommen hier zum Ausdruck, ohne daß dies über kurze Zeitspannen hinaus zu einer Entlastung des Produktionssektors selbst führen würde" (S. 47 f.). Auf der Grundlage dieser Analyse des theoretischen Gesamtzusammenhangs gehen die Autoren in den folgenden Abschnitten auf einige der wichtigsten aktuellen Quellen der Inflation ein. Im einzelnen untersuchen sie dabei den Zusammenhang von Investitions-, Preis- und Profitpolitik der Konzerne in der BRD, den Zusammenhang von Exportexpansion und importierter Inflation, die Rolle der Kreditschöpfung und der Großbanken, die Verflechtung von Währungskrise und Inflation, die Rolle der internationalen Konzerne und des Euro-Dollar-Marktes, den Inflationsfaktor Rüstung und schließlich die Bedeutung staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik. Nach dieser sehr straffen und vielleicht in manchem zu knappen Analyse der wichtigsten Teilaspekte fassen die Autoren als Ergebnis zusammen: „Die Inflation von heute ist ein Krisentyp des spätkapitalistischen Systems. Sie ist das Ergebnis der tiefen Widersprüche, in die sich das System selbst verstrickt hat. Ihr Motor ist das Profitstreben der Konzerne, das über wachsende Investitionen und Monopolpreise realisiert wird. Von hier geht in Wechselwirkung mit dem kapitalistischen Bank- und Kreditapparat der Druck zur Aufblähung des Kredit- und Geldvolumens aus. Über den Inflationsmechanismus geht ein gigantischer Umverteilungsprozeß des Volkseinkommens vonstatten. In diesem Prozeß spielt der Staat eine wichtige Rolle. Angesichts dieser Tatsachen die Lohnpolitik der Gewerkschaften für den inflationären Prozeß verantwortlich zu machen, zeugt nicht nur von wissenschaftlicher Unredlichkeit, sondern verweist auf die Interessengebundenheit der entsprechenden Verkünder" (S. 65).

Mit solchen „Verkündern" setzen sich die Autoren im dritten Teil ihrer Schrift, „Demagogie und Wirklichkeit", auseinander. Zunächst zeigen die Autoren kurz die Ratlosigkeit der bürgerlichen Wirtschaftstheorie und belegen dies am Beispiel der Inflationsanalysen der Jahresgutachten des Sachverständigenrates, der Stellungnahmen der Bundesregierung zu diesen Gutachten und der Geschäftsberichte der Bundesbank. Im Anschluß daran befassen sich die Autoren ausführlich mit dem zählebigen „Märchen von der ‚Lohn-Preis-Spirale'" (S. 79—97). Die bekannten Argumente, daß Lohnerhöhungen an den Preissteigerungen schuld seien, werden hier schlüssig widerlegt. Im vierten und letzten Abschnitt dieses Teils setzen sich die Autoren mit dem angeblichen „Stabilitätsprogramm" der CDU/CSU auseinander und legen dessen wahren Kern bloß: „Umschichtung durch Steuererhöhungen und Kürzungen am Sozialhaushalt = Konsumverzicht; Reduzierung der Lohnentwicklung durch staatliche Eingriffe, nicht zuletzt über die künstliche ‚Entspannung des Arbeitsmarktes' = Konsumverzicht; das ist das Stabilitätsprogramm der CDU/CSU" (S. 103 f.). Am Beispiel zahlreicher Zitate der führenden CDU/CSU-Politiker entlarven die Autoren „den extrem sozialreaktionären Charakter der Maßnahmen, die die CDU/CSU anzubieten hat — nicht, um die Inflation zu stoppen, sondern um den Konzernen ihre Profite mit allen Mitteln, auch den Mitteln außerökonomischer Gewalt, zu sichern" (S. 104).

Die Autoren machen ebenfalls klar, daß auch die von der SPD/FDP-Regierung betriebene Politik die Inflation nicht verhindert. Dazu bemerken sie: „Wir haben ... gezeigt, daß und wie die Widersprüche des spätkapitalistischen Systems auf Wirtschaftsaktivitäten des Staates — untrennbare Bestandteile dieses Systems — übergreifen. Diese Widersprüche kommen im Kurs der derzeitigen SPD/FDP-Regierung

voll zur Geltung, und sie müssen verstärkt wirksam werden, je mehr diese Regierung sich an die ‚soziale Marktwirtschaft' bindet, deren Daten und Tendenzen durch die Profit- und Investitionspolitik der Konzerne bestimmt werden. Daß die SPD-Führung, ganz zu schweigen von der FDP, an diesen Tabus nicht zu rütteln gewillt ist, davon legte nicht nur die Politik des früheren Wirtschaftsministers Schiller, sondern ebenso die seines Nachfolgers Helmut Schmidt eindeutig Zeugnis ab" (S. 97).

Im vierten und abschließenden Teil des Buches stellen die Autoren die Frage: „Ist die Inflation unser Schicksal?" (S. 105—112), und geben auf sie eine klare Antwort: „Muß die arbeitende Bevölkerung, müssen die Rentner und Sparer immer die Verlierer sein? ... Ja, wenn sie den Umverteilungsprozeß zu ihren Lasten passiv hinnehmen und auf die Demagogie der Unternehmer und der CDU/CSU hereinfallen ... Nein, wenn sie sich gegen Inflationsanheizer und Umverteiler zur Wehr setzen!" (S. 105) Wie man sich wirksam zur Wehr setzen kann, versuchen die Autoren auf den letzten Seiten der Schrift aufzuzeigen. Sie fordern eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften, die die Reallöhne der Arbeitenden nachhaltig erhöht; automatische Anpassung der Renten an die Preissteigerung; Ausgleich des Wertverlustes bei Sparkonten bis zu einer bestimmten Höhe; grundlegende Neuorientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik sowohl auf der Einnahmen- wie der Ausgabenseite; Neubestimmung des währungspolitischen Kurses, um die DM aus der Bindung an den Dollar zu lösen, etc. Die Autoren machen zugleich klar, daß der Kampf gegen die Inflation eine gesellschaftliche Machtfrage ist: „Wer meint, etwas gegen die Inflation unternehmen zu können, ohne gleichzeitig das spätkapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Frage zu stellen und gegen seine herrschenden Mächte vorzugehen, wird scheitern" (S. 111). Allein im antimonopolistischen Kampf ließe sich ein Preisstopp durchsetzen, der — um wirksam zu sein — mit „demokratisch kontrollierten Maßnahmen zur Lenkung und Kontrolle der Investitionen und einer Verstaatlichung und demokratischen Kontrolle verbunden wird. Dieser Preisstopp wird erfolgreich sein, weil er den Motor der Inflation ausschaltet" (S. 112).

Wilhelm M. Breuer

Guttenberg-Fußnoten

Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, Fußnoten. Seewald Verlag, Stuttgart 1971, 213 S., 18,— DM.

Am 27. Mai 1970 hielt der kürzlich verstorbene Freiherr zu Guttenberg seine letzte Bundestagsrede. Er beschwor darin das Zerbröckeln der NATO und den Untergang westlicher „Freiheit" für den Fall herauf, daß die Nachkriegsrealitäten in Europa tatsächlich von Bonn anerkannt werden sollten. „Die Welt" ernannte Guttenberg ob seiner Kassandrarufe zum „Abgeordneten der Nation"; Springer selbst ließ die Rede auf Schallplatten prägen.

Im Oktober 1971 gab der Stuttgarter Seewald Verlag als drittes Guttenberg-Buch nach „Wenn der Westen will" sowie der Aufsatzsammlung „Im Interesse der Freiheit" die „Fußnoten" heraus, eine Zusammenstellung von Lebenserinnerungen, Randglossen und Sentenzen, die der seit Jahren von progressiver Nervenlähmung befallene Baron anstelle einer umfassenden Autobiographie vorgenommen hat — offenbar in der Absicht, hierdurch zugleich sein politisches Testament in Druck zu geben. Die CSU-Spitze ließ ihm höchste Ehre zuteil werden. Im „Bayernkurier" vom 23. Oktober 1971 war eine ganze Seite mit Guttenbergschen „Fußnoten" angefüllt. Sie seien, schrieb das Blatt, „geschöpft aus Intelligenz und Aufrichtigkeit, aus Glaube und Erziehung, aus Verantwortung gegenüber der kleinen Gemeinschaft der Familie und der großen eines Volkes, der noch größeren: Europa". Wenig später spannte die Redaktion das Buch für ihren Fischzug nach neuen Abonnenten ein. Wer ein „BK"-Jahresabonnement erwirbt, bekommt seither die „Fußnoten" als kostenlose Zugabe. Warum dies Bemühen, gerade die Guttenbergsche Polit-Propaganda an den Mann zu bringen? Der Baron ist nicht nur im reaktionären Sinne gesinnungsfest, er trifft auch haargenau jene kitschig-sentimentale und moralingesäuerte Tonart, die bei Hunderttausenden durch „Bild" und „BK" verbildeten Lesern noch immer ankommt. Drei Proben seien hier wiedergegeben.

Seine Heimkehr nach Schloß Guttenberg im Herbst 1945 hat der Freiherr, Ludwig Ganghofer und Hedwig Courths-Mahler in einem, so beschrieben: „Dann bin ich die

12 Kilometer vom Kulmbacher Bahnhof hergelaufen, bin immer schneller und schneller gegangen, bis zur Kurve im Tal, hinter der man in der Ferne das rote Dach sieht in den Bergen im Wald, bin dort einen Augenblick stehengeblieben, um wieder zu mir zu kommen. Und dann stand ich plötzlich in der Tür und hielt sie (gemeint ist Frau Guttenberg; F. W.) im Arm, bis sie mich wegzog von den anderen und wir hinausgingen zur Kleinen, die in ihrem Bett lag und uns anstrahlte unter einem Gewirr goldener Locken" (S. 37/38).

Auch die Wahlmänner, die den Baron 1957 gegen den Widerstand des stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Rudolf Eberhard zum Kandidaten von Forchheim für die Bundestagswahl kürten, müssen bieder, treu und herzig gewesen sein: „Der schlesische Flüchtling und Industriemeister aus dem Arbeiterstädtchen; der standfeste Handwerksmeister und Bürgermeister aus dem Wallfahrtsort; der alte, fromme Bauer und Kreisrat; die beiden anderen aufrechten Bauern aus dem evangelischen Oberland; der städtische Beamte und Kriegskamerad mit der schweren Verwundung; die beiden jungen und streitbaren Bürgermeister aus der Kreisstadt und aus der Vorortgemeinde; der Betriebsratsvorsitzende aus dem kleinen Werk und mein Landratskollege, der hinter den Kulissen viel für mich getan hat. Sie alle werden für mich reden und noch andere werden den Mund auftun, wenn es nötig sein wird. Und dann wird er (Eberhard; F. W.) begreifen, daß sich hier Freunde zusammengefunden haben, die mehr und anderes bindet als Interessen, Versprechungen und Ämter" (S. 53).

Das ärgste an Geschmacklosigkeit ist eine Notiz vom Sommer 1963 über Guttenbergsche Mauer-Besuche in Berlin. „Man darf sich nicht gestatten", schreibt der Freiherr, „sich an dieses Monster zu gewöhnen. Man muß immer wieder hingehen und immer neu erschrecken ... Ich muß mich jedesmal überwinden, hinzugehen. Wer wäre nicht versucht, sich um diese Begegnung zu drücken? Aber eben deshalb ist es heilsam, ein paar Stunden allein zu sein mit dieser Versteinerung des Wahnsinns, auch wenn es mir den Magen umdreht" (S. 95). Denn schließlich, so dürfen wir hinzufügen, will selbst der kräftigste Akkumulator für Kalte-Kriegs-Politik hin und wieder aufgeladen sein. Guttenberg läßt prompt Attaken gegen das DDR-„System" und seine „Schergen" folgen, „die die Menschenwürde unter ihre Stiefel treten". So klischeehaft-widerwärtig und andererseits oft unfreiwillig komisch die Prosa des CSU-Freiherrn erscheinen mag: Nicht zuletzt durch solcherlei Propaganda haben CDU/CSU und NPD 1969 zusammengenommen mehr Stimmen für sich mobilisiert, als die jetzige Regierungskoalition aufzubringen vermochte.

Auch am Baron zu Guttenberg sind freilich die Zeitläufte nicht spurlos vorübergegangen. Der politische Inhalt seiner „Fußnoten" ist z. T. dadurch charakterisiert, daß ihr Autor einiges von dem, was er in seinem ersten Buch „Wenn der Westen will" den Hauptmächten der NATO wärmstens anempfahl, nun nicht mehr auszusprechen wagt. Beispielsweise plädierte er damals, 1964, für eine Neuauflage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit Kernwaffen und dafür, daß der Westen — wie er auf S. 123/24 schrieb — „unter gewissen Bedingungen noch vor dem Gegner" diese Waffen anwende. „Dem Expansionswillen des Kommunismus", verlangte er auf Seite 125, „muß die Entschlossenheit entgegentreten, die Freiheit wiederherzustellen, wo immer die Völker dies wünschen." In diesem „Plädoyer für eine mutige Politik" untertitelten Buch sprach sich Guttenberg fast unverblümt für einen atomaren Präventivkrieg mit konterrevolutionärer Zielsetzung aus.

Da derart offene Worte heute nicht angängig sind, unterläßt der Freiherr in den „Fußnoten" jede Kernmachtpropaganda. Gleichzeitig schreibt er die Parteigänger de Gaulles, in denen er Mitte der sechziger Jahre noch Verbündete sah, nun ab. Den 1963 von der US-amerikanischen Reaktion ermordeten John F. Kennedy attackiert der Baron mit aller Härte. „Unter Kennedy", so schreibt er, „ist die amerikanische Politik zwielichtig und widersprüchlich geworden. Koexistenz und Entspannung heißen die Modeworte der neuen ‚policymakers' in Washington ... Kennedy hat mit den Russen gesprochen, als sei die NATO weniger zum Schutz *für* die Deutschen als zum Schutz *vor* den Deutschen da. Auch seine Berlinpolitik ist mehrdeutig ... Als wir hinausgehen (1963 beim Besuch des USA-Präsidenten aus der Frankfurter Paulskirche; F. W.), kommt mir das bissige Wort in den Sinn, das in Washington umgeht: Kennedy

redet wie Churchill und handelt wie Chamberlain" (S. 99).

Auch an Lyndon B. Johnson hat der Autor einiges auszusetzen, und zwar wegen dessen Europa-Politik. In einer Notiz vom Sommer 1967 vergleicht er ihn mit seinem damaligen, von ihm verehrten Chef, dem Ex-Nazi Kurt Georg Kiesinger: „Der Deutsche gebildet und kultiviert, der Amerikaner ein texanischer Rancher mit den dazugehörigen Manieren; der eine ein Staatsmann alter Schule, der andere ein mit allen Wassern gewaschener Machtpolitiker" (S. 127). Richard Nixon indes, von dem gerade das ebenfalls gesagt werden kann, ist Guttenberg zufolge ein „Politiker mit staatsmännischem Format und moralischen Kategorien"; auch den Präsidenten-Berater Kissinger schließt der Freiherr in dies Lob ein, klüglich verschweigend, daß dieser zuvor Kennedy beraten hat (S. 155/56).

Nahezu gleichzeitig mit den „Fußnoten" ist 1971 in Bergisch Gladbach ein Buch von Joe McGinnis „So macht man Präsidenten. Das Beispiel Richard M. Nixon" erschienen. Darin wird haarklein nachgewiesen, daß ein riesiger, viele Millionen Dollar verschlingender Apparat vonnöten war, um „Tricky Dick" Nixon im nachhinein das Image eines seriösen Politikers zu verleihen. Guttenberg aber hat diesen Mann bereits gekannt und zu schätzen gewußt, als an die Präsidentenwürde noch nicht zu denken war.

Diejenigen, die der Baron am meisten bekämpft, sind die Sowjetunion, die Kommunisten und die außerparlamentarische studentische Opposition. Vor allem ihnen gegenüber stellt er klar sein politisches Ziel heraus: „Was ist an unserem Staat prinzipiell provisorisch? Nichts außer einer Grenze" (S. 182). Seine jetzige Haltung zu den SPD-Führern hingegen ist beinahe wohlwollend zu nennen. Da das Buch im Herbst 1971 herauskam, als Strauß und Barzel aus taktischen Gründen auf eine Art Neuauflage der „Gemeinsamkeitspolitik" verfallen waren, ließ Guttenberg jene scharfen antisozialdemokratischen Attacken aus, die er vor und nach dem Amtsantritt der Regierung Brandt-Scheel mehrfach geritten hat. Stattdessen entsinnt er sich sehr detailliert der politischen Harmonie mit Herbert Wehner, die 1962 zu ersten Verhandlungen über eine Große Koalition geführt und vier Jahre später nicht unwesentlich zum Zustandekommen der CDU/CSU-SPD-Regierung beigetragen hat. Zugleich streicht der Freiherr in den „Fußnoten" seine angeblich antinazistische Gesinnung heraus, die sich wesentlich darin dokumentierte, daß er traditionsbedingt die Nazis für nicht standesgemäß und darum für unter seiner Würde erachtet hatte. Schon 1944/45, als er zeitweise beim britischen Sender Calais tätig war, will er im übrigen — und das ist durchaus glaubhaft — seinen Feind in den Kommunisten erkannt haben.

An seinem Buch bemerkenswert sind auch Retuschen, die er am Bilde des CSU-Vorsitzenden vorgenommen hat. Als der Freiherr seinerzeit der in Adenauers Auftrag geführten Koalitionsverhandlungen mit Herbert Wehner wegen von der Gruppe um Strauß attackiert worden war, hatte er z. B. erklärt, die CSU sei „am Haupte krank", und empfohlen: „Jeden Tag einen katholischen A . . . tritt für Strauß." Er behauptet nunmehr, „falschen Freunden auf den Leim" gegangen zu sein (S. 94) und schiebt die Hauptschuld an der damaligen Anti-Guttenberg-Kampagne seinem alten Widersacher Eberhard zu.

Des Freiherrn Bekenntnisbuch, sein politisches Testament, soll vor allem in die Breite wirken. Der historischen Wahrheit hat Guttenberg keinen Dienst erwiesen.

Fred Wilm

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart. Herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 511 S., Ln. 14,80 DM. — Aus dem gleichen Verlag: Julia Isajewa, Die USA im Geschäft mit der Angst. Monopole, Rüstung, Kriegsgefahr (157 S., Paperback 5,— DM).

Gerhard Kraiker, Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse. Verlag Kohlhammer, Stuttgart, 196 S., kart. 22,80 DM.

Wilfried Gottschalch, Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation. Aufsätze. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, 142 S., br. 2,80 DM (Fischer Bücherei / Informationen zur Zeit / Bd. 1311).

Amélie Schmidt-Mummendey, Bedingungen aggressiven Verhaltens. Verlag Hans Huber, Bern, 164 S., 2 Abb., 17 Tab., kart. 22,— DM.

Emil Küng, Arbeit und Freizeit in der nachindustriellen Gesellschaft. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, XII, 267 S., br. 52,— DM, Ln. 59,— DM (St. Galler wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, Bd. Nr. 27).

Heinz Müller / Siegfried Geisenberger, Die Einkommensstruktur in verschiedenen deutschen Ländern 1874—1913. Unter Berücksichtigung regionaler Verschiedenheiten. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 219 S., br. 48,— DM (Schriften zu Regional- und Verkehrsproblemen in Industrie- und Entwicklungsländern, Bd. 10).

Karl-Heinz Fingerhut, Standortbestimmungen. Vier Untersuchungen zu Heinrich Heine. Heidenheimer Verlagsanstalt, Heidenheim, 200 S., br. 18,80 DM.

Falk Schwarz, Literarisches Zeitgespräch im Dritten Reich, dargestellt an der Zeitschrift „Neue Rundschau". Buchhändler-Vereinigung, Frankfurt, 96 S., kart. 20,— DM (Sonderdrucke aus dem Archiv für Geschichte des Buchwesens).

Angelika Mechtel, Alte Schriftsteller in der Bundesrepublik. Gespräche und Dokumente. Mit einem Vorwort von Dieter Lattmann. Piper Verlag, München, 144 S. mit 19 Fotos von D. Meller Markovicz, kart. 8,— DM (Reihe Roter Schnitt, Bd. 19).

Gerd G. Kopper, Zeitungsideologie und Zeitungsgewerbe in der Region. Eine Fallstudie zu den politischen Voraussetzungen und Strukturbedingungen der Konzentration in Schleswig-Holstein 1945—1970/71. Bertelsmann Universitäts-Verlag, Düsseldorf, 236 Seiten, Folienbd. 35,— DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Die Geschichte Ungarns. Von I. Barta (u. a.). Redigiert von Ervin Pamlényi. Corvina Verlag, Budapest (Vertrieb in der BRD: Erich Röth Verlag, Kassel), 786 S., Ln. 39,60 DM. — Es handelt sich um die erste umfassende Geschichte Ungarns in einer Fremdsprache, die vom Institut für Geschichtswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften ausgearbeitet wurde. Der Band ist mit vielen Karten, zeitgenössischen Illustrationen, historischen Biographien, einer detaillierten Zeittafel und einer Bibliographie („Auswahl aus der neuesten in deutscher, englischer und französischer Sprache erschienenen ungarischen Geschichtsliteratur") versehen.

Hansjörg Renk, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz. Der Wohlgemuth-Handel von 1889. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Verlag Helbing & Lichtenhahn, Basel, 432 S., 42,— DM (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 125).

Werner Weidenfeld, Die Englandpolitik Gustav Stresemanns. Theoretische und praktische Aspekte der Außenpolitik. Hase & Koehler Verlag, Mainz, 382 S., Ln. 42,— DM.

Klaus Dreher, Der Weg zum Kanzler, Adenauers Griff nach der Macht. Econ Verlag, Düsseldorf, 360 S., Ln. 28,— DM.

Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, 283 S., br. 4,80 DM (Fischer Bücherei / Informationen zur Zeit / Bd. 1226).

Aktuelle Themen

SPD 72. Neue Beiträge zur Mobilisierung der Sozialdemokratie. Herausgegeben von Rolf Seeliger. Verlag Rolf Seeliger, München (40, Gernotstr. 4), 126 S., br. 6,80 DM.

Report über Bedrohung der Demokratie. Fakten widerlegen Genschers „Verfassungsschutzbericht". Röderberg-Verlag, Frankfurt, 32 S., br. 1,— DM (Texte zur Demokratisierung, Heft 3). — Außerdem sind erschienen: Gossweiler/Kühnl/Opitz, Faschismus: Entstehung und Verhinderung. Material zur Faschismus-Diskussion (64 S., br. 2,— DM, Texte . . ., Heft 4); Zwischen Arrestlokal und Verfassung. Antimilitaristische Opposition in der Bundeswehr — am Beispiel Otto Wagner. Mit Texten von Wolfgang Abendroth, Emil Carlebach, Gustav Halberstadt und Uli Sander und Beiträgen von Reinhard Junge, Hans Junker und Otto Wagner (64 S., br. 2,— DM, Texte . . ., Heft 5).

Fernseh-Spalte

MARGINALIEN ZUR ZDF-IDEOLOGIE

Gemeint ist nicht nur die — in keinem anderen Funkhaus der Bundesrepublik denkbare — aggressive Demagogie Löwenthals. Gemeint ist nicht nur der demagogische Anspruch Zimmermanns, wesentlich zur Aufklärung krimineller Delikte beizutragen. (Das Gegenteil ist richtig: seine Sendung trägt zur Verschleierung der seuchenhaft anwachsenden Kriminalität bei.) Ideologie versteht sich hier vielmehr als die Summe der Programmtendenz — Tendenz im Singular, denn die ständige unbestechliche Beobachtung aller Programmbereiche des ZDF läßt nur *ein* Normprinzip erkennen: Simplifikation vom läppischsten Werbespot bis zum sogenannten Dokumentarspiel = Nivellierung im Sinne folgender Definition von Ideologie: „die einer Gesellschaftsschicht (ich erweitere: Gesellschaftsordnung; E. H. W.) oder einer wirtschaftlich-politischen Interessenlage zugeordneten Denkweisen und Wertvorstellungen, insbesondere dann, wenn sie zur Rechtfertigung oder zur Verhüllung der wirklichen Interessen dienen" (dtv-Lexikon). Die von Horkheimer und Adorno in den vierziger Jahren verfaßte Diagnose der Kulturindustrie (Untertitel: „Aufklärung als Massenbetrug") deckte die Stereotypie scheinbar differenzierter Darbietungen technisch-ästhetischer Systeme (Rundfunk, Film) und ihre repressiven Absichten auf: „Amusement ist die Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus. Es wird von dem gesucht, der dem mechanisierten Arbeitsprozeß ausweichen will, um ihm von neuem gewachsen zu sein." — „Der Zuschauer soll keiner eigenen Gedanken bedürfen ... Jede logische Verbindung, die geistigen Atem voraussetzt, wird peinlich vermieden." — „Immerwährend betrügt die Kulturindustrie ihre Konsumenten um das, was sie immerwährend verspricht." — „Verderbt ist die Kulturindustrie nicht als Sündenbabel, sondern als Kathedrale des gehobenen Vergnügens."

Die damals unvorstellbare Größenordnung der totalen Television ist inzwischen eine Selbstverständlichkeit, und zwar eine so eingefleischte Selbstverständlichkeit, daß man sich zwingen muß, sich das noch bewußt zu machen. Und genau das ist der sicherste Kalkulationsfaktor der Programmacher, insbesondere innerhalb eines so autonomen Informations- und Unterhaltungssystems wie dem des ZDF. Der Satz von der „Kathedrale des gehobenen Vergnügens" trifft so absolut, als wäre er eigens auf das ZDF zugeschnitten, neben dem das ARD-System nachgerade ein Superspektrum der Inhalte und Meinungen zu bergen scheint.

Ich habe hier nicht die Möglichkeit, die nahezu jeder ZDF-Sendung immanente ideologische Ausrichtung, von der oben die Rede war, zu belegen. Aber jeder kritische Beobachter kann das nachprüfen, wenn er sich nur ein einfaches Punktsystem ausdenkt und die gesehenen Sendungen sowohl einzeln als auch hinsichtlich ihrer Rolle innerhalb des Gesamtprogramms bewertet. Man lasse sich von den — ohnehin immer seltener gesendeten — progressiven Kinofilmen nicht täuschen. Sie sind keine ZDF-Produktionen und erfüllen nur einen Alibi-Zweck. Alles andere aber, einschließlich Nachrichten, ist erschreckend präzise auf die Erhaltung der Gartenzwerg-Mentalität eines ganzen Fernsehvolkes abgestimmt. Schauen Sie hin, wenn Holzamer als leutseliger Pascha drei, vier Dutzend ausgesuchte Studiogäste zum „Gespräch mit dem Zuschauer" um sich versammelt, und Sie haben die exemplarische Verkörperung des ZDF-Programmsystems, des inhaltlichen und formalen, vor Augen. Daß die harmlosen Demokratisierungsversuche Dietmar Schönherrs als Selbstschüsse erfahren werden mußten, bestätigt nur das antiemanzipatorische System, schlimmer: ein System, dessen Handlanger nicht müde werden, das „sogenannte gesunde Volksempfinden" (Klaus Umbach im „Spiegel" Nr. 26/1972) zu idealisieren. Es ist das System nicht nur der Löwenthals und Zimmermanns, wie gesagt, sondern auch das eines Dieter Thomas Heck, Heino und der „Bezaubernden Jeannie". Und im Marktmechanismus zerquetscht, bestehen die betrogenen Konsumenten, um noch einmal Horkheimer/Adorno zu zitieren, „auf der Ideologie, durch die man sie versklavt". — Das Thema wird fortgesetzt.

E. H. Wahl

Erklärung der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam vom 26. Oktober 1972 über das mit den Vereinigten Staaten ausgehandelte Neunpunkteabkommen und über die Vereinbarungen bezüglich seiner Inkraftsetzung

(Wortlaut)

Am 26. Oktober 1972 veröffentlichte die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam eine Erklärung über den Stand ihrer Friedensverhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Die Erklärung gibt den Inhalt eines von der DRV am 8. Oktober in Paris der amerikanischen Seite unterbreiteten Entwurfs für einen „Vertrag über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" wieder, ferner den Inhalt des von den Unterhändlern beider Seiten, Le Duc Tho und Kissinger, auf der Basis des Vertragsentwurfs vom 8. Oktober ausgehandelten Neunpunkteabkommens. Während die nordvietnamesische Wiedergabe des Abkommens in einer ebenfalls am 26. Oktober 1972 einberufenen Pressekonferenz Kissingers bestätigt wurde, bestreitet die amerikanische Seite die von der DRV gemachten Angaben über den vereinbarten Zeitplan für die Inkraftsetzung des Abkommens. Am 5. November, zwei Tage vor den Präsidentschaftswahlen in den USA, erklärte US-Außenminister Rogers, Kissinger wolle „in einigen Wochen" erneut mit Vertretern der DRV verhandeln, um noch offene Fragen zu erörtern.

Nachstehend der Wortlaut der Erklärung der DRV vom 26. Oktober 1972. D. Red.

Nach Jahren des heldenhaften Widerstandes unserer bewaffneten Kräfte und unseres Volkes in beiden Zonen mußten die Vereinigten Staaten im Oktober 1968 die Bombardierungen der DRV einstellen und die Durchführung einer Viererkonferenz über Vietnam in Paris akzeptieren. Diese Situation eröffnete Perspektiven für die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam.

Die Nixon-Administration wählte jedoch den Weg der „Vietnamisierung" des Krieges und den von Verhandlungen von der Position der Stärke aus, wodurch es zur Verlängerung, Intensivierung und Ausweitung des amerikanischen Aggressionskrieges in Vietnam kam und die Friedensverhandlungen über Vietnam in eine Sackgasse gerieten.

In den vergangenen vier Jahren hat das tapfere und unbeugsame vietnamesische Volk seinen gerechten Kampf an der militärischen, politischen und diplomatischen Front verstärkt, es hat Siege von einem noch nie dagewesenen Ausmaß errungen, vor allem seit dem Frühjahr 1972, und damit der „Vietnamisierungspolitik" des Krieges eine bedeutsame Niederlage zugefügt.

Gleichzeitig ist die Regierung der DRV niemals von ihrer Haltung der ernsthaften und vom guten Willen getragenen Suche nach einer friedlichen Lösung des Vietnamproblems auf der Grundlage der Garantie der nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes und des Rechtes auf Selbstbestimmung der südvietnamesischen Bevölkerung abgegangen.

In völliger Übereinstimmung mit der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) der Republik Südvietnam (RS) hat die Regierung der DRV interne Treffen mit der Regierung der USA zur friedlichen Regelung des Vietnamproblems durchgeführt. Aber bis September 1972 blieben die Verhandlungen über das Vietnamproblem ohne Ergebnis.

Um die Verhandlungen voranzubringen, hat die DRV-Seite beim internen Treffen vom 8. Oktober 1972 eine neue, außerordentlich wichtige Initiative ergriffen: Sie hat den Entwurf eines „Vertrages über die Beendigung des Krieges und Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" vorgelegt und vorgeschlagen, daß die Regierung der DRV mit Zustimmung der PRR der RSV und die Regierung der USA mit Zustimmung der Regierung der Republik Vietnam zu einer Übereinkunft gelangen, um diesen Vertrag über die schnelle Wiederherstellung des Friedens in Vietnam sofort zu unterzeichnen. In diesem Vertragsentwurf hat die DRV-Seite folgendes vorgeschlagen: Beendigung des Krieges in ganz Vietnam, Waffenstillstand in Südvietnam, Beendigung des gesamten amerikanischen militärischen Engagements in Südvietnam, vollständiger Rückzug der Truppen der USA und der mit den USA und der Republik Vietnam verbündeten Länder aus Südvietnam und die Übergabe aller gefangenen und festgehaltenen Personen. In der Periode vom Waffenstillstand bis zur Amtseinführung der nach den allgemeinen, freien und demokratischen Wahlen gebildeten Regierung bleiben die beiden gegenwärtigen Administrationen in Südvietnam mit ihren jeweiligen Aufgaben nach innen und außen bestehen.

Diese beiden Administrationen beginnen sofort mit Konsultationen über die Realisierung des Rechtes auf Selbstbestimmung der südvietnamesischen Bevölkerung, der nationalen Eintracht, der Garantie demokratischer Freiheiten für die südvietnamesische Bevölkerung und der Bildung einer Administration der nationalen Eintracht, die die Aufgabe hat, die Einhaltung der in den von den südvietnamesischen Seiten unterzeichneten Verträgen enthaltenen Punkte zu gewährleisten und allgemeine Wahlen in Südvietnam zu organi;-sieren. Die beiden südvietnamesischen Seiten regeln innerhalb von drei Monaten, beginnend mit dem Waffenstillstand, gemeinsam die inneren Probleme Südvietnams. Damit wird das Vietnamproblem, entsprechend dem viele Male von der amerikanischen Seite vorgebrachten Wunsch, in zwei Etappen gelöst.

Die 1. Etappe umfaßt die Beendigung des Krieges in Vietnam, den Waffenstillstand in Südvietnam, die Beendigung des amerikanischen militärischen Engagements in Südvietnam und einen Vertrag über die Prinzipien der Realisierung des Selbstbestimmungsrechtes der südvietnamesischen Bevölkerung. In der 2. Etappe regeln die beiden südvietnamesischen Seiten gemeinsam die inneren Probleme von Südvietnam. Die DRV-Seite hat vorgeschlagen, daß die DRV und die USA diesen Vertrag Mitte Oktober 1972 unterzeichnen.

Die oben erwähnte Initiative der Regierung der DRV führt die sich seit vier Jahren hinziehenden Verhandlungen über das Vietnamproblem zu einer Lösung. Selbst die amerikanische Seite hat anerkannt, daß der von der DRV-Seite vorgelegte Vertragsentwurf über die „Beendigung des Krieges und Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" ein wirklich bedeutsames und sehr grundlegendes Dokument darstellt, das Perspektiven einer schnellen Regelung eröffnet.

Nach mehrtägigen Verhandlungen haben sich am 17. Oktober 1972 die DRV und die USA auf der Grundlage des Vertragsentwurfes über alle Fragen bis auf zwei geeinigt. Getragen vom guten Willen, hat die DRV-Seite ihr möglichstes getan, um diese letzten Hindernisse zu beseitigen, indem sie die Vorschläge der amerikanischen Seite über die beiden letzten Fragen des Vertrages akzeptierte. In seiner Botschaft vom 20. Oktober 1972 an den Ministerpräsidenten der Regierung der DRV hat der Präsident der USA seine Wertschätzung für den guten Willen der DRV zum Ausdruck gebracht und bestätigt, daß der Vertragstext als komplett angesehen werden kann. In der gleichen Botschaft hat er jedoch eine Reihe von komplizierten Problemen aufgeworfen. Getragen von dem Wunsch, den Krieg schnell zu beenden und den Frieden in Vietnam wiederherzustellen, hat die Regierung der DRV ihre Meinung zu diesen Fragen klar und deutlich mitgeteilt. In seiner Botschaft vom 22. Oktober 1972 hat sich der Präsident der USA befriedigt über die Erläuterungen der Regierung der DRV geäußert.

Damit war der Vertragstext am 22. Oktober 1972 komplett.

Die in dem Vertrag vereinbarten Hauptfragen können wie folgt zusammengefaßt werden:

1) Die USA respektieren die durch die Genfer Verträge von 1954 anerkannte Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams.

2) 24 Stunden nach Unterzeichnung des Vertrages beginnt in ganz Südvietnam der Waffenstillstand. Die USA beenden alle ihre militärischen Aktivitäten sowie die Bombardierungen und die Verminung in Nordvietnam. Innerhalb von 60 Tagen ziehen sie aus Südvietnam die Truppen und das Militärpersonal der USA und der mit den USA und der Republik Vietnam verbündeten Länder vollständig ab.

Die beiden südvietnamesischen Seiten lassen nicht zu, daß Truppen, Militärberater, Militärpersonal, Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Südvietnam gebracht werden. Die beiden südvietnamesischen Seiten sind befugt, nach dem Waffenstillstand verschlissene oder beschädigte Waffen, Munition und Kriegsmaterialien auf der Grundlage des Prinzips gleicher Quantität, gleicher Eigenschaften und gleicher Leistung auszutauschen. Die USA setzen weder ihr militärisches Engagement noch ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams fort.

3) Die Übergabe aller Gefangenen und festgehaltenen Personen geht parallel zum Rückzug der amerikanischen Truppen vor sich.

4) Die Prinzipien für die Realisierung des Rechtes auf Selbstbestimmung der südvietnamesischen Bevölkerung sind folgende: die südvietnamesische Bevölkerung entscheidet selbst über die politische Zukunft Südvietnams mittels wirklich freier und demokratischer allgemeiner Wahlen unter internationaler Aufsicht; die USA enthalten sich jeglicher Verpflichtung gegenüber Südvietnam und versuchen nicht, in Saigon ein proamerikanisches Regime zu errichten. Versöhnung und nationale Eintracht werden realisiert, die demokratischen Freiheiten des Volkes garantiert; es wird eine administrative Struktur mit der Bezeichnung „Nationaler Rat der Versöhnung und der nationalen Eintracht" aus drei gleichen Komponenten gebildet, um die Realisierung der unterzeichneten Verträge durch die PRR der RSV und die Regierung der Republik Vietnam zu sichern und allgemeine Wahlen zu organisieren. Die beiden südvietnamesischen Seiten beginnen Konsultationen über die Bildung von Räten auf unterer Ebene. Die Frage der vietnamesischen bewaffneten Kräfte in Südvietnam wird von den beiden südvietnamesischen Seiten im Geiste der Versöhnung und der nationalen Eintracht sowie der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung ohne fremde Einmischung entsprechend der Nachkriegssituation gelöst.

Zu den von beiden südvietnamesischen Seiten zu diskutierenden Fragen werden gehören: Maßnahmen zur Einschränkung des Personalbestandes der bewaffneten Kräfte der beiden Seiten und zur Demobilisierung der Truppen, für die diese Maßnahmen zutreffen; die beiden südvietnamesischen Seiten unterzeichnen so schnell wie möglich einen Vertrag über die inneren Probleme Südvietnams und tun ihr Bestes, um das innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes zu erreichen.

5) Die Wiedervereinigung Vietnams wird Schritt für Schritt und mit friedlichen Mitteln verwirklicht.

6) Bildung einer gemischten vierseitigen Militärkommission, einer gemischten Militärkommission der beiden südvietnamesischen Seiten, Bildung einer internationalen Kontroll- und Überwachungskommission. Einberufung einer internationalen Konferenz über Garantien in bezug auf Vietnam innerhalb von 30 Tagen nach Unterzeichnung des Vertrages.

7) Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam, die USA-Regierung und die Regierung der Republik Vietnam respektieren konsequent die nationalen Grundrechte des kambodschanischen und laotischen Volkes, die in den Genfer Abkommen von 1954 über Indochina und in den Genfer Abkommen von 1962 über Laos anerkannt wurden: Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität dieser Länder. Die obengenannten Regierungen respektieren die Neutralität Kambodschas und Laos'. Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam, die USA-Regierung und die Regierung der Republik Vietnam verpflichten sich, das Territorium Kambodschas und Laos' nicht zu benutzen, um Anschläge gegen die Souveränität und Sicherheit anderer Länder zu verüben.

Die anderen Länder werden alle militärischen Handlungen in Laos und Kambodscha einstellen und ihre Truppen, ihre militärischen Berater und ihr Militärpersonal, ihre Waffen, Munition und Kriegsmaterialien vollständig abziehen und sie nicht erneut in diese Länder bringen.

Die inneren Angelegenheiten von Kambodscha und Laos werden von den Völkern dieser Länder selbst und ohne fremde Einmischung gelöst.

Die Probleme, die zwischen den drei Ländern Indochinas bestehen, werden von den indochinesischen Seiten auf der Grundlage der Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität jedes einzelnen Landes und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gelöst.

8) Durch die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam werden Voraussetzungen für die Herstellung neuer, gleichberechtigter und auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils beruhender Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und den USA geschaffen. Die USA werden zur Überwindung der Kriegsschäden und zum Nachkriegsaufbau in der Demokratischen Republik Vietnam und in ganz Indochina beitragen.

9) Dieser Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft. Alle betreffenden Seiten werden diesen Vertrag strikt einhalten.

Beide Seiten haben auch den Terminkalender für die Unterzeichnung des Abkommens vereinbart. Am 9. Oktober 1972 kamen beide Seiten auf Vorschlag der USA-Seite zu folgender Vereinbarung: Am 18. Oktober 1972 stellen die USA die Bombardierung und Verminung Nordvietnams ein; am 19. Oktober 1972 paraphieren beide Seiten in Hanoi den Vertragstext; am 26. Oktober wird der Vertrag offiziell in Paris von den Außenministern der beiden Länder unterzeichnet.

Am 11. Oktober 1972 hat die USA-Seite vorgeschlagen, den Terminkalender wie folgt zu ändern: Am 21. Oktober 1972 stellen die USA die Bombardierung und Verminung Nordvietnams ein, am 22. Oktober 1972 paraphieren beide Seiten in Hanoi den Vertragstext, am 30. Oktober 1972 unterzeichnen die Außenminister der beiden Länder offiziell in Paris den Vertrag. Die DRV-Seite hat diesem neuen Terminkalender der USA zugestimmt.

Am 20. Oktober 1972 hat die USA-Seite unter dem Vorwand des Bestehens einiger noch nicht vereinbarter Punkte erneut einen anderen Terminkalender vorgeschlagen: Am 23. Oktober 1972 stellen die USA die Bombardierung und Verminung Nordvietnams ein; am 24. Oktober 1972 paraphieren beide Seiten in Hanoi den Vertragstext; am 31. Oktober 1972 unterzeichnen die Außenminister der beiden Länder offiziell in Paris den Vertrag.

Obwohl die amerikanische Seite mehrere Male das verändert hat, was bereits vereinbart war, hat die DRV-Seite guten Willen gezeigt und wiederum ihre Zustimmung zu dem amerikanischen Vorschlag gegeben, wobei betont wurde, daß die amerikanische Seite den neuen vereinbarten Terminkalender nicht nochmals unter irgendeinem Vorwand verändern sollte.

So haben die USA-Seite und die DRV-Seite bis 22. Oktober 1972 den gesamten Text des „Vertrages über die Beendigung des Krieges und über die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" und einen für die offizielle Unterzeichnung des Vertrages am 31. Oktober 1972 notwendigen Terminkalender vereinbart. Es ist offenkundig, daß beide Seiten zu einer Vereinbarung über einen Vertrag kamen, der von außerordentlich wichtiger Bedeutung ist und dem Wunsch der Völker Vietnams, der USA und der ganzen Welt entspricht.

Am 23. Oktober 1972 hat die USA-Seite jedoch im Gegensatz zu ihren Verpflichtungen die Schwierigkeiten aus Saigon vorgebracht und gefordert, die Verhandlungen fortzusetzen, um neue Probleme zu lösen, und sie hat kein Wort von der Einhaltung ihrer Verpflichtungen entsprechend dem vereinbarten Terminkalender gesagt. Dieses Verhalten der USA-Seite hat eine sehr ernste Situation hervorgerufen, es bedroht die Unterzeichnung des „Vertrages über die Beendigung des Krieges und über die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam".

Die sogenannten Schwierigkeiten aus Saigon sind nur ein Vorwand, um die Einhaltung der Verpflichtungen der USA hinauszuzögern, denn es ist allgemein bekannt, daß die Saigoner Administration von den USA geschaffen wurde und gehalten wird. Mit einer Söldnerarmee, die von den USA ausgerüstet und bezahlt wird, ist diese Administration ein Werkzeug für die Realisierung der amerikanischen Politik der „Vietnamisierung des Krieges" und des Neokolonialismus unter Verletzung der nationalen Rechte der südvietnamesischen Bevölkerung. Diese Administration ist ein Instrument, mit dem die USA jede friedliche Regelung des Vietnamproblems sabotieren können.

All diese Tatsachen beweisen, daß die Nixon-Administration nicht ernsthaft und nicht mit gutem Willen verhandelt um den Krieg zu beenden und den Frieden in Vietnam wiederherzustellen. Sie verlängert nur die Gespräche, um die öffentliche Meinung zu verwirren und ihre Pläne zu verbergen, d. h., die Saigoner Administration für die Fortsetzung ihres Aggressionskrieges in Vietnam und in Indochina zu halten. Sie muß vor dem amerikanischen Volk und den Völkern der Welt die Verantwortung dafür tragen, daß die Unterzeichnung des Vertrages verzögert und damit der Krieg in Vietnam verlängert wird.

Die Regierung der DRV sieht es als ihre Pflicht an, die Landsleute und Kämfer im ganzen Land, die Völker der Welt und das amerikanische Volk über den gegenwärtigen Stand der internen Treffen zwischen der DRV und den USA zu informieren, damit sie die Wahrheit wissen. Diese Information ist vorteilhaft für den Frieden und berührt in keiner Weise die Verhandlungen, denn die beiden Seiten sind bereits über den Vertragstext und den Termin der Unterzeichnung übereingekommen. Mit der Information über diese Situation hält sich die Regierung der DRV strikt an die Vereinbarungen zwischen der DRV und den USA, nach denen der vereinbarte Vertragstext nicht verändert werden darf und der vorgesehene Termin für die Unterzeichnung des Vertrages der 31. Oktober 1972 ist.

Die Regierung der DRV prangert mit Entschlossenheit den fehlenden guten Willen und die unseriöse Haltung der Nixon-Administration an. Die Regierung der DRV fordert von der Regierung der USA entschlossen, daß diese ebenfalls guten Willen beweist, die vereinbarten Verpflichtungen einhält und am 31. Oktober 1972 den vereinbarten Vertrag unterzeichnet, um den Krieg zu beenden, den Frieden in Vietnam wiederherzustellen, zur Festigung des Friedens in Asien und in der Welt beizutragen und den Wünschen des vietnamesischen Volkes, des amerikanischen Volkes und der Völker der Welt zu entsprechen.

Landsleute und Kämpfer im ganzen Land!

Wir wollen Frieden in Unabhängigkeit und Freiheit. Wir haben guten Willen. Aber die amerikanischen Imperialisten tragen sich noch immer mit dem Gedanken, den Süden unseres Landes zu erobern, ihn in eine amerikanische Neokolonie und Militärbasis zu verwandeln und die Spaltung unseres Landes voranzutreiben.

Wir würden eher jedes Opfer bringen, als uns dem zu unterwerfen. Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit!

Wir kämpfen gegenwärtig für Unabhängigkeit und Freiheit unseres Vaterlandes, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus in der ganzen Welt und besiegen die aggressiven amerikanischen Imperialisten. Unsere Position ist eine Position des Sieges, der Initiative und des ständigen Aufstieges. Die Position der amerikanischen Imperialisten und ihrer Helfershelfer ist eine Position der Passivität und des unaufhörlichen Niederganges.

Noch nie zuvor haben unsere Landsleute und Kämpfer im ganzen Land eine so feste Entschlossenheit bewiesen, sich wie ein Mann zusammenzuschließen, alle Entbehrungen und Opfer zu ertragen, alles für die Verwirklichung des heiligen Testaments des Präsidenten Ho Chi Minh zu tun, den Kampf an der militärischen, politischen und diplomatischen Front hartnäckig fortzusetzen und ihn zu intensivieren, bis diese edlen Ziele erreicht sind: Befreiung des Südens, Verteidigung und Aufbau des sozialistischen Nordens,

zur friedlichen Wiedervereinigung des Landes voranzuschreiten. Unser Volk ist entschlossen, entschieden Seite an Seite mit den Brudervölkern von Laos und Kambodscha zu kämpfen, um die aggressiven amerikanischen Imperialisten und ihre Helfershelfer vollständig zu besiegen!

Der patriotische Kampf unseres Volkes gegen die amerikanische Aggression ist ein gerechter Kampf. Unsere Geschlossenheit ist eine unbesiegbare Kraft. Wir haben Traditionen des tapferen unbeugsamen Kampfes gegen Aggressoren. Unser Volk genießt außerdem die Anteilnahme und große Unterstützung der sozialistischen Bruderländer und der fortschrittlichen Völker der ganzen Welt. Wir werden siegen!

Die Regierung der DRV appelliert an die Regierungen und Völker der UdSSR, Chinas und der anderen sozialistischen Bruderländer, an die den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Länder, an die internationalen Organisationen, an das amerikanische Volk und an die Völker der Welt, die das vietnamesische Volk stets mit allen Kräften in seinem patriotischen Kampf gegen die amerikanische Aggression unterstützt haben, daß sie entschlossen kämpfen, um von der Regierung der USA zu fordern, sofort das einzuhalten, was zwischen den USA und der DRV vereinbart wurde, um schnell den Krieg beenden zu können und den Frieden in Vietnam wiederherzustellen.

Die Regierung der DRV appelliert an alle Brüder und Freunde auf den fünf Kontinenten, dem gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes bis zum endgültigen Sieg noch umfassendere Unterstützung und Hilfe zu gewähren.

Das vietnamesische Volk wird siegen!

Die drei Völker Indochinas werden siegen!

Hanoi, 26. Oktober 1972

Gutachtliche Stellungnahme der Professoren Dr. jur. Wolfgang Abendroth und Dr. jur. Gerhard Stuby zum Rechtsstreit zwischen SPD und SHB über die Führung des Namens „sozialdemokratisch".

(Wortlaut)

Der SHB-Bundeszentralrat hat uns gebeten, in dem Rechtsstreit

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, vertreten durch den Vorstand, dieser wieder vertreten durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Herbert Wehner, MdB, 53 Bonn 1, Ollenhauerstraße 1

— Klägerin —

— Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Schumann, Neumann, Leuer in Bonn —

gegen

den Sozialdemokratischen Hochschulbund, vertreten durch den Bundeszentralrat, dieser vertreten durch seinen 1. Sprecher, Herrn Stephan Albrecht, 53 Bonn 1, Rosental 1

— Beklagter —

— Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Schick in Bonn —

gutachtlich zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die Klägerin einen politischen Gattungsbegriff, wie die Bezeichnung „sozialdemokratisch", so monopolisieren kann, daß eine Vereinigung wie der SHB von der Führung des Bestandteils „sozialdemokratisch" in seinem Namen ausgeschlossen werden kann.

I

In der gutachtlichen Stellungnahme gehen wir von folgendem Sachverhalt aus:
Am 3. Juli 1961 wurde zwischen dem damaligen Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, namens der SPD, und dem damaligen Vorsitzenden des SHB, Jochen Grönert, namens des SHB, folgende Vereinbarung getroffen:

„1) Der Sozialdemokratische Hochschulbund erkennt an, daß die SPD das ausschließliche Recht an der Namensbezeichnung ‚sozialdemokratisch' hat.

2) Die SPD erteilt dem Sozialdemokratischen Hochschulbund die widerrufliche Genehmigung, in seinem Namen die Bezeichnung ‚sozialdemokratisch' zu führen.

Über einen Widerruf der Genehmigung entscheidet der Vorstand der SPD unter Ausschluß des Rechtsweges."

In einer Vereinbarung zwischen SPD-Vorstand und SHB-Vorstand vom 24. Mai 1960, die durch die Vereinbarung vom 3. Juli 1971 abgelöst worden war, lautete die Ziff. 3:

„Für die SPD ist Voraussetzung und Bedingung der Genehmigung, daß sich der SHB in seiner Satzung verpflichtet, das Godesberger Programm der SPD als die verbindliche Grundlage seiner Wirksamkeit anzuerkennen und diese Verpflichtung auch jeweils zu erfüllen" [1]).

Am 2. Juni 1972 beschloß der Parteivorstand der SPD, die nach der Vereinbarung vom 3. Juli 1961 erteilte Genehmigung zur Namensbezeichnung „sozialdemokratisch" zu widerrufen. Mit Schreiben vom 5. Juni 1972 wurde dem SHB-Vorstand der Widerruf vom Geschäftsführer der SPD mitgeteilt.

Am 19. Juni 1972 teilte der SHB-Vorstand dem Geschäftsführer der SPD mit, daß der SHB nach erfolgtem Widerruf „den Vertrag vom 3. Juli 1961 als hinfällig und nicht mehr gültig betrachte" und von nun an den Namensbestandteil „sozialdemokratisch kraft eigenen Rechts führe.

Auf Antrag des SPD-Vorstandes beim Landgericht Bonn hat dieses mit Beschluß vom 29. Juni 1972 im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet, daß dem Antragsgegner (SHB) aufgegeben wird, die Führung der Bezeichnung „sozialdemokratisch" in seinem Namen zu unterlassen.

Durch Urteil vom 19. Juli 1972 des Landgerichtes Bonn (Az. 70304/72) wurde nach Widerspruch des SHB-Vorstandes diese einstweilige Verfügung bestätigt.

Nachdem der SHB-Vorstand beantragt hat, der Klägerin aufzugeben, Klage zur Hauptsache zu erheben, ist der SPD-Vorstand der Aufforderung des Gerichtes nachgekommen, so daß jetzt das Hauptverfahren anhängig ist.

Der SPD-Vorstand hat beantragt, den Beklagten zu verurteilen, die Führung der Bezeichnung „sozialdemokratisch" zu unterlassen. Er beruft sich dabei auf die Vereinbarung vom 3. Juli 1961. Zudem sei der Unterlassungsanspruch aus § 12 BGB begründet.

Das Wort „Sozialdemokratische Partei" (SPD) kennzeichne eine bestimmte, zum Zwecke politischer Betätigung organisierte Personenvereinigung, und diese werde gerade durch die Bezeichnung von anderen Personenvereinigungen mit anderen politischen Zielsetzungen eindeutig abgegrenzt. Im Laufe der über hundertjährigen geschichtlichen Entwicklung habe dadurch die Bezeichnung die Bedeutung eines bestimmten Namens erlangt, die der Klägerin das Recht gebe, sich als Personenvereinigung „sozialdemokratisch" zu nennen. Anderen Personenvereinigungen und Organisationen sei somit der Gebrauch des Begriffes „sozialdemokratisch" verwehrt, wenn dadurch der Eindruck erweckt werde, daß diese Vereinigung oder Organisation mit der Klägerin (SPD) zusammenhängen oder in Verbindung stehen. Personenvereinigungen, die den Namen „sozialdemokratisch" führten, würden im Bewußtsein der Bevölkerung weitgehend mit der SPD identifiziert.

Im Beschluß des Parteivorstandes vom 2. Juni 1972 habe die SPD festgestellt, daß die politischen Voraussetzungen, unter denen die Namensführung gestattet worden sei, nicht mehr gegeben seien.

1) „frontal" (extra) vom 30. 10. 1971, Dokumentation zum Verhältnis SHB-SPD, S. 43 f.

Der Beklagte (SHB) hat beantragt, die Klage abzuweisen. Nach dem Widerruf der Vereinbarung vom 3. Juli 1961 durch die Klägerin (SPD) führe er aus eigenem Recht den Namen „sozialdemokratisch".

II

Es fragt sich, ob dem SHB ein originäres Recht zusteht, die Bezeichnung „sozialdemokratisch" in seinem Namen zu führen, wie er vorträgt.

Dem könnte die Vereinbarung vom 3. Juli 1961 entgegenstehen.

Die in der Vereinbarung vom 3. Juli 1961 vorgesehene Widerrufsmöglichkeit sollte nur unter bestimmten Voraussetzungen gegeben sein. Solange der SHB sich in seiner politischen Programmatik im Rahmen dessen bewegte, was als sozialdemokratische Politik bezeichnet werden kann, sollte ein Namensentzug ausgeschlossen sein. Das ist aus den gesamten äußeren Umstände zu entnehmen, unter denen die Vereinbarung vom 3. Juli 1961 zustandegekommen ist, wie es den allgemeinen Auslegungsregeln von Willenserklärungen entspricht [2]).

In der am 26. Mai 1960 abgeschlossenen Vereinbarung zwischen dem SPD-Vorstand und dem SHB-Vorstand war diese Zielsetzung unter Ziff. 3 auch ausdrücklich formuliert worden.

Da jedoch für die Förderung nach dem Bundesjugendplan politische und organisatorische Eigenständigkeit Voraussetzung ist, wurde am 3. Juli 1961 die Vereinbarung neu gefaßt und die Godesberger-Programm-Klausel fallen gelassen. Zweck dieser Veränderung war also das Einräumen eines größeren Spielraumes für die Entwicklung einer politischen Programmatik durch den SHB und damit zwangsläufig ein Einschränken der Voraussetzungen, unter denen der in der Vereinbarung vom 3. Juli 1961 vorgesehene Widerruf ausgesprochen werden konnte.

Trotz Ausschluß des Rechtsweges sind diese Voraussetzungen für einen Widerruf gerichtlich nachprüfbar. Wenn auch eine organisatorische und politische Selbständigkeit des SHB intendiert war, so jedoch gleichzeitig, wie allein die Existenz der Vereinbarung zeigt, auch nach außen hin eine enge programmatische und zum Teil auch personelle Bindung (60 % aller Mitglieder des SHB sind in der SPD) an die SPD. Alle Entscheidungen der Organe der SPD betreffen auch den SHB als Verband und seine Mitglieder unmittelbar. Das gilt vor allem für Entscheidungen wie den Widerruf der Genehmigung zur Führung des Bestandteiles „sozialdemokratisch" im Namen des SHB. Nur eine Nichtvereinbarungserklärung, wie sie von der SPD 1961 gegenüber dem SDS ausgesprochen worden war, hätte den Verband noch härter treffen können [3]).

Die dort entwickelten Grundsätze müssen wegen des engen Verhältnisses SPD-SHB auch auf den vorliegenden Fall angewendet werden, so daß das Gericht nachzuprüfen hat, ob die materiellrechtlichen Voraussetzungen des Widerrufes gegeben waren.

Schließt man sich der Meinung an, die Vereinbarung sei durch den Widerruf der Genehmigung hinfällig geworden, so stößt man auf die gleiche Kernfrage. Die SPD hätte nur dann ein Recht aus § 12 BGB gegenüber dem SHB, wenn sie nachweisen könnte, daß seine politische Programmatik außerhalb dessen fällt, was der Begriff: „Sozialdemokratie" deckt, so daß es sich beim SHB um eine Gruppe handelt, die mit der SPD in keiner Weise verbunden ist [4]).

Hierfür ist aber zunächst ein konkreter Begriff dessen zu gewinnen, was unter „Sozialdemokratie" zu verstehen ist.

III

Die Bezeichnung „sozialdemokratisch" ist zwar in ihrer konkreten Bedeutung in der deutschen Geschichte zunächst durch eine politische Partei und deren ideologische Ent-

[2]) Vgl. z. B. Heinrich Lehmann, Allgemeiner Teil des BGB, Berlin 1958, S. 195 ff.; vgl. auch Wieacker JZ 1967/385 mit weiteren Nachweisen.
[3]) Vgl. Palandt, BGB-Kommentar, 1962 31. Aufl., § 25 Anmerkung 3b; RG 80, 189; BGH 29, 354; Karlsruhe OLEZ 70, 30.
[4]) Sochon, OLG Frankfurt, NJW 1952, 793 f.

wicklung inhaltlich bestimmt worden, hat aber dann — spätestens mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges — diese organisatorisch relativ eindeutig definierbare Identifikation verloren. Die sozialdemokratische Partei wurde von der Periode des Sozialistengesetzes bis zum Ersten Weltkrieg in ihrem Denken, in der Variationsbreite ihrer parteiinternen Diskussionen und in der Auseinandersetzung mit ihren politischen Gegnern, wie in der wissenschaftlichen Polemik mit den offiziösen Sozialwissenschaften der damaligen Universitäten mit marxistischem Denken identifiziert [5]).

Dieser Tatbestand hat dazu geführt, daß auch nach der Kapitulation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von der Politik der Reichsführung bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges einerseits die Gegner dieser Anpassung an die Ziele der deutschen imperialistischen Politik in aller Selbstverständlichkeit sich selbst als Sozialdemokraten — nämlich nach ihrer Vorstellung als bessere gegenüber den sogenannten Mehrheitssozialdemokraten — verstanden haben, andererseits die Majorität dieser Mehrheitssozialdemokraten versuchen mußte, ihre politische Wendung im Rahmen dieses zur bloßen Terminologie abgesunkenen theoretischen Ansatzes zu begründen. Deshalb nannten sich die ab März 1915 gebildeten Gruppen derjenigen Abgeordneten, die im deutschen Reichstag gegen die Kriegskredite stimmten, „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft", und die außerparlamentarische politische Organisation ihrer Anhänger, als sie sich 1917 zur Partei konstituierte, „Unabhängige Sozialdemokratische Partei", wie sich (trotz der Widersprüche, die dabei entstehen mußten) die alte Organisation weiter an das marxistische Erfurter Programm von 1891 [6]) gebunden glaubte.

Der Terminus „sozialdemokratisch" war dabei durch die Kombination folgender Grundvorstellungen charakterisiert, die — wie das Heidelberger Programm der SPD nach der Wiedervereinigung des rechten Flügels der USPD mit der Mehrheitssozialdemokratie von 1925 zeigt [7]) — bis zum Ende der Weimarer Republik durch den Sieg des Dritten Reiches als Mindestinhalt sozialdemokratischer Vorstellungsreihen gegolten haben:

1) Die kapitalistische Produktionsweise, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht, führt unvermeidlich zur Zentralisation und Konzentration des Kapitals, d. h. zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts, zur Vereinigung des Industriekapitals, Handelskapitals und Bankkapitals zum Finanzkapital (Heidelberger Programm).

2) Diese — nach den inneren Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie unvermeidliche — Entwicklung führt zu dem stetigen Streben des Finanzkapitals, seinen Einfluß auf die Staatsmacht auszubauen und zu vergrößern und sie zu imperialistischer Außenpolitik zu verwerten, die ständige Konflikte und Kriegsgefahr zum Korrelat der Periode des organisierten Kapitalismus macht (Heidelberger Programm).

3) Die Klasse der abhängig arbeitenden Bevölkerung kann im Mechanismus dieser kapitalistischen Produktionsverhältnisse nur durch ihren von den Gewerkschaften ökonomisch und von den Arbeiterparteien politisch organisierten Klassenkampf ihre soziale Position verteidigen und ausbauen. Indem sie Klassenbewußtsein in ihrer Klasse entwickelt und stärkt, wird sie zum ebenbürtigen Gegner des Kapitalismus, der das Ziel der Umwandlung der auf dem Motor des Profitmotivs für Einzelunternehmungen beruhenden kapitalistischen Produktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion bei Vergesellschaftung der Produktionsmittel entwickelt. Dieser Klassenkampf ist nur durch die Ergänzung des ökonomischen durch den politischen Kampf mit der Absicht der Eroberung der politischen Macht erfolgversprechend, dessen Voraussetzung die Erhaltung und der Ausbau der politischen Demokratie ist (Heidelberger Programm). Erst in der sozialistischen Produktionsweise sind Ausbeutung, Klassenprivilegien und Klassen (und also auch Klassenherrschaft) verschwunden, wie andererseits auch — sobald diese Veränderung international, und nicht nur in einem oder doch wenigen Staaten erfolgt ist — nationale Unterdrückung, nationale Gegensätze und Kriegsgefahren eliminiert sind. Deshalb müssen die Sozialdemokraten ihren Kampf um dies „Endziel" auch international koordinieren (Heidelberger Programm).

5) Vgl. dazu Eugen Prager, Geschichte der USPD, Berlin 1921.
6) Vgl. den Abdruck in Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1969, S. 95 ff.
7) Vgl. den Abdruck in Wolfgang Abendroth, a. a. O., S. 107 ff.

Wie sehr auch die strategischen und taktischen Erwägungen der verschiedenen Richtungen der Sozialdemokratie auseinandergingen und ihre theoretischen Analysen divergieren mochten, so stark auch „revisionistische" und „reformistische" Tendenzen auf der einen, „revolutionäre" und „zentralistische" auf der anderen Seite einander gegenübertreten mochten, blieb diese Vorstellungskombination von allen Gruppen respektiert und galt sie als selbstverständliche Grundlage der sozialdemokratischen Diskussion (wenn man von Außenseitern absieht).

Nach dem Sieg des Dritten Reiches über die Weimarer Republik hat zwar der Teil der sozialdemokratischen Führung, der — wie die Mehrheit der Reichstagsfraktion unter der Leitung von Paul Löbe — versuchte, durch Zustimmung zur von Hitler eingebrachten sogenannten „Friedensresolution des Reichstages" vom 17. Mai 1933 das Vertrauen der NSDAP zu gewinnen [8]), und die Leitung des ADGB, die seit Ende März 1933 bereit war, auch die Sozialdemokratie preiszugeben [9]), diese Auffassungen abgestreift. Die illegal im Reich oder in der Emigration gegen den Faschismus aktiv tätigen Sozialdemokraten haben sie jedoch im Prager Manifest des Januar 1934 akzentuiert und — der neuen Lage entsprechend — als radikaleres Aktionsprogramm formuliert [10]). Derjenige Teil der im Deutschen Reich illegal arbeitenden Sozialdemokraten, der im Konzentrationslager Buchenwald zur Zeit des Zusammenbruchs des Dritten Reiches die Gelegenheit zu neuer programmatischer Äußerung gefunden hat, hat sie in abermals neuer Akzentuierung im „Buchenwalder Manifest der demokratischen Sozialisten" vom 13. April 1945 wiederholt [11]). Programmatisch hat sich diese Situation für die SPD erst durch das Godesberger Programm geändert. Im „Jahrbuch der SPD 1946" hatte Kurt Schumacher noch ausdrücklich den Marxismus, insbesondere den historischen Materialismus und die Lehre vom Klassenkampf, als methodische Grundlage des Denkens der SPD aufrecht erhalten [12]). Auch das Referat Prof. Dr. Erik Nöltings auf dem Nürnberger Parteitag der SPD 1947 [13]) bewegte sich (trotz aller seiner Illusionen, eine neue kapitalistische Konjunktur und Aufbauperiode sei in Deutschland unmöglich, die sicherlich mit marxistischen Analysen nichts zu tun hatten, sondern aus den Enttäuschungen eines früheren Revisionisten über den Sieg des Faschismus 1933 psychologisch erklärbar sind) im Rahmen dieser Gedankenvorstellungen.

Die Wendung, die sich im Denken der SPD seit 1953 — nach dem wirtschaftlichen Aufschwung der als „sozialer Marktwirtschaft" in der Bundesrepublik restaurierten kapitalistischen Produktionsverhältnisse — vollzogen hat, kam dann zwar im Godesberger Programm 1959 zum Ausdruck. Aber sie wurde zunächst noch dahin verstanden, daß jenes Denken, das von dem Gothaer Vereinigungsparteitag der Lassalleanischen und der Eisenacher Sozialdemokratischen Parteien 1875 bis zum Godesberger Parteitag als für jeden Sozialdemokraten verbindlich gegolten hatte, nun zwar durch eine breitere und weniger verpflichtende aktuelle Plattform ersetzt sei, die es auch anderen ideellen Tendezen erlaube, an der gemeinsamen Politik einer „Volkspartei" teilzunehmen, daß aber keineswegs Sozialdemokraten im früheren Sinne dieses Wortes dadurch als aus dieser Partei ausgeschlossen verstanden werden sollten. Das wird dadurch belegt, daß auf dem Parteitag, der dieses Programm verabschiedet hat, eine starke Minorität für die Akzentuierungen eintrat, die das Programm deutlicher im Sinne der früheren Denkweise formulieren wollte [14]). Ihre Zugehörigkeit zur SPD wurde zunächst sowenig in Frage gestellt wie ihr Recht, sich als „Sozialdemokraten" zu bezeichnen.

IV

Es war vor allem die im SDS organisierte junge sozialdemokratische Intelligenz, die sich dem Übergang der SPD zur Anpassung an die imperialistische Politik widersetzte, wie sie zum Teil im Godesberger Programm zum Ausdruck gekommen war. Sie versuchte auch

8) Vgl. dazu Erich Matthias, Die SPD, in: E. Matthias/R. Morsey, Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 182 ff.
9) Vgl. dazu H. G. Schumann, Nationalismus und Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt/M. 1958, S. 57 ff.
10) Vgl. den Abdruck in Wolfgang Abendroth, a. a. O., S. 114 ff.
11) Vgl. den Abdruck in Wolfgang Abendroth, a. a. O., S. 123 ff.
12) Vgl. „Jahrbuch der SPD 1946", Hannover 1946, S. III ff.
13) Protokoll des Parteitages der SPD in Nürnberg, Hamburg 1947, S. 158 ff.
14) Protokoll des Parteitages der SPD in Godesberg, Bonn 1959, S. 82 f., 224 ff., 350 ff.

die alte marxistische Tradition der SPD aufrechtzuerhalten. Die sich gegen diese Denkweise und ihre praktischen Folgen stemmende SPD-Führung brach daher gegen den Widerstand breiter Kräfte an der Basis am 19. Juli 1961 ihre Beziehungen zum SDS ab, nachdem sie am 7. Mai 1960 den SHB als Spalterorganisation gegründet hatte. Bis etwa 1964/65 lag demnach auch die politische Programmatik des SHB ganz auf der Linie der auf dem Godesberger Parteitag formulierten Denkweise der rechten Mehrheit. Ab diesem Zeitpunkt distanziert sich der SHB zunehmend von der offiziellen Politik der SPD. Er erkennt die Oder/Neiße-Grenze an (ordentliche Bundesdelegierten-Versammlung vom 19./23. Mai 1964) und fordert die Anerkennung der DDR (ordentliche Bundesdelegierten-Versammlung vom 8./12. März 1964). Er wendet sich gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen das Verbot der KPD und gegen den Krieg in Vietnam. Auf der Bundesdelegierten-Versammlung im Juni 1968 in Saarbrücken beschloß der SHB in Ablehnung der Politik der rechten Mehrheit, sich als Teil der außerparlamentarischen Opposition zu betrachten und bei den Bundestagswahlen nur solche Kandidaten der SPD zu unterstützen, die die Koalition mit der CDU/CSU, die Notstandsgesetze, geplante Wahlrechtsreform und die Politik der „sozialen Symmetrie" und der „konzertierten Aktion" ablehnen und für die erweiterte Mitbestimmung der Arbeiter eintreten. Er sprach sich für eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aus. Vor allem im Bereich der Wissenschafts- und Bildungspolitik entwickelte der SHB Alternativen, die in scharfen Gegensatz zu den von der SPD-Führung formulierten Formierungstendenzen traten, wie sie z. B. im Hochschulrahmen-Gesetz-Entwurf sich niederschlugen. Zum neuralgischsten Punkt des Verhältnisses zur SPD entwickelte sich die Frage des Verhältnisses zu den Kommunisten. In Absetzung zu dem verstärkten antikommunistischen Kurs der SPD-Führung wird das Bündnis mit allen demokratischen Kräften, auch Kommunisten und anderen Sozialisten, gefordert. Auf der 11. Bundesdelegierten-Versammlung vom 20. bis 22. November 1970 in Koblenz wurde entgegen dem Beschluß des Parteitages vom 14. November 1970 ein Beschluß gefaßt, der „Zusammenarbeit mit Kommunisten in Fragen, in denen gemeinsame Interessen und Auffassungen bestehen" für den SHB zu einem „notwendigen und weiterhin zu praktizierenden Mittel" erklärt [15]).

Dieses Zusammengehen mit sozialistischen Kräften außerhalb der SPD und mit Kommunisten in bestimmten Fragen wird als Hauptgrund für die Reaktion des Parteivorstandes genannt, angefangen bei der Sperrung der Finanzmittel bis hin zum Namensentzug [16]).

Eine derartige Bündnispolitik ist jedoch nicht nur in der Geschichte der Sozialdemokratie zumindest von starken Minderheiten stets gefordert und praktiziert worden, sondern ist vor allem für die Tradition ausländischer sozialistischer Parteien kennzeichnend. Wenn sich auch diese Lage in der SPD und für die SPD inzwischen teilweise geändert haben mag, so wird doch ihre programmatische Ungeklärtheit auch für diese Partei dadurch verdeutlicht, daß die SPD noch immer in der Sozialistischen Internationale mit Parteien zusammenwirkt, die, wie der Parti Socialiste Français und der Partito Socialista Italiano (oder wie die sozialdemokratische Partei Finnlands), sich durchaus noch als Sozialdemokraten im früheren Sinne des Wortes verstehen und deshalb jederzeit bereit sind, mit kommunistischen Parteien, die ebenfalls an das Denken des früheren Erfurter Programms der SPD anknüpfen, Bündnis- oder Koalitionsverträge zu schließen.

Hierzu kommt noch, daß in manchen Programmpunkten sogar die offizielle SPD-Programmatik dem SHB teilweise gefolgt ist; erinnert sei an bestimmte Komplexe der Ostpolitik: Oder/Neiße-Grenze, DDR-Anerkennung, wenn auch hier nur zur Hälfte.

Geht man von der historisch entstandenen Bedeutung des Begriffes „Sozialdemokratie" aus, so kann man sogar mit einiger Berechtigung, ohne sich mit einer der politischen Richtungen identifizieren zu müssen, eher dem SHB eine sozialdemokratische Politik, in der er mit relevanten Kräften innerhalb der SPD (z. B. den Jusos) übereinstimmt, bescheinigen als der offiziellen SPD-Führung.

15) Beschlüsse der 11. o. BdV des SHB vom 20.—22. 11. 1970, in: „SK-Extra" Nr. 7, hrsg. von der Redaktion der „Sozialistischen Korrespondenz", Hamburg 1970, S. 4.
16) Vgl. Schreiben des Bundesgeschäftsführers der SPD an alle Landesverbände, Bezirke und Unterbezirke der Partei vom 16. 6. 1972, wo das sich nicht eindeutige politische und ideologische Distanzieren vom Kommunismus gerügt wird.

V

Deshalb ist davon auszugehen, daß — wie in der Periode der Spaltung in mehrere sozialdemokratische Parteien und Organisationen während des Ersten Weltkrieges und nach dem Ersten Weltkrieg — die Bezeichnung „sozialdemokratisch" nicht Monopol einer politischen Parteiorganisation und einer Mehrheit in ihr sein kann. Diese Bezeichnung kann nicht nur von dieser Partei, sondern auch von Gruppierungen verwendet werden, die die Terminologie und das Denksystem aufrechterhalten und weiterführen wollen, die während acht Jahrzehnten unzweifelhaft mit diesem Begriff verknüpft waren. Es ist gewiß nicht möglich, einer Partei zu verbieten, ihren Parteinamen weiterzuführen, auch wenn ihr Denksystem sich gegenüber ihren früheren Vorstellungen grundlegend ändert. Aber ebensowenig kann diese Partei anderen Vereinigungen verbieten, einen Begriff als Bezeichnung weiterzuführen, der in dieser Form in einer langen Tradition entstanden ist, weil sie an dieser Tradition des Begriffes festhalten wollen. Das gilt in besonderem Maße, wenn es innerhalb der Partei — wenn auch kleine — Minderheiten gibt, die ebenfalls an dieser Tradition festhalten.

Man kann daher feststellen, daß der seit dem Abbruch zum SDS 1961 sich abzeichnende verstärkte Übergang zu disziplinarischen Maßnahmen gegenüber von der offiziellen Parteimeinung abweichenden Gruppen kaum an sozialdemokratische Traditionen anknüpfen kann. Der Versuch des Namensentzugs auf gerichtlichem Wege stellt jedenfalls in dieser Richtung bisher einen absoluten Höhepunkt dar.

Die rechtliche Konsequenz aus diesen Ausführungen ergibt sich von selbst:

Kein Punkt der politischen Programmatik des SHB steht mit der historischen Bedeutung des Begriffes „Sozialdemokratie", auf die sich die Klägerin selbst berufen hat, in einem diametralen Gegensatz. Nur wenn man Sozialdemokratie auf die Tradition einer bestimmten Gruppe innerhalb der SPD verkürzt, könnte man zu einem solchen Ergebnis kommen. Selbst wenn man bei den Vertragschließenden vom 3. Juli 1961 eine solche Verengung unterstellen kann, so wäre dies unbeachtlich. Die Auslegung hat sich an dem objektiven Begriff von „Sozialdemokratie" auszurichten, wie er skizziert wurde.

Damit bewegt sich die politische Programmatik des SHB durchaus im Rahmen eines historisch entstandenen Begriffes von „Sozialdemokratie", auf den sich die Klägerin ja selbst berufen hat.

Die Voraussetzungen für den in der Vereinbarung vom 3. Juli 1961 vorgesehenen Widerruf sind somit nicht gegeben. Der SHB ist immer noch eine politische Gruppe, die mit der Sozialdemokratie in dem dargelegten Sinne verbunden bleibt, so daß auch ein Recht aus § 12 BGB der SPD gegenüber dem SHB zu verneinen ist.

Frankfurt/Bremen am 9. Oktober 1972

Gez.:
Prof. Dr. jur. Wolfgang Abendroth
Prof. Dr. jur. Gerhard Stuby

Stellungnahme des Bundes demokratischer Wissenschaftler zur Entlassung von Prof. Joseph Beuys durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

(Wortlaut)

Der Konflikt zwischen dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen und Joseph Beuys über die Abweisung von Studienanfängern von der Kunstakademie Düsseldorf ist in seinem Kern eine Auseinandersetzung über die Berechtigung des Numerus clausus.

Der Bund demokratischer Wissenschaftler bedauert, daß sowohl in einem Teil der Presse als auch durch die disziplinarische Maßnahme des Ministeriums das gesellschaftliche Problem, das Inhalt dieses Streites ist, zugunsten einer ausschließlich formalen Betrachtung der Mittel, zu denen Professor Beuys zu greifen sich veranlaßt sah, vernachlässigt wurde.

Joseph Beuys hat in einem Schreiben an den Minister darauf hingewiesen, daß der Numerus clausus nur so lange unvermeidbar erscheine, als „mit dem von allen schaffenden Menschen gemeinsam erarbeiteten Volksvermögen in einer Weise umgegangen wird, welche die Interessen der die Zukunft bestimmenden Jugend anderen Zielen nachordnet." Der Bund demokratischer Wissenschaftler erklärt sich mit dieser Feststellung von Joseph Beuys sowie mit seinem Protest gegen den Numerus clausus solidarisch. Er fordert den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen auf, die Kündigung von Joseph Beuys rückgängig zu machen und gemeinsam mit Beuys und anderen reformbereiten Kräften für eine demokratische Reform und eine ausreichende finanzielle Ausstattung des öffentlichen Bildungswesens, die den Verzicht auf den Numerus clausus ermöglicht, einzutreten.

Für den Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftler:

Marburg, den 25. Oktober 1972

gez. Prof. Dr. Reinhard Kühnl
gez. Prof. Dr. Helmut Ridder

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,30; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/ 7300,—; dkr 42,50/85,—,—; skr 29,50/59,—; nkr 40.—/80,—,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

SCHUSTER, Martin, geb. 1948 in Wuppertal, Studium der Rechtswissenschaft und Politologie in Bonn und Marburg; schreibt z. Z. an einer juristischen Dissertation zum deutschen und italienischen Ausländerrecht. *** *SCHWAMBORN, Winfried,* geb. 1949 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln. Publikationen: Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, Köln 1972; Wehrkunde — Militär in den Schulen, Köln 1972 (zusammen mit Thomas Schmitt). Mitarbeiter verschiedener Rundfunk- und Fernsehanstalten. *** *RONDI, Hans,* geb. 1932 in Hamburg. Journalist. Zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KRUTZ, Wolfgang,* geb. 1943 in Schivelbein (Pommern), Studium der Geschichte, Politik und Erziehungswissenschaften in Mainz, Frankfurt und Marburg, heute als Jugendbildungsreferent bei der Arbeiterwohlfahrt tätig. *** *BORIS, Dr. Dieter,* geb. 1943 in Bielitz/OS, studierte Soziologie, Politologie und Philosophie in Frankfurt/Main und Marburg, ist Assistent am Soziologischen Institut der Universität Marburg. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *FRAMBES-ALZÉRRECA, Aline,* geb. 1945 in Puerto Rico, Studium der Politischen Wissenschaft in der John Hopkins University in Baltimore, dort MA 1968. Promoviert z. Z. mit einer Arbeit über regionale Wirtschaftsintegrationen in Lateinamerika am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg. *** *VEIT, Winfried,* geb. 1946 in Horgen-Rottweil, Studium der Politologie, Volkswirtschaft und Geschichte in Berlin, ist freier Journalist und Doktorand an der Freien Universität in Berlin; Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a. zu Fragen afrikanischer Staaten. *** *HUND, Wulf D.,* MA, geb. 1946 in Dreveskirchen. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MATULL, Ulrich,* geb. 1947 in Lethmathe, studiert nach abgeschlossener Lehre im Groß- und Außenhandel in Marburg Geschichte und Politik. *** *RUFF, Konrad,* geb. 1947 in Witterda, studierte Soziologie und Politik in Marburg, arbeitet dort als Wissenschaftlicher Angestellter. *** *VOLKMAR, Peter,* geb. 1948 in Kassel, studiert Geschichte, Politik und Soziologie in Marburg. *** *WERNER, Heinrich,* geb. 1933 in Pirmasens, Pfarrer in Mommenheim bei Mainz, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedensunion und Internationaler Sekretär der Christlichen Friedensgesellschaft. Veröffentlichungen: Christen und Revolution (Hrsg.), Köln 1971; zahlreiche Zeitschriftenbeiträge. *** *NOWIKOW, Nikolai W.,* geb. 1933, absolvierte die Philosophische Fakultät der Universität Moskau, Kandidat der Philosophischen Wissenschaften, arbeitet am Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften in der Sowjetunion. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BREUER, Wilhelm M.,* geboren 1944 in Eschweiler, studierte in Tübingen und Köln, Diplom-Volkswirt, promoviert z. Z. über Probleme Lateinamerikas. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten der „Blätter", des Pahl-Rugenstein Verlages und der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft sowie ein Prospekt des Röderberg-Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bitte, teilen Sie dem Verlag Änderungen Ihrer Adresse rechtzeitig mit, geben Sie bitte stets Ihre Kunden-Nr. an und überweisen Sie, wenn möglich, Ihre Abonnementsgebühr per Dauerauftrag.

Preisliste für Sonderdrucke

Von Beiträgen aus der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können nach Vereinbarung mit dem Verlag Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

SCHUSTER, Martin, geb. 1948 in Wuppertal, Studium der Rechtswissenschaft und Politologie in Bonn und Marburg; schreibt z. Z. an einer juristischen Dissertation zum deutschen und italienischen Ausländerrecht. *** *SCHWAMBORN, Winfried,* geb. 1949 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln. Publikationen: Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, Köln 1972; Wehrkunde — Militär in den Schulen, Köln 1972 (zusammen mit Thomas Schmitt). Mitarbeiter verschiedener Rundfunk- und Fernsehanstalten. *** *RONDI, Hans,* geb. 1932 in Hamburg. Journalist. Zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KRUTZ, Wolfgang,* geb. 1943 in Schivelbein (Pommern), Studium der Geschichte, Politik und Erziehungswissenschaften in Mainz, Frankfurt und Marburg, heute als Jugendbildungsreferent bei der Arbeiterwohlfahrt tätig. *** *BORIS, Dr. Dieter,* geb. 1943 in Bielitz/OS, studierte Soziologie, Politologie und Philosophie in Frankfurt/Main und Marburg, ist Assistent am Soziologischen Institut der Universität Marburg. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *FRAMBES-ALZÉRRECA, Aline,* geb. 1945 in Puerto Rico, Studium der Politischen Wissenschaft in der John Hopkins University in Baltimore, dort MA 1968. Promoviert z. Z. mit einer Arbeit über regionale Wirtschaftsintegrationen in Lateinamerika am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg. *** *VEIT, Winfried,* geb. 1946 in Horgen-Rottweil, Studium der Politologie, Volkswirtschaft und Geschichte in Berlin, ist freier Journalist und Doktorand an der Freien Universität in Berlin; Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a. zu Fragen afrikanischer Staaten. *** *HUND, Wulf D.,* MA, geb. 1946 in Dreveskirchen. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MATULL, Ulrich,* geb. 1947 in Lethmathe, studiert nach abgeschlossener Lehre im Groß- und Außenhandel in Marburg Geschichte und Politik. *** *RUFF, Konrad,* geb. 1947 in Witterda, studierte Soziologie und Politik in Marburg, arbeitet dort als Wissenschaftlicher Angestellter. *** *VOLKMAR, Peter,* geb. 1948 in Kassel, studiert Geschichte, Politik und Soziologie in Marburg. *** *WERNER, Heinrich,* geb. 1933 in Pirmasens, Pfarrer in Mommenheim bei Mainz, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedensunion und Internationaler Sekretär der Christlichen Friedensgesellschaft. Veröffentlichungen: Christen und Revolution (Hrsg.), Köln 1971; zahlreiche Zeitschriftenbeiträge. *** *NOWIKOW, Nikolai W.,* geb. 1933, absolvierte die Philosophische Fakultät der Universität Moskau, Kandidat der Philosophischen Wissenschaften, arbeitet am Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften in der Sowjetunion. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BREUER, Wilhelm M.,* geboren 1944 in Eschweiler, studierte in Tübingen und Köln, Diplom-Volkswirt, promoviert z. Z. über Probleme Lateinamerikas. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten der „Blätter", des Pahl-Rugenstein Verlages und der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft sowie ein Prospekt des Röderberg-Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bitte, teilen Sie dem Verlag Änderungen Ihrer Adresse rechtzeitig mit, geben Sie bitte stets Ihre Kunden-Nr. an und überweisen Sie, wenn möglich, Ihre Abonnementsgebühr per Dauerauftrag.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Siebzehnter Jahrgang · Heft 11/1972

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Oktober 1972

2. 10. — Dänemark. Bei einer Volksabstimmung befürwortet eine Mehrheit der Wahlberechtigten den geplanten Beitritt des Landes zu den Europäischen Gemeinschaften. Es werden 1 954 054 Stimmen (63,4 %) für und 1 126 059 (35,6 %) gegen diesen Beitritt abgegeben. Die Wahlbeteiligung beträgt 89,97 %. — Am 3. 10. erklärt der langjährige sozialdemokratische Ministerpräsident Jens Otto Krag überraschend seinen Rücktritt, für den er „persönliche Gründe" angibt. — Am 5. 10. tritt der Gewerkschaftspolitiker Anker Jörgensen, der ebenfalls den Sozialdemokraten angehört, die Nachfolge Krags an.

3. 10. — SALT. In Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten Nixon und des sowjetischen Außenministers Gromyko werden im Weißen Haus in Washington die Urkunden zur Ratifikation der Vereinbarungen über Begrenzung strategischer Offensivwaffen ausgetauscht, die damit in Kraft treten. Die amerikanisch-sowjetischen „Strategic Arms Limitation Talks" sollen Ende November in Genf fortgesetzt werden.

4. 10. — Belgien. Verteidigungsminister Vanden Boeynants teilt auf einer Pressekonferenz in Brüssel mit, Belgien werde bis Ende 1975 seine Truppenpräsenz in der Bundesrepublik um die Hälfte vermindern. Durch den Abzug von zwei der vier Brigaden (5000 Militärpersonen und etwa 7000 Familienangehörige) erwarte die Regierung Kosteneinsparungen von jährlich 300 bis 400 Millionen Francs.

8. 10. — Indien/DDR. Die Regierung in New Delhi spricht die diplomatische Anerkennung der DDR aus. Beide Staaten ver-

einbaren die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Wirkung vom gleichen Tag und die Erhebung der gegenseitigen Vertretungen in den Rang von Botschaften. Das Auswärtige Amt in Bonn „bedauert" den Zeitpunkt der Entscheidung der indischen Regierung.

8.—10. 10. — B R D / U d S S R. Staatsekretär Bahr verhandelt mit der sowjetischen Regierung in Moskau. Gesprächspartner ist Außenminister Gromyko. Bahr wird auch zu einem mehrstündigen Gespräch von Parteisekretär Breschnew empfangen, dem er eine Botschaft des Bundeskanzlers überreicht.

9. 10. — B R D / C S S R. Staatssekretär Konrad Ahlers bestätigt in Bonn den Eingang eines Schreibens der tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Lubomir Strougal an den Bundeskanzler. Brandt habe diesen persönlichen Brief bereits beantwortet. Ahlers teilt keine Einzelheiten über Anlaß und Inhalt der Korrespondenz mit.

— C o m e c o n. Die irakische Regierung beantragt beim Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW/Comecon) in Moskau die Zuerkennung des Beobachterstatus bei der Wirtschaftsgemeinschaft.

10. 10. — B R D / D D R. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau nimmt Staatssekretär Bahr im Bundeskanzleramt mit DDR-Staatssekretär Kohl die Verhandlungen über den geplanten „Grundvertrag" beider Staaten wieder auf. — Am 17. 10. setzen die Staatssekretäre Kohl und Bahr mit dem Austausch von Noten den von Bundestag und Volkskammer ratifizierten „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen des Verkehrs" in Kraft. — Am 23. 10. treten die Botschafter aer drei Westmächte in der Bundesrepublik und der sowjetische Botschafter in der DDR im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrats in Westberlin zu einer Konferenz zusammen. Nach der ersten Zusammenkunft heißt es in einem Kommuniqué lediglich, es seien „Gedanken über Fragen von gemeinsamem Interesse" ausgetauscht worden. Inoffiziell verlautet, Gegenstand des Meinungsaustausches, der auch an den folgenden Tagen fortgesetzt wird, seien grundsätzliche Fragen im Zusammenhang mit der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen.

11. 10. — C h i n a / B R D. Die Außenminister Chi Peng-fei und Scheel unterzeichnen in Peking folgendes gemeinsames Kommuniqué: „Die Regierung der VR China und die Regierung der BRD haben ... beschlossen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und in kurzer Zeit Botschafter auszutauschen." Scheel, der auch von Ministerpräsident Tschou En-lai empfangen wird, hält sich mit seiner Begleitung vom 10.—14. 10. in der Volksrepublik China auf. Der chinesische Ministerpräsident erklärt gegenüber dem Bundesaußenminister, China (das über ein Vetorecht im Sicherheitsrat verfügt) unterstütze die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen.

12. 10. — V i e t n a m. Der amerikanische Präsidentenberater Henry Kissinger und das Mitglied der nordvietnamesischen Delegation Le Duc Tho beenden in Paris eine weitere Runde geheimer Gespräche am Rande der Vietnamkonferenz. Kissinger kehrt sogleich nach Washington zurück, Le Duc Tho begibt sich über Moskau und Peking zur Berichterstattung nach Hanoi. Zur gleichen Zeit setzt die amerikanische Luftwaffe ihre Angriffe auf Ziele in Nordvietnam fort. Bei einem Bombardement war am 11. 10. die französische Mission im Zentrum von Hanoi schwer beschädigt worden. Der Generaldelegierte Frankreichs Pierre Susini erliegt am 19. 10. den dabei erlittenen Verletzungen. — Am 19. 10. sucht Kissinger in Saigon den südvietnamesischen Präsidenten Van Thieu auf. Kissinger trifft auch an den folgenden Tagen mit Thieu zusammen. — Am 22. 10. wird ein Interview des nordvietnamesischen Ministerpräsidenten Pham Van Dong mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" bekannt. Der Ministerpräsident erklärt, Kissinger und Le Duc Tho hätten sich bereits über folgende Punkte geeinigt: 1) Waffenstillstand, gefolgt von einem vollständigen militärischen Rückzug der USA; 2) Verhandlungen zwischen der Provisorischen Revolutionsregierung und der südvietnamesischen Regierung über die Bildung eines Übergangskabinetts aus Vertretern dreier politischer Kräftegruppen; 3) Wahl eines neuen südvietnamesischen Parlaments. — Am 24. 10. lehnt Präsident Thieu in einer Rundfunk- und Fernsehansprache eine Koalition unter Beteiligung der Provisorischen Revolutionsregierung noch einmal ausdrücklich ab. — Am 26. 10. veröffentlicht

die Delegation Nordvietnams in Paris den zwischen Kissinger und Le Duc Tho ausgehandelten „Neun-Punkte-Friedensplan" und weist darauf hin, daß die Unterzeichnung der Vereinbarung am 31. 10. verabredet sei. In Washington erklärt Kissinger auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz, vor der Unterzeichnung seien neue „Verhandlungen von drei oder vier Tagen" notwendig.

16. 10. — DDR. Die Volkskammer verabschiedet auf ihrer 6. Tagung ein „Gesetz zur Regelung der Fragen der Staatsbürgerschaft", das allen Bürgern der DDR, „die vor dem 1. Januar 1972 unter Verletzung der Gesetze des Arbeiter- und Bauernstaates die DDR verlassen und ihren Wohnsitz nicht wieder in der DDR genommen haben", die Staatsbürgerschaft aberkennt. Eine strafrechtliche Verfolgung dieses Personenkreises „wegen ungenehmigten Verlassens der DDR" finde nicht statt; entgegenstehende Rechtsvorschriften seien aufgehoben.

17. 10. — Norwegen. Der Vorsitzende der Christlichen Volkspartei Lars Korvald bildet ein Minderheitskabinett, dem auch Vertreter des Zentrums und der Liberalen angehören; das Außenministerium übernimmt Dagfinn Varvik (Zentrum). Die bisherige sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsident Bratteli war nach ihrer Niederlage bei der Volksabstimmung über einen Beitritt des Landes zu den Europäischen Gemeinschaften am 25./26. 9. zurückgetreten.

18. 10. — USA/UdSSR. Der amerikanische Außenminister Rogers und der sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew unterzeichnen in Washington ein „Abkommen über die Regelung der Ansprüche aus dem Pacht- und Leih-Abkommen". Die Sowjetunion verpflichtet sich nach diesem Vertrag, für die amerikanischen Kriegslieferungen (Lend Lease Aid) aus der Zeit zwischen dem 22. Juni 1941 und dem 2. September 1945 eine Zahlung in der Gesamthöhe von 722 Mill. Dollar zu leisten. Der Betrag soll in Raten innerhalb der nächsten 30 Jahre bei einem Zinssatz von 3 % entrichtet werden. Patolitschew und der amerikanische Handelsminister Peterson schließen außerdem die Verhandlungen über ein umfassendes Handelsabkommen ab, in dem sich beide Staaten gegenseitig die Meistbegünstigung einräumen.

19.—20. 10. — Europäische Gemeinschaften. Die Regierungschefs der sechs ursprünglichen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften (Belgien, Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande) und die Ministerpräsidenten der drei künftigen Mitglieder (Dänemark, Großbritannien, Irland) treten auf Einladung von Staatspräsident Pompidou in der französischen Hauptstadt zu einer „Gipfelkonferenz" zusammen. Im Mittelpunkt steht die geplante Wirtschafts- und Währungsunion.

20. 10. — UNO. Die Generalversammlung wählt Australien, Indonesien, Kenia, Österreich und Peru zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates für die Jahre 1973/74; Argentinien, Belgien, Italien, Japan und Somalia scheiden zum 31. Dezember 1972 aus dem Rat aus.

23. 10. — NATO. Der Rat der Organisation billigt Vorschläge für die Aufnahme von „Sondierungen" über eine Truppenreduzierung in Europa und ermächtigt die Vereinigten Staaten, auf einen entsprechenden Vorschlag der Sowjetunion eine positive Antwort zu geben. An den vorbereitenden Gesprächen sollen die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei und die DDR sowie die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik und die Benelux-Staaten teilnehmen.

30. 10. — Kanada. Die Liberale Partei des Ministerpräsidenten Trudeau büßt bei den Parlamentswahlen ihre bisherige absolute Mehrheit ein, während die Konservativen, die größte Oppositionspartei, einen starken Stimmen- und Mandatszuwachs verzeichnen. Von 264 Sitzen entfallen 109 auf die Liberale und 108 auf die Konservative Partei. Premierminister Trudeau erklärt zu dem Wahlergebnis, er werde an der Spitze eines Minderheitskabinetts weiter im Amt bleiben.

31. 10. — Chile. Die Regierung tritt geschlossen zurück, um dem Präsidenten freie Hand bei der Bildung eines neuen Kabinetts zu geben. Die von Allende geführte Koalition reagiert damit auf die zunehmende Aktivität und die Angriffe der Oppositionsparteien im Zusammenhang mit der Streikbewegung im ganzen Lande. Allende hatte im Laufe des Monats die Opposition mehrfach subversiver Aktionen beschuldigt und vor dem Ausbruch eines Bürgerkrieges gewarnt.